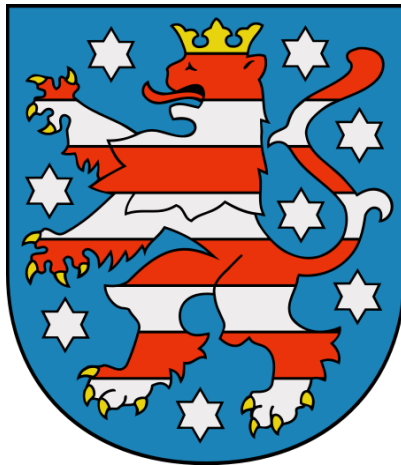


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2023

Prof. Dr. Marion Reiser (wissenschaftliche Leitung)

Dr. Anne Küppers

Volker Brandy

Dr. Jörg Hebenstreit

Dr. Lars Vogel

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Institut für Politikwissenschaft

KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung,

Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration



FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA

 **KOMREX**

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	2
Tabellenverzeichnis	4
Vorwort	5
I. Einleitung	7
II. Leben und Arbeiten in Thüringen	9
II.1. Entwicklung der allgemeinen und individuellen wirtschaftlichen Lage	9
II.2. Arbeitsmarktlage, Branchenstruktur und demographischer Wandel in Thüringen.....	13
II.3. Fachkräftebedarf und -potenziale in Thüringen.....	19
II.4. Arbeitsbedingungen in Thüringen.....	24
III. Transformation der Arbeitswelt	27
III.1. Digitalisierung.....	29
III.1.1. Betroffenheit durch und Umgang mit Digitalisierung im Alltag.....	29
III.1.2. Digitalisierung der Arbeit	38
III.2. Fachkräftemangel	44
III.2.1. Betroffenheit durch Fachkräftemangel.....	45
III.2.2. Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel	49
III.3. Klimafreundlicher Umbau der Thüringer Wirtschaft	60
IV. Demokratie, Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit... 63	
IV.1. Demokratie: Einstellungen und Engagement.....	63
IV.1.1. Einstellungen zu Demokratie und Diktatur	63
IV.1.2. Institutionenvertrauen.....	75
IV.1.3. Politische Partizipation.....	81
IV.2. Rechtsextreme und populistische Einstellungen in Thüringen.....	86
IV.2.1. Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen	86
IV.2.2. Populismus, autoritärer Ethnozentrismus und rechtsextreme Demokratieablehnung.....	91
IV.2.3. Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus und (Rechts-)Populismus.....	100
IV.3. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	106
IV.3.1. Migrant:innenfeindlichkeit	108
IV.3.2. Muslim:innenfeindlichkeit	110
IV.3.3. Antisemitismus.....	113
V. Fazit	118
Literaturverzeichnis	125
Bisherige THÜRINGEN-MONITORE	135
Anhang 1: Methodik des THÜRINGEN-MONITORS	137
Anhang 2: Methoden-Glossar	141
Anhang 3: Stichprobeninformationen	145
Anhang 4: Regressionsmodelle	146

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Wachstumsraten des BIP (preisbereinigt, verkettet) in Thüringen und Deutschland gegenüber dem Vorjahr, 2010-2023.....	10
Abb. 2:	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Einwohner:in in Thüringen, Ostdeutschland, und Westdeutschland von 1991 bis 2022	11
Abb. 3:	Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen und Entwicklung der individuellen finanziellen Lage, 2000-2022	11
Abb. 4:	Thüringen im Vergleich mit ost- und westdeutschen Ländern	12
Abb. 5:	Prognose der Bevölkerungsentwicklung der Thüringer Landkreise und kreisfreien Städte zwischen 2018 und 2040 (prozentuale Veränderung zu 2018)	14
Abb. 6:	Entwicklung der Arbeitslosenquote in Westdeutschland, Ostdeutschland und Thüringen seit 1994	16
Abb. 7:	Arbeitslosenquote in den Landkreisen bzw. kreisfreien Städten im Jahr 2022	17
Abb. 8:	Durchschnittlicher Jahresbruttolohn in Ostdeutschland, Westdeutschland und Thüringen seit 1991	24
Abb. 9:	Größte Herausforderungen für Arbeitswelt.....	28
Abb. 10:	Betroffenheit durch Digitalisierung im Alltag	29
Abb. 11:	Angst, von der Entwicklung digitaler Technologien abgehängt zu werden nach Alterskohorten und Einkommen.....	31
Abb. 12:	Zügigere Digitalisierung der Verwaltung nach Selbsteinschätzung digitaler Fähigkeiten und Ortsgröße.....	32
Abb. 13:	Unsicherheit bzgl. Falschinformationen nach Alterskohorten, Bildung und Einkommen	34
Abb. 14:	Umgang mit Digitalisierung.....	35
Abb. 15:	Regulierung sozialer Medien als Gefahr für Meinungsfreiheit nach Links-Rechts-Selbsteinstufung	37
Abb. 16:	Nutzungshäufigkeit digitaler Arbeitsmittel.....	38
Abb. 17:	Nutzungshäufigkeit digitaler Arbeitsmittel nach Beruf und Betriebsgröße.....	39
Abb. 18:	Auswirkungen Digitalisierung auf Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitsaufgaben	40
Abb. 19:	Arbeitsplatzsorgen aufgrund Digitalisierung nach Beruf und Qualifikationsniveau	41
Abb. 20:	Konsequenzen der Digitalisierung am Arbeitsplatz	43
Abb. 21:	Betroffenheit Fachkräftemangel im Alltag in Abhängigkeit von Ortsgröße	45
Abb. 22:	Betroffenheit durch Fachkräftemangel.....	47
Abb. 23:	Reaktionen auf personelle Unterbesetzung	48
Abb. 24:	Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel	49
Abb. 25:	Bezahlung in Branchen mit Fachkräftemangel verbessern nach Beschäftigungsstatus.	51
Abb. 26:	Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen nach Links-Rechts-Selbsteinstufung.....	54
Abb. 27:	Anwerbung von Fachkräften und Auszubildenden aus dem Ausland und Willkommenskultur nach Rechtspopulismus.....	57
Abb. 28:	Anwerbung von Fachkräften und Auszubildenden aus dem Ausland und Willkommenskultur nach Unternehmensgröße	57
Abb. 29:	Wordcloud Antworten der Thüringer:innen auf die offene Frage nach weiteren Maßnahmen, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen.....	58
Abb. 30:	Kategorisierung der Antworten auf die offene Frage nach weiteren Maßnahmen, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen	60

Abb. 31:	Unternehmen in Thüringen nicht durch weitere Klimaschutzmaßnahmen belasten nach Links-Rechts-Selbsteinstufung	62
Abb. 32:	Unternehmen in Thüringen nicht durch weitere Klimaschutzmaßnahmen belasten nach Alterskohorten	62
Abb. 33:	Freiheit oder Gleichheit? 2004-2023	65
Abb. 34:	Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit 2001-2023.....	66
Abb. 35:	Bewertung alternative Gesellschaftsordnungen 2001-2023	68
Abb. 36:	Demokratietypen 2001-2023	70
Abb. 37:	Interne und externe politische Selbstwirksamkeit 2001-2023	71
Abb. 38:	Responsivitätswahrnehmung 2022 und 2023 im Vergleich.....	72
Abb. 39:	Responsivitätswahrnehmung und Demokratiezufriedenheit	73
Abb. 40:	Selbsteinstufung auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2000-2023	74
Abb. 41:	Institutionenvertrauen 2000-2023.....	76
Abb. 42:	Institutionenvertrauen im Querschnitt.....	80
Abb. 43:	Formen legaler politischer Partizipation 2001-2023.....	82
Abb. 44:	Politische Partizipation im Querschnitt.....	84
Abb. 45:	Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001–2023	91
Abb. 46:	Populistische und rechtsextreme Einstellungen in Thüringen.....	99
Abb. 47:	Anteil an (Rechts-)Populisten nach betrieblicher Mitbestimmung unter berufstätigen Thüringer:innen	101
Abb. 48:	Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen 2023	103
Abb. 49:	Einflussfaktoren (rechts-)populistischer Einstellungen 2023.....	103
Abb. 50:	Migrant:innenfeindliche Einstellungen in Thüringen im Zeitverlauf	107
Abb. 51:	Zustimmung zur Aussage „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“ im Zeitverlauf	111
Abb. 52:	„Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“ nach Vertrauen in Bundes- oder Landesregierung.....	113
Abb. 53:	Zustimmung zu antisemitischen Aussagen seit 2000	115

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Erwerbstätige in Thüringen und Deutschland nach Wirtschaftsbereichen im Jahr 2022 in Prozent	18
Tabelle 2: Zusammenhang von „Unternehmen nicht durch weitere Klimaschutzmaßnahmen belasten“ und „Beschäftigte bei klimafreundlichem Lebensstil unterstützen“	61
Tabelle 3: Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen	90
Tabelle 4: Messung populistischer, neurechter und rechtsextremer Einstellungen	94
Tabelle 5: Einflussfaktoren auf die Demokratiezufriedenheit 2023	146
Tabelle 6: Einflussfaktoren auf das Vertrauen in die Bundes- und Landesregierung 2023.....	147
Tabelle 7: Einflussfaktoren Fachkräftezuwanderung.....	148
Tabelle 8: Einflussfaktoren Willkommenskultur	149
Tabelle 9: Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen 2023	150

Vorwort

Seit dem Jahr 2000 wird die Bevölkerung im Freistaat im THÜRINGEN-MONITOR jährlich befragt, um ihre politischen Einstellungen, die Zufriedenheit mit und die Unterstützung für die Demokratie, das Vertrauen in Institutionen sowie die politische Beteiligung zu untersuchen. Ein besonderes Augenmerk liegt seit Beginn auf der Untersuchung von demokratiegefährdenden Phänomenen wie Rechtsextremismus, Antisemitismus und Populismus – so auch in diesem 23. Gutachten zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen.

Erneut wird im THÜRINGEN-MONITOR zudem ein Schwerpunktthema vertiefend untersucht. Im Jahr 2023 stehen dabei drei Herausforderungen für die Arbeitswelt in Thüringen im Zentrum: die Digitalisierung, der Fachkräftemangel und der klimafreundliche Umbau der Wirtschaft. Wir gehen dabei u. a. der Frage nach, wie stark die Thüringer:innen in ihrem Alltag und an ihrem Arbeitsplatz von Digitalisierung und Fachkräftemangel betroffen sind und wie dies ihren Arbeitsalltag beeinflusst. Darüber hinaus untersuchen wir, wie sich die Betroffenheit von Digitalisierung und Fachkräftemangel auf die politischen Einstellungen – insbesondere Populismus und Rechtsextremismus – auswirken. Von besonderem Interesse sind die Einstellungen und Vorstellungen der Thüringer:innen zu Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Dazu haben wir die Befragten auch offen nach ihren eigenen Vorschlägen befragt.

Der THÜRINGEN-MONITOR wird von der **Thüringer Staatskanzlei** in Auftrag gegeben. Die Grundlage ist eine repräsentative telefonische Befragung mit folgenden Eckdaten:

- Befragungszeitraum: 11. September bis 25. November 2023
- Stichprobenziehung: nach Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik quotierte Zufallsauswahl unter Thüringer:innen, die bei Bundestagswahlen wahlberechtigt sind¹ (Auswahl von Festnetzanschlüssen nach dem Gabler-Häder-Design).
- Stichprobengröße: 1.063 Befragte
- Datenerhebungsverfahren: Computerunterstützte Telefoninterviews (CATI)
- Gewichtung nach: Alter, Geschlecht, Bildung, Haushaltsgröße (IPF-Gewichtung)
- Fehlertoleranz: ca. eineinhalb Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von fünf Prozent), ca. drei Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 50 Prozent)

Eine detaillierte Erläuterung der Methodik, die beim THÜRINGEN-MONITOR angewandt wird, findet sich im Anhang. Zusätzlich bietet ein Methoden-Glossar Einblicke in die Grundprinzi-

¹ Während die Befragung damit wie in jedem Jahr repräsentativ für die Gesamtheit der wahlberechtigten Thüringer:innen ist, lässt sich diese Repräsentativität nicht zwangsläufig auf die Subgruppe der Erwerbstätigen übertragen.

prien der Umfrageforschung und der statistischen Auswertungsmethoden. Die konkreten Frageformulierungen und die Häufigkeitsverteilungen nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen der Befragten sind im Tabellenteil dokumentiert. Es wird darauf hingewiesen, dass die im Text angegebenen Prozentzahlen – falls nicht anders vermerkt – als gültige Prozentwerte zu verstehen sind, wobei Antworten wie „weiß nicht“, „keine Angabe“ und „trifft nicht zu“ nicht in die Analyse einfließen. Zu beachten ist darüber hinaus, dass etliche Fragen des Schwerpunktthemas zur „Transformation der Arbeitswelt“ nur jenen Thüringer:innen gestellt wurden, die berufstätig sind, sodass sich hier die Zahl der Befragten um etwa 40 Prozent verringert.

Wir danken Thomas Ritter sowie dem gesamten Team des CATI-Labors am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, die auch in diesem Jahr die telefonische Befragung durchgeführt haben. Bedanken möchten wir uns zudem bei der design.ideo aus Erfurt für die erneute Erstellung des barrierefreien Dokuments. Ein besonderer Dank gilt Ines Schildhauer, Rosalie Hoppe, Aurelius Nowitzky, Benita Sewing, Nathalie Neuberger und Vinzenz Waldmüller für ihre Unterstützung bei der Erstellung des Gutachtens.

Jena, im März 2024

Marion Reiser

I. Einleitung

Unverändert sehen sich Politik und Demokratie mit großen Herausforderungen konfrontiert: Dazu gehören etwa ein geringes Wirtschaftswachstum (ifo Institut 2024a), Protestaktionen von Landwirt:innen und branchenübergreifende Streiks, der Klimawandel, der andauernde, durch Russland ausgelösten Krieg in der Ukraine sowie der Krieg in Nahost. Vor dem Eindruck dieser Polykrise zeigte sich bereits im vergangenen THÜRINGEN-MONITOR ein erheblicher Rückgang sowohl der Bewertung der wirtschaftlichen Lage Thüringens als auch bezüglich des politischen Vertrauens und der Demokratiezufriedenheit (vgl. Reiser et al. 2023). Ein besonderes Augenmerk liegt in diesem 23. Gutachten zur politischen Kultur im Freistaat daher auf der Beobachtung der weiteren Entwicklung des Vertrauens in Bundes- und Landesregierung sowie der Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie. Vor dem Hintergrund der beschriebenen Vielfachkrise, Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte in Thüringen (vgl. u. a. MDR 2024a) und der deutlichen Zunahme an antisemitischen Vorfällen seit dem von der Hamas initiierten Angriffe auf Israel am 7. Oktober 2023 (vgl. Tagesschau 2023a), aber auch Demonstrationen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus (vgl. u.a. MDR 2024b) ist die Untersuchung rechtsextremer, antisemitischer und populistischer Einstellungen im Freistaat von besonders hoher Relevanz.

In Kapitel II werden zunächst anhand offizieller Indikatoren die ökonomische und demographische Entwicklung im Freistaat dargestellt. Zudem werden mit Blick auf das diesjährige Schwerpunktthema „Transformation der Arbeitswelt“ zentrale Erkenntnisse zu den Themen Fachkräftebedarf und Arbeitsbedingungen in Thüringen präsentiert.

Qualifizierte Fachkräfte sind in vielen Sektoren der regionalen Wirtschaft bereits heute Mangelware. Entsprechend äußerte im letzten THÜRINGEN-MONITOR (vgl. Reiser et al. 2023) eine deutliche Mehrheit der Befragten (rund 70 Prozent), dass der Fachkräftemangel in ländlichen und städtischen Regionen eine große Herausforderung für den Freistaat sei. Da sich der Fachkräftemangel aufgrund des demographischen Wandels in den kommenden Jahren weiter verstärken wird (siehe u.a. Glöckner 2023), steht dieser – neben zwei weiteren Herausforderungen für die Arbeitswelt im Freistaat (Digitalisierung und klimafreundlicher Umbau der Wirtschaft) – im Zentrum des diesjährigen Schwerpunktthemas, welches den Inhalt von Kapitel III bildet. In einem ersten Teil dieses Kapitels wird herausgearbeitet, welche Folgen die Digitalisierung im Alltag und am Arbeitsplatz für die Thüringer:innen hat. Anschließend werden die Betroffenheit durch den Fachkräftemangel und die damit einhergehenden Folgen näher untersucht. Angesichts der aktuellen Diskussionen, wie Thüringen den Bedarf an Fachkräften künftig decken kann, untersuchen wir zudem, welche Maßnahmen die Thüringer:innen bevorzugen und wie sich die Einstellungen in Abhängigkeit soziodemografischer Merkmale und politischer

Überzeugungen voneinander unterscheiden. Im letzten Teil des Kapitels gehen wir darüber hinaus kursorisch auf den Aspekt der Decarbonisierung der Thüringer Wirtschaft ein.

Kapitel IV gliedert sich in drei Abschnitte. Im ersten Teil gehen wir der Frage nach, wie sich die eingangs angesprochene Polykrise auf Demokratieunterstützung und -zufriedenheit sowie das politische Vertrauen auswirken (Kapitel IV.1). Im zweiten Unterkapitel stehen die Messung rechtsextremer Einstellungen sowie die Untersuchung der zentralen Einflussfaktoren für diese Einstellungen im Fokus. Darüber hinaus werden (rechts-)populistische Einstellungen analysiert sowie – bereits das dritte Jahr in Folge – der Frage nachgegangen, ob sich neben den ‘klassischen’ rechtsextremen Einstellungen ein eigenständiges neurechtes Einstellungsmuster identifizieren lässt (Kapitel IV.2). Kapitel IV.3 untersucht weitere ablehnende und ausgrenzende Einstellungsmuster wie Muslim:innenfeindlichkeit und Antisemitismus.

Kapitel V fasst die zentralen Erkenntnisse des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS noch einmal zusammen.

II. Leben und Arbeiten in Thüringen

Die ökonomischen und demographischen Bedingungen, unter denen die Thüringer:innen leben, bilden wie in jedem Jahr den kontextuellen Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS. Vor dem Hintergrund des diesjährigen Schwerpunktthemas zur „Transformation der Arbeitswelt“ stehen in den kommenden Abschnitten neben der wirtschaftlichen Lage des Freistaats vor allem der demographische Wandel und der daraus resultierende Mangel an Fachkräften im Fokus. Ein besonderes Augenmerk liegt zudem auf den Bedingungen, unter denen die Thüringer:innen arbeiten. Damit bildet dieses sich auf offizielle Statistiken stützende Kapitel einen objektiven Rahmen für die subjektiven Wahrnehmungen der Befragten, welche Gegenstand der nachfolgenden Kapitel sind.

II.1. Entwicklung der allgemeinen und individuellen wirtschaftlichen Lage

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes misst und den Wert aller in Thüringen hergestellten Waren und Dienstleistungen angibt, lag im Jahr 2022 bei 71,4 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vorjahr stieg das BIP damit preisbereinigt um 1,5 Prozent, womit die Thüringer Wirtschaft etwas schwächer wuchs als im bundesweiten Vergleich (+1,8 Prozent) (Thüringer Landesamt für Statistik 2023b).

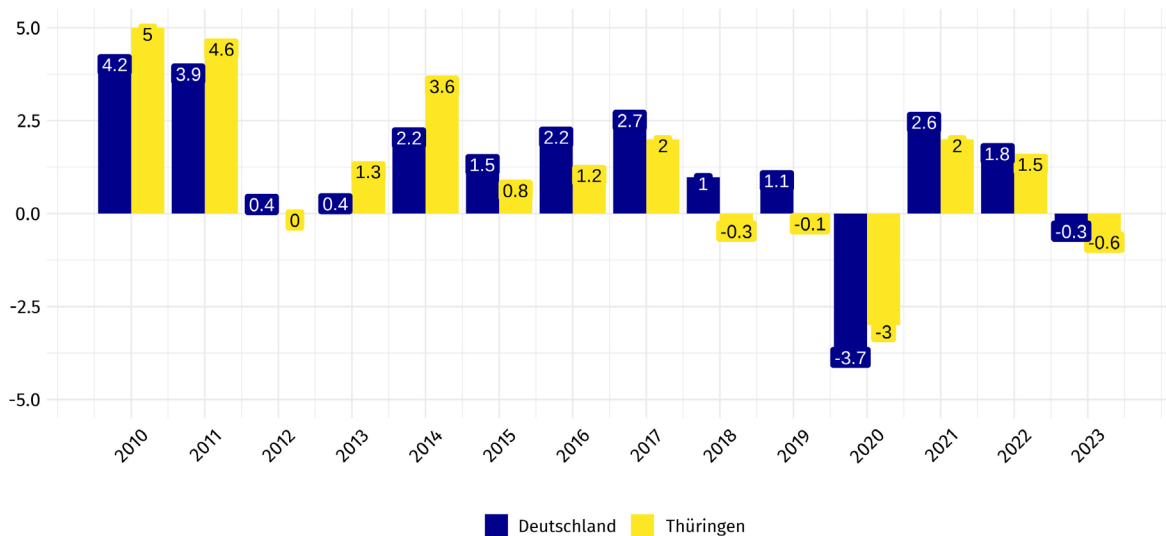
Wie

Abb. 1 zu entnehmen, lag die Wachstumsrate damit unter dem Wert des Jahres 2021. Vor dem Hintergrund von Inflation und Energiekrise verzeichnete das Statistische Landesamt demgegenüber für das erste Halbjahr 2023 einen Rückgang des preisbereinigten BIP um 0,6 Prozent im Vergleich zum Wert für die erste Jahreshälfte 2022. Damit verringerte sich die Wirtschaftsleistung in Thüringen etwas stärker als im bundesweiten Vergleich (-0,3 Prozent). Im Vergleich der ostdeutschen Flächenländer schrumpfte die Wirtschaft in Sachsen (-0,7 Prozent) und Sachsen-Anhalt (-3,2 Prozent) stärker, wohingegen Mecklenburg-Vorpommern (-0,1 Prozent) und Brandenburg (+6,0 Prozent) eine bessere Entwicklung zu verzeichnen hatten (Thüringer Landesamt für Statistik 2023d).

Wie in Abb. 2 zu erkennen ist, in der das BIP in jeweiligen Preisen pro Einwohner:in dargestellt ist, liegt das BIP für Thüringen – wie auch für die ostdeutschen Flächenländer insgesamt – deutlich unter dem Mittelwert der elf westdeutschen Länder (inkl. Berlin). Hingegen fällt die Differenz zum Durchschnittswert der übrigen ostdeutschen Flächenländer nur sehr gering aus (33.656 Euro in Thüringen gegenüber 34.623 Euro für Ostdeutschland ohne Berlin). Der Abstand zwischen ost- und westdeutschen Ländern ist dabei in den vergangenen 30 Jahren nahezu

unverändert geblieben und ein Trend, wonach Thüringen oder die ostdeutschen Bundesländer insgesamt zu den westdeutschen Bundesländern aufschließen würden, ist nicht auszumachen.

Abb. 1: Wachstumsraten des BIP (preisbereinigt, verkettet) in Thüringen und Deutschland gegenüber dem Vorjahr, 2010-2023
(Angaben in Prozent)

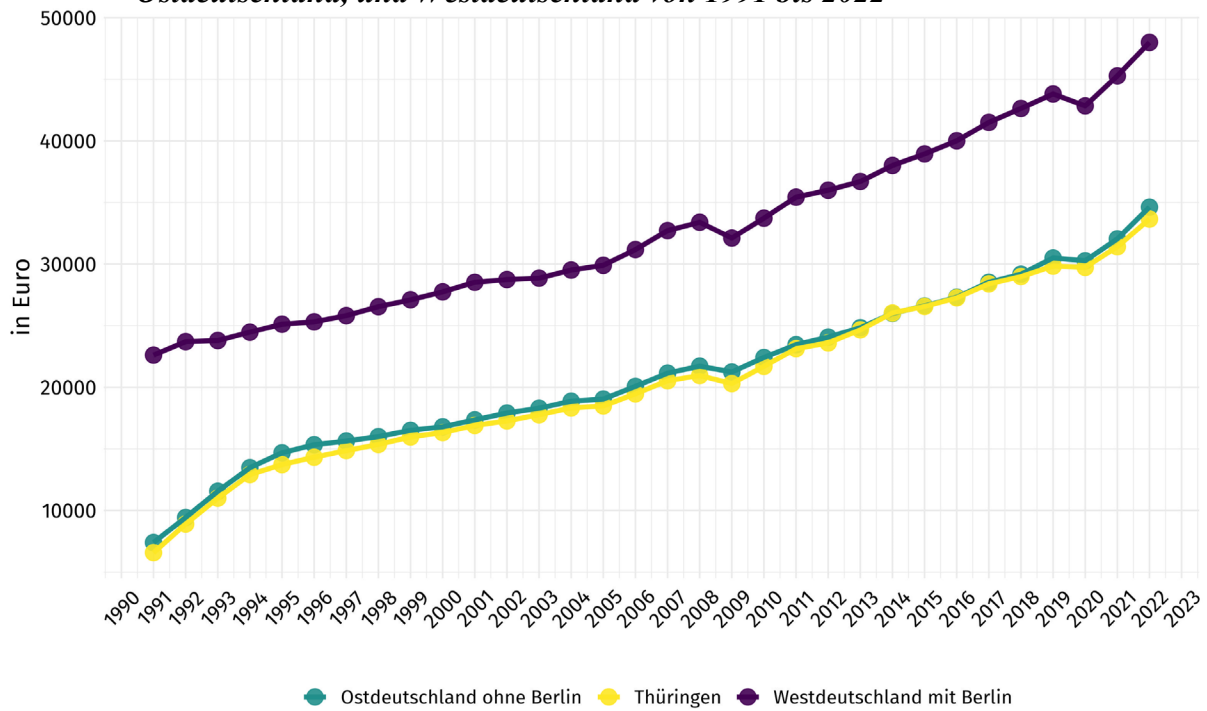


Eigene Darstellung nach: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (Berechnungsstand: Aug 2022/Feb 2023)

Hinweis: Der Wert für 2023 bezieht sich auf das 1. Halbjahr 2023

Die skizzierte wirtschaftliche Entwicklung findet in der Bewertung der Befragten ihren Niederschlag. In Abb. 3 ist zu sehen, wie die Thüringer:innen die Entwicklung ihrer persönlichen sowie der allgemeinen wirtschaftlichen Situation bewerten. Nachdem es im Zuge der Polykrise aus russischem Angriffskrieg auf die Ukraine, Energiepreisschock und Inflation im Vorjahr einen deutlichen Einbruch in der Bewertung der wirtschaftlichen Lage gegeben hatte, kommt es im Jahr 2023 zu einer geringen Erholung: So ist ein Anstieg von 53 auf 56 Prozent der Befragten, die die wirtschaftliche Lage Thüringens als „gut“ bzw. „sehr gut“ bewerten, zu konstatieren (vgl. Abb. 3). Die Einschätzung der eigenen finanziellen Situation bleibt – unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz – konstant: Weiterhin bewerten ca. drei Viertel der Thüringer:innen diese – trotz der negativen Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation des Freistaats – positiv.

Abb. 2: Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Einwohner:in in Thüringen, Ostdeutschland, und Westdeutschland von 1991 bis 2022



Eigene Darstellung nach: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (Berechnungsstand: Aug 2022/Feb 2023)

Abb. 3: Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen und Entwicklung der individuellen finanziellen Lage, 2000-2022
(Anteil der Befragten, die „gut“ und „sehr gut“ antworten zusammengefasst, Angaben in Prozent)

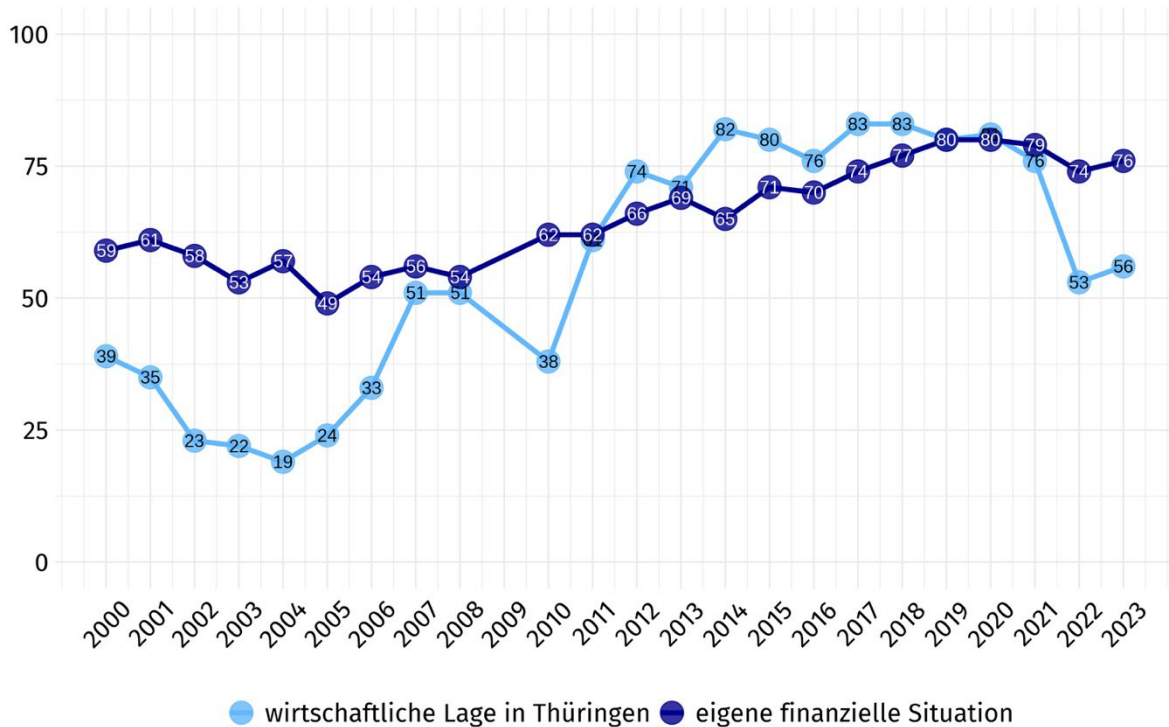
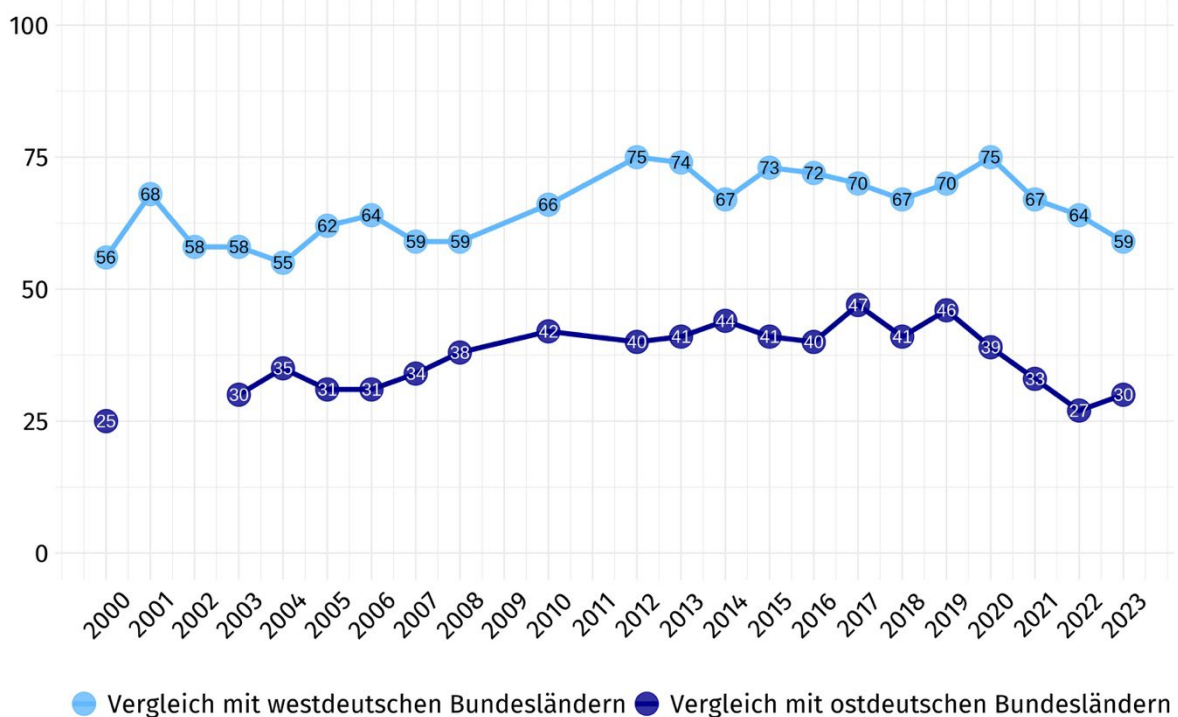


Abb. 4 zeigt die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Thüringens durch die Befragten im Vergleich mit den übrigen ostdeutschen Bundesländern einerseits sowie andererseits im Vergleich mit den westdeutschen Ländern. Die Zustimmung zur Aussage, Thüringen bräuchte den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen, sinkt das dritte Jahr in Folge. Obwohl dieser Aussage mit 59 Prozent noch immer eine Mehrheit der Menschen im Freistaat zustimmt, ist gleichzeitig ausgehend von dem im Jahr 2020 erreichten Höchstwert ein Rückgang von 16 Prozentpunkten zu verzeichnen. In der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen im Vergleich mit anderen ostdeutschen Bundesländern konnte der Abwärtstrend der vergangenen Jahre hingegen gebrochen werden und die Zustimmung zur Aussage „Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern“ ist leicht um drei Prozentpunkte von 27 auf 30 Prozent gestiegen.

Abb. 4: Thüringen im Vergleich mit ost- und westdeutschen Ländern (Zustimmung in Prozent)

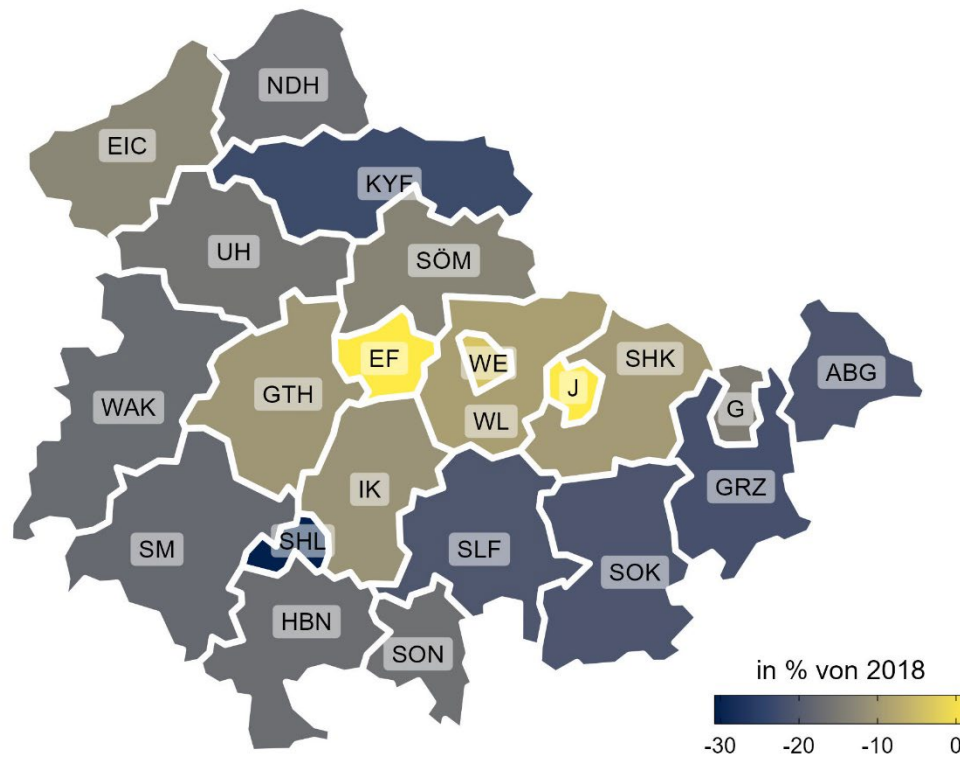


II.2. Arbeitsmarktlage, Branchenstruktur und demographischer Wandel in Thüringen

Demographische Entwicklung

Die größte Herausforderung für Arbeitsmarkt und Wirtschaft in Thüringen ist der demographische Wandel, der gleichzeitig zur **Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung** führt. Zum Stichtag 30. Juni 2023 lebten 2.124.058 Menschen im Freistaat; rund 1.700 mehr als zum selben Stichtag des Vorjahres, aber fast eine halbe Million weniger als 1990. Damit hat der Freistaat seither fast ein Fünftel seiner Einwohner:innen verloren. Der Bevölkerungsschwund ist – anders als in der Zeit unmittelbar nach der Transformation – mittlerweile vorwiegend auf den negativen Saldo von Sterbezahlen und Geburtenzahlen (d. h. mehr Sterbefälle als Geburten) zurückzuführen und nicht mehr auf die Abwanderung. Im Gegensatz dazu war nämlich der Wanderungsüberschuss in den Freistaat im Jahr 2023 erneut positiv: Es kamen mehr Menschen nach Thüringen, als den Freistaat verließen (Thüringer Landesamt für Statistik 2024). Nicht alle Regionen des Freistaats sind von diesen Abwanderungsprozessen gleichmäßig betroffen und einige Kreise haben seit 1990 mehr als ein Viertel ihrer Bevölkerung verloren. Eine Durchbrechung dieses negativen Trends ist in Zukunft nicht zu erwarten und Bevölkerungsprognosen für den Freistaat gehen bis zum Jahr 2040 von einem weiteren Schrumpfen der Bevölkerungszahlen um 12 Prozent aus. Thüringen wird dann noch 1.862.200 Einwohner:innen haben (Thüringer Landesamt für Statistik 2019). Auch von der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung werden die einzelnen Landkreise und kreisfreie Städte in Thüringen, wie Abb. 5 zu entnehmen ist, ungleich betroffen sein. So ist zwar (fast) überall ein Rückgang zu erwarten, der in den zentraleren Landkreisen des Landes jedoch schwächer ausfällt. Jena und Erfurt sind die einzigen kreisfreien Städte, für die die Prognose keinen Rückgang der Einwohner:innenzahl vorhersagt, sondern ein minimales Wachstum, während die Landkreise mit dem größten Bevölkerungsrückgang bis 2040 im Südosten und Norden des Landes prognostiziert werden.

Abb. 5 *Prognose der Bevölkerungsentwicklung der Thüringer Landkreise und kreisfreien Städte zwischen 2018 und 2040 (prozentuale Veränderung zu 2018)*



Daten: Thüringer Landesamt für Statistik 2022

Über die letzten 30 Jahre hinweg hat der Rückgang der Bevölkerung in Thüringen zu einer spürbaren Überalterung geführt. Der Anteil der Menschen jenseits des erwerbsfähigen Alters (d. h. über 65 Jahre) ist kontinuierlich angewachsen, von 19 Prozent im Jahr 1991 auf 27 Prozent im Jahr 2022. Auch von dieser Entwicklung sind jedoch nicht alle Thüringer Kreise/kreisfreien Städte gleichmäßig betroffen; einen besonders hohen Anteil an älteren Menschen gibt es in Suhl sowie den Landkreisen Altenburger Land und Greiz, wohingegen in Erfurt, Jena und Weimar für Thüringer Verhältnisse ein vergleichsweise geringer Anteil an Menschen über 65 Jahre wohnt (vgl. Reiser et al. 2023, 17).

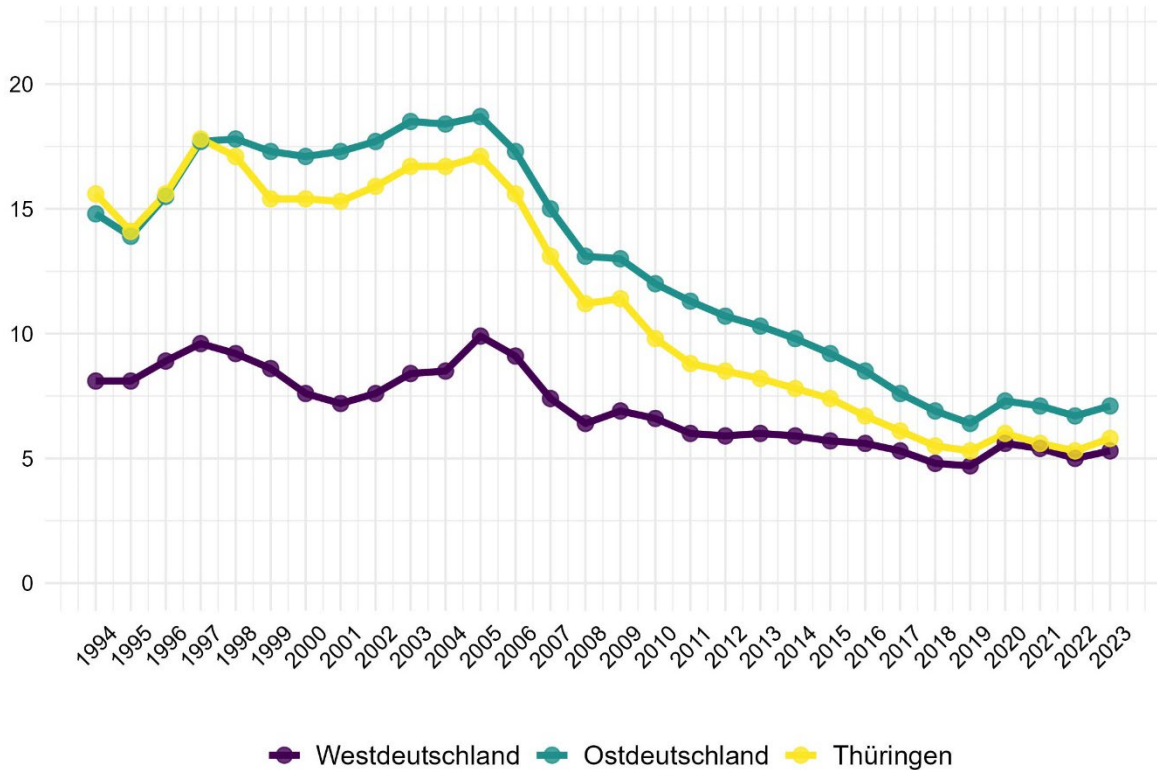
Arbeitsmarktlage

Während die Zahl der Erwerbstätigen in Thüringen zwar zwischen 2021 und 2023 leicht gestiegen ist, liegt sie immer noch unterhalb des Niveaus von vor der Covid-19-Pandemie (2019: 1,045 Mio., 2022: 1,025 Mio.). Zwischen 2000 und 2023 ist die Zahl der Erwerbstätigen in Thüringen um 5,23 Prozent zurückgegangen, was hauptsächlich an dem oben geschilderten demographischen Wandel im Freistaat liegen dürfte. Damit ist ein stärkerer Rückgang zu verzeichnen als im Durchschnitt der ostdeutschen Flächenländer (0,13 Prozent); einzig im Nachbarbundesland Sachsen-Anhalt ist die Zahl der Erwerbstätigen im Zeitraum 2000-2023 mit 7,4 Prozent noch stärker geschrumpft (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2023c).

Positiv hat sich in den vergangenen 15 Jahren dagegen die **Arbeitslosenquote** im Freistaat entwickelt, auch wenn der positive Trend durch die Covid-19-Pandemie kurz gestoppt wurde. Im Oktober 2023 lag die Arbeitslosenquote in Thüringen bei 5,9 Prozent und damit zwar 0,5 Prozentpunkte über dem Vorjahresmonat und einen Prozentpunkt höher als im Oktober 2021. Wie Abb. 6 zu entnehmen ist, liegt die Arbeitslosigkeit in Thüringen nach wie vor unter dem Durchschnitt der ostdeutschen Flächenländer und nur noch leicht höher als in den westdeutschen Bundesländern. Während die Arbeitslosigkeit im Freistaat bis zum Jahr 2005 noch deutlich über dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer lag, ist sie seither in Thüringen (wie auch insgesamt in Ostdeutschland) stärker zurückgegangen, sodass es im Zeitverlauf mehr und mehr zu einer Angleichung zwischen Thüringen und den westdeutschen Ländern kam. Vergleicht man die Arbeitslosenquote der Bundesländer, dann hat Thüringen die geringste Arbeitslosenquote der ostdeutschen Länder – gleichauf mit Brandenburg; der Freistaat steht aber im Jahr 2022 auch besser da als die Stadtstaaten Bremen, Berlin und Hamburg sowie die westdeutschen Flächenländer Nordrhein-Westfalen und Saarland (Statista 2023a). Studien gehen zudem davon aus, dass auf dem Thüringer Arbeitsmarkt in Zukunft Vollbeschäftigung herrschen wird, d. h. die Arbeitslosenquote auf zwei Prozent oder darunter sinken wird (vgl. Bernardt et al. 2023).

Abb. 6: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Westdeutschland, Ostdeutschland und Thüringen seit 1994

(Angaben in Prozent)

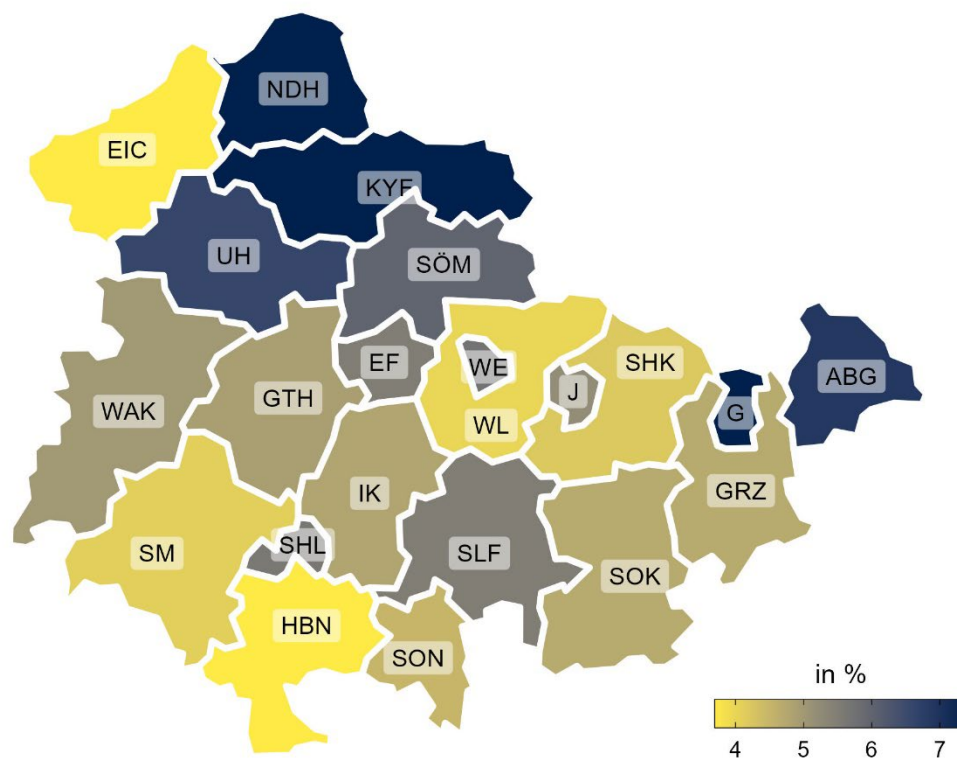


Daten: Statistisches Bundesamt 2023

Die Arbeitslosenzahlen unterscheiden sich zwischen den Thüringer Kreisen. In den südlichen Landesteilen (etwa Hildburghausen mit 4,1 Prozent, Schmalkalden-Meiningen 4,5 Prozent und Sonneberg 5,1 Prozent) sowie im Eichsfeld (4,2 Prozent), dem Weimarer-Land (4,6 Prozent) und dem Saale-Holzland-Kreis (4,6 Prozent) fällt sie unterdurchschnittlich aus. Dagegen haben die nordwestlichen Landesteile, etwa der Kyffhäuserkreis (8,7 Prozent) sowie der Landkreis Nordhausen (8,3 Prozent) aber auch die Stadt Gera (9,1 Prozent) die im Landesvergleich höchsten Arbeitslosenquoten zu verzeichnen (siehe auch Abb. 7).

Geringer fallen demgegenüber Unterschiede zwischen den verschiedenen Altersgruppen aus. Die Arbeitslosenquote jüngerer Menschen zwischen 15 und 25 Jahren lag im Jahr 2023 mit 6,5 Prozent nur 0,6 Punkte über dem Wert für alle Altersgruppen; die Arbeitslosenquote in der Altersgruppe der 55- bis 65-Jährigen lag mit 6,3 Prozent um 0,4 Punkte über diesem Wert (Thüringer Landesamt für Statistik 2023a).

Abb. 7: Arbeitslosenquote in den Landkreisen bzw. kreisfreien Städten im Jahr 2022



Daten: Thüringer Landesamt für Statistik 2022

Wie die Gesamtbevölkerung (s. vorheriger Abschnitt) sind auch die Erwerbstätigen in Thüringen eher älter. Ein Viertel der Beschäftigten in Thüringen ist älter als 55 Jahre. Diese geburtenstarken Jahrgänge der sogenannten Babyboomer:innen-Generation werden in den nächsten Jahren das Rentenalter erreichen und aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Diesen bald aus dem Berufsleben austretenden älteren Beschäftigten stehen jedoch deutlich weniger Schulabgänger:innen gegenüber.

So erfreulich also die positive Entwicklung am Thüringer Arbeitsmarkt in den vergangenen 15 Jahren zu bewerten ist, ist aufgrund der Alterung der Bevölkerung unschwer zu erkennen, dass die schon heute bestehenden Stellenbesetzungsprobleme in Zukunft noch gravierender werden. Gleichzeitig offenbart ein Blick auf die Kreisdaten, dass manche Regionen in Thüringen stärker von diesem Problem betroffen sein werden als andere. Diese Entwicklung nehmen auch die Thüringer:innen deutlich wahr: So äußerten im THÜRINGEN-MONITOR 2022 ca. 70 Prozent der Befragten, dass der Fachkräftemangel ein großes Problem für den Freistaat darstellt; 49 Prozent der Befragten gaben zudem an, dass die Abwanderung junger Menschen v.a. aus den ländlichen Regionen eine große Herausforderung darstellt (vgl. Reiser 2023, 37-38).

Branchen- und Wirtschaftsstruktur

In Tabelle 1 ist zu erkennen, dass mehr als zwei Drittel der Erwerbstätigen in Thüringen im Dienstleistungssektor beschäftigt sind und knapp 30 Prozent im produzierenden Gewerbe. Die besonders beschäftigungsstarken **Wirtschaftsbereiche in Thüringen** sind das verarbeitende Gewerbe, der Bereich „Handel, Verkehr und Gastgewerbe“ sowie die öffentlichen sonstigen privaten Dienstleistungen. Im Vergleich zur Verteilung der Beschäftigten auf die einzelnen Branchen zeigen sich in Thüringen einige Besonderheiten: So ist in Thüringen der Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe überdurchschnittlich und der Anteil der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor im Vergleich zu den übrigen Regionen Deutschlands unterdurchschnittlich (vgl. Tabelle 1). Im Einzelnen arbeitet in Thüringen ein größerer Teil der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe, wohingegen die Bereiche „Handel, Verkehr und Gastgewerbe“, „Information und Kommunikation“ sowie die Bereiche der Unternehmens-, Finanz- und Versicherungsdienstleister im Vergleich zu Gesamtdeutschland einen leicht unterdurchschnittlichen Anteil der Erwerbstätigen beschäftigen.

Neben dem Fachkräftemangel stellt der klimafreundliche Umbau der Wirtschaft eine weitere zentrale Herausforderung dar. Zwei Industrien, nämlich die Autoindustrie und die Grundstoffindustrien (u. a. Chemie-, Stahl-, Metall- oder Glasindustrie), die von einem klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft stark betroffen sein werden, haben in Thüringen vergleichsweise viele Beschäftigte (Diekmann 2023).

Tabelle 1: Erwerbstätige in Thüringen und Deutschland nach Wirtschaftsbereichen im Jahr 2022 in Prozent

	Thüringen	Deutschland*)
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,6	1,2
Produzierendes Gewerbe	29,0	23,5
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	22,1	17,7
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	20,4	16,3
Baugewerbe	6,9	5,8
Dienstleistungsbereiche	69,5	75,3
darunter: Handel, Verkehr und Gastgewerbe, Information und Kommunikation	21,5	25,5
darunter: Finanz- und Versicherungsdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen. Unternehmensdienstleister	14,4	17

Quelle: eigene Zusammenstellung nach Statista 2023b und Thüringer Landesamt für Statistik 2023b. Hinweis: *) Deutschland inkl. Thüringen.

Auch hinsichtlich der Unternehmensgröße unterscheidet sich Thüringen insbesondere von den westdeutschen Bundesländern. So ist die Thüringer Wirtschaft etwas stärker durch Kleinbetriebe geprägt: 69 Prozent der Betriebe in Thüringen sind Kleinbetriebe mit unter 10 Beschäftigten. Dies entspricht in etwa dem Anteil der ostdeutschen Bundesländer (70 Prozent), liegt aber leicht über dem Wert für die westdeutschen Bundesländer (65 Prozent) (Frei et al. 2023, 13). Größere Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten machen sowohl in West- als auch in Ostdeutschland nur rund 3 Prozent aller Betriebe aus. Gleiches gilt für Thüringen. Jedoch arbeiten in Westdeutschland mit 46 Prozent mehr Beschäftigte in großen Unternehmen als in Thüringen (39 Prozent) und Ostdeutschland (42 Prozent) (Frei et al. 2023, 13).

II.3. Fachkräftebedarf und -potenziale in Thüringen

Gab es nach 1991 in Thüringen noch einen Überschuss an qualifizierten Arbeitskräften, hat sich die Problemlage seit den 2000er Jahren gewandelt und es werden in vielen Bereiche der Thüringer Wirtschaft bereits heute Fachkräfte gesucht. Dieses Problem wird sich in Zukunft voraussichtlich weiter verstärken, wie im vorherigen Abschnitt anhand der demographischen Entwicklung bereits dargelegt wurde. Als Fachkräfte gelten dabei – in Übereinstimmung mit der Definition des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit – „Arbeitskräfte, die auf Stellen eingesetzt werden, die nach Einschätzung der befragten Arbeitgeber/-innen und Personalverantwortlichen eine Berufsausbildung oder eine akademische Ausbildung voraussetzen“ (Frei et al. 2023, 37). In Thüringen lassen sich 80 Prozent aller Arbeitsplätze so eingruppiert werden.

Eine repräsentative Umfrage unter den Thüringer Betrieben ergab für das erste Halbjahr 2022 in 40 Prozent der Betriebe einen Fachkräftebedarf, d. h. sie hatten offene Stellen zu besetzen, für die eine Berufsausbildung oder eine akademische Ausbildung Voraussetzung sind. In fast zwei Drittel der Betriebe, die einen solchen Bedarf vermeldet hatten, konnten eine oder mehrere offene Fachkräftestellen nicht besetzt werden (Frei et al. 2023, 39). Besonders große Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung hatten dabei das Baugewerbe (wie bereits seit vielen Jahren) und die sogenannten „Übrigen Dienstleistungen“ (z. B. Gastronomie, Friseure) – letztere möglicherweise durch die Abwanderung vieler Arbeitskräfte aus diesen Branchen im Zuge der Schließungen während der Covid-19-Pandemie (Frei et al. 2023, 41). Es zeigen sich nicht nur branchenspezifische Unterschiede, auch kleinere Betriebe sind wesentlich stärker vom Fachkräftemangel betroffen als größere Betriebe. So ergab die repräsentative Umfrage unter den Thüringer Betrieben, dass in Betrieben mit weniger als zehn Beschäftigten 72 Prozent der offenen Fachkräftestellen nicht besetzt werden konnten (zum Vergleich: in Betrieben mit ≥ 100 Beschäftigten waren es 26 Prozent) (Frei et al. 2023, 42). Auch im letztjährigen THÜRINGEN-

MONITOR äußerte eine deutliche Mehrheit der Befragten (rund 70 Prozent), dass der Fachkräftemangel eine große Herausforderung für den Freistaat sei – und zwar sowohl in ländlichen als auch in städtischen Regionen (vgl. Reiser et al. 2023).

Das Problem des Fachkräftebedarfs wird sich in Zukunft weiter verstärken, wie Prognosen für das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Freistaats Thüringen (TMA SGFF) zeigen. Demnach ist von einem altersbedingten Verlust von 385.000 Erwerbstätigen bis zum Jahr 2035 auszugehen. 138.400 dieser Stellen können nicht nachbesetzt werden. Einige dieser Stellen werden aufgrund des technologischen Fortschritts und des demographischen Wandels in Zukunft nicht mehr benötigt werden. Die übrigen Stellen können nicht nachbesetzt werden, weil keine Arbeitskräfte gefunden werden können (vgl. Bernardt et al. 2023; Glöckner 2023). **Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie der Fachkräftebedarf der Thüringer Wirtschaft in Zukunft gedeckt werden kann.**

In einer Studie des ifo Instituts identifiziert Glöckner fünf Potenziale, aus denen für die Zukunft weitere Arbeitskräfte für den Thüringer Arbeitsmarkt gewonnen werden könnten. Diese wurden noch einmal danach gegliedert, ob es sich um endogene oder um exogene Potenziale handelt. Endogene Potenziale ließen sich aus der derzeit in Thüringen lebenden Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aktivieren. Exogene Potenziale beziehen sich auf Arbeitskräfte, die aus anderen Bundesländern oder dem Ausland gewonnen werden. Die fünf Potenziale sind: Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt, Erhöhung der Erwerbstätigenquoten (etwa von Frauen oder Über-60-Jährigen), Abbau von Teilzeitarbeit, Rückgewinnung von Pendler:innen (die zur Thüringer Wohnbevölkerung zählen, aber in Kreisen außerhalb Thüringens arbeiten) sowie schließlich die Zuwanderung aus anderen Bundesländern oder dem Ausland nach Thüringen (Glöckner 2023). Wichtig ist an dieser Stelle noch der Hinweis, dass sich die einzelnen Potenziale nicht aufsummieren lassen, da es vorkommen kann, dass Personen im erwerbsfähigen Alter gleich in mehreren der genannten Kategorien erfasst sind. Während im Folgenden die einzelnen Potenziale anhand amtlicher statistischer Kennzahlen kurz beschrieben werden sollen, werden in Kapitel III die Einstellungen der Thüringer:innen vertiefend in den Blick genommen. Dabei spiegeln die im THÜRINGEN-MONITOR abgefragten Aussagen zum Umgang mit dem Fachkräftemangel die in der Studie von Glöckner (2023) diskutierten fünf Fachkräftepotenziale wider.

Wiedereingliederung von Arbeitslosen: Wie im vorherigen Abschnitt dargestellt, waren zum Stichtag 31. Dezember 2023 im Freistaat 64.978 Menschen arbeitslos, was einer Arbeitslosenquote von 5,9 Prozent entspricht. Dass dieser Personenpool aber nur bedingt zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs geeignet ist, wird deutlich, wenn man sich zwei Punkte vor Augen führt: Zum einen sind von den derzeit Arbeitslosen mehr als ein Viertel 55 Jahre und älter, sodass diese bis zum Jahr 2035 aus dem Pool der Menschen im erwerbsfähigen Alter ausscheiden werden (vgl. Glöckner 2023, 4). Zum anderen kommt erschwerend hinzu, dass ein erheblicher

Teil der Arbeitslosen nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügt. Diese Personen sind also nicht kurzfristig und ohne gezielte Qualifizierungsmaßnahmen zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs im Freistaat mobilisierbar (im Jahr 2022 traf dies auf 38 Prozent aller Arbeitslosen zu; in der Gruppe der 25-55-Jährigen sogar auf 42 Prozent; vgl. Glöckner 2023, 4).

Erhöhung der Erwerbsquote in unterrepräsentierten Gruppen: Gemeinhin werden hier zwei Gruppen identifiziert, deren Erwerbsquote unter dem Durchschnitt liegt: 55-65-Jährige sowie Frauen. Die Erhöhung der Erwerbsbeteiligungsquote von Frauen bietet allerdings nur ein geringes Potenzial für den Thüringer Arbeitsmarkt. Grund ist, dass die Erwerbstätigenquote von Frauen in den ostdeutschen Bundesländern sowohl aus historischen als auch aus finanziellen Gründen schon heute über dem gesamtdeutschen Durchschnitt liegt. Für Thüringen belief sich die Erwerbstätigenquote von Männern (zwischen 20 und 65 Jahren) auf 83,6 Prozent (im Jahr 2021). Diesem Wert steht eine um nur 4,4 Prozentpunkte geringere Erwerbstätigenquote der Frauen, nämlich 79,2 Prozent, gegenüber (vgl. Glöckner 2023, 5). Demgegenüber liegt die Differenz in der Erwerbstätigenquote von Männern und Frauen in Deutschland insgesamt bei 7,6 Prozentpunkten (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2023a). Größer fällt die Differenz zwischen Männern und Frauen in Thüringen lediglich in den Altersgruppen der 30- bis unter 35-Jährigen sowie der 35- bis unter 40-Jährigen aus, wo sie sich auf 8,8 bzw. 7,2 Prozentpunkte beläuft (vgl. Glöckner 2023, 5). Nur wenn diese Differenzen auf eine mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf (etwa wegen fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten) zurückzuführen sind, ließe sich diese Gruppe für den Arbeitsmarkt gewinnen.

Abbau von Teilzeitarbeit: In Thüringen arbeiten etwa 226.000 Beschäftigte in Teilzeit, wobei allerdings rund 80 Prozent der Teilzeitstellen auf Frauen entfallen. Aus der Angleichung der Arbeitszeit an die Jahresarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten errechnet das ifo Institut ein Arbeitskräftepotenzial Potenzial in Höhe 100.000 Vollzeitäquivalenten (vgl. Glöckner 2023, 6). Ähnlich wie beim vorherigen Punkt gilt jedoch, dass sich hieraus nur dann eine Handlungsoption bzw. ein Handlungsbedarf für die Politik ableiten ließe, wenn die Entscheidung für Teilzeitarbeit nicht auf Freiwilligkeit beruht.

Rückgewinnung von Pendler:innen: Rund 125.000 Arbeitskräfte aus Thüringen arbeiten in anderen Bundesländern. 55 Prozent dieser Pendler:innen arbeiten aber in einem an Thüringen angrenzenden Landkreis, sodass diese vermutlich kaum einen Anreiz haben, eine Beschäftigung innerhalb Thüringens aufzunehmen, um dadurch Fahrtzeit zu sparen (vgl. Glöckner 2023, 6).

Wie erfolgreiche Initiativen wie das Projekt „CRAFT“ der Handwerkskammer (HWK) Erfurt oder das „Vietnamprojekt“ von IHK und HWK Südthüringen zeigen, ist Thüringen schon seit etlichen Jahren um die **Anwerbung von Auszubildenden und Fachkräften aus dem Ausland** bemüht. Dafür, dass es Thüringen bisher trotzdem nicht gelänge „Zuzügler:innen aus Westdeutschland oder dem Ausland in nennenswerter Zahl zu attrahieren“ (Glöckner 2023, 7), werden eine Reihe von Ursachen ausgemacht. Dazu gehören die vergleichsweise niedrigen Löhne (siehe Kapitel II) sowie eine Wirtschaftsstruktur, die durch „viele eher unbekannte Kleinunternehmen und durch in der Wertschöpfungskette eher ‚nachgelagerte‘ Betriebe“ (Glöckner 2023, 8) geprägt sei. Zuwander:innen aus dem Ausland fehle es in Thüringen zudem an einem Netzwerk an Menschen gleicher Nationalität. Ein weiterer Faktor, der einer Fachkräfterekrutierung aus dem Ausland entgegensteht, ist das in Ostdeutschland (u. a. Decker et al. 2022; Hildebrandt & Trüdinger 2021) bzw. Thüringen (u. a. Reiser et al. 2023) wiederholt gemessene erhöhte Niveau an ethnozentrischen und exkludierenden Einstellungen im Vergleich zu Westdeutschland. Solche Einstellungen in der Mitarbeiterschaft und im Umfeld von Firmen können, wie unlängst eine Studie am Beispiel Ostthüringens aufzeigte, dazu führen, dass sich Firmen einer Anwerbung ausländischer Fachkräfte verschließen, auch dann, wenn die Geschäftsführung diese exkludierenden Einstellungen nicht teilt (Henn & Hannemann 2023). Ein weiteres Problem ist die abschreckende Wirkung, die ein hohes Niveau an ethnozentrischen Einstellungen und ein entsprechender Ruf mangelnder gesellschaftlicher Offenheit auf die Bereitschaft von Fachkräften aus dem In- und Ausland hat, nach Thüringen zu ziehen. Entsprechend warnen Unternehmensführungen bereits vor den negativen Folgen migrant:innenfeindlicher Einstellungen auf ihr Unternehmen und den Wirtschaftsstandort Thüringen (Bartz 2023; Henn & Hannemann 2023; Initiative Weltoffenes Thüringen 2024). Damit besteht die Gefahr, dass sich die bereits bestehenden strukturellen Unterschiede zwischen verschiedenen Regionen innerhalb Deutschlands und Thüringens weiter verstärken. Es entsteht eine Kluft zwischen solchen Regionen, die erfolgreich hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland anziehen können, und jenen, die damit Schwierigkeiten haben.

Die berufliche Ausbildung ist für Unternehmen eine zentrale Möglichkeit, um zukünftige Fachkräfte, die den eigenen Erfordernissen entsprechen, zu gewinnen und idealerweise langfristig zu binden. Doch auch bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen haben die Thüringer Firmen seit Jahren Probleme. So konnte im vergangenen Jahr in der Hälfte der Thüringer Betriebe, die einen oder mehrere Ausbildungsplätze anboten, mindestens eine der angebotenen Ausbildungsstellen nicht besetzt werden (Frei et al. 2023, 50). Während das Problem in Thüringen schon länger bestand, liegt die Quote der Betriebe mit unbesetzten Ausbildungsstellen mittlerweile in Ostdeutschland insgesamt ebenso wie in Westdeutschland auf nahezu demselben Niveau wie im Freistaat. Besonders schwierig gestaltet sich die Suche nach Auszubildenden für die Kleinstbetriebe mit weniger als zehn Beschäftigten. Hier ergab eine repräsentative Umfrage

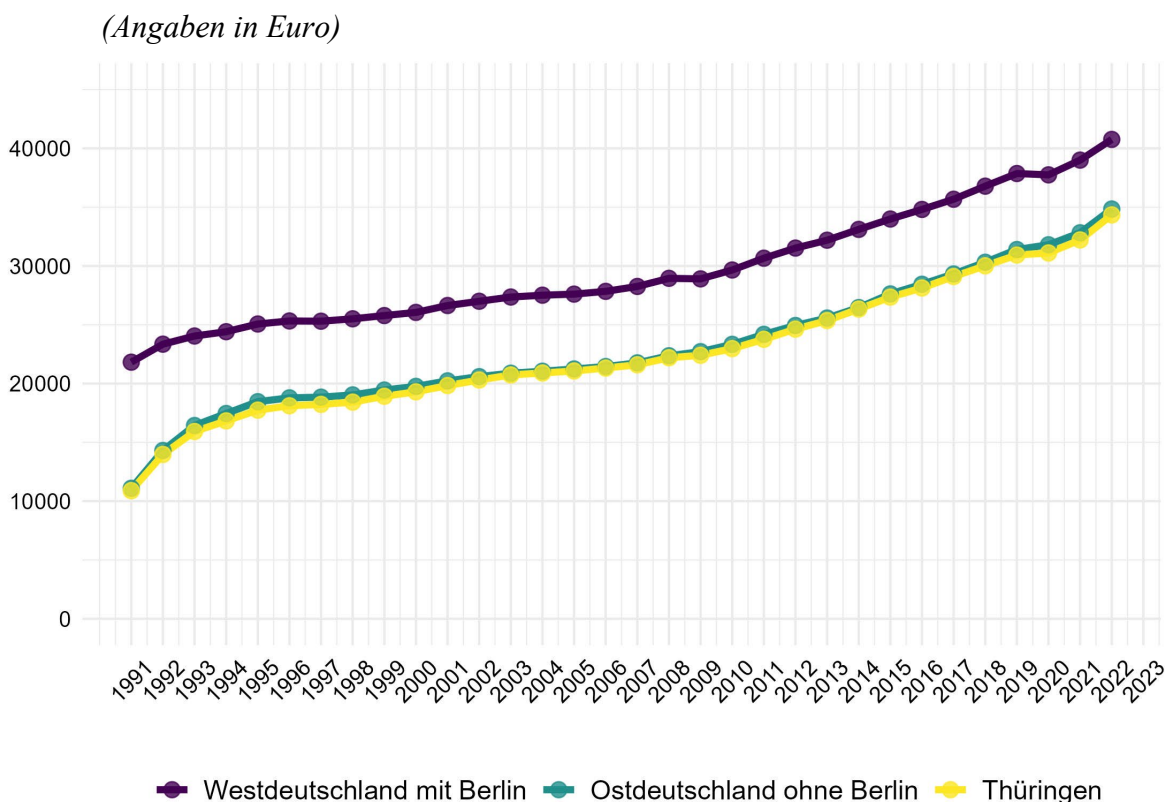
unter den Thüringer Betrieben im Herbst 2022, dass 68 Prozent der Ausbildungsplätze unbesetzt blieben (zum Vergleich: Betriebe mit 10-49 Beschäftigten: 38 Prozent; ≥ 100 Beschäftigte: 22 Prozent) (Frei et al. 2023, 51 f.). Hauptgrund für die unbesetzten Ausbildungsstellen ist nach Angabe der Betriebe, dass keine bzw. weniger Bewerbungen eingingen als Ausbildungsplätze angeboten wurden (Frei et al. 2023, 52).

Der bestehende und sich in Zukunft noch verschärfende Mangel an Arbeitskräften führt zu einer Stärkung der Position der Beschäftigten gegenüber der Arbeitgeber:innenseite, sodass Zeiten, in denen aufgrund der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit „Arbeitsmotivation über den Angstfaktor [...] generiert“ (Singe 2020, 141) wurde und Arbeitnehmer:innen niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen hinnahmen, der Vergangenheit angehören sollten. Zu erwarten wäre also, dass sich die Arbeitsbedingungen in Thüringen in den vergangenen Jahren verbessert haben und in Zukunft weiter verbessern werden, worauf der nächste Abschnitt eingehen wird. Diese Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen hat aber auch Auswirkungen auf die Offenheit von Firmen für die Anstellung von ausländischen Fachkräften: so könnten Mitarbeiter:innen mit ethnozentrischen Einstellungen, die sich ihrer eigenen Unersetzlichkeit bewusst sind, die Unternehmensführung unter Druck setzen (Henn & Hannemann 2023, 13).

II.4. Arbeitsbedingungen in Thüringen

Um Fachkräfte aus anderen Bundesländern und dem Ausland zu gewinnen, sind attraktive Arbeitsbedingungen vor Ort wichtig. Neben dem oben beschriebenen Faktor der Willkommenskultur für ausländische Arbeitnehmer:innen gehören hierzu Aspekte wie Familienfreundlichkeit, Entlohnung, Tarifbindung und auch die Arbeitsbedingungen im engeren Sinne.

Abb. 8: Durchschnittlicher Jahresbruttolohn in Ostdeutschland, Westdeutschland und Thüringen seit 1991



Durchschnittlicher Jahresbruttolohn pro Arbeitnehmer:in
 Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2023

Was das **Lohnniveau** betrifft, so ist der Abstand zu den westdeutschen Bundesländern nach wie vor groß. Arbeitnehmer:innen in Thüringen verdienen 2022 im Schnitt rund 85 Prozent des Bruttolohns von Beschäftigten in den westdeutschen Bundesländern (Mittelwert aller elf Länder inkl. Berlin). Der durchschnittliche Bruttolohn lag in Thüringen bei 34.300 Euro und damit nach wie vor mehr als 6.000 Euro unter dem durchschnittlichen Gehalt in Westdeutschland (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2023b). Aus Abb. 8 ist zudem zu erkennen, dass sich die Lohnlücke zwischen West- und Ostdeutschland seit etwa der Jahrtausendwende nicht weiter geschlossen hat. Bei niedrigerem Gehalt arbeiteten die Menschen in Thüringen aber im Schnitt 30 Minuten pro Woche länger als die Menschen in Westdeutschland (Frei et

al. 2023, 74). Somit überrascht das Ergebnis einer repräsentativen Befragung von Beschäftigten nicht, die ergab, dass der Anteil der Befragten in Thüringen, die ihr Einkommen „als nicht leistungsgerecht oder als gerade ausreichend“ empfand mit 56 bzw. 45 Prozent über dem deutschlandweiten Niveau von 46 bzw. 38 Prozent lag (Holler & Kistler 2019, 32).

Nach wie vor sind im Jahr 2022 in Ostdeutschland mehr Menschen im Niedriglohnsektor² beschäftigt, nämlich 23 Prozent (im Vergleich zu 18 Prozent in Westdeutschland). Im Vergleich zu 2018 ist hier jedoch insbesondere in Ostdeutschland von ursprünglich 29 Prozent ein deutlicher Rückgang zu vermelden (in Westdeutschland: von 20 auf 18 Prozent). Erklärt wird dieser Rückgang über die Erhöhung des Mindestlohns, der die Lohnentwicklung in den ostdeutschen Bundesländern stärker beeinflusste als in den westdeutschen Bundesländern (Destatis 2022).

Des Weiteren ist die **Tarifbindung** in Ostdeutschland niedriger als im Westen. Das macht sich auch in Thüringen bemerkbar. Dies ist einer der zentralen Gründe, der für das niedrigere Lohnniveau in Thüringen angeführt wird. Eine Tarifbindung gab es 2022 lediglich in einer Minderheit von 21 Prozent der Thüringer Betriebe, in denen etwas weniger als die Hälfte aller Beschäftigten arbeitet. Damit entspricht die Tarifbindung in Thüringen dem ostdeutschen Durchschnitt, liegt aber unter dem Niveau der westdeutschen Bundesländer. Allerdings kam es hier in den vergangenen Jahren zu einer Annäherung des westdeutschen und ostdeutschen Niveaus, was aber vor allem auf einen merklichen Rückgang der Tarifbindung in den westdeutschen Bundesländern zurückzuführen ist (Frei et al. 2023, 48). Allerdings entfalten Tarifverträge eine wesentlich größere Reichweite, als sich aus dem Anteil der tarifgebundenen Betriebe erkennen lässt. Hinzu kommen nämlich etliche Unternehmen, die sich mit der Höhe ihrer Löhne und Gehälter an den Tarifverträgen der jeweiligen Branche orientieren. Bezieht man diese Betriebe mit ein, ist nahezu die Hälfte der Betriebe in Thüringen tarifgebunden bzw. nutzt Branchentarifverträge als Orientierung; in diesen Betrieben arbeiten beinahe drei Viertel (72 Prozent) der Thüringer Beschäftigten (Frei et al. 2023, 71 f.).

Ein weiterer wichtiger Faktor für die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen sind **Betriebsräte**. Rechtlich möglich ist die Gründung eines Betriebsrats in Betrieben mit mindestens fünf ständig beschäftigten Arbeitnehmer:innen; dies betrifft 56 Prozent der Betriebe in Thüringen. Einen Betriebsrat gibt es allerdings nur in acht Prozent der Betriebe in Thüringen – womit sich der Freistaat jedoch nicht merklich von den Vergleichswerten für Ostdeutschlands oder Westdeutschland unterscheidet (Ostdeutschland: sechs Prozent; Westdeutschland: sieben Prozent) (Frei et al. 2023, 72). Da es Betriebsräte eher in größeren Unternehmen gibt, arbeiten dennoch 41 Prozent der Thüringer Arbeitnehmer:innen in einem Unternehmen, in dem es einen Betriebsrat gibt (Frei et al. 2023, 73).

² Dies bezieht sich auf Beschäftigungsverhältnisse, in denen weniger als zwei Drittel des Medianbruttoverdienstes gezahlt werden, vgl. Gabler (2024).

Was die **Arbeitsbedingungen** in Thüringen betrifft, kommt eine Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zu dem Ergebnis, dass „die Qualität der Arbeitsbedingungen in Thüringen“ niedriger ist als „im ostdeutschen und bundesweiten Durchschnitt“ (Holler & Kistler 2019, 8). Als Gründe dafür werden in der repräsentativen Befragung der Thüringer Arbeitnehmer:innen das vergleichsweise niedrige Lohnniveau sowie die höhere (körperliche) Belastung ermittelt. Eine hohe körperliche Belastung haben v. a. Arbeitnehmer:innen im produzierenden Gewerbe, aber auch im Gesundheitssektor, wozu die Altenpflege gehört. Häufiger als in den anderen Bundesländern treten in Thüringen körperlich schwere Arbeit, Arbeit unter Zeitdruck sowie Arbeit in ungünstiger Körperhaltung auf (Holler & Kistler 2019, 32). Öfter als im deutschlandweiten Vergleich ist in Thüringen zudem Schichtarbeit verbreitet: 24 Prozent der Befragten aus Thüringen gaben an, täglich im Schichtdienst zu arbeiten, weitere acht Prozent tun dies regelmäßig; bundesweit waren es lediglich elf Prozent (täglich) bzw. sechs Prozent (regelmäßig) (Holler & Kistler 2019, 51).

III. Transformation der Arbeitswelt

Im Schwerpunktkapitel des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS, der unter der Überschrift „Transformation der Arbeitswelt“ steht, wird die Sicht der Thüringer Bürger:innen auf drei zentrale Problemfelder beleuchtet: Digitalisierung, Fachkräftemangel und Decarbonisierung der Wirtschaft. Im ersten Unterkapitel beleuchten wir zunächst die Auswirkungen der Digitalisierung im Alltag und im Arbeitsleben der Thüringer:innen (Kapitel III.1). Daraufhin widmen wir uns der Problematik des Fachkräftemangels und dessen Konsequenzen für Bürger:innen bzw. Erwerbstätige in Thüringen (Kapitel III.2). In diesem Kontext analysieren wir zudem, welche Lösungsansätze von den Bürger:innen bevorzugt werden und inwiefern sich Präferenzen aufgrund unterschiedlicher soziodemographischer Eigenschaften und politischer Einstellungen unterscheiden. Kapitel III.3 widmet sich schließlich der Sicht der Thüringer:innen auf die Decarbonisierung der Wirtschaft im Freistaat.

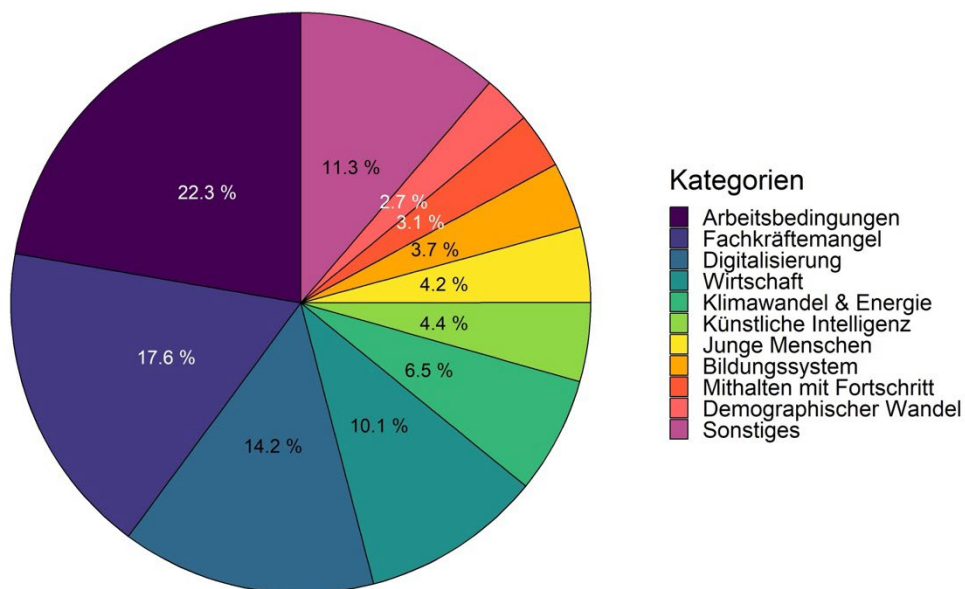
Zunächst interessiert uns, welche aktuellen und zukünftigen Problemlagen für die Arbeitswelt die Thüringer:innen selbst sehen. Auf die offene Frage nach den größten **Herausforderungen für die Arbeitswelt** äußerten die Befragten insbesondere drei zentrale Herausforderungen: die Arbeitsbedingungen, der Fachkräftemangel und die Digitalisierung (vgl. Abb. 9).

Mehr als ein Fünftel der von den Befragten geäußerten Nennungen betreffen die Arbeitsbedingungen. Dies umfasst insbesondere die drei Themenbereiche Entlohnung, Arbeitsorganisation und soziale Dynamiken am Arbeitsplatz. Der Themenbereich „Bezahlung“ beinhaltet Forderungen nach einer gerechteren Vergütung, die die bestehenden Lohnunterschiede etwa zwischen Ost- und Westdeutschland, zwischen den Geschlechtern sowie zwischen den verschiedenen Berufsgruppen adressiert. In der Unterkategorie „Arbeitsorganisation“ werden Arbeitszeiten, Flexibilität und die Work-Life-Balance als vorrangige Herausforderungen identifiziert. Soziale Aspekte, wie zum Beispiel Überforderung, Anerkennung der geleisteten Arbeit, Arbeitsklima, Konkurrenz und Leistungsdruck, bilden den dritten Themenbereich mit Bezug auf die konkreten Arbeitsbedingungen.

Unter die Kategorie „Wirtschaft“, die zehn Prozent aller genannten Herausforderungen umfasst, fallen u. a. die Sicherung und der Erhalt von Arbeitsplätzen, die Erhaltung des Wirtschaftsstandorts Deutschland (etwa Abwanderung von Unternehmen ins Ausland, internationale Anschlussfähigkeit der deutschen Wirtschaft) sowie die gestiegenen Preise.

Sieben Prozent der Antworten lassen sich dem Komplex „Klimawandel und Energie“ zuordnen. Hierbei werden sowohl der Klimawandel und die Notwendigkeit der Anpassung wirtschaftlichen Handelns an die Erfordernisse des Klimaschutzes als auch die Energiewende als Herausforderungen beschrieben. Ein kleinerer Anteil der Befragten weist zusätzlich auf die Belastung durch hohe Energiekosten hin.

Abb. 9: Größte Herausforderungen für Arbeitswelt



Hinweis: Kategorisierte Antworten auf die offene Frage „Es gibt ja verschiedene Herausforderungen, denen die Arbeitswelt heute ausgesetzt ist. Was ist Ihrer Meinung nach die größte Herausforderung für die Arbeitswelt?“ (Mehrfachantworten)³

Weitere Themen, die jeweils drei bis vier Prozent aller genannten Herausforderungen für die Arbeitswelt umfassen, sind künstliche Intelligenz, die Kritik an der vermeintlich zu geringen Arbeitsmoral der Generation Z, ein Bildungssystem, das junge Leute schlecht auf die Herausforderungen der Arbeitswelt von morgen vorbereitet, die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft – auch jenseits der Problematik des Fachkräftemangels – sowie das Gefühl, nur schwer mit dem rasanten Tempo der gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen mithalten zu können. In der Gesamtschau verweist die Diversität des Antwortverhaltens auf die Vielschichtigkeit der Herausforderungen, denen sich die Arbeitswelt aktuell und zukünftig gegenübersteht. In den folgenden Unterkapiteln sollen daher drei der genannten Herausforderungen – Digitalisierung, Fachkräftemangel und Decarbonisierung – vertiefend betrachtet werden.

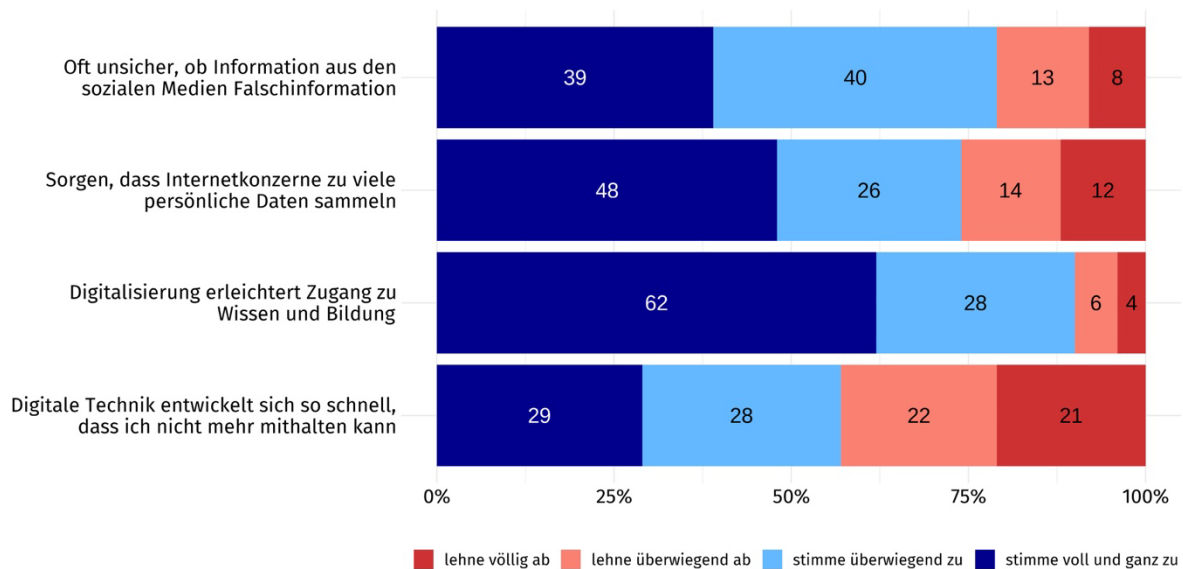
³ In Abb. 9 wurde eine qualitative Analyse der von den Befragten genannten größten Herausforderungen für die Arbeitswelt vorgenommen. Durch eine induktive Kategorienbildung aus dem Datenmaterial heraus konnten zentrale Oberkategorien identifiziert werden. Dabei erwähnten viele Befragte mehrere Herausforderungen, sodass sich die prozentualen Angaben in der Abbildung auf die Gesamtzahl der Nennungen beziehen, nicht auf die Anzahl der befragten Personen. Kategorien, die weniger als zwei Prozent aller Nennungen ausmachen, wurden unter der Kategorie “Sonstiges” zusammengefasst.

III.1. Digitalisierung

Durch die Covid-19-Pandemie hat sich die Digitalisierung in Thüringen und Deutschland in den vergangenen Jahren weiter beschleunigt, etwa durch die Zunahme an digitalen Bildungsangeboten, Onlinehandel und Homeoffice. Nur noch rund fünf Prozent der Menschen in Deutschland gelten als Offliner, d. h., sie haben das Internet noch nie genutzt (Statista 2024). Dennoch lässt sich in der Gesellschaft weiterhin eine digitale Spaltung beobachten, wobei es jedoch weniger um das „ob“ der Nutzung digitaler Technologien geht, sondern um die Häufigkeit und die Kompetenz im Umgang mit diesen Technologien (Initiative D21 2023, 23). Zahlreiche Menschen stellt die zunehmende Verlagerung von Angeboten ins Digitale vor Herausforderungen und sie haben Schwierigkeiten, mit der Geschwindigkeit des digitalen Wandels Schritt zu halten; dies gilt insbesondere für ältere Menschen sowie Menschen mit einer niedrigeren formalen Bildung und einem geringeren Einkommen (Initiative D21 2023).

III.1.1. Betroffenheit durch und Umgang mit Digitalisierung im Alltag

Abb. 10: Betroffenheit durch Digitalisierung im Alltag
(Angaben in Prozent)



Eine erste Gruppe von Fragen im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR war vor diesem Hintergrund der allgemeinen Wahrnehmung und Bewertung der Digitalisierung gewidmet. Für ihren Alltag nehmen die Thüringer:innen sowohl positive als auch negative Folgen der Digitalisierung wahr. Auf der Haben-Seite kann verbucht werden, dass 90 Prozent der Befragten der Ansicht sind, die Digitalisierung erleichtere ihnen den **Zugang zu Wissen und Bildung** (vgl. Abb. 10). Dies wird mit Ausnahme der Zwischenkriegsgeneration, d. h. jenen Befragten, die bis

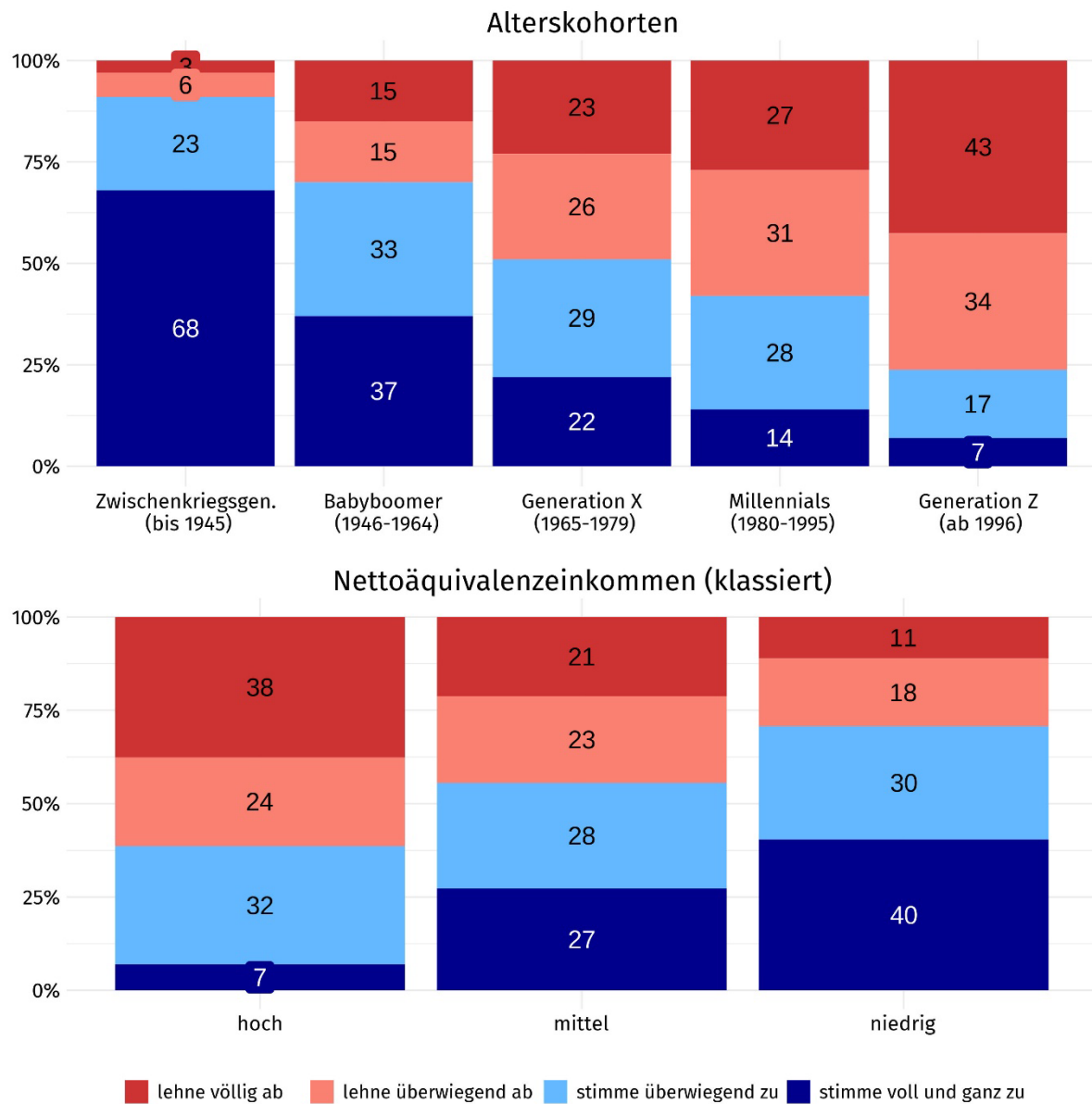
1945 geboren sind, über alle Alterskohorten hinweg geteilt. Auch formal höher gebildete Befragte und solche, die ihre digitalen Skills als besser einschätzen, geben öfter an, auf diese Weise von der Digitalisierung profitiert zu haben, wohingegen Befragte mit einem niedrigen Haushaltseinkommen weniger durch einen erleichterten Zugang zu Bildung profitieren.

Trotz dieses positiven Aspekts der Digitalisierung, äußert mehr als die Hälfte der Menschen in Thüringen die Angst, **von der Entwicklung digitaler Technologien abgehängt zu werden** (vgl. Abb. 10). In einer deutschlandweiten Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) teilten 37 Prozent der Befragten diese Sorge, während weitere 15 Prozent teilweise zustimmten (Kirchner 2019). Auch wenn die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen des THÜRINGEN-MONITORS nur eingeschränkt möglich ist⁴, deuten die Ergebnisse darauf hin, dass sich in Thüringen im Jahr 2023 mehr Menschen durch den digitalen Wandel zurückgelassen fühlen als bundesweit. Zwei Erklärungen erscheinen plausibel: Zum einen gibt es in Thüringen mehr ältere Menschen als im Bundesdurchschnitt und mit steigendem Alter fühlen sich Befragte eher von der Geschwindigkeit des digitalen Wandels überfordert (vgl. Abb. 11). Zum anderen könnte auch der zeitliche Abstand der beiden Studien eine Rolle spielen; die Umfrage der FES fand 2019 statt – also vor dem mit der Einführung von ChatGPT im November 2022 ausgelösten Boom der KI-Technologien.

Die Angst, von der Entwicklung digitaler Technologien abgehängt zu werden, hängt – wie bereits angedeutet – stark mit dem Alter zusammen (siehe Abb. 11). Lediglich die Alterskohorten der Millennials sowie der Generation Z, d. h. die ab 1980 bzw. ab 1996 geborenen „Digital Natives“, sind mehrheitlich davon überzeugt, mit der Entwicklung der digitalen Technik schritthalten zu können. Bereits unter den als Generation X bezeichneten Jahrgängen der zwischen 1965 und 1979 Geborenen ist die Hälfte der Ansicht, mit den Entwicklungen nicht mehr mithalten zu können; dies gilt sogar für 70 Prozent der Babyboomer:innen (Jahrgänge 1946 bis 1964) und für 91 Prozent der bis 1945 Geborenen. Auch Befragte mit niedrigerem formalen Bildungsniveau (62 Prozent im Vergleich zu 44 Prozent bei Personen mit mindestens Abitur), niedrigem Einkommen (71 Prozent gegenüber 56 bei Befragten mit mittlerem und 38 Prozent mit hohem Einkommen) sowie Frauen (63 Prozent im Vergleich zu 51 Prozent bei Männern) äußern eher Besorgnis darüber, dass sie mit den Fortschritten der digitalen Technologie nicht mithalten können. Für jene Befragte dürfte es in Zukunft zu einer Herausforderung werden, wenn für bestimmte öffentliche wie privatwirtschaftliche Leistungen (etwa Behördengänge, Banking) in Zukunft keine analogen Alternativen mehr bestehen werden.

⁴ Dies liegt daran, dass die FES-Umfrage eine Mittelkategorie (teils/teils) verwendet, während der THÜRINGEN-MONITOR keine solche Kategorie hat und die Befragten auf einer vierstufigen Skala anstatt einer fünfstufigen Skala antworteten.

Abb. 11: Angst, von der Entwicklung digitaler Technologien abgehängt zu werden nach Alterskohorten und Einkommen
(Angaben in Prozent)

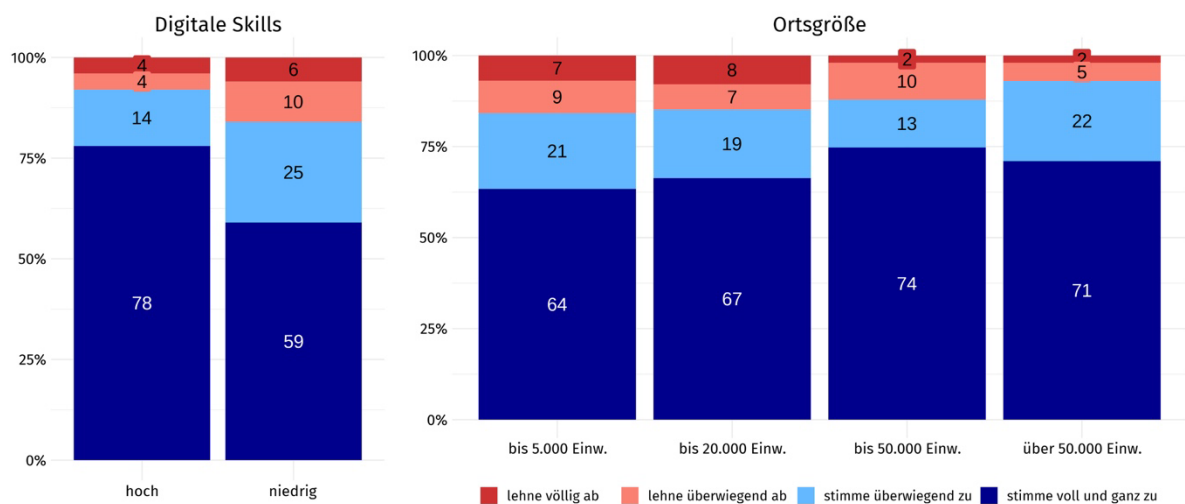


Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Thüringer Bürger:innen das Vorantreiben der Digitalisierung etwa in Form digitaler Verwaltungsleistungen bewerten. Dies erscheint gerade angesichts der im THÜRINGEN-MONITOR 2022 präsentierten Erkenntnisse, wonach insbesondere Menschen in den ländlichen Regionen Thüringens mit der Infrastruktur und der sozialen Daseinsvorsorge z. T. unzufrieden sind (Reiser et al. 2023, 38), wichtig. So könnte die Digitalisierung die Zugänglichkeit und Erreichbarkeit im ländlichen Raum, etwa durch eine verstärkte Möglichkeit digitaler Behördengänge, erleichtern. Doch nach wie vor kann nur ein vergleichsweise geringer Teil der Behördenleistungen in Deutschland digital in Anspruch genommen werden. Das 2017 in Kraft getretenen Onlinezugangsgesetz (OZG) sah vor, dass bis 2022 fast 600 digitale Verwaltungsleistungen zur Verfügung stehen sollten. Eine Auswertung

im Dezember 2023 ergab, dass bundesweit lediglich 81 komplett online nutzbar waren (Tageschau 2023b), wobei es regionale Unterschiede gibt. Bayern nimmt (Stand 13.09.2023) mit 235 digital verfügbaren Leistungen Platz 1 unter den Bundesländern ein. Thüringen liegt mit 190 Leistungen immerhin auf Platz 4, auch wenn alle Bundesländer der Zielmarke deutlich hinterherhängen (Janson 2023).

Insgesamt wünschen sich 87 Prozent der Menschen in Thüringen eine stärkere **Digitalisierung der Verwaltung** (vgl. Abb. 14). Interessanterweise stehen, wie Abb. 12 zu entnehmen, Menschen in Kleinstädten (unter 20.000 Einwohner) der stärkeren Digitalisierung der Verwaltung etwas reservierter gegenüber als die Bewohner:innen in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern (85 Prozent gegenüber 93 Prozent) – dieser signifikante Zusammenhang gilt auch nach Kontrolle für andere Faktoren wie Alter, Bildungsgrad und Selbstwahrnehmung digitaler Kompetenzen. Ein weiterer zentraler Einflussfaktor für die Haltung gegenüber Online-Behördenhängen ist die Selbstwahrnehmung digitaler Kompetenzen. Befragte, die glauben, die digitale Technologie entwickle sich so schnell, dass sie nicht mehr mithalten können, stehen einer digitalen Verwaltung ebenfalls skeptischer gegenüber – befürworten einen zügigen Ausbau aber dennoch mit deutlicher Mehrheit (vgl. Abb. 12).

Abb. 12: Zügigere Digitalisierung der Verwaltung nach Selbsteinschätzung digitaler Fähigkeiten und Ortsgröße
(Angaben in Prozent)



Angesichts der Tatsache, dass drei Viertel der Thüringer:innen besorgt darüber sind, dass große Internetkonzerne zu viele persönliche Daten sammeln (vgl. Abb. 10), überrascht es nicht, dass sich 93 Prozent für **strengere Datenschutzvorschriften** für Unternehmen wie Google oder Amazon aussprechen.⁵ Dabei wurden keine signifikanten Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen (etwa nach Alter, Geschlecht, formaler Bildung oder politischer Orientierung) festgestellt.

Während der Corona-Pandemie sowie im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine wurden geschlossene Diskussionsräume in den sozialen Medien wie beispielsweise der Messengerdienst Telegram genutzt, um Verschwörungserzählungen und **Falschinformationen**⁶ zu verbreiten (siehe u. a. IDZ 2021). Doch nicht nur während der COVID-19-Pandemie waren und sind falsche Informationen im Internet weit verbreitet und 90 Prozent der Deutschen gaben im Oktober 2023 an, in den vergangenen Monaten Falschinformationen im Internet begegnet zu sein – mehr als ein Drittel davon sogar häufig (Bernhard et al. 2024). Für beinahe zwei Drittel der Bundesbürger:innen ist die Verbreitung von falschen Informationen via Internet bzw. sozialen Medien ein Thema, das ihnen Angst macht – wie eine Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Jahr 2023 zeigt (Hirndorf & Roose 2023). Zu einem ganz ähnlichen Ergebnis kommt der D21-Digital-Index 2022/23, demzufolge fast zwei Drittel der befragten Deutschen ab 14 Jahren Desinformationen als eines der größten Risiken für die Demokratie ansehen (Initiative D21 2023). Aufgrund der verstärkten Verbreitung von Falschinformationen in den Echokammern der sozialen Medien wurde von der Bundesregierung bereits eine Regulierung von Telegram ins Gespräch gebracht (Raab 2021). Diesen Vorschlag sehen die Thüringer:innen kritisch (vgl. dazu Abb. 14). Zunächst einmal offenbart unsere Untersuchung eine große gesellschaftliche Sensibilisierung für dieses Thema, aber gleichzeitig auch eine weit verbreitete Unsicherheit unter den Befragten im Freistaat.

Vier von fünf Thüringer:innen sind sich oft unsicher, ob es sich bei Informationen aus den sozialen Medien um Falschinformationen handelt (vgl. Abb. 10). Diese Unsicherheit nimmt zwar mit zunehmendem Alter zu, aber selbst in den digital affinen Alterskohorten ist die Unsicherheit groß: In der Altersgruppe der ab 1996 Geborenen (Generation Z) sind 72 Prozent der Befragten oft unsicher, ob Informationen aus sozialen Medien falsch sind. Dieser Prozentsatz steigt leicht auf 78 Prozent für die Millennials (Geburtsjahrgänge 1980-1995) und die Generation X (Geburtsjahrgänge 1965-1979) sowie auf 81 Prozent für die Babyboomer. Unter den Befragten, die bis 1945 geboren wurden, sind schließlich neun von zehn oft unsicher, ob es sich bei Informationen aus sozialen Medien um Falschinformationen handelt (vgl. Abb. 13). Zudem sind in dieser Alterskohorte überdurchschnittlich viele Befragte, nämlich über zehn

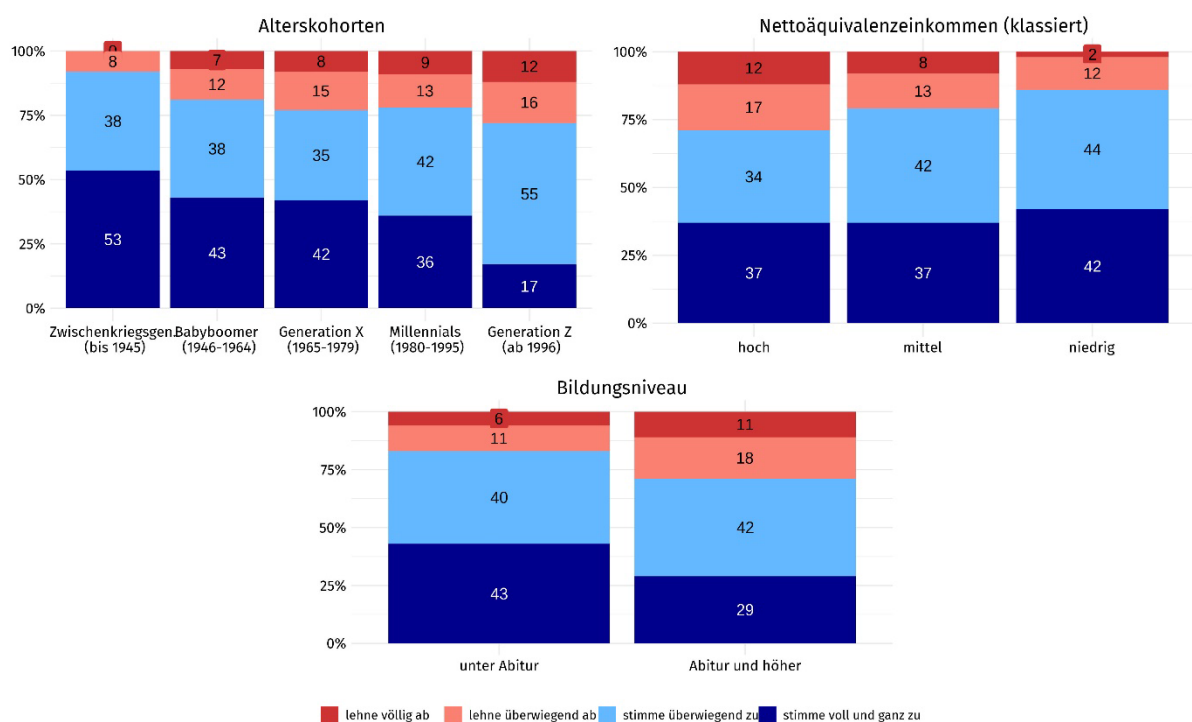
⁵ Beide Items korrelieren moderat miteinander (Spearman's rho 0,386, $p < 0.001$).

⁶ Wenn hier von Falschinformationen die Rede ist, dann sind damit nicht wahre Informationen gemeint, die entweder unabsichtlich (=Misinformatio) oder absichtlich (=Desinformatio) verbreitet werden (Möller et al. 2020).

Prozent, nicht willens oder in der Lage, diese Frage zu beantworten. Die Angst vor Falschinformationen variiert zudem signifikant in Abhängigkeit des Bildungsgrades und des Einkommens. Mit steigender Bildung nimmt die Unsicherheit ab, ob Informationen aus sozialen Medien falsch sind: 83 Prozent der Befragten ohne Abitur sind sich oft unsicher; demgegenüber empfinden das nur 71 Prozent der Befragten mit Abitur. Möglich ist, dass bei höher Gebildeten das Bewusstsein für falsche Informationen in den sozialen Medien zwar höher ist, aber die Selbsteinschätzung der Fähigkeit, Falschinformationen zu identifizieren, mit höherem formalem Bildungsniveau steigt (vgl. auch Fußnote 7).

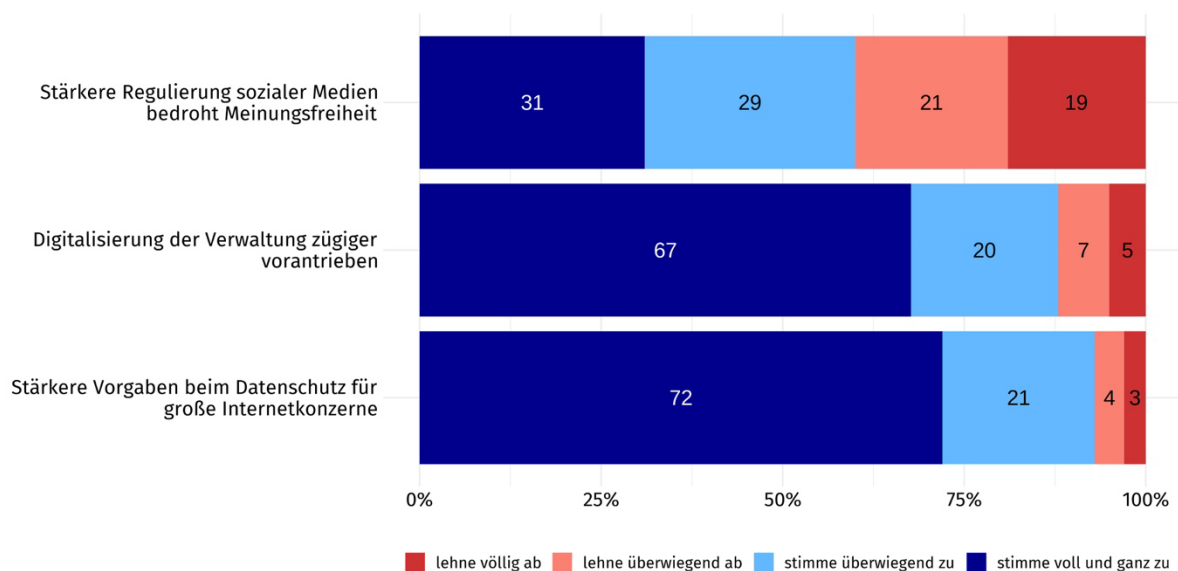
Ähnlich gelagert wie die Bildungsunterschiede sind die Unterschiede zwischen Befragten verschiedener Einkommensgruppen. Hier liegt der Anteil derjenigen, die sich bezüglich Falschinformationen oft unsicher sind, unter Befragten mit niedrigem Einkommen 15 Prozentpunkte über Befragten mit hohem und sieben Prozentpunkte über Befragten mit mittlerem Einkommen.

Abb. 13: Unsicherheit bzgl. Falschinformationen nach Alterskohorten, Bildung und Einkommen
(Angaben in Prozent)



Dieser „Digital Skills Gap“, d. h. die Lücke zwischen benötigten und tatsächlich vorhandenen Fähigkeiten im Erkennen von Falschinformationen, zeigt sich in ähnlicher Form auch in anderen Erhebungen. So ist beispielsweise im vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geförderten D21-Digital-Index 2022/23 ebenfalls eine klare Varianz nach Alter und Bildung erkennbar⁷. Der D21-Digital-Index 2022/23 findet zudem einen Unterschied je nach Geschlecht. Danach fühlen sich 58 Prozent der Männer, aber nur 42 Prozent der Frauen kompetent, die Richtigkeit von Informationen aus dem Internet zu beurteilen. Diese bestätigt sich im THÜRINGEN-MONITOR nur eingeschränkt. Hier stehen 83 Prozent der Frauen, die sich bei Informationen aus den sozialen Medien oft unsicher sind, ob es sich um Falschinformationen handelt, 76 Prozent oft unsicheren Männern gegenüber.⁸ Zudem ist zu konstatieren, dass der Grad an Unsicherheit im Umgang mit Informationen in Thüringen signifikant höher ist als in dieser bundesweiten Untersuchung.

Abb. 14: Umgang mit Digitalisierung
(Angaben in Prozent)



⁷ Während insgesamt 60 Prozent der Deutschen sich in der Lage sehen, unseriöse Nachrichten zu erkennen und 50 Prozent glauben, die Richtigkeit von Informationen beurteilen zu können, sind die Bildungsunterschiede erheblich: 71 Prozent der Befragten mit hoher Bildung können laut eigener Aussage Falschinformationen erkennen, während dies nur die Hälfte der Befragten mit mittleren Bildungsabschlüssen und nur etwa ein Viertel der Befragten mit einer niedrigen formalen Bildung von sich denkt. Zudem können 63 Prozent der Bürger:innen, die den Generationen der Millennials und der Generation Z angehören, die Richtigkeit von Informationen aus dem Internet beurteilen, wohingegen dies auf nur 47 Prozent der Babyboomer:innen und 17 Prozent der bis 1945 Geborenen zutrifft (Initiative D21 2023).

⁸ Zwar deutet ein signifikanter Chi-Quadrat-Test darauf hin ($X^2=8,158$; $p<0,01$), dass es einen statistisch bedeutsamen Unterschied zwischen dem Anteil der unsicheren Frauen und Männer gibt, wenn es um die Sorge vor falschen Informationen in den sozialen Medien geht. Wird mittels multivariater Verfahren für den Einfluss weiterer Faktoren kontrolliert, sind die Geschlechterunterschiede jedoch nicht mehr signifikant.

Obwohl vier von fünf Befragten des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS somit oft unsicher sind, ob eine Information aus den sozialen Netzwerken wahr ist (siehe Abb. 10), zeigt unsere Erhebung, dass gleichzeitig drei von fünf Thüringer:innen eine stärkere **Regulierung sozialer Medien als eine potenzielle Bedrohung für die Meinungsfreiheit** wahrnehmen (vgl. Abb. 14). Das Meinungsbild der Thüringer:innen lässt sich nur schwer in den Kontext bundesweiter Studien einordnen, da hier die Ergebnisse stark auseinanderfallen. Den Ergebnissen des THÜRINGEN-MONITORS entsprechend, zeigt eine vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geförderte Studie, dass die Hälfte der Deutschen die freie Meinungsäußerung für wichtiger erachtet als die Kontrolle der Inhalte im Internet auf demokratiefeindliche Äußerungen. 38 Prozent der Befragten sehen es in dieser Studie umgekehrt (Initiative D21 2023, 38).⁹ Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hingegen berichtet eine große Zustimmung zur Regulierung sozialer Medien, um der Verbreitung von Verschwörungserzählungen entgegenzuwirken (Best et al. 2023).

Es fällt auf, dass insbesondere ältere Generationen wie die Zwischenkriegsgeneration und die Babyboomer:innen zu 70 bzw. 66 Prozent eine stärkere Regulierung sozialer Medien als eine Bedrohung für die Meinungsfreiheit betrachten, während jüngere Generationen weniger besorgt sind. Z. B. sehen nur 47 Prozent der Generation Z eine solche Regulierung als eine potenzielle Gefahr. Überraschenderweise steht dieses Ergebnis im Widerspruch zur bereits zitierten Studie der Initiative D21, der zufolge sich eher die beiden jüngsten Alterskohorten (Millennials, Generation Z), also die „Digital Natives“, für die freie Meinungsäußerung aussprechen und ältere Befragte die Kontrolle von Inhalten im Netz eher befürworten (Initiative D21 2023, 39).

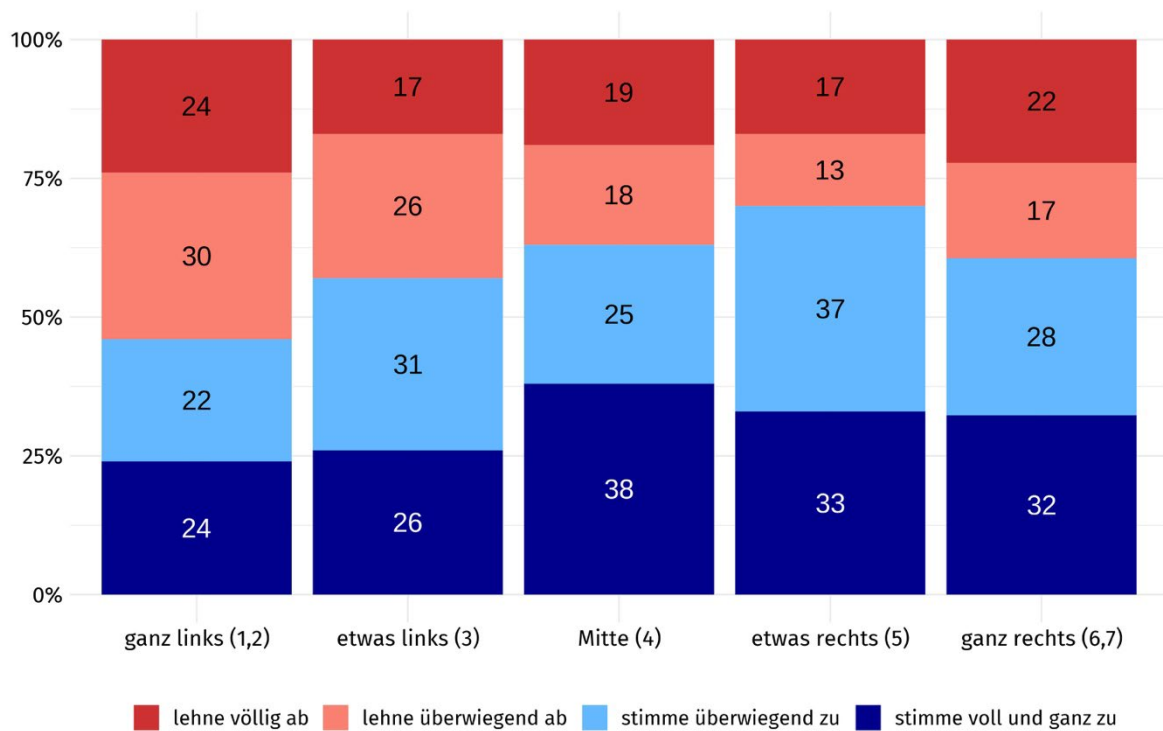
Auch Thüringer:innen mit Abitur machen sich weniger Sorgen um eine Beschränkung der Meinungsfreiheit als solche ohne Abitur (53 gegenüber 63 Prozent). Die Einstellungen zu diesem Thema variiert zudem mit dem Einkommen. Befragte mit einem niedrigen Einkommen nehmen die Regulierung eher als eine Bedrohung der Meinungsfreiheit wahr als solche mit mittleren und hohen Einkommen.

Des Weiteren zeigen sich Unterschiede entlang der politischen Links-Rechts-Selbsteinstufung: Während Befragte, die sich selbst als „ganz links“ einordnen, weniger besorgt sind, sorgen sich diejenigen, die sich eher in der Mitte oder „etwas rechts“ sehen, deutlich stärker um mögliche negative Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit durch eine stärkere Regulierung von Plattformen wie TikTok, Facebook, Telegram und Co (siehe Abb. 15). Ein ähnliches Muster findet sich bei der Aussage „Heutzutage kann man seine Meinung nicht frei äußern, weil man sonst Nachteile haben könnte“, der beispielsweise Befragte mit einer rechtspopulistischen Einstellung stärker zustimmen (vgl. auch Kapitel IV.2).

⁹ Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse wird jedoch aufgrund der unterschiedlichen Frageformulierung eingeschränkt und in der Studie der Initiative D21 kam ein sogenanntes Trade-off Item zum Einsatz.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Dass vier von fünf Thüringer:innen unsicher sind, ob es sich bei Informationen aus den sozialen Medien um Falschinformationen handelt, zeigt einerseits eine hohe Sensibilisierung der Bevölkerung für dieses Thema. Andererseits verweist der Befund aber auch auf große Vertrauensprobleme in die sozialen Medien und den Wahrheitsgehalt von Informationen in der digitalen Sphäre.

Abb. 15: Regulierung sozialer Medien als Gefahr für Meinungsfreiheit nach Links-Rechts-Selbsteinstufung
(Angaben in Prozent)



III.1.2. Digitalisierung der Arbeit

Digitale Arbeitsmittel gehören zum Alltag der meisten Thüringer Erwerbstätigen: Mehr als drei Viertel der Befragten geben an, diese (mehrmals) täglich zu verwenden; lediglich eine Minderheit von elf Prozent der Berufstätigen im Freistaat nutzt für ihre Tätigkeiten keine digitalen Arbeitsmittel wie z. B. Laptops, Tablets, digitale Mess- oder Diagnosegeräte oder künstliche Intelligenz (vgl. Abb. 16). Dies deckt sich in etwa mit bundesweiten Zahlen aus einer Erwerbstätigenbefragung im Auftrag des DGBs aus dem Jahr 2022. Diese ergab, dass 83 Prozent der Arbeitnehmer:innen von der Digitalisierung mindestens in geringem Maß betroffen sind und 63 Prozent davon in hohem und sehr hohem Maß (DGB-Index Gute Arbeit 2022).

Befragte, die digitalen Arbeitsmittel (mehrmals) täglich nutzen, sind eher jünger, haben eine höhere formale Bildung und gehen einer Tätigkeit mit einem höheren Anforderungsniveau nach. Der Digitalisierungsgrad der Tätigkeit hängt zudem sehr stark mit der Betriebsgröße zusammen, da Arbeitnehmer:innen in Kleinstbetrieben (unter zehn Mitarbeiter:innen) digitale Arbeitsmittel weniger häufig nutzen: Lediglich 59 Prozent nutzen digitale Arbeitsmittel (mehrmals) täglich, während rund ein Viertel dies nie tut. In kleinen bis mittleren Betrieben (elf bis 100 Mitarbeiter:innen) sowie großen Betrieben mit über 100 Beschäftigten nutzen dagegen 78 bzw. 81 Prozent (mehrmals) täglich digitale Arbeitsmittel, während die Arbeit dort nur für zwölf (kleine und mittlere Betriebe) bzw. neun Prozent (Großbetriebe) der Beschäftigten nicht digitalisiert ist. Zu vergleichbaren Erkenntnissen hinsichtlich Digitalisierung und Betriebsgröße kam auch die Studie des DGB, sodass sich Thüringen hier in das bundesweite Bild einfügt (DGB-Index Gute Arbeit 2022). Auch Arbeiter:innen gaben an, digitale Arbeitsmittel weniger häufig zu nutzen, wohingegen die Arbeit von Selbständigen und Beamt:innen am stärksten digitalisiert ist (vgl. Abb. 17).

Abb. 16: Nutzungshäufigkeit digitaler Arbeitsmittel
(Angaben in Prozent)

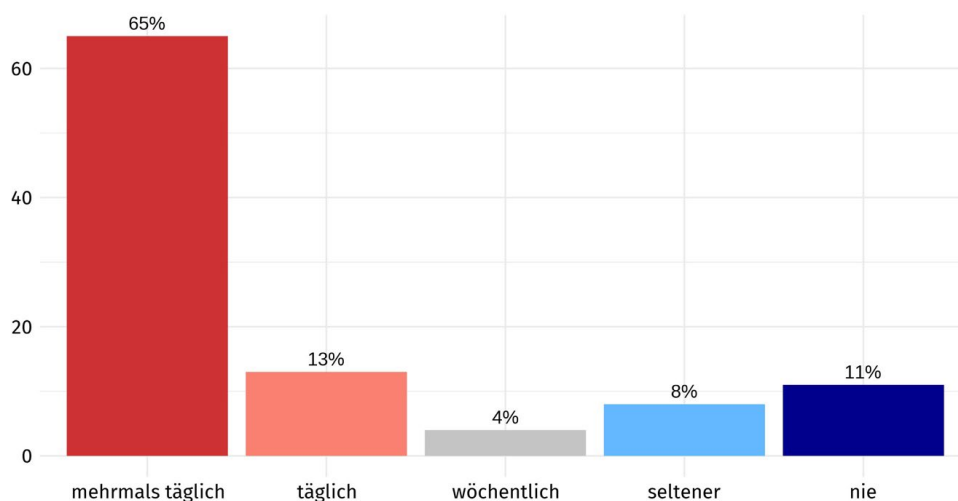
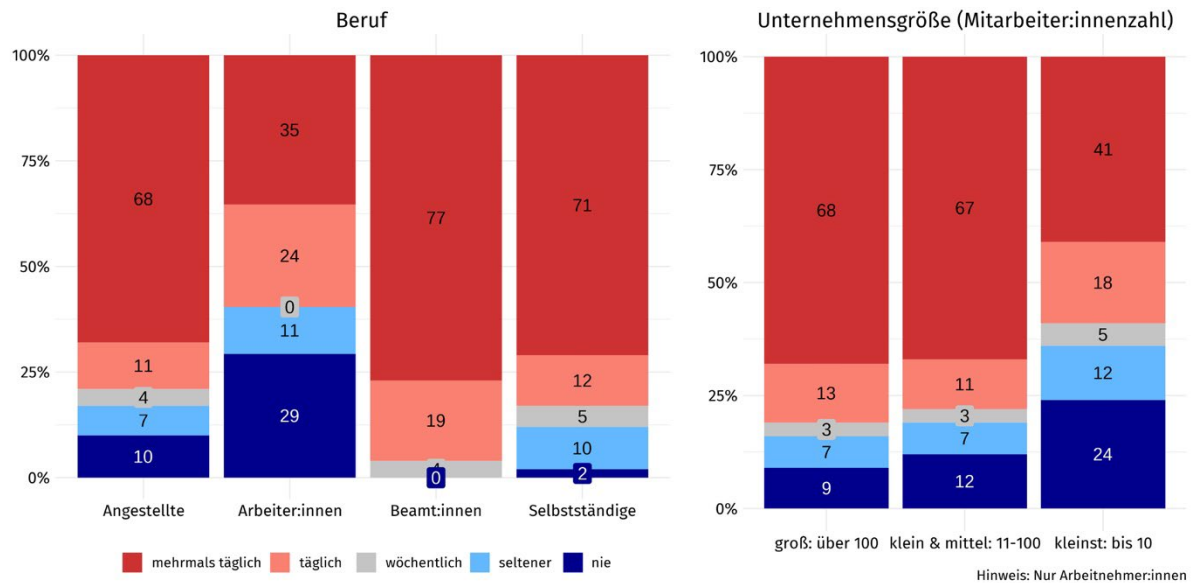


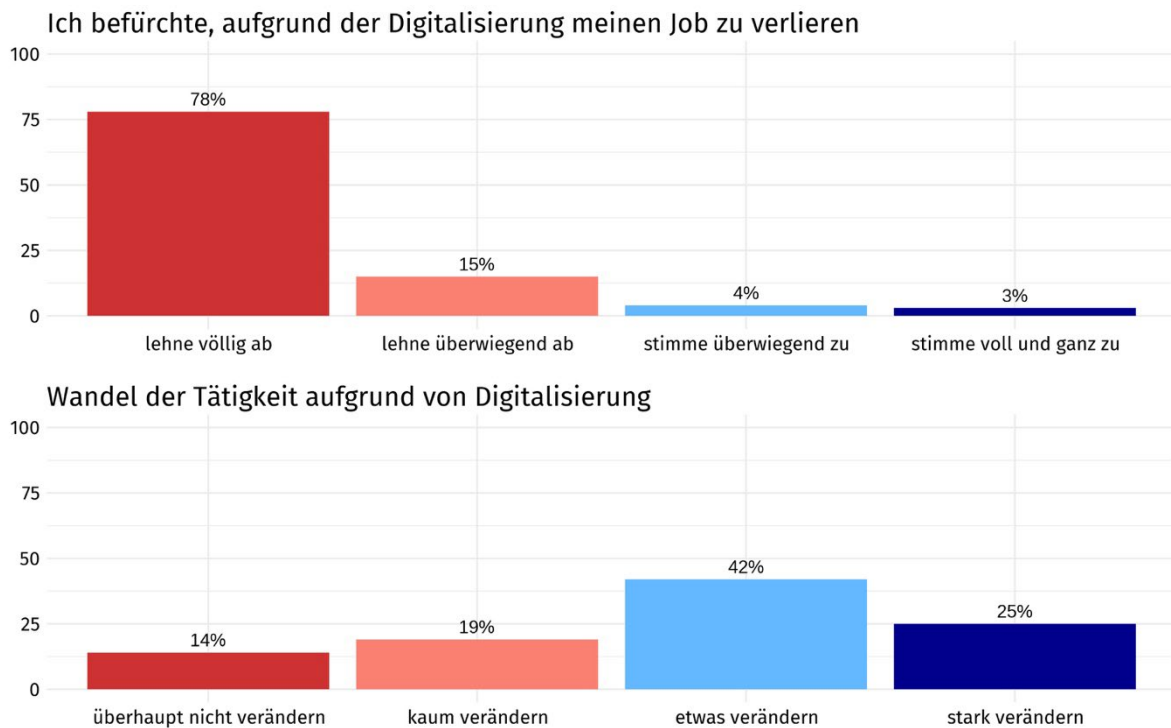
Abb. 17: Nutzungshäufigkeit digitaler Arbeitsmittel nach Beruf und Betriebsgröße
(Angaben in Prozent)



Während sich viele Tätigkeiten im Zuge der Digitalisierung wandeln und durch die Digitalisierung in den vergangenen Jahren auch neue Jobs und Arbeitsplätze entstanden sind sowie zukünftig entstehen werden, werden andere Arbeitsplätze durch den technologischen Wandel obsolet. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) quantifiziert den Anteil der Arbeitsplätze mit hohem **Substituierbarkeitspotenzial** in Deutschland im Jahr 2019 auf 11,3 Mio., dies entspräche etwa einem Drittel der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze (Dengler & Matthes 2021). Unter hoher Substituierbarkeit wird hier verstanden, dass ein bedeutender Teil der beruflichen Tätigkeiten (70 bis 100 Prozent) durch den Einsatz digitaler Technologien übernommen werden kann. Unter den deutschen Bundesländern gehört Thüringen zu den Ländern, die einen vergleichsweise hohen Anteil (37,2 Prozent) an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen mit hohem Substituierbarkeitspotenzial aufweisen (Dengler & Matthes 2021) – damit ist Thüringen als einziges der ostdeutschen Bundesländer auf diese Weise überdurchschnittlich vom technologischen Wandel betroffen. Wie nehmen die Thüringer:innen die Auswirkungen der Digitalisierung auf ihre berufliche Tätigkeit und die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes wahr?

Eine deutliche Mehrheit von zwei Drittel der im THÜRINGEN-MONITOR 2023 befragten Berufstätigen erwartet, dass sich ihre Arbeitsaufgaben im Zuge der Digitalisierung etwas oder stark verändern werden – demgegenüber stehen 19 bzw. 14 Prozent der Erwerbstätigen, die lediglich minimale bis keine Veränderungen erwarten (vgl. Abb. 18). Sieben Prozent vermuten allerdings, durch die Digitalisierung ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Wie wir an späterer Stelle ausführlicher zeigen werden, geht die Furcht, aufgrund der Digitalisierung den Arbeitsplatz zu verlieren, mit einer gesteigerten Neigung zu rechtsextremen Einstellungen einher (vgl. Kapitel IV.2).

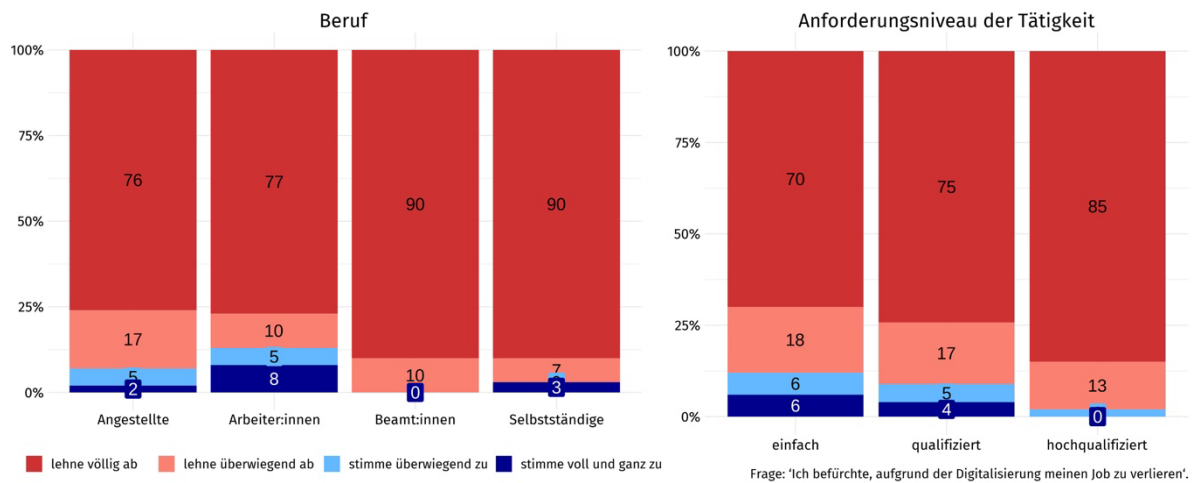
Abb. 18: Auswirkungen Digitalisierung auf Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitsaufgaben
(Angaben in Prozent)



Es sind besonders Erwerbstätige mit niedriger formaler Bildung, Arbeiter:innen sowie Personen, die eher Tätigkeiten mit einem einfachen Qualifikationsanforderungsniveau nachgehen, die Sorge haben, ihr Arbeitsplatz könnte durch die Digitalisierung verlorengehen. Statistisch signifikante Unterschiede zwischen Männern und Frauen bestehen nicht. Dies überrascht, da gemeinhin Männer als eher vom möglichen Wegfall des Arbeitsplatzes durch die Digitalisierung betroffen gelten, da Frauen häufiger in sozialen Berufen mit geringem Substituierbarkeitspotenzial arbeiten (Zillmann & Kindt 2022). Angesichts der beschriebenen Substituierbarkeitspotenziale scheinen die Thüringer:innen die Risiken der Digitalisierung für ihre Arbeitsplatzsicherheit insgesamt aber eher zu unterschätzen. Dagegen sind es eher jüngere Befragte und solche, die Tätigkeiten mit einem höheren Qualifikationsanforderungsniveau nachgehen, die in den nächsten zehn Jahren eine Veränderung ihrer Arbeitsaufgaben im Zuge der Digitalisierung erwarten. Signifikante Unterschiede in Abhängigkeit von der Betriebsgröße waren hierbei hingegen nicht festzustellen.

In einem nächsten Schritt soll untersucht werden, ob digitale Arbeitsmittel in den Unternehmen und Betrieben so eingesetzt werden, dass sie die Arbeitsbelastung für die Erwerbstätigen reduzieren bzw. Beschäftigte vor den negativen Folgen der Digitalisierung geschützt werden. Zu diesem Zweck haben wir alle Berufstätigen, die digitale Arbeitsmittel zumindest gelegentlich nutzen, um ihre Meinung zu den Auswirkungen dieser Technologien befragt.

Abb. 19: Arbeitsplatzsorgen aufgrund Digitalisierung nach Beruf und Qualifikationsniveau
(Angaben in Prozent)



Vor dem Hintergrund, dass in Thüringen körperlich schwere Arbeit, Arbeit unter Zeitdruck sowie Arbeit in ungünstiger Körperhaltung stärker verbreitet sind als im Bundesschnitt (Holler & Kistler 2019; vgl. auch Kapitel II), stellt sich die Frage, ob die Digitalisierung zu einer **körperlichen Entlastung** geführt hat. Dies nimmt jedoch lediglich ein Drittel der Erwerbstätigen wahr. Signifikante Unterschiede zwischen einzelnen Gruppen (etwa nach Alter, Geschlecht, formaler Bildung, Beruf, Anforderungsniveau der Tätigkeit oder Betriebsgröße) waren nicht feststellbar. Allerdings sind Befragte, die dank der Digitalisierung eine körperliche Entlastung verspüren, mit ihrer Arbeit etwas häufiger zufrieden als solche, die keine Entlastung wahrnehmen (92 Prozent gegenüber 85 Prozent).

Etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten (54 Prozent) ist der Ansicht, durch den Einsatz digitaler Arbeitsmittel sei die **zu bewältigende Arbeitsmenge größer geworden** – diese Werte stehen im Einklang mit Erkenntnissen einer bundesweiten Befragung des DGB aus dem Jahr 2022: dort nahmen 48 Prozent der befragten Arbeitnehmer:innen eine höhere Arbeitsmenge wahr (DGB-Index Gute Arbeit 2022). Somit scheinen die Thüringer Erwerbstätigen hier in etwa gleichem Maße von der Digitalisierung betroffen zu sein, wie Arbeitnehmer:innen im Rest des Landes – ein exakter Abgleich ist aufgrund der unterschiedlichen Frageformulierungen nicht möglich. Eine Reduzierung der Arbeitsmenge im Zuge der Digitalisierung – die in unserer Studie nicht abgefragt wurde – nahmen in der Befragung des DGB nur sechs Prozent der Arbeitnehmer:innen wahr (DGB-Index Gute Arbeit 2022). Die Veränderung der Arbeitsmenge hängt mit dem Anforderungsniveau der Tätigkeit zusammen. Befragte, die einer Tätigkeit mit einem höheren Anforderungsniveau nachgehen, berichten eher davon, dass die zu bewältigende Arbeitsmenge gestiegen sei. Auch Beamt:innen berichten dies häufiger als Angestellte oder Selbstständige; Arbeiter:innen dagegen sind unterdurchschnittlich betroffen. Wei-

tere signifikante Unterschiede (etwa nach Alter, Geschlecht, formaler Bildung, oder Betriebsgröße) wurden nicht gemessen. Während andere Folgen der Digitalisierung am Arbeitsplatz die Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit beeinflussen, scheint die Wahrnehmung einer größer gewordenen Arbeitsmenge hierauf keinen Effekt zu haben – statistisch signifikante Unterschiede zwischen denjenigen Befragten, die eine Erhöhung der Arbeitsmenge wahrnehmen und solchen, die es nicht tun, konnten jedenfalls nicht gefunden werden.

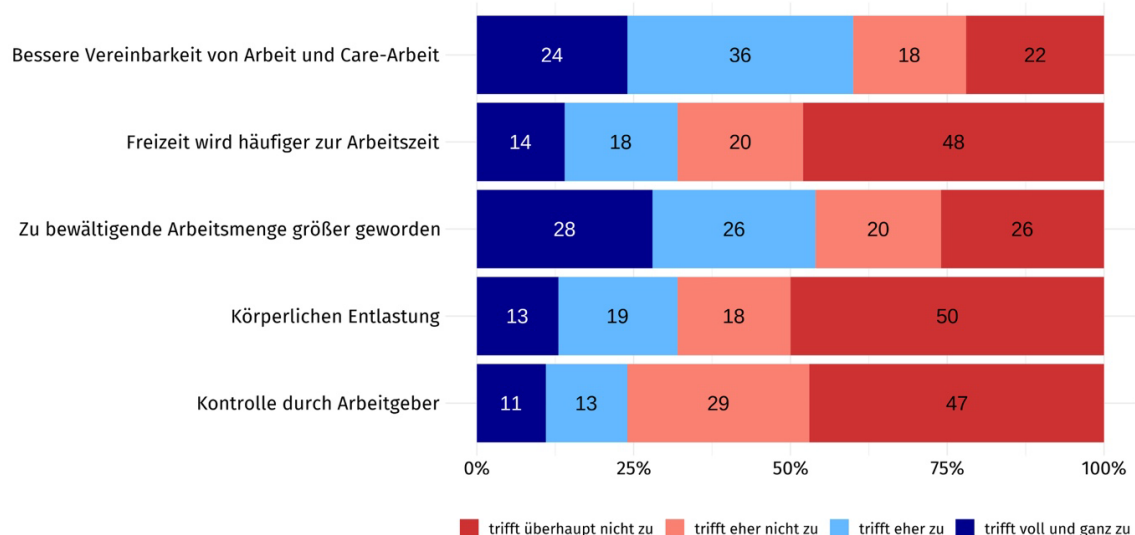
Ein weiteres Problem der Digitalisierung der Arbeit ist die **ständige Verfügbarkeit**. Erwerbstätige können auch außerhalb ihrer regulären Arbeitszeit E-Mails schreiben, Telefonate führen oder andere Aufgaben erledigen. Ein Drittel der befragten Erwerbstätigen hat das Gefühl, durch digitale Technologien werde ihre Freizeit häufiger zur Arbeitszeit. Das Verschwimmen der Grenze zwischen Arbeit und Freizeit nehmen verstärkt Männer (35 Prozent gegenüber 29 Prozent der Frauen) sowie Beschäftigte, die einer Tätigkeit mit einem höheren Anforderungsniveau nachgehen (38 gegenüber 29 Prozent), wahr (zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine bundesweite Studie anhand des Linked Personell Panel; vgl. Nübling et al., 2015). Auch zwischen den verschiedenen Alterskohorten gibt es signifikante Unterschiede: Beschäftigte, die der Generation der Babyboomer:innen angehören, haben weniger das Gefühl, dass die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen. Dieser Zusammenhang bleibt auch bestehen, wenn die Nutzungshäufigkeit digitaler Arbeitsmittel kontrolliert wird – wobei auch darauf hinzuweisen ist, dass die Frage nach den Auswirkungen der Digitalisierung am Arbeitsplatz selbstverständlich nicht jenen Befragten gestellt wurde, die angaben, nie digitale Arbeitsmittel zu nutzen. Beamt:innen zeigen sich erneut häufiger betroffen als Angestellte oder Selbstständige; Arbeiter:innen dagegen sind erneut unterdurchschnittlich betroffen. Beklagen Befragte die ständige Verfügbarkeit durch digitale Technologien, sind sie seltener mit ihrer derzeitigen Arbeit zufrieden (82 gegenüber 90 Prozent).

Als positiver Effekt der Digitalisierung lässt sich verbuchen, dass 60 Prozent der Berufstätigen in Thüringen das Gefühl haben, digitale Technologien ermöglichten eine **bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Familienleben** bzw. Sorgearbeit (sog. „Care-Arbeit“). Diese Wahrnehmung ist bei Männern und Frauen gleichermaßen verbreitet. Jedoch profitieren Personen mit höherer formaler Bildung besonders von dieser verbesserten Vereinbarkeit von Care-Arbeit und Beruf: Hier geben 70 Prozent an, eine bessere Vereinbarkeit wahrzunehmen, während es unter den formal weniger Gebildeten nur 56 Prozent sind. Eine mögliche Erklärung wäre, dass die Nutzung(smöglichkeiten) von Homeoffice mit dem Bildungsgrad zusammenhängt und unter höher gebildeten Beschäftigten weiterverbreitet ist (vgl. u. a. Alipour et al. 2020; Bonin et al. 2021). Im Kontrast dazu empfinden (Fach-)Arbeiter:innen, ältere Menschen und Beschäftigte in Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Mitarbeiter:innen weniger häufig, dass sie durch die Nutzung digitaler Technologien Arbeit und Familienleben besser in Einklang bringen können. Auch bei den (Fach-)Arbeiter:innen ist der Befund vermutlich darauf zurückzuführen,

dass sie weniger Tätigkeiten ausüben, die im Homeoffice durchgeführt werden können. In Kleinstunternehmen gaben nur 41 Prozent der Beschäftigten an, eine bessere Vereinbarkeit zu erleben, während es in großen Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten 64 Prozent sind. Befragte, die durch die Digitalisierung eine verbesserte Vereinbarkeit von Arbeit und Familienleben wahrnehmen, sind auch etwas öfter mit ihrer derzeitigen Arbeit zufrieden (90 gegenüber 82 Prozent).

Digitale Technologien können von den Unternehmen auch zur **Überwachung der Beschäftigten** genutzt werden. Rund ein Viertel der Thüringer Arbeitnehmer:innen sieht sich im Zuge der Digitalisierung zunehmend von ihren Arbeitgeber:innen kontrolliert. Deutliche Unterschiede zeigen sich zum einen zwischen formal höher gebildeten Arbeitnehmer:innen und solchen mit niedrigerem formalen Bildungsniveau; von letzteren fühlen sich 29 Prozent durch den Einsatz digitaler Technologien von ihren Arbeitgeber:innen kontrolliert – das ist ein mehr als doppelt so hoher Anteil wie unter den Beschäftigten mit Abitur oder Hochschulabschluss (13 Prozent). In Kleinstunternehmen fühlen sich mit fünf Prozent deutlich weniger Mitarbeiter:innen im Zuge der Digitalisierung stärker kontrolliert als in kleinen bis mittleren Unternehmen (25 Prozent) oder großen Unternehmen (27 Prozent). Arbeitnehmer:innen, die sich durch digitale Technologien zunehmend von ihren Arbeitgeber:innen kontrolliert fühlen, sind häufiger mit ihrer Arbeit unzufrieden, als Befragte, die sich nicht kontrolliert fühlen (75 Prozent Zufriedenheit vs. 90 Prozent Zufriedenheit).

Abb. 20: Konsequenzen der Digitalisierung am Arbeitsplatz
(Angaben in Prozent)



Im Zusammenhang mit der Digitalisierung ist auch interessant, dass von jenen befragten Arbeitnehmer:innen, die im vergangenen Jahr an einer **Weiterbildung** teilgenommen haben (39 Prozent), 40 Prozent an einer Weiterbildung im Kontext der Digitalisierung teilgenommen hat – das entspricht insgesamt 15,5 Prozent aller Arbeitnehmer:innen. Allerdings weisen etwa Studien wie der D21-Digital-Index darauf hin, dass mehr als zwei Drittel der Berufstätigen weitere digitale Kompetenzen auf informellem Weg erwerben, indem sie sich diese Kompetenzen selbst aneignen oder Freund:innen, Familie, oder Kolleg:innen um Hilfe bitten (Initiative D21 2023).

III.2. Fachkräftemangel

Thüringen wird aufgrund des demographischen Wandels bis 2035 um voraussichtlich 385.000 Einwohner:innen schrumpfen (vgl. dazu ausführlich Kapitel II). Im Zuge dessen werden voraussichtlich 138.400 Stellen unbesetzt bleiben. Zwar werden aufgrund des technologischen Fortschritts (siehe zu den Substituierbarkeitspotenzialen das vorherige Unterkapitel 0) und des Bevölkerungsrückgangs einige dieser Jobs überflüssig werden, dennoch fehlen der Thüringer Wirtschaft zahlreiche qualifizierte Arbeitskräfte, um die vakanten Stellen zu besetzen (Bernardt et al. 2023; Glöckner 2023; siehe zudem Kapitel II.3). Doch auch heute schon zeigt sich das Problem des Fachkräftemangels in den Unternehmen des Freistaats, wie Umfragen unter Thüringer Betrieben offenbaren: In fast zwei Dritteln der Betriebe mit Fachkräftebedarf konnten keine oder nur einige der offenen Fachkräftestellen¹⁰ besetzt werden (Frei et al. 2023, 39). Vor diesem Hintergrund untersucht der THÜRINGEN-MONITOR 2023, wie die Menschen in Thüringen in ihrem Alltag und in ihrem Arbeitsleben von den Konsequenzen des Fachkräftemangels beeinflusst sind und was sie über mögliche Gegenmaßnahmen denken.

¹⁰ Als Fachkräfte gelten dabei in Übereinstimmung mit der Definition des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit – „Arbeitskräfte, die auf Stellen eingesetzt werden, die nach Einschätzung der befragten Arbeitgeber/-innen und Personalverantwortlichen eine Berufsausbildung oder eine akademische Ausbildung voraussetzen“ (Frei et al. 2023, 37). In Thüringen lassen sich 80% aller Arbeitsplätze so eingruppiieren (vgl. auch Kapitel II).

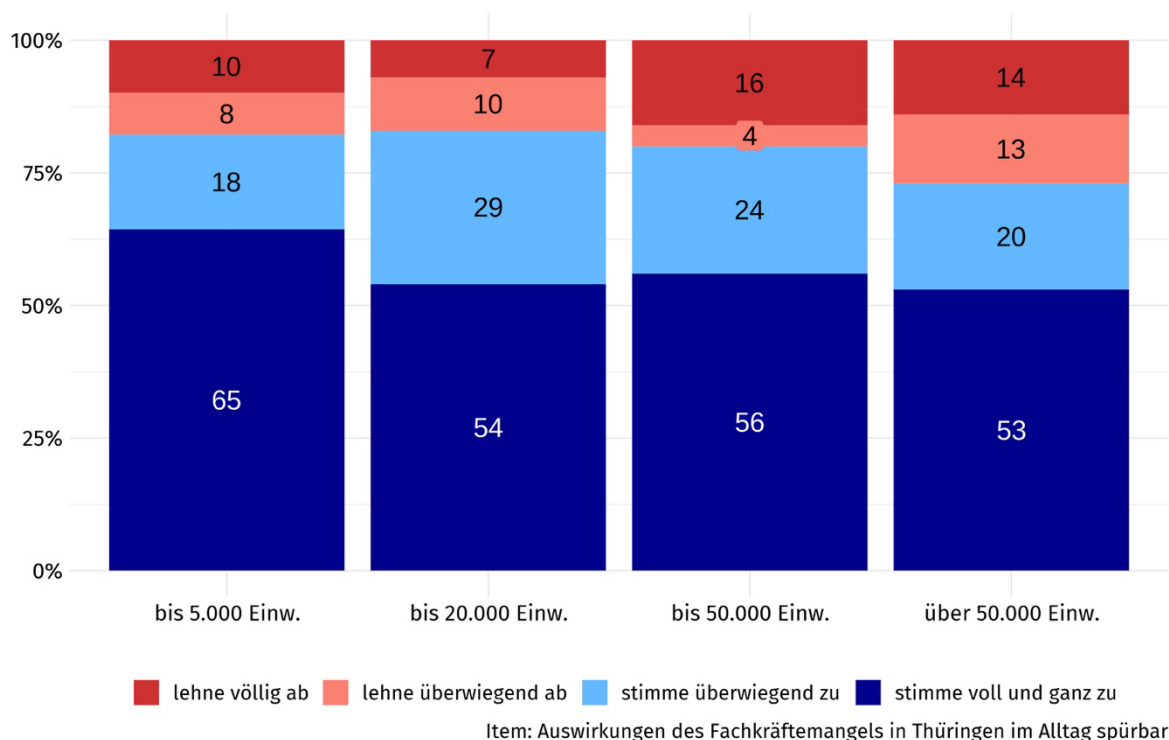
III.2.1. Betroffenheit durch Fachkräftemangel

Im Einklang mit den Ergebnissen des vergangenen THÜRINGEN-MONITORS, bei dem landesweit sieben von zehn Befragten den Fachkräftemangel als ein großes Problem für ihre Region einstufen (Reiser et al. 2023, 38), offenbart auch unsere diesjährige Befragung insgesamt eine starke Betroffenheit der Thüringer:innen durch den Fachkräftemangel – sowohl in ihrem Alltag als auch an ihrem Arbeitsplatz.

Vier von fünf Thüringer:innen spüren den **Fachkräftemangel im Alltag**, etwa bei der Suche nach Handwerker:innen, Fachärzt:innen oder Pflegekräften – dabei scheinen lediglich die Bewohner:innen der großen Städte mit über 50.000 Einwohner:innen die Auswirkungen in ihrem Alltag in einem etwas geringeren Maße wahrzunehmen (vgl.

Abb. 21). Dennoch beklagen in den Städten mit über 50.000 Einwohner:innen ebenfalls rund drei Viertel der Befragten, die Auswirkungen des Fachkräftemangels seien in ihrem Alltag spürbar; die Werte liegen bei Befragten, die in kleineren Städten und Gemeinden wohnen (bis 50.000, bis 20.000 und bis 5.000 Einwohner:innen), sieben bis zehn Prozentpunkte darüber.

Abb. 21: Betroffenheit Fachkräftemangel im Alltag in Abhängigkeit von Ortsgröße
(Angaben in Prozent)

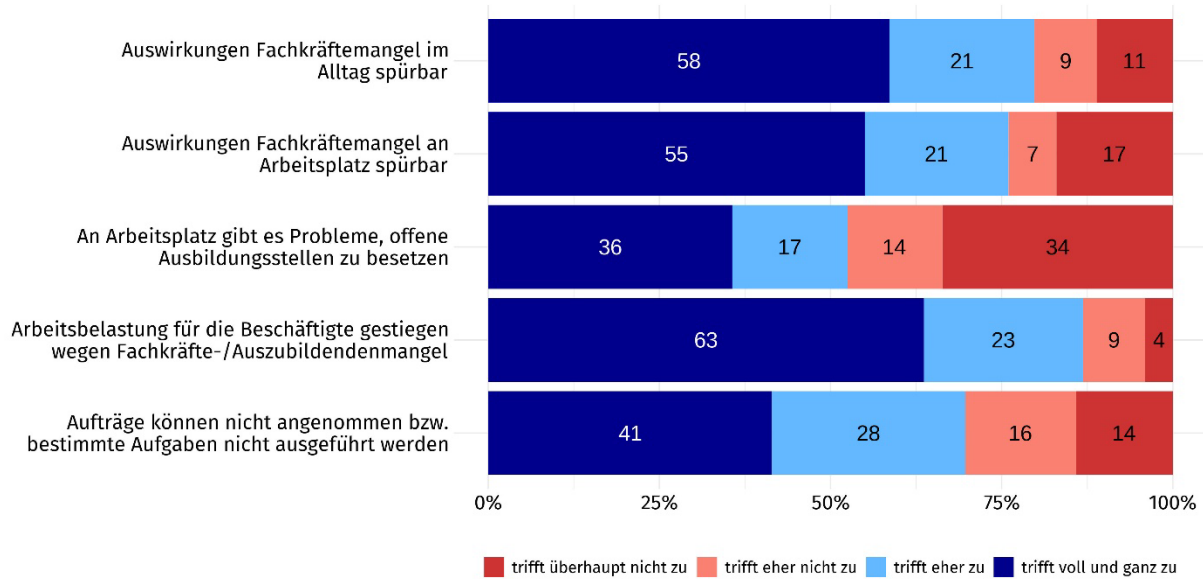


Für drei Viertel der Berufstätigen im Freistaat ist der **Fachkräftemangel am Arbeitsplatz** spürbar (vgl. Abb. 22). Dies nehmen qualifizierte und hochqualifizierte Arbeitskräfte eher so wahr als Erwerbstätige, die Tätigkeiten mit einem eher geringen Anforderungsniveau nachgehen. Signifikante Unterschiede nach Unternehmensgröße sind nicht feststellbar, sodass Beschäftigte in Kleinstbetrieben ein ähnlich hohes Maß an Betroffenheit zeigen wie Beschäftigte in mittleren und großen Unternehmen.

Für Unternehmen ist die berufliche Ausbildung eine wichtige Methode, um künftige Fachkräfte zu rekrutieren, die ihren Anforderungen entsprechen und um diese idealerweise langfristig an das Unternehmen zu binden. Seit Jahren häufen sich Berichte, wonach in Thüringen zahlreiche **offene Ausbildungsplätze** nicht besetzt werden können (Brand 2022; Frei et al. 2023). Dies zeigt sich auch im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR: Rund die Hälfte der befragten Erwerbstätigen gibt an, dass es in ihren Betrieb Schwierigkeiten gibt, offene Ausbildungsstellen zu besetzen (siehe Abb. 22). Dieser Befund deckt sich mit den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels für Thüringen aus dem Jahr 2022, welches die Thematik aus Arbeitgeber:innenperspektive beleuchtet. Hier gab etwa die Hälfte der Thüringer Betriebe (52 Prozent) an, unbesetzte Ausbildungsstellen zu haben (Frei et al. 2023, 50).

In Ergänzung zu den im IAB-Betriebspanel vermeldeten Fachkräftebedarfen untersucht der THÜRINGEN-MONITOR, welche Folgen sich aus den unbesetzten Fachkräfte- und Ausbildungsstellen für die Thüringer Erwerbstätigen konkret ergeben. Diejenigen Befragten, die von einem **Mangel an Fachkräften und Auszubildenden** am eigenen Arbeitsplatz betroffen sind, gaben mit 87 Prozent an, dass die **Arbeitsbelastung** infolge des Mangels **zugenommen** hat. Zusätzlich beklagen sieben von zehn Beschäftigten, dass bestimmte Aufträge abgelehnt werden müssen oder bestimmte Aufgaben unerledigt bleiben, da Fachkräfte oder Auszubildende fehlen. Es fällt auf, dass Mitarbeiter:innen in Kleinstbetrieben mit weniger als zehn Beschäftigten seltener von der erhöhten Arbeitsbelastung berichten als die Beschäftigten mittlerer und großer Unternehmen. Im Gegensatz dazu äußern Beschäftigte in Kleinstbetrieben häufiger, dass Aufträge abgelehnt werden müssen, während dies Beschäftigte großer Betriebe seltener berichten. Es könnte sein, dass größere Betriebe eher dazu neigen, die Mehrarbeit auf die verbliebenen Beschäftigten umzulegen, anstatt Aufträge aufgrund von Personalmangel abzulehnen. Eine andere Erklärung wäre, dass den Mitarbeitenden in großen Betrieben aufgrund der größeren Distanz zu den strategischen Entscheidungen der Geschäftsführung die Situation möglicherweise schwerer einschätzen können als Beschäftigte in Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeiter:innen.

Abb. 22: Betroffenheit durch Fachkräftemangel
(Angaben in Prozent)

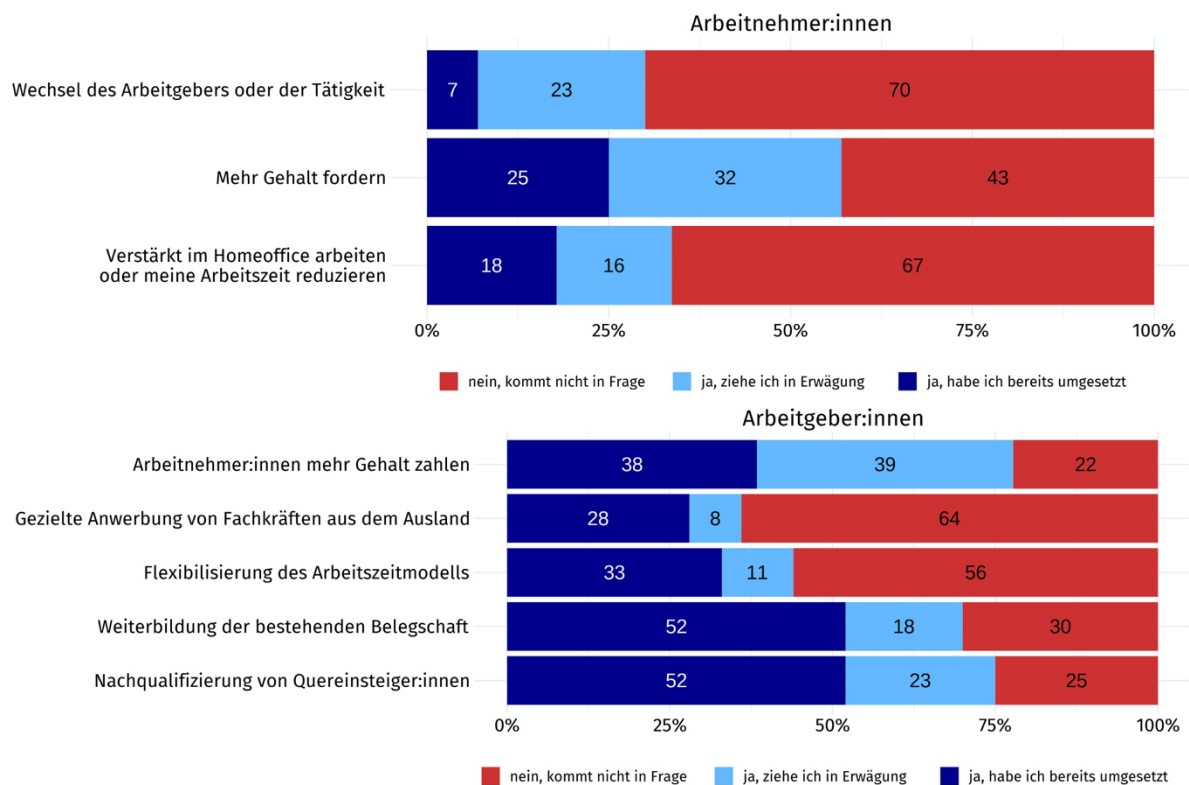


Hinweis: Die Aussagen zu Arbeitsbelastung und Arbeitsaufträgen wurden nur jenen Befragten gestellt, die angeben, an ihrem Arbeitsplatz die Auswirkungen des Fachkräftemangels zu spüren oder dass es dort Probleme gäbe, Ausbildungsstellen zu besetzen, sodass sich hier niedrigere Fallzahlen ergeben (N = 489 bzw. N = 471).

Weiter haben wir betroffene Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen gefragt, welche **Bewältigungsstrategien** und Maßnahmen sie in Reaktion auf eine personelle Unterbesetzung in ihrem Unternehmen aufgrund des Fachkräftemangel schon ergriffen haben.

Als **Maßnahme** haben **Arbeitnehmer:innen** am häufigsten schon nach einer Gehaltserhöhung verlangt (25 Prozent haben dies bereits umgesetzt, weitere 32 Prozent ziehen es in Erwägung). Rund jede:r Fünfte nutzt mehr Homeoffice, weitere 16 Prozent ziehen dies in Erwägung. Einen Wechsel des Arbeitgeber:in oder der Tätigkeit haben aufgrund der personellen Unterbesetzung bereits sieben Prozent der Beschäftigte umgesetzt, weitere 23 Prozent denken darüber nach. Bei den beiden erstgenannten Bewältigungsstrategien zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen: Homeoffice wird eher von Personen mit höherem Bildungsgrad, mit einem höheren Einkommen, mit anspruchsvollen Tätigkeiten sowie von Angestellten großer Unternehmen wahrgenommen (vgl. auch u. a. Alipour et al. 2020; Bonin et al. 2021). Die Forderung nach einer besseren Entlohnung haben hochqualifizierte und gutverdienende Beschäftigte schon häufiger erhoben, wohingegen geringer qualifizierte Beschäftigte und solche mit einem niedrigen Einkommen es häufiger in Erwägung ziehen.

Abb. 23: Reaktionen auf personelle Unterbesetzung
(Angaben in Prozent)



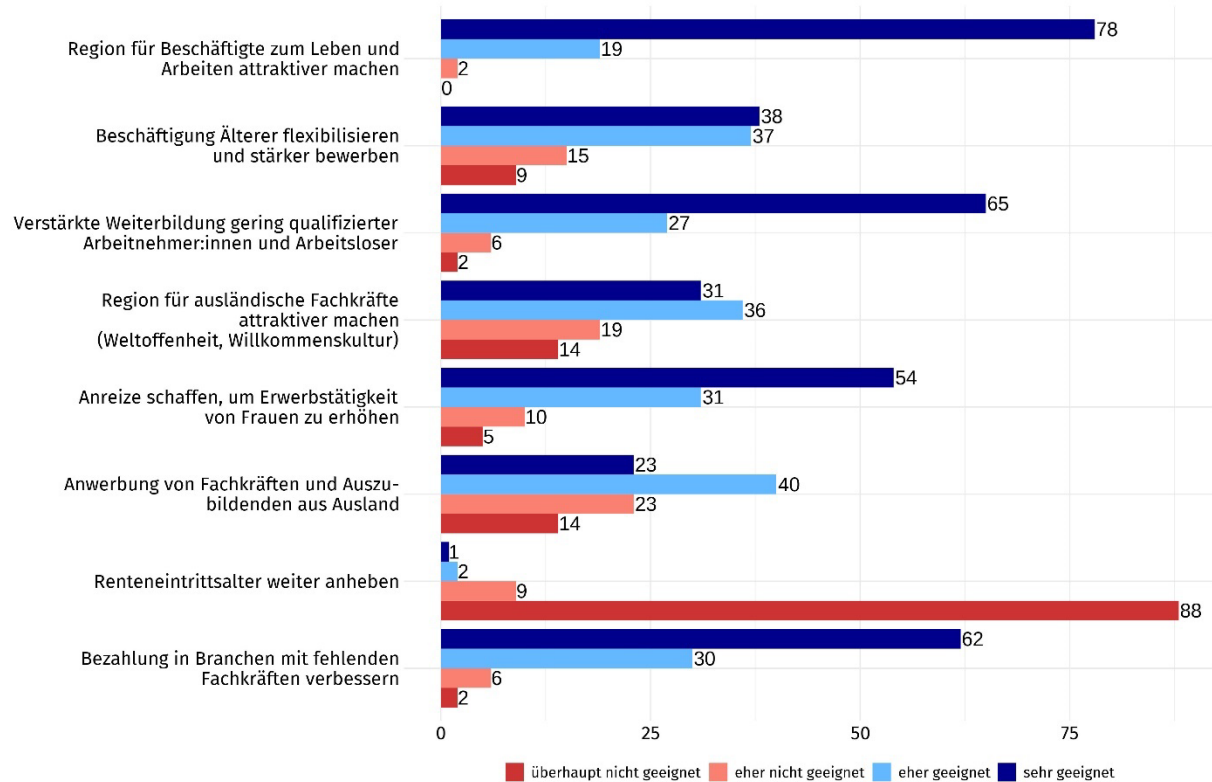
Hinweis: Bitte beachten Sie, dass die Fallzahlen für Arbeitgeber:innen in unserer Erhebung gering ausfallen. Daher sollten die Werte mit Vorsicht interpretiert werden, da sie statistisch weniger belastbar sind und größere Unsicherheiten aufweisen können.

Der personellen Unterbesetzung in den Unternehmen wird seitens der **Arbeitgeber:innen** am häufigsten mit Weiterqualifizierungsmaßnahmen zu begegnen versucht, sei es in Bezug auf Quereinsteigende (53 Prozent haben es bereits umgesetzt, weitere 23 Prozent ziehen es in Erwägung) oder in Bezug auf die Bestandsbelegschaft (52 Prozent haben es bereits umgesetzt, weitere 18 Prozent denken darüber nach). Etwa zwei von fünf befragten Arbeitgeber:innen zahlen ihren Arbeitnehmer:innen aufgrund des Fachkräftemangels mehr Gehalt. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten hat ein Drittel der Arbeitgeber:innen bereits umgesetzt. Die bislang am wenigsten umgesetzte Maßnahme ist die gezielte Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland. Dennoch geben mit 28 Prozent mehr als ein Viertel der Befragten Arbeitgeber:innen an, diese Maßnahme bereits umgesetzt zu haben und weitere acht Prozent ziehen es in Erwägung. Gleichzeitig schließen jedoch 64 Prozent der befragten Arbeitgeber:innen dies explizit für sich aus.

Neben den Bewältigungsstrategien auf der individuellen oder betrieblichen Ebene gibt es weitere Maßnahmen, die von staatlicher Seite angestoßen oder beschlossen werden können, um dem Problem des Fachkräftemangels zu begegnen. Nachfolgend betrachtet die Studie die Einstellungen der Thüringer:innen zu diesen Maßnahmen.

III.2.2. Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel

Abb. 24: Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel
(Angaben in Prozent)



Angesichts der starken Betroffenheit der Thüringer:innen vom Fachkräftemangel stellt sich die Frage, welche Maßnahmen in den Augen der Befragten am ehesten dazu geeignet sind, das Problem abmildern zu können. In einer Studie des ifo Instituts identifiziert Glöckner fünf Potenziale, um zukünftig zusätzliche Arbeitskräfte für den Thüringer Arbeitsmarkt zu gewinnen: die Wiedereingliederung von Arbeitslosen, die Erhöhung der Erwerbstätigenquoten, insbesondere von Frauen und Über-60-Jährigen, den Abbau von Teilzeitarbeit, die Rückgewinnung von Pendler:innen und schließlich die Zuwanderung aus anderen Bundesländern oder dem Ausland nach Thüringen (Glöckner 2023; vgl. dazu ausführlich Kapitel II.3). Anknüpfend an diese fünf Potenziale haben wir die Thüringer:innen um ihre Einschätzung von acht Maßnahmen gebeten. Zudem konnten die Befragten auch im Rahmen einer offenen Frage weitere Ideen und Lösungsvorschläge hinzufügen.

Zu den beliebtesten Maßnahmen gehören – wie Abb. 24 zu entnehmen –, die Region für Beschäftigte zum Leben und Arbeiten attraktiver zu machen (98 Prozent halten dies für eine gute Idee), die Weiterbildung gering qualifizierter Arbeitnehmer:innen und Arbeitsloser (92 Prozent) sowie die Bezahlung in Branchen mit fehlenden Fachkräften zu erhöhen (92 Prozent).

Letzteres liegt gleich auf mit dem bundesweiten Wert (91 Prozent), den der ARD-Deutschland-Trend aus dem Januar 2023 ermittelt, dessen Frageformulierung aus Vergleichbarkeitsgründen übernommen wurde (infratest dimap 2023a).

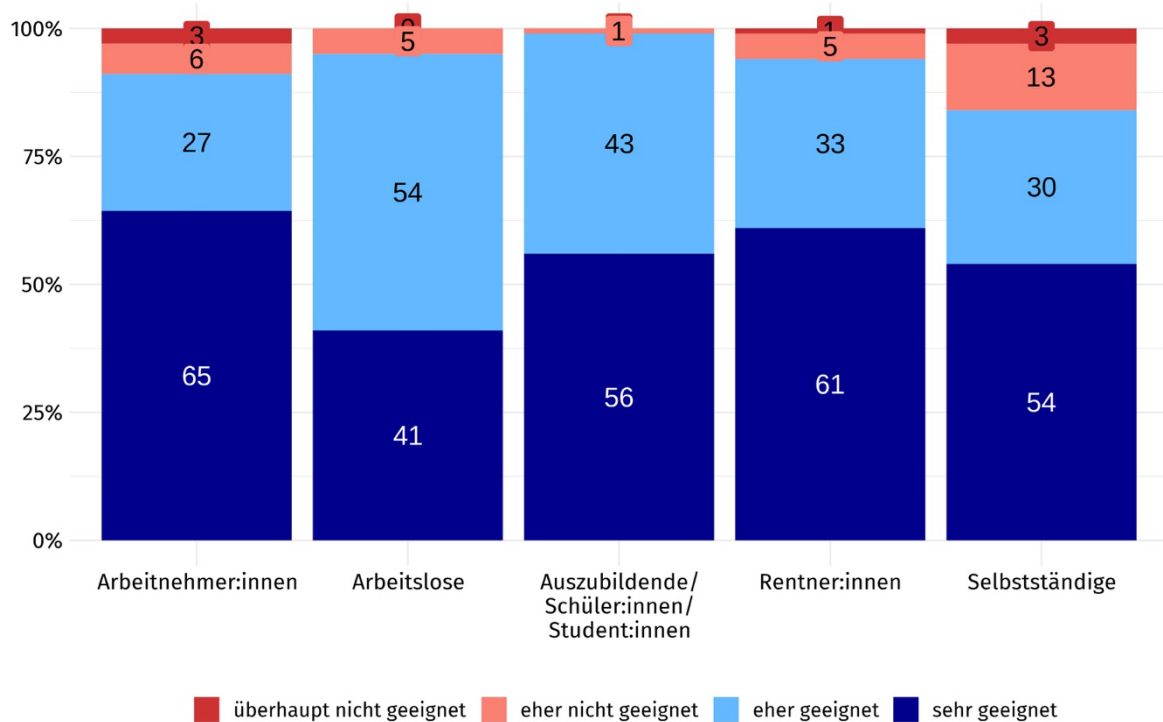
Eine bessere **Bezahlung in Branchen mit Fachkräftemangel** könnte jedoch möglicherweise nur zu einer Umverteilung von Fachkräften von einer Branche zur nächsten führen, ohne dass neue Fachkräfte in den Arbeitsmarkt eintreten. Angesichts des im Vergleich zum Westen nach wie vor niedrigeren Lohnniveaus in Thüringen (siehe Abb. 8 in Kapitel 0) könnten höhere Löhne und Gehälter in Branchen mit erhöhtem Fachkräftemangel im Freistaat aber dazu führen, dass Thüringen als Standort wettbewerbsfähiger wird und so Fachkräfte aus anderen Bundesländern oder Pendler:innen zurückgewinnen könnte. Auch in der offenen Frage nach den größten Herausforderungen (vgl. Abb. 9) war das Thema der gerechteren Entlohnung ein wichtiges Thema, das von rund sieben Prozent der Befragten genannt wurde.

Wird auch der Einfluss anderer Faktoren kontrolliert, dann sind Beschäftigte, die Tätigkeiten mit einem hohen Anforderungsniveau nachgehen, und solche, die besser verdienen, einer besseren Bezahlung in Branchen mit Fachkräftemangel eher reservierter gegenüber eingestellt; gleiches gilt für Befragte, die in Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeiter:innen arbeiten. Doch auch in diesen Gruppen wird die bessere Bezahlung in Branchen mit Fachkräftemangel mehrheitlich befürwortet.

Eine mögliche Interpretation für die Haltung höher qualifizierter und besserverdienender Beschäftigter wäre, dass die Befragten v. a. hochqualifizierten Tätigkeiten wie die ihrige im Sinn haben, wenn sie an den Fachkräftemangel denken; also Tätigkeiten, für die es bereits eine gute Bezahlung gibt, sodass hier eher andere Faktoren wie Arbeitsbedingungen, Entwicklungsmöglichkeiten oder die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben als entscheidend angesehen werden, um Fachkräfte zu gewinnen (siehe dazu auch Kapitel 0).

Auch Selbstständige, Arbeitslose und Auszubildende bzw. Schüler:innen und Student:innen zeigen sich einer besseren Bezahlung gegenüber etwas zurückhaltender als die Arbeitnehmer:innen. Der Zustimmungswert der Selbstständigen (85 Prozent) könnte möglicherweise deshalb etwas niedriger liegen, weil sie als Firmeninhaber:innen die höheren Löhne und Gehälter finanzieren müssten. Eine alternative Interpretation wäre, dass sie in der Vergangenheit bereits die Erfahrung gemacht haben, dass sie trotz Lohnerhöhung nicht alle offenen Fachkräftestellen besetzen konnten. Hier kann letztlich nur eine Befragung der Arbeitgeber:innen Klarheit über deren Motive bringen. Allerdings ist gleichzeitig festzuhalten, dass dennoch eine sehr deutliche Mehrheit von 85 Prozent der Selbstständigen eine höhere Bezahlung als geeignetes Mittel zur Gewinnung von Fachkräften ansieht.

Abb. 25: Bezahlung in Branchen mit Fachkräftemangel verbessern nach Beschäftigungsstatus
(Angaben in Prozent)



Bei dem von den Befragten am stärksten favorisierten Vorschlag, nämlich die **Region für Beschäftigte zum Leben und Arbeiten attraktiver zu machen**, waren signifikante Unterschiede zwischen einzelnen Gruppen (etwa nach Alter, Geschlecht, formaler Bildung, Anforderungsniveau der Tätigkeit, Berufsgruppe oder politischer Orientierung) nicht feststellbar. Auch zwischen eher ländlichen Regionen und den größeren Städten des Landes gibt es keine Unterschiede.

Das gilt auch für die verstärkte **Weiterbildung Geringqualifizierter oder Arbeitsloser** – der einzige signifikante Unterschied besteht zwischen den großen Städten mit über 50.000 Einwohner:innen und kleineren Gemeinden: In den größeren Städten erfährt dieser Vorschlag mehr Unterstützung. Eine mögliche Interpretation liegt darin, dass in vielen ländlichen Gebieten des Freistaats tendenziell bereits eine geringere Arbeitslosenquote besteht – im Gegensatz dazu liegen die Arbeitslosenzahlen in Städten wie Gera, Erfurt und auch Weimar über dem Landesdurchschnitt (vgl. Abb. 7 in Kapitel II). Daher ist es denkbar, dass in den eher ländlich geprägten kleinen Kommunen bereits ein Bewusstsein dafür vorhanden ist, dass in dieser Region nicht viele Arbeitslose für einen (Wieder-)Eintritt ins Erwerbsleben gewonnen werden können. Hinzu kommt, dass das Potenzial aus dieser Gruppe Fachkräfte zu rekrutieren, in Zu-

kunft noch weiter beschränkt sein wird, da Untersuchungen prognostizieren, dass auf dem Thüringer Arbeitsmarkt künftig Vollbeschäftigung herrschen wird, also die Arbeitslosenquote auf zwei Prozent oder weniger sinken wird (Bernardt et al. 2023; vgl. dazu auch Kapitel II).

Eine weitere Möglichkeit, den Fachkräftebedarf der Thüringer Wirtschaft zu decken, wäre die Erhöhung der Erwerbstätigenquote von Gruppen, die derzeit auf den Arbeitsmarkt unterrepräsentiert sind – das betrifft insbesondere Frauen und die Über-60-Jährigen. Beiden Möglichkeiten gegenüber zeigen sich die Thüringer:innen aufgeschlossen. 86 Prozent wünschen sich, dass mehr Anreize geschaffen werden, um die Erwerbsquote von Frauen zu erhöhen. Drei Viertel der Befragten halten zudem eine Flexibilisierung und stärkere Bewerbung von Beschäftigungsmöglichkeiten von älteren Menschen für einen geeigneten Weg, dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Die **Flexibilisierung der Erwerbsmöglichkeiten über den Renten- bzw. Pensionseintritt hinaus** wird von Selbstständigen und Beamt:innen stärker befürwortet als von Angestellten und Arbeiter:innen (Beamt:innen: 84 Prozent, Selbstständige: 80 Prozent, Arbeiter:innen: 69 Prozent). Dass Beamt:innen und Selbstständige einer Flexibilisierung der Erwerbsmöglichkeiten über den Renteneintritt hinaus positiv gegenüber eingestellt sind, fügt sich in die Erkenntnisse des Deutschen Alterssuveys (DEAS) ein: Danach sind diese beiden Berufsgruppen tatsächlich auch eher neben der Rente noch berufstätig (Engstler 2015; Engstler & Romeu Gordo 2014). Auch wenn wir die individuelle Absicht nicht erfasst haben, spiegelt sich im Wunsch nach einer Flexibilisierung zumindest die potenzielle Bereitschaft wider, diese Möglichkeiten auch wahrzunehmen. Auch unter den zehn Prozent der Rentner:innen/Pensionär:innen, die in unserer Befragung angegeben haben, neben der Rente weiterhin berufstätig zu sein, sind Selbstständige mit rund einem Viertel der arbeitenden Rentner:innen/Pensionär:innen überrepräsentiert (unter allen berufstätigen Befragten liegt der Anteil der Selbstständigen lediglich bei acht Prozent).

Die Befürwortung der Maßnahme unterscheidet sich nicht nach Geschlecht und Einkommen. Überraschenderweise befürworten insgesamt höherqualifizierte Beschäftigte diese Maßnahme weniger als Beschäftigte mit einem geringeren Qualifikationsniveau. Dem steht aber tatsächlich eine erhöhte Bereitschaft unter höher qualifizierten Berufstätigen gegenüber, auch nach der dem Renten-/Pensionseintritt weiterhin tätig zu sein (Anger et al. 2018; Engstler 2015).

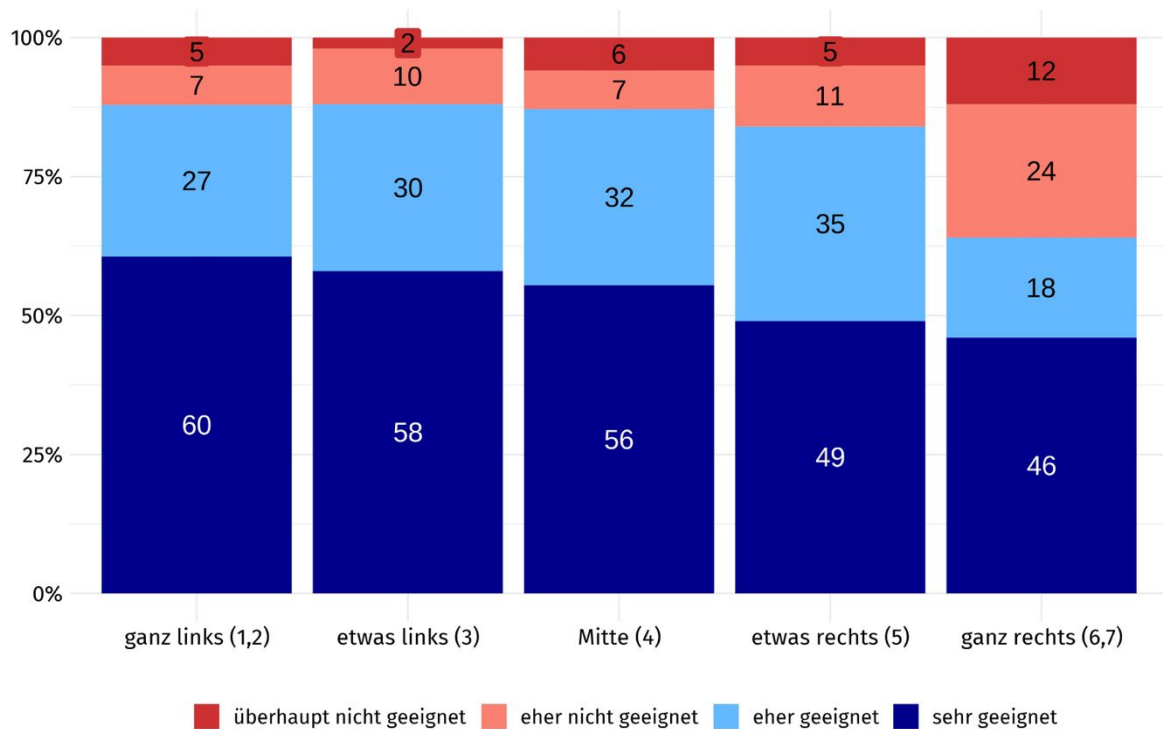
Wie erwähnt sind von den im THÜRINGEN-MONITOR befragten Ruheständler:innen zehn Prozent nebenher erwerbstätig. Zukünftige Studien mit deutlich größerem Stichprobenumfang in der relevanten Gruppe könnten hier untersuchen, welche Motive die Thüringer Rentner:innen/Pensionär:innen dafür haben. So zeichnen Studien für Gesamtdeutschland ein vielfältiges Bild der Motivlage: Danach spielen finanzielle Motive eine Rolle, sie sind für die meisten Ruheständler:innen aber nicht die einzige oder hauptsächliche Motivation; stattdessen werden von vielen erwerbstätigen Ruheständler:innen Spaß an der Arbeit, Kontaktmöglichkeiten und der

Wunsch, eine Aufgabe zu haben, genannt (Anger et al., 2018; Engstler, 2015; Engstler & Romeu Gordo, 2014). Auch der Befund, dass 98 Prozent der nebenher erwerbstätigen Ruheständler:innen in unserer Befragung angibt, mit ihrer Arbeit zufrieden zu sein (gegenüber 86 Prozent insgesamt), könnte dahingegen interpretiert werden, dass soziale Motive wie Spaß an der Arbeit und Kontaktmöglichkeiten ein wichtiger Motivationsfaktor sind. Existierende Studien legen zudem offen, dass es unter den Ruheständler:innen noch ein deutliches unausgeschöpftes Potenzial an Arbeitskräften gibt; in einer Studie des IAB etwa wird der Anteil unter den Rentner:innen, die gerne einer Erwerbstätigkeit nachgehen würden, dies aber nicht tun, auf 13 Prozent der Frauen und 20 Prozent der Männer geschätzt (Anger et al. 2018, 10). Auch hier würde sich anbieten, in weiteren Untersuchungen mit größerem Stichprobenumfang die Größe dieses Fachkräftepotenzials in Thüringen weiter zu untersuchen.

Während die Befragten den auf Freiwilligkeit beruhenden Ansatz zur Erhöhung der Erwerbsquote älterer Menschen begrüßen, wird eine **Erhöhung des Renteneintrittsalters** über die derzeitige Grenze von 67 Jahren hinaus entschieden abgelehnt. Lediglich drei Prozent der Befragten halten diesen Vorschlag für geeignet. Damit sind im Freistaat etwas weniger Menschen für eine Erhöhung des Renteneintrittsalters als deutschlandweit (acht Prozent halten den Vorschlag für richtig) (infratest dimap 2023a). Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters wird lediglich von höher Gebildeten (fünf Prozent der Befragten mit Abitur halten den Vorschlag für geeignet gegenüber zwei Prozent der Befragten ohne Abitur), Beschäftigten, die einer Tätigkeit mit einem hohen Anforderungsniveau nachgehen (sechs Prozent) sowie Selbstständigen (14 Prozent) etwas stärker befürwortet – alles in allem erfährt dieser Vorschlag zur Lösung des Fachkräfteproblems aber über alle Gruppen hinweg eine eindeutige Ablehnung.

Der **Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen** stehen lediglich zwei Gruppen etwas reservierter gegenüber – auch wenn es in beiden Gruppen noch eine mehrheitliche Unterstützung für den Vorschlag gibt. Zum einen befürworten Befragte, die der Zwischenkriegsgeneration angehören, den Vorschlag mit 74 Prozent Zustimmung weniger als die der anderen Alterskohorten, in denen die Zustimmung zwischen 85 und 91 Prozent oszilliert. Befragte, die sich auf der politischen Links-Rechts-Achse „ganz rechts“ verorten, halten diesen Vorschlag ebenfalls weniger für geeignet (64 Prozent gegenüber 83 bis 88 Prozent bei Befragten, die sich zwischen ganz links und etwas rechts eingruppierten; vgl. Abb. 26). Zwischen Männern und Frauen gibt es dagegen keinen Unterschied (85 bzw. 86 Prozent halten den Vorschlag für geeignet). Die geringere Unterstützung seitens Befragten, die sich politisch rechtsaußen eingruppierten oder die der Zwischenkriegsgeneration angehören kann, könnte mit einer stärkeren Verbreitung traditioneller Geschlechter- und Familienbilder in dieser Gruppe zusammenhängen (Christley 2022; Christopher & Wojda 2008; vgl. auch Kapitel IV.2.2).

Abb. 26: Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen nach Links-Rechts-Selbsteinstufung
(Angaben in Prozent)



Generell lässt sich das Fachkräftepotenzial aus der Gruppe der Frauen als begrenzt einschätzen. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass der Geschlechterunterschied in der Erwerbstätigkeit zwischen Männern und Frauen in den ostdeutschen Bundesländern im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern geringer ist (Glöckner 2023; siehe ausführlich Kapitel II.3). Zum anderen gibt es verschiedene Gründe für die niedrigere Erwerbstätigkeit, insbesondere von Frauen im Alter von 30 bis 40 Jahren. Eine (umgehende) Rückkehr auf den Arbeitsmarkt ist nur dann eine Option, wenn die Entscheidung nicht auf rein freiwilliger Basis beruht, sondern vielmehr auf externen Faktoren wie fehlenden Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, ungünstigen Öffnungszeiten von Kindertagesstätten usw. zurückzuführen ist.

Viel diskutiert wird im Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel auch über die **Zuwanderung ausländischer Fachkräfte** sowie über die Anwerbung von Auszubildenden aus dem Ausland. Expert:innen gehen davon aus, dass Deutschland jährlich 1,5 Mio. Fachkräfte aus dem Ausland anwerben muss, um den Arbeitskräftebedarf der deutschen Wirtschaft zu decken (Tagesschau 2023c). Auch eine Studie des ifo Instituts, die sich speziell mit der Thüringer Situation beschäftigt, kommt zu dem Ergebnis, dass in der Rekrutierung von Fachkräften aus dem Ausland ein großes Potenzial zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs liegt (Glöckner 2023). Wie stehen die Thüringer:innen zu diesem Thema? Dazu haben wir die Befragten gefragt, für wie geeignet sie die Anwerbung von Fachkräften und Auszubildenden aus dem Ausland zur

Bekämpfung des Fachkräftemangels halten. Zudem wurden sie gefragt, ob ihre Region für ausländische Fachkräfte attraktiver gemacht werden sollte, z. B. durch mehr Weltoffenheit und eine Willkommenskultur.¹¹ Beide Maßnahmen werden mehrheitlich, nämlich von rund zwei Drittel der Thüringer:innen unterstützt. Damit liegt die Unterstützung für die Anwerbung ausländischer Fachkräfte in Thüringen im Bundesschnitt. Eine repräsentative deutschlandweite Umfrage ermittelte im Januar 2023 ebenfalls 63 Prozent Zustimmung zu der Maßnahme „die Einwanderung ausländischer Fachkräfte nach Deutschland erleichtern“ (vgl. infratest dimap, 2023a).

Vertiefende statistische Analysen (vgl. Tabelle 7 im Anhang) zeigen, dass (rechts-)populistischen Einstellungen ein höchst signifikanter Einflussfaktor für die Haltung gegenüber der Fachkräftezuwanderung sind. Befragte mit solchen Einstellungen halten diese wesentlich seltener für ein geeignetes Mittel, dem Fachkräftemangel in Thüringen zu begegnen als Befragte, die nicht ethnozentrisch eingestellt sind (s. Abb. 27). Allerdings geht aus Abb. 27 auch hervor, dass (rechts-)populistische Einstellungen keinesfalls mit einer einhelligen Ablehnung der Fachkräftezuwanderung aus dem Ausland einhergehen, sondern die Gruppe der ethnozentrisch eingestellten Befragten hier gespalten ist: Knapp mehr als die Hälfte hält die Anwerbung von Fachkräften und Auszubildenden aus dem Ausland für geeignet, um dem Fachkräftemangel im Freistaat zu begegnen, die andere Hälfte hält dieses Instrument für nicht geeignet. Dieser Befund könnte so interpretiert werden, dass Ängste gegebenenfalls überwunden werden können, wenn der ökonomische Wert der Migration hinreichend deutlich ist. So berichten zahlreiche Studien einhellig, dass Bürger:innen in der EU oder den USA eindeutig qualifizierte Zuwander:innen gegenüber nicht qualifizierten Zuwander:innen bevorzugen (Ford & Mellon 2020; Hainmueller & Hiscox 2010). Dies kann in Teilen über die Wohlfahrtsstaatsthese erklärt werden, die besagt, dass gering qualifizierte Zuwander:innen als Bürde für den Sozialstaat angesehen werden (Helbling & Kriesi 2014). Da aber auch kulturelle bzw. rassistische Motive eine Rolle spielen und auch zur Ablehnung qualifizierter Zuwander:innen führen können (vgl. u. a. España-Nájera & Vera 2020), kann dies erklären, warum etwa die Hälfte der (rechts-)populistisch eingestellten Befragten die Zuwanderung von Fachkräften nach Thüringen aus dem Ausland ablehnt.

Auch die Unternehmensgröße ist ein signifikanter Einflussfaktor für die Befürwortung der Fachkräftemigration.¹² Auffällig ist hier, dass Beschäftigte in Kleinstunternehmen – wie auch Abb. 28 zu entnehmen ist – der Zuwanderung von Fachkräften und Auszubildenden aus dem Ausland deutlich skeptischer gegenüber eingestellt sind als Beschäftigte in Unternehmen mit

¹¹ Die beiden Items sind stark positiv miteinander korreliert (Spearman's rho 0.540, $p < 0.001$).

¹² Der bivariate Zusammenhang ist statistisch signifikant; unter Hinzunahme weiterer Einflussfaktoren ist der Zusammenhang im vollständigen Regressionsmodell in Tabelle 7 nur noch auf dem 90-Prozent-Niveau signifikant.

mehr als 20 oder sogar mehr als 100 Beschäftigten. Dies fügt sich in die Befunde von Henn & Hannemann (2023) ein, demzufolge insbesondere Kleinstunternehmen im ländlichen Raum ihren Personalrekrutierungsentscheidungen auch migrant:innenfeindliche bzw. ausgrenzende Einstellungen zugrunde legen. In größeren Unternehmen, wo die Wahrscheinlichkeit des Vorhandenseins ausländischer Fachkräfte höher ist, könnten die Mitarbeiter:innen häufiger in direkten Kontakt mit Kolleg:innen unterschiedlicher kultureller Hintergründe kommen. Diese Interaktionen bieten – wie in der Kontakthypothese (vgl. u. a. Pettigrew & Tropp 2006) beschrieben – Gelegenheit zum Abbau von Vorurteilen, was ein Grund für die höhere Zustimmung zur Fachkräftezuwanderung von Beschäftigten größerer Unternehmen sein dürfte.

Ein vergleichbares Bild lässt sich für die Einschätzung der Aussage treffen, die Region solle für ausländische Fachkräfte zum Leben und Arbeiten attraktiver gemacht werden, z. B. durch mehr Weltoffenheit oder eine bessere Willkommenskultur. Auch hier zeigt eine multivariate Analyse, dass Ethnozentrismus einen höchst signifikanten Einfluss ausübt, selbst wenn andere Faktoren berücksichtigt werden. Wie in Abb. 27 dargestellt, zeigen (rechts-)populistisch eingestellte Befragte erneut mehr Skepsis gegenüber der Wirksamkeit dieses Instruments zur Bewältigung des Fachkräftemangels in Thüringen im Vergleich zu nicht ethnozentrisch eingestellten Befragten. Interessanterweise sind ethnozentrisch eingestellte Befragte jedoch in ihrer Meinung erneut gespalten und rund 60 Prozent befürwortet es, die Region durch eine erhöhte kulturelle Offenheit oder eine verbesserte Willkommenskultur attraktiver für ausländische Fachkräfte zu machen, während etwas mehr als 40 Prozent dem ablehnend gegenübersteht.

Des Weiteren sind auch die Selbsteinstufung auf dem Rechts-Links-Kontinuum, die Unternehmensgröße und die Größe des Wohnorts wichtige Einflussfaktoren. Je weiter rechts sich Befragte selbst politisch verorten, für desto weniger geeignet halten sie diese Maßnahme. Während in den größten Städten des Freistaats (über 50.000 Einwohner:innen) acht von zehn Befragten kulturelle Offenheit oder eine verbesserte Willkommenskultur als sinnvoll erachten, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, fällt die Unterstützung in kleineren Orten mit weniger als 20.000 bzw. weniger als 5.000 Einwohner:innen schwächer aus – obschon auch dort Mehrheiten von 61 bzw. 64 Prozent dieses Instrument für geeignet halten. Erneut sind es zudem die Beschäftigten in Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Mitarbeiter:innen, die diese Maßnahme mit einer knappen Mehrheit ablehnen (siehe Abb. 28). Auch hier dürfte die bereits oben erwähnte Kontakthypothese eine Rolle bei der Erklärung spielen. Die beiden Regressionsmodelle sind Tabelle 7 und Tabelle 8 im Anhang zu entnehmen.

Abb. 27: Anwerbung von Fachkräften und Auszubildenden aus dem Ausland und Willkommenskultur nach Rechtspopulismus
(Angaben in Prozent)

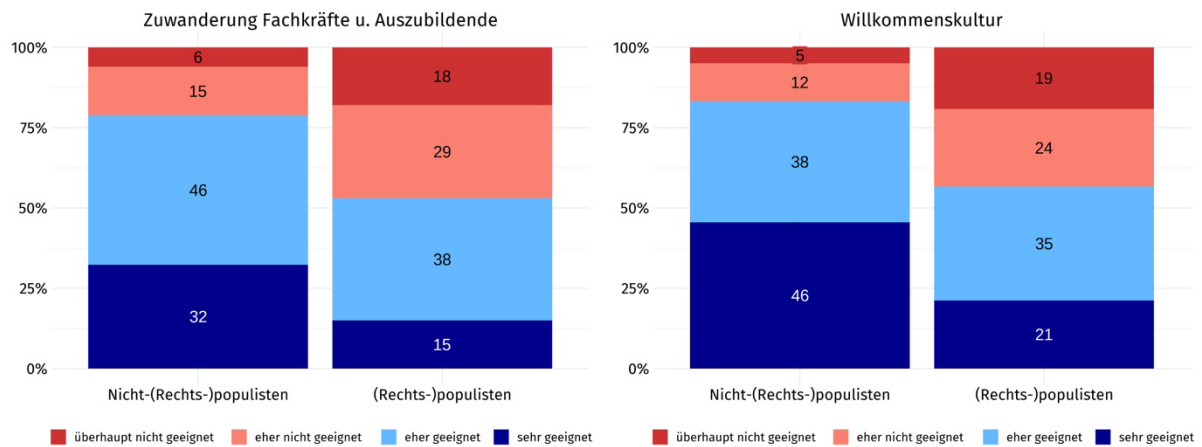
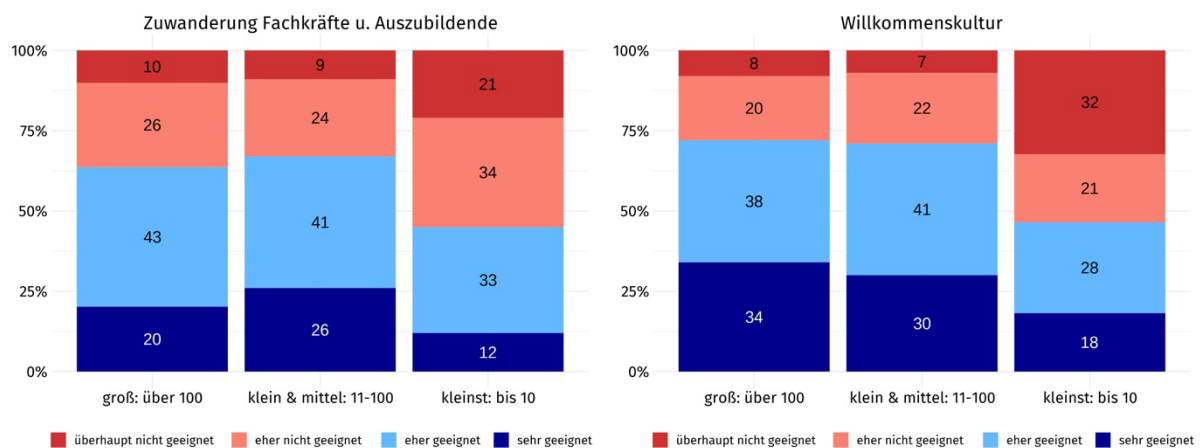


Abb. 28: Anwerbung von Fachkräften und Auszubildenden aus dem Ausland und Willkommenskultur nach Unternehmensgröße
(Angaben in Prozent)



Erwähnenswert ist abschließend noch die Beobachtung, dass die Betroffenheit vom Fachkräftemangel am Arbeitsplatz lediglich in zwei Fällen zu einer höheren Zustimmung führt – nämlich bei der Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen und beim Vorschlag, die Region durch mehr Weltoffenheit für ausländische Fachkräfte attraktiver zu machen. Für letztere Maßnahme gilt allerdings, dass die Betroffenheit durch den Fachkräftemangel in einer Modellrechnung unter Berücksichtigung mehrerer gleichzeitig wirkender Einflüsse keinen signifikanten Zusammenhang mehr zeigt. Dies bedeutet also, dass für die Bewertung der Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels weniger die konkreten Auswirkungen und Bedingungen am eigenen Arbeitsplatz entscheidend sind, sondern stärker soziodemographische Faktoren und politische Einstellungen.

Im Anschluss an diese geschlossenen Fragen zu möglichen Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel baten wir die Thüringer:innen noch um eigenen Vorschläge (vgl. Abb. 29). Um eine detaillierte Auswertung zu erleichtern, haben wir die Nennungen systematisch erfasst und induktiv, d. h. aus dem vorliegenden Datenmaterial, Kategorien identifiziert. Abb. 30 illustriert die relative Häufigkeit dieser Kategorien. Dabei ist zu beachten, dass eine Antwort auf die offene Frage mehreren Kategorien zugeordnet werden konnte. Auffällig ist, dass die Kategorien „Attraktive Arbeitsbedingungen“ und „Reform des Bildungssystems“ mit deutlichem Abstand am häufigsten genannt wurden.

Abb. 29: Wordcloud Antworten der Thüringer:innen auf die offene Frage nach weiteren Maßnahmen, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen



Dabei verwiesen die Befragten erstens häufig auf „attraktive Arbeitsbedingungen“. In diese Oberkategorie¹³ fallen insbesondere flexiblere Arbeitszeitmodelle (u. a. Vier-Tage-Woche), eine höhere Work-Life-Balance sowie eine höhere Wertschätzung. Unter letzterem Punkt wird sowohl die Wertschätzung von Arbeit an sich („es muss sich lohnen zu arbeiten“) als auch die Wertschätzung für nicht-akademische Berufe beschrieben. Auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine gerechtere Entlohnung, die wir aufgrund der zahlreichen Nennungen (sieben Prozent respektive acht Prozent aller Vorschläge), als eigenen Oberkategorien ausgewiesen haben, ließen sich hier eingruppierten.

¹³ Kategorien, die weniger als zwei Prozent aller Nennungen ausmachen, wurden unter der Kategorie „Sonstiges“ zusammengefasst.

Unter der Oberkategorie „Reform des Bildungssystems“ wurden – neben allgemeinen und recht unspezifischen Forderungen nach einer Verbesserung des Bildungssystems einerseits Maßnahmen vorgeschlagen, die sich auf das Schulsystem beziehen (etwa Lehrermangel bekämpfen, Vorbild DDR-Schulsystem) sowie andererseits Maßnahmen vorgeschlagen, die sich auf die berufliche Ausbildung beziehen. Hierzu gehört erneut der Vorschlag, Ausbildungsberufe attraktiver zu machen oder eine kostenfreie schulische Ausbildung zu ermöglichen. An den Bereich Bildung und Schule knüpfen ebenfalls Vorschläge an, die eine bessere Verzahnung von schulischer Bildung und Arbeitswelt im Sinn haben, etwa in Form einer praxisnäheren Schulausbildung (größerer Praxisanteil, Werkunterricht) oder mehr Berufsorientierung an Schulen (stärkeres Werben in Schulen für Berufe mit Fachkräftemangel, mehr und frühere Praktika insbesondere im Handwerksbereich).

Zudem fällt auf, dass etliche Befragte die stärkere Integration bestimmter Gruppen (Arbeitslose und Bürgergeldempfänger:innen, Geflüchtete und Migrant:innen, junge Menschen) in den Arbeitsmarkt fordern. Bei den Forderungen, die die Gruppe der Arbeitslosen und Bürgergeldempfänger:innen betreffen, werden v. a. drei Maßnahmenbereiche angesprochen: Leistungskürzungen, den Druck, arbeiten zu gehen, zu erhöhen und Bürgergeldempfängerinnen dazu zu motivieren, gemeinnützige Arbeiten (z. B. Unterstützung von Senior:innen) zu verrichten. Forderungen, die junge Menschen betreffen, kommen aus zwei Richtungen: einerseits wird vorgeschlagen, junge Menschen stärker für Ausbildungsberufe zu begeistern und das Leben insbesondere im ländlichen Raum für junge Menschen attraktiver zu gestalten, um Abwanderung zu verhindern. Andererseits wird gefordert, den Druck auf junge Arbeitslose zu erhöhen. Die häufigsten Vorschläge, um die Integration von Geflüchteten oder Migrant:innen in den Arbeitsmarkt zu fördern sind: Sprachkurse, einfacherer und zügiger Erteilung der Arbeitserlaubnis sowie die vereinfachte Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen.

Weitere Ideen gibt es für die Bereiche Infrastruktur. In Übereinstimmung mit den Befunden des THÜRINGEN-MONITORS 2022 (vgl. Reiser et al. 2023) sind dies in ländlichen Regionen insbesondere der ÖPNV- und Internetausbau und in größeren Städten das bezahlbare Wohnen. Darüber hinaus werden Bürokratieabbau, Imageaufwertung (Handwerksberufe attraktiver machen, soziale Berufe durch bessere Bezahlung attraktiver machen, Ausbildung gegenüber Studium aufwerten) und Reformvorschläge zum Thema Ruhestand (Renteneintrittsalter herabsetzen, vom Beruf abhängig machen oder den Renteneintritt flexibilisieren) genannt.

Abb. 30: Kategorisierung der Antworten auf die offene Frage nach weiteren Maßnahmen, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen



III.3. Klimafreundlicher Umbau der Thüringer Wirtschaft

Eine dritte Herausforderung für die Arbeitswelt in Thüringen ist die Decarbonisierung; dies gilt umso mehr, da in Thüringen im Automobilsektor sowie in der Herstellung von Grundstoffen, wie beispielsweise in der Chemie-, Stahl-, Metall- und Glasindustrie viele Menschen beschäftigt sind (Diekmann, 2023; vgl. auch Kapitel II). Die Bekämpfung des menschengemachten Klimawandels erfordert einen klimafreundlichen Umbau der Thüringer Wirtschaft. Jedoch stehen daher viele Unternehmen vor Herausforderungen wie hohe Investitionskosten für die Umstellung ihrer Produktionsprozesse auf klimafreundlichere Technologien. Einerseits wünscht sich eine große Mehrheit der Befragten (87 Prozent), dass Unternehmen in Thüringen ihre Beschäftigten bei einem klimafreundlichen Lebensstil unterstützen. Andererseits stimmen aber auch zwei Drittel der befragten Thüringer:innen der Aussage zu „Die Politik sollte die Unternehmen in Thüringen nicht durch weitere Klimaschutzmaßnahmen belasten“.¹⁴

Bei der Kombination beider Aussagen zeigen sich vier Gruppen: Eine Mehrheit von 58 Prozent der Befragten befürwortet die Unterstützung der Unternehmen bei der Förderung eines klimafreundlichen Lebensstils ihrer Beschäftigten, lehnt aber gleichzeitig weitere Klimaschutzmaßnahmen für Thüringer Unternehmen seitens der Politik ab. 31 Prozent der Befragten befürworten, dass Unternehmen in Thüringen ihre Beschäftigten bei einem klimafreundlichen Lebensstil unterstützen und sind gleichzeitig offen für weitere Klimaschutzmaßnahmen für die Thüringer Unternehmen. Neun Prozent der Befragten sind gegen weitere Klimaschutzmaßnahmen und sehen außerdem keine Notwendigkeit dafür, dass Unternehmen ihre Beschäftigten bei einem klimafreundlicheren Lebensstil unterstützen, etwa durch Dienstfahräder oder Bezuschussung von Jobtickets. Lediglich knapp drei Prozent lehnen beide Aussagen ab (vgl. Tabelle 2).

¹⁴ Die beiden Items sind schwach negativ miteinander korreliert (Spearman's rho = 0.133, p<0.01).

Tabelle 2: Zusammenhang von „Unternehmen nicht durch weitere Klimaschutzmaßnahmen belasten“ und „Beschäftigte bei klimafreundlichem Lebensstil unterstützen“

		Unternehmen nicht durch weitere Klimaschutzmaßnahmen belasten	
		stimme zu	lehne ab
Unternehmen sollten Beschäftigte bei klimafreundlichem Lebensstil unterstützen	stimme zu	57,5%	30,5%
	lehne ab	9,2%	2,8%

Sowohl Frauen (92 Prozent Zustimmung im Vergleich zu 84 Prozent bei Männern), Besserdienende als auch Personen, die sich politisch eher links einordnen, tendieren dazu, die **Unterstützung von Unternehmen für einen klimafreundlichen Lebensstil ihrer Beschäftigten** zu befürworten.

Auch wenn man weitere Einflussfaktoren berücksichtigt, zeigen Mitarbeiter:innen in Kleinstunternehmen im Vergleich zu Beschäftigten in größeren Unternehmen eine zurückhaltendere Haltung zu dieser Aussage (76 Prozent Zustimmung im Vergleich zu 92 Prozent Zustimmung). Der Wunsch nach Unterstützung für einen klimafreundlichen Lebensstil wird hingegen nicht durch den Bildungsgrad und das Anforderungsniveau der Berufstätigkeit beeinflusst.

Die Meinung, dass **Unternehmen in Thüringen nicht durch weitere Klimaschutzmaßnahmen belastet werden sollten**, haben eher ältere Befragte, solche mit niedrigerer formaler Bildung und Befragte, die sich politisch „etwas rechts“ verorten (s. Abb. 31 und Abb. 32). Während Befragte, die sich politisch „ganz links“ einsortieren, die Aussage mehrheitlich ablehnen, steigt die Zustimmung auf nahezu 90 bzw. nahezu 100 Prozent, unter Befragten, die sich rechts oder ganz rechts auf der Rechts-Links-Achse einordnen. Unter den Angehörigen der Generation Z lehnt eine knappe Mehrheit die Aussage ab, während es über alle anderen Altersgruppen hinweg eine mehrheitliche Zustimmung gibt.

Abb. 31: Unternehmen in Thüringen nicht durch weitere Klimaschutzmaßnahmen belasten nach Links-Rechts-Selbsteinstufung
(Angaben in Prozent)

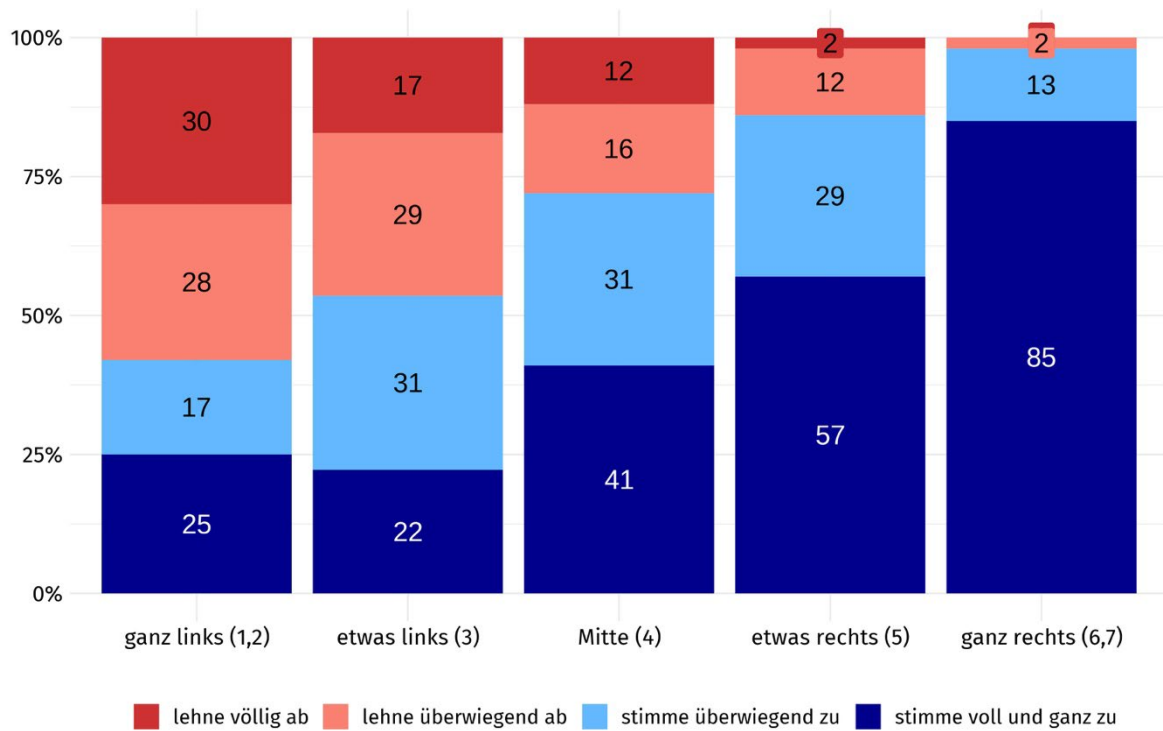
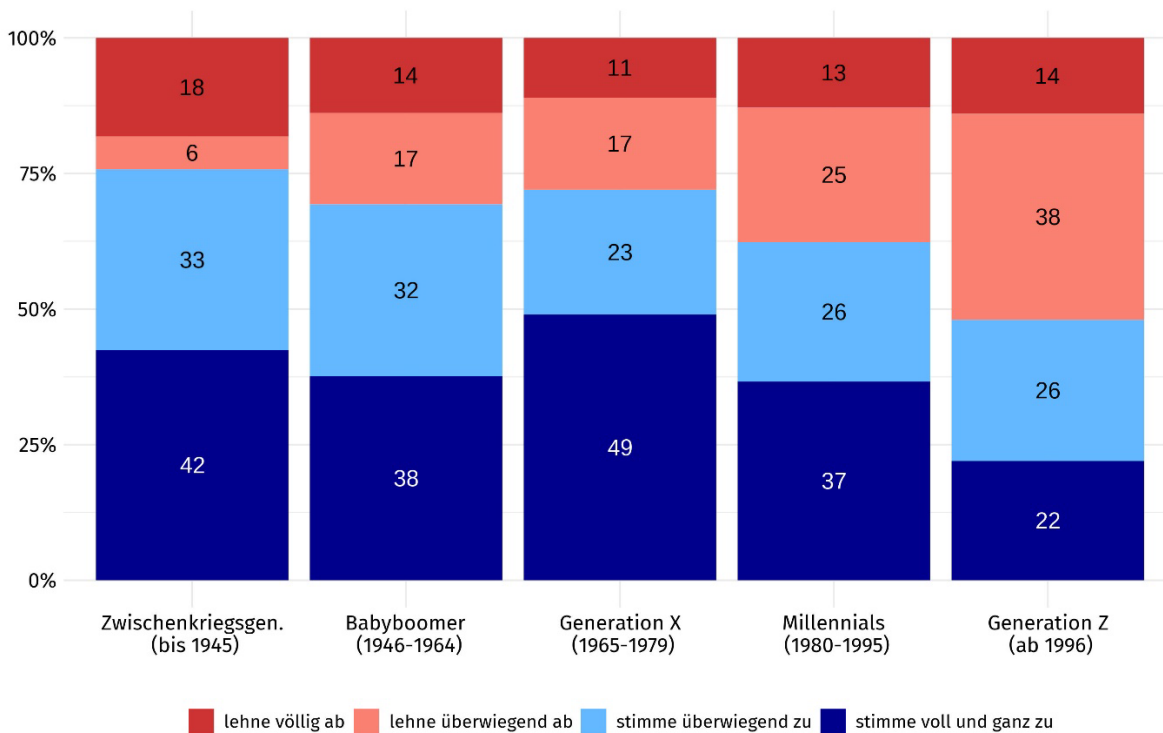


Abb. 32: Unternehmen in Thüringen nicht durch weitere Klimaschutzmaßnahmen belasten nach Alterskohorten
(Angaben in Prozent)



IV. Demokratie, Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Eine zentrale Aufgabe des THÜRINGEN-MONITORS liegt darin, jährlich die Entwicklung der politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus empirisch zu untersuchen. Ziel ist es dabei, die aktuellen Erkenntnisse in die längerfristige Entwicklung der politischen Kultur in Thüringen einzuordnen. Dafür werden die Zeitreihen fortgeführt, die die Ergebnisse seit dem ersten THÜRINGEN-MONITOR im Jahr 2000 enthalten. Im ersten Unterkapitel stehen die Einstellungen der Thüringer:innen zu Demokratie, Diktatur ebenso wie ihre politische Beteiligung im Zentrum. Der Fokus des zweiten Unterkapitels liegt auf der Messung rechtsextremer, rechtspopulistischer und neurechter Einstellungen. Der dritte Bestandteil dieses Kapitels sind die Einstellungen der Thüringer:innen zu Migration, Integration und Diversität.

IV.1. Demokratie: Einstellungen und Engagement

IV.1.1. Einstellungen zu Demokratie und Diktatur

Wenngleich neben der globalen Corona-Pandemie auch der „Energiepreisschock“ sowie die „Rekordinflation“ als im Wesentlichen überwunden gelten, ist das Ende der „Polykrise“ (Tooze 2022) damit keinesfalls ausgemacht. Nach wie vor stellen marginales Wirtschaftswachstum mit substanziellem Rezessionsrisiko (ifo Institut 2024b), Bauernproteste und sektorübergreifende Streikwellen, Haushaltskrise und Schuldenbremse, die anhaltende globale Erwärmung und nicht zuletzt der russische Angriff auf die Ukraine die Politik und Demokratie vor zum Teil erhebliche Herausforderungen. Auch aus Perspektive der politischen Kulturforschung kann eine Verstetigung der Krisenlage als herausfordernd eingestuft werden, geht doch die Literatur davon aus, dass mit ihr eine – unter Umständen sogar langfristige – Abnahme politischer Unterstützung einhergehen kann. Jene Unterstützung ist für die Stabilität sowie Performanz eines politischen Systems jedoch essenziell und ohne demokratische Einstellungen („attitudes“) und Teilhabe („actions“) ist das langfristige Bestehen desselbigen gefährdet (Easton 1965, 159-70). Vor diesem Hintergrund erweisen sich die mittlerweile langen Zeitreihen des THÜRINGEN-MONITORS als reicher Datenbrunnen. Mit seiner Hilfe soll im Folgenden der Frage nachgegangen werden, inwiefern sich der im Vorjahr diagnostizierte Trend abnehmender politischer Unterstützung weiter fortgesetzt hat und welche Unterstützungsformen sowie -dimensionen davon besonders betroffen sind. Den Auftakt bilden dabei klassische Indikatoren zur Messung demokratischer Orientierungen, wie die Demokratieunterstützung und -zufriedenheit, die Bewertung alternativer Gesellschaftsordnungen sowie das Institutionenvertrauen. Daran anschließend soll die Bereitschaft der Thüringer Bürger:innen zur Partizipation untersucht werden.

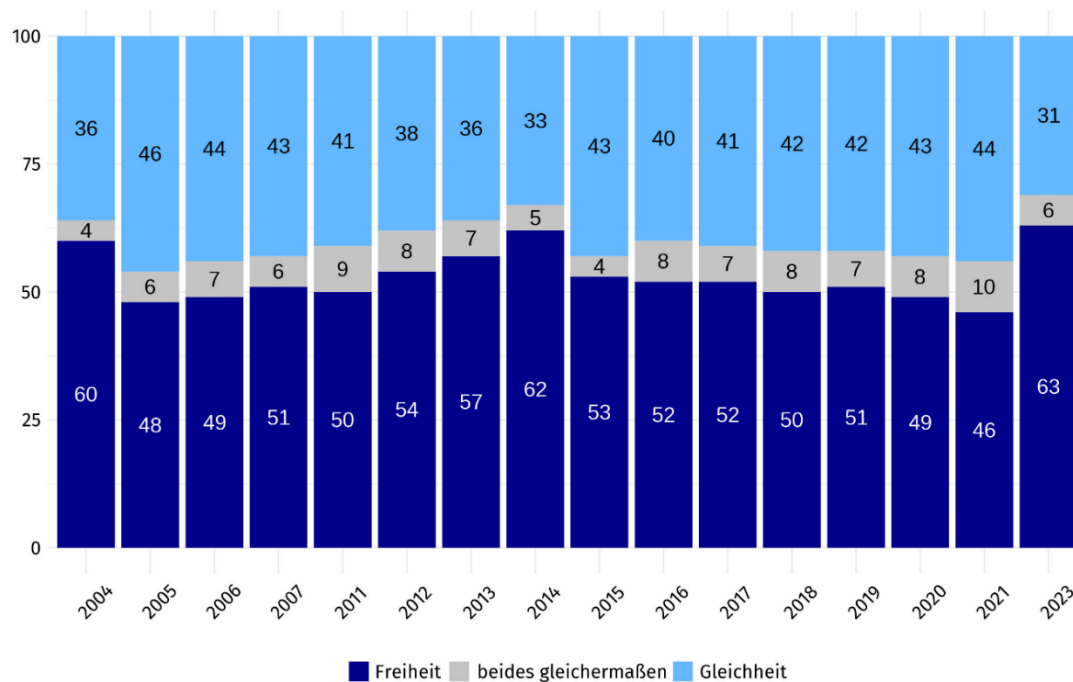
Zunächst soll der Blick auf das zentrale Spannungsfeld von Freiheit oder Gleichheit gerichtet werden. Um die Präferenzen innerhalb der Thüringer Bevölkerung beurteilen zu können, wurde den Befragten die folgende Frage gestellt: „Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Gleichheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?“ Im Sommer 2021, als die Frage zuletzt für den THÜRINGEN-MONITOR 2021 erhoben wurde (vgl. Reiser et al., 2022), hielten sich die im Grundgesetz gleichrangig angelegten Grundrechte auch innerhalb der Bevölkerung nahezu die Waage (vgl. Abb. 33). 46 Prozent der Thüringer:innen gaben an, das Recht auf Freiheit und – unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz – knapp ebenso viele, 44 Prozent, das Recht auf Gleichheit zu bevorzugen. Seither hat allerdings eine erhebliche Verschiebung in Richtung der Freiheitsbetonung stattgefunden. So favorisieren im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR knapp zwei Drittel aller Befragten (63 Prozent) das Grundrecht auf Freiheit. Im Vergleich zur Erhebung vor zwei Jahren, kann demnach ein Anstieg um ganze 17 Prozentpunkte konstatiert werden. Das aktuelle Ergebnis liegt darüber hinaus nicht nur zehn Prozentpunkte oberhalb des langjährigen Mittels (53 Prozent), sondern stellt sogar den bislang höchsten gemessenen Zeitreihenwert dar. Das exakte Gegenteil gilt für das Konzept der Gleichheit. Lediglich 31 Prozent der Thüringer:innen gaben diesem Grundrecht Vorrang, was dem bislang niedrigsten gemessenen Zeitreihenwert seit der ersten Erhebung im Jahr 2004 entspricht.

Differenziert man die Abwägung von Freiheit und Gleichheit entlang weiterer Faktoren, zeigen sich zunächst hinsichtlich des Alters grundlegende Unterschiede. Obwohl Freiheit in allen Altersgruppen wichtiger als Gleichheit bewertet wird, werden die Unterschiede mit zunehmendem Alter geringer. So gaben unter den 25-34-Jährigen 84 Prozent der Befragten an, dass ihnen Freiheit wichtiger sei. Unter den Personen, die älter als 60 Jahre sind, liegt dieser Wert hingegen nur bei 58 Prozent und damit 26 Prozentpunkte niedriger. Gruppenunterschiede werden auch im Falle des Haushaltseinkommens deutlich. Gaben unter den Personen, deren Haushaltseinkommen zwischen 1.001 – 2.000 Euro lag, 61 Prozent der Befragten an, dass sie Freiheit favorisieren, liegt dieser Wert bei den Thüringer:innen innerhalb der Einkommensklasse von 4.001 – 5.000 Euro bei 80 Prozent (Differenz: +19 Prozentpunkte). Des Weiteren lassen sich auch mit Blick auf die individuelle Links-Rechts-Selbsteinstufung statistisch belastbare Unterschiede verzeichnen. Hier gilt: Je weiter rechts sich eine befragte Person einordnet, desto höher ist erwartungsgemäß die Bevorzugung der Freiheitsdimension. Vergleicht man beispielsweise Befragte, die sich „ganz links“ einordnen mit denjenigen, die sich „ganz rechts“ einordnen, ergibt sich eine Differenz von 22 Prozentpunkten (57 zu 79 Prozent).

Die geschilderten Befunde decken sich mit den Ergebnissen des „Freiheitsindex 2023“, der ebenfalls eine starke Zunahme der Freiheitsbetonung feststellt (Schatz et al. 2023, 68). Worin die Ursachen der deutlichen Verschiebung in Richtung der Freiheitsdimension zu suchen sind,

darüber lassen sich nur erste Vermutungen anstellen. Neben den pandemiebezogenen Lock-downs kommen infolge von Energiepreiskrise und Rekordinflation auch ökonomische Zwänge sowie Sicherheitsbedenken infrage, die sich infolge des nach wie vor anhaltenden russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ergeben.

Abb. 33: Freiheit oder Gleichheit? 2004-2023
(Angaben in Prozent)



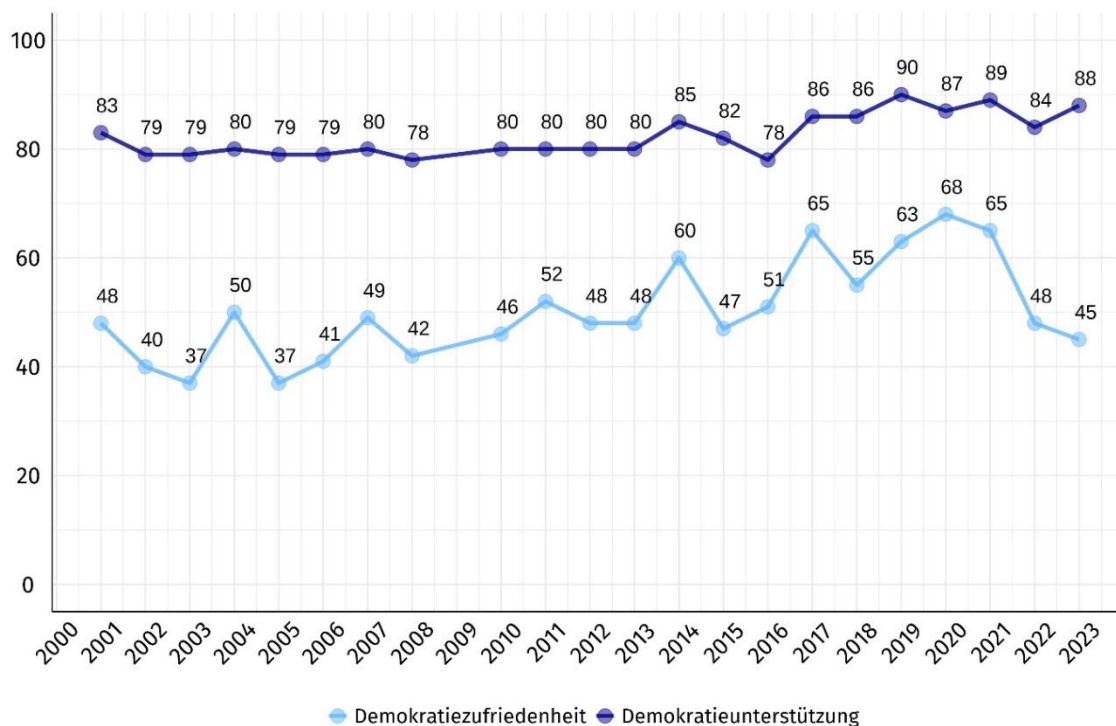
Im Folgenden sollen nun mit der Demokratieunterstützung sowie der Demokratiezufriedenheit die einstellungsbezogenen Unterstützungsleistungen ins Zentrum der Analysen gerückt werden.¹⁵ Erstere interessiert sich für langfristige sowie leistungsunabhängige Einstellungen gegenüber der Herrschaftsform Demokratie und erfasst somit eine *diffuse* Dimension der politischen Unterstützung. Dahingegen erfasst der zweite Indikator die eher kurzfristig sowie leistungsbezogen angelegte konkrete Bewertung der gegenwärtigen demokratischen Praxis und deckt somit eine *spezifische* Unterstützungsdimension ab.

Im Falle der Demokratieunterstützung (vgl. Abb. 34) lässt sich im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR ein Anstieg um vier Prozentpunkte auf gegenwärtig 88 Prozent verzeichnen – höhere Werte wurden zuvor nur in den Jahren 2019 (90 Prozent) und 2021 (89 Prozent) gemessen. Wenngleich sich der gemessene Wert damit sechs Prozentpunkte oberhalb des langjährigen

¹⁵ Im Thüringen-Monitor 2021 wurde das hinter den Aussagen zur Demokratie liegende Demokratieverständnis der Thüringer:innen näher untersucht, wobei sich durchaus Unterschiede im Demokratieverständnis zeigten (vgl. Reiser et al. 2021b).

Mittelwertes befindet, muss dennoch darauf hingewiesen werden, dass zwölf Prozent der Thüringer Bürger:innen die Aussage, dass die Demokratie „die beste aller Staatsideen ist“, entweder „überwiegend“ oder sogar „völlig ablehnen“. Auf diesen Aspekt soll im Rahmen der Demokratietypen (vgl. Abb. 36) an späterer Stelle noch einmal ausführlicher eingegangen werden. Dass *diffuse* und *spezifische* politische Unterstützung theoretisch eng verwandt sind, inhaltlich aber dennoch zwei unterschiedliche Dimensionen abbilden, wird anhand der Zeitreihe für die Demokratiezufriedenheit deutlich. Erstmals seit Erhebungsbeginn sinkt diese das dritte Mal in Folge und setzt damit einen im Jahr 2021 einsetzenden Trend fort. Zwar ist der abermalige Rückgang im Vergleich zu den Vorjahren mit drei Prozentpunkten weniger stark ausgeprägt, doch in der Summe steht binnen nur dreier Jahre ein Absinken der spezifischen Unterstützung von 68 Prozent auf gegenwärtig 45 Prozent zu Buche (-23 Prozentpunkte). Dieser Wert liegt darüber hinaus zwölf Prozentpunkte unterhalb des 10-jährigen Mittelwertes und markiert den niedrigsten Wert seit dem Jahr 2008. Auch wenn der bisherige Tiefstwert von 37 Prozent (2003 und 2005) damit nicht unterboten wird, konnte in der jüngeren Vergangenheit kein vergleichbar niedriger Wert gemessen werden. Aus einer Perspektive politischer Unterstützung ist ebenso zu bemerken, dass das zweite Jahr in Folge die Zahl der mit der Demokratie unzufriedenen Thüringer:innen größer ist, als diejenige, die sich mit ihrem gegenwärtigen „Funktionieren in der Praxis“ zufrieden zeigen.

Abb. 34: Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit 2001-2023
(Angaben in Prozent)



Mit dem erstmals im Jahr 2023 erhobenen Deutschland-Monitor (Hebenstreit et al. 2024) eröffnet sich eine Vergleichsmöglichkeit mit der Bundesebene sowie im Ost-West-Vergleich. Deutschlandweit liegt die – nahezu identisch gemessene – Demokratiezufriedenheit bei 57 Prozent, womit die Zahl der Unzufriedenen geringer als diejenige der Zufriedenen ist. Allerdings gilt dies nur für Gesamtdeutschland. Differenziert man die Deutschland-Monitor-Daten entlang der Ost-West-Achse, wird ersichtlich, dass die Demokratiezufriedenheit im Osten mit 43 Prozent sogar noch unterhalb des in Thüringen gemessenen Wertes liegt (zum Vergleich: Im Westen Deutschlands liegt der Zufriedenheitswert bei 61 Prozent). Sogar exakt im Erhebungszeitraum des THÜRINGEN-MONITORS liegt darüber hinaus eine ARD-DeutschlandTREND-Umfrage vom Oktober 2023. Aus dieser geht hervor, dass die Demokratiezufriedenheit im besagten Zeitraum deutschlandweit bei lediglich 44 Prozent lag. Vergleicht man Thüringen ferner mit dem für Ostdeutschland gemessenen Wert, so liegt dieser 13 Prozentpunkte oberhalb des Durchschnitts (32 Prozent) der neuen Bundesländer (infratest dimap 2023b).

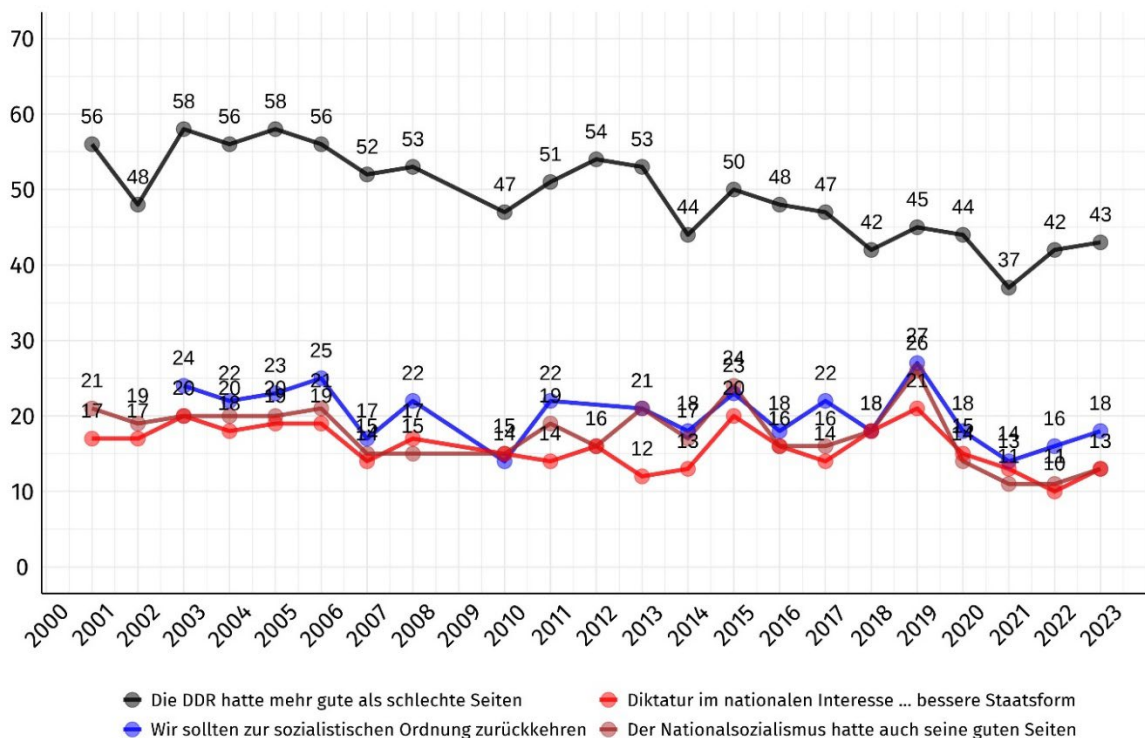
Dass der Indikator der Demokratiezufriedenheit eine performanzorientierte und damit spezifischere Unterstützungsdimension erfasst, zeigt sich auch darin, dass ein enger Zusammenhang mit der Bewertung der ökonomischen Lage zu beobachten ist. Unter den Befragten, die die wirtschaftliche Situation in Thüringen als schlecht bewerten, sind beispielsweise exakt zwei Drittel (66 Prozent) mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden. Fällt die Bewertung der wirtschaftlichen Lage hingegen positiv aus, ist auch die Anzahl der Unzufriedenen mit 45 Prozent (Differenz: 21 Prozentpunkte) deutlich geringer. Insofern können ökonomische Krisenphänomene (u. a. Inflation, Energiepreise, Wirtschaftswachstum), die von Individuum zu Individuum unterschiedliche Wirkung entfalten, als eine von vielen Ursachen einer niedrigen Demokratiezufriedenheit gelten. Weiterführende statistische Analysen (vgl. Tabelle 5 im Anhang) zeigen zudem, dass auch ein geringes Vertrauen in die Bundesregierung¹⁶, ein Mangel an wahrgenommener Responsivität des politischen Systems, ein Gefühl der Benachteiligung als Ostdeutsche:r sowie der Eindruck, keinen Einfluss auf das politische System nehmen zu können, zu niedrigen Demokratiezufriedenheitswerten führen. Alle genannten Bestimmungsfaktoren waren in der Vorjahresuntersuchung ebenfalls signifikant und legen den Schluss nahe, dass Thüringer Bürger:innen umso zufriedener mit der Demokratie sind, je besser sowohl die ökonomische als auch politische Performanz des politischen Systems bewertet wird (vgl. dazu auch Hebenstreit & Reiser 2024). Ebenfalls zeigt sich, dass eine Verortung im rechten ideologischen Spektrum mit einer im Durchschnitt niedrigeren Demokratiezufriedenheit einhergeht. Mit Blick auf das aktuelle Schwerpunktthema des THÜRINGEN-MONITORS wird des Weiteren deutlich, dass die Wahrnehmung des Fachkräftemangels im Alltag der Befragten ebenfalls zu einer Abnahme der Zufriedenheit mit dem gegenwärtigen Funktionieren der Demokratie führt.

¹⁶ Hier wäre jedoch denkbar, dass der Zusammenhang zwischen Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen in beide Richtungen verläuft.

Dahingegen sind Personen, die eine gezielte Anwerbung von Fachkräften und Auszubildenden aus dem Ausland positiv bewerten, deutlich zufriedener mit der Demokratie als Befragte, die diesen Ansatz ablehnen. Alle aufgeführten Befunde gelten gleichermaßen für die Gesamtbevölkerung als auch die spezifische Gruppe der Berufstätigen. Eine gesonderte Analyse dieser Personengruppe fördert zudem das Ergebnis zutage, dass sich für die Nutzungshäufigkeit digitaler Arbeitsmittel, der Furcht vor einem Jobverlust durch die Digitalisierung, dem Vorhandensein eines Betriebsrates im Unternehmen sowie dem Einfluss der Arbeitnehmer:innen auf die Gestaltung des Arbeitsalltags und der Arbeitsorganisation keinerlei Zusammenhänge mit der Demokratiezufriedenheit ergeben.

Auffällig ist zudem, dass die Schere zwischen *diffuser* und *spezifischer* Unterstützung seit dem Jahr 2020 immer weiter auseinandergeht. Betrug der Abstand im Jahr 2020 noch 19 Prozentpunkte, ist dieser innerhalb von drei Jahren auf aktuell 43 Prozentpunkte angewachsen. Weil das Auseinanderdriften jedoch allen voran den zum Teil erheblichen Rückgängen im Bereich der Demokratiezufriedenheit zuzurechnen ist, lässt sich daraus inhaltlich schlussfolgern, dass die Thüringer Bürger:innen zwar mit dem gegenwärtigen Funktionieren der demokratischen Praxis unzufrieden sind, an der generellen Staatsform „Demokratie“ aber nach wie vor festhalten und diese in einem erheblichen Maße unterstützen. Wie von der Theorie vorausgesagt, führt ein Entzug spezifischer Unterstützung nicht automatisch zum Entzug diffuser Unterstützung (Easton 1965, 273).

Abb. 35: Bewertung alternative Gesellschaftsordnungen 2001-2023
(Zustimmung zu den Aussagen in Prozent)

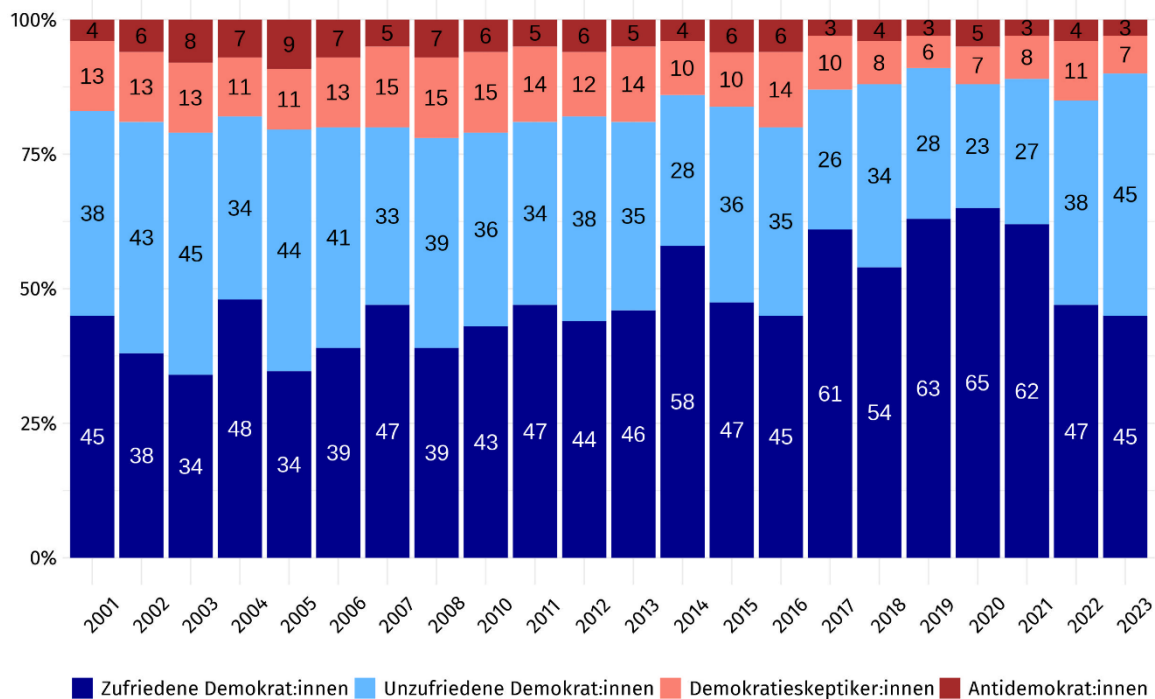


Dieser Befund steht zudem im Einklang mit den Bewertungen alternativer Gesellschaftsordnungen (vgl. Abb. 35). Unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz sind diese – mit nur einer Ausnahme – im Vergleich zur Vorjahreserhebung konstant geblieben. Im konkreten Fall der DDR-Bewertung liegen die aktuell gemessenen Werte zudem unterhalb der langjährigen Mittelwerte. Dies gilt sowohl für die Zustimmung zur Aussage „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“ (2023: 43 Prozent; Mittelwert im Zeitverlauf: 49 Prozent) als auch für die Befürwortung der Position „Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren“ (2023: 18 Prozent; Mittelwert: 20 Prozent). Ein vergleichbares Ergebnis lässt sich auch für die Bewertung der NS-Diktatur festhalten: Nur etwas mehr als eine von zehn Personen (13 Prozent) stimmte der Aussage zu, dass der „Nationalsozialismus auch seine guten Seiten [hatte]“. Jener Wert ist unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz zum einen stabil geblieben und bewegt sich zum anderen deutlich (minus fünf Prozentpunkte) unterhalb des langjährigen Mittelwertes von 18 Prozent. Eine im Vergleich zum Vorjahr statistisch belastbare Veränderung ergibt sich hingegen für die Aussage, dass eine „Diktatur im nationalen Interesse unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform“ darstellt. Hier lässt sich ein Zuwachs um drei Prozentpunkte auf gegenwärtig 13 Prozent verzeichnen. Wenngleich damit die Zustimmung für eine undemokratische Staatsform angewachsen ist, muss ergänzt werden, dass der Vorjahreswert (zehn Prozent) zum einen den bislang niedrigsten gemessenen Zeitreihenwert darstellte und dieser bis dato andererseits drei Jahre in Folge gesunken war. In einer längerfristigen Rückschau erweist sich die Diktaturzustimmung daher nach wie vor als niedrig, was sich auch anhand des höher liegenden Mittelwertes (16 Prozent) illustrieren lässt.

Kombiniert man nun die Diktaturbewertung mit der zuvor besprochenen Demokratieunterstützung sowie -zufriedenheit, lässt sich hieraus eine im THÜRINGEN-MONITOR seit vielen Jahren genutzte Demokratietypologie¹⁷ berechnen (vgl. Abb. 36). Korrespondierend mit den Ergebnissen der Demokratiezufriedenheit geht aus dieser zunächst hervor, dass die Personengruppe der „Zufriedenen Demokrat:innen“ einem Schrumpfungstrend unterliegt. Innerhalb von nur drei Jahren hat sich diese um 20 Prozentpunkte von 65 Prozent auf nunmehr 45 Prozent verkleinert. Im Gegenzug ist die Zahl der „Unzufriedenen Demokraten“ das dritte Jahr in Folge angewachsen und hat sich seit dem Jahr 2020 von 27 Prozent auf aktuell 45 Prozent nahezu verdoppelt. Damit wird der höchste bislang gemessene Zeitreihenwert aus dem Jahr 2003 eingestellt.

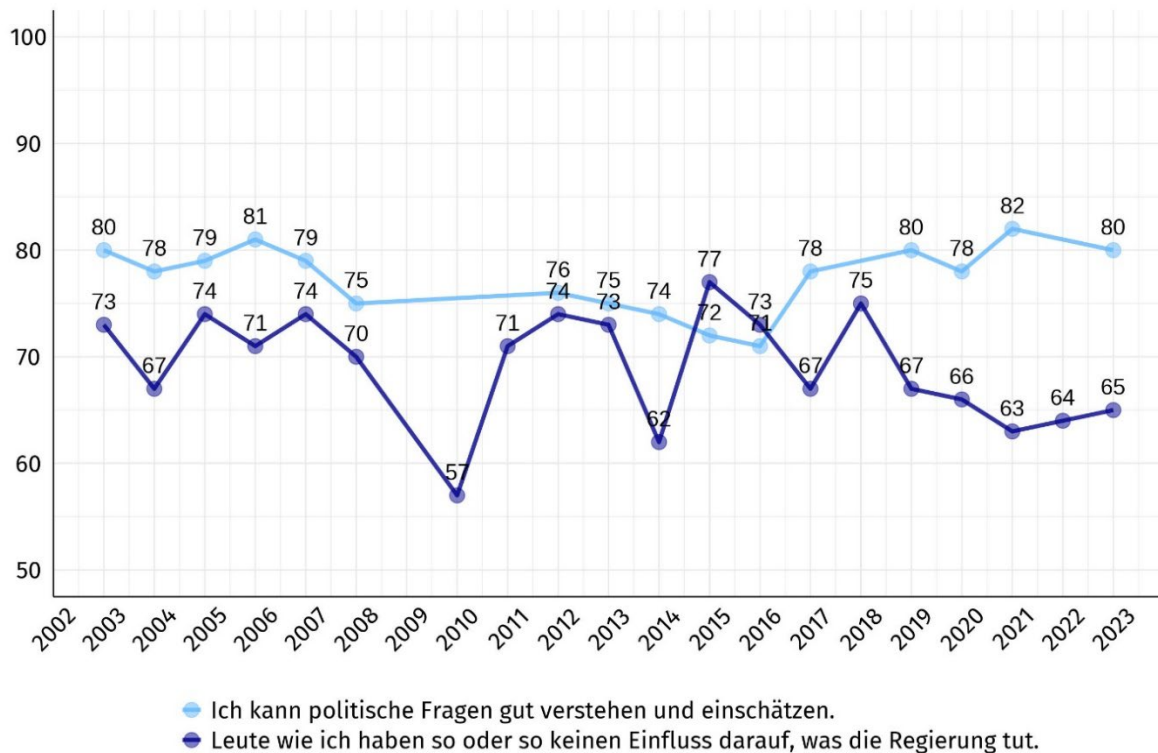
¹⁷ Diese Typologie wird wie folgt gebildet: Wer die Demokratie als beste Staatsidee bejaht und gleichzeitig zufrieden mit ihrem Funktionieren ist, fällt unter die Kategorie „zufriedene Demokrat:innen“. Auch „unzufriedene Demokrat:innen“ bejahen die Demokratie als beste Staatsidee, bewerten jedoch ihr Funktionieren negativ. Wer die Demokratie als beste Staatsidee ablehnt, aber eine nationale Diktatur nicht als bessere Staatsform ansieht, kann als „Demokratiskeptiker:in“ gelten. „Antidemokrat:innen“ lehnen die Demokratie als beste Staatsidee ab und bejahen eine nationale Diktatur als bessere Staatsform.

Abb. 36: *Demokratietypen 2001-2023*
(Angaben in Prozent)



Entsprechend der Zunahme der Demokratieunterstützung zeigt sich für die Gruppe der „Demokratieskeptiker:innen“ im Umkehrschluss ein Absinken von elf Prozent auf sieben Prozent. Die Gruppe der „Antidemokrat:innen“ ist unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben. Kumuliert man die Werte für beide Gruppen (zehn Prozent), wird ersichtlich, dass die Zahl der „Demokratieskeptiker:innen“ und „Antidemokrat:innen“ bislang nur im Jahr 2019 (neun Prozent) geringer war und sich gegenwärtig deutlich unter dem langjährigen Mittelwert von 17 Prozent befindet. Aus weiterführenden statistischen Analysen geht zudem hervor, dass „Demokratieskeptiker:innen“ und „Antidemokrat:innen“ ein im Vergleich höheres Alter und ein höheres Gefühl der „Ostdeprivation“ aufweisen. Unter Letzterem wird eine negative Bewertung der Deutschen Einheit („Nachteile der Wiedervereinigung überwiegen“) sowie die Einschätzung, dass Ostdeutsche von Westdeutschen als „Menschen zweiter Klasse“ behandelt werden, verstanden. Auch ein niedriges Vertrauen in die Bundesregierung sowie der Eindruck, dass Politiker:innen sich nicht darum bemühen, die „Interessen der Bevölkerung zu vertreten“, erhöhen die Wahrscheinlichkeit einer Person, den Gruppen der „Demokratieskeptiker:innen“ oder „Antidemokrat:innen“ anzugehören. Als besonders erklärungsstarke Faktoren erweisen sich das Vertrauen in die Bundesregierung sowie die „Ostdeprivation“. Das Geschlecht, die Bildung oder das Gefühl der „politischen Selbstwirksamkeit“ haben dahingegen keinen nachweisbaren Einfluss.

Abb. 37: Interne und externe politische Selbstwirksamkeit 2001-2023
(Zustimmung in Prozent)



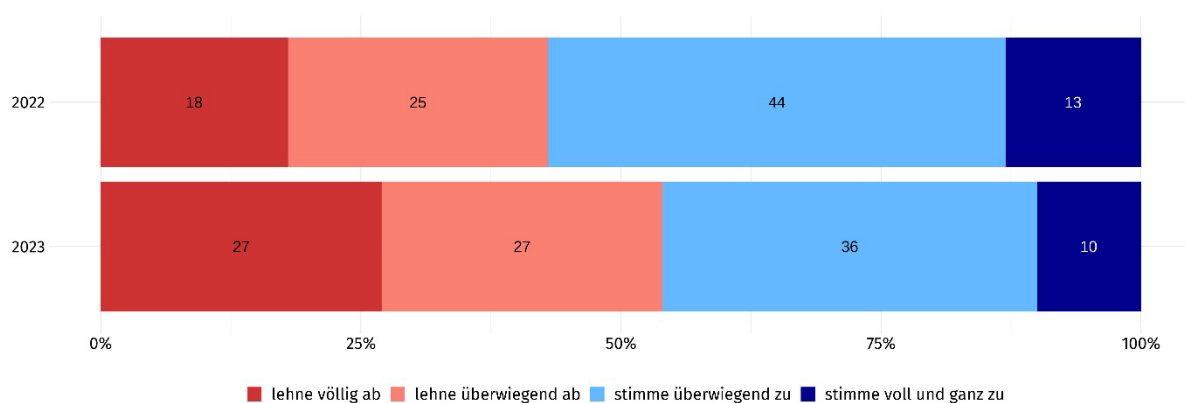
Beim Gefühl der politischen Selbstwirksamkeit handelt es sich um einen seit vielen Jahrzehnten untersuchten Ansatz, der individuelle „politische Kompetenz- und Einflussüberzeugungen“ (Beierlein et al. 2012, 7) misst. Hierfür wird zwischen zwei Formen von „political efficacy“ unterschieden: Einerseits fragt die *interne politische Selbstwirksamkeit* danach, ob Bürger:innen den Eindruck haben, politische Fragestellungen und Zusammenhänge grundlegend verstehen zu können, wohingegen sich die *externe politische Selbstwirksamkeit* erfasst, inwiefern Personen den Eindruck haben, dass sie mit ihrem individuellen Handeln politische Prozesse beeinflussen können. Aus Abb. 37 gehen zwei typische Messansätze politischer Selbstwirksamkeit hervor. Die individuelle Kompetenzüberzeugung („internal efficacy“) wird dabei mit Hilfe der Aussage „Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen“ erhoben, während die politische Einflussüberzeugung („external efficacy“) anhand der Aussage „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ abgebildet wird.

Mit Blick auf die erste Selbstwirksamkeitsdimension ist zunächst festzuhalten, dass vier von fünf Befragten angaben, sich politisch kompetent zu fühlen. Im Vergleich zur letzten Erhebung im Jahr 2021 ist die politische Kompetenzzuschreibung unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz stabil geblieben und befindet sich hinsichtlich der vollständigen Zeitreihe auf einem überdurchschnittlichen Niveau. Auch die externe Selbstwirksamkeit ist im Vergleich zur letzten Erhebung stabil geblieben. Mit 65 Prozent liegt diese zwar unterhalb des langjährigen Mittelwertes (69 Prozent), aber nichtsdestotrotz sind nach wie vor knapp zwei Drittel der

Thüringer:innen davon überzeugt, politisch einflusslos zu sein. Tiefergehende statistische Verfahren verdeutlichen zudem, dass das Gefühl politischer Ohnmacht insbesondere bei Thüringer:innen mit niedriger Demokratiezufriedenheit, einem geringen Vertrauen in die Bundesregierung, einem vergleichsweise geringem Bildungsgrad sowie Haushaltseinkommen, einem höherem Alter und einer ausgeprägten Statusverlustangst ausgeprägt ist. Als stärkster Bestimmungsfaktor erweist sich der Faktor Bildung. Hier gilt: Je niedriger der Schulabschluss einer befragten Person, desto stärker ist das Gefühl der politischen Einflusslosigkeit. Nahezu ebenso erklärungsstark stellt sich der Aspekt der Statusverlustangst dar. So verstärkt sich der Eindruck politischer Ohnmacht, wenn Befragte die Sorge umtreibt, dass sie durch die „gesellschaftlichen Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens geraten“.

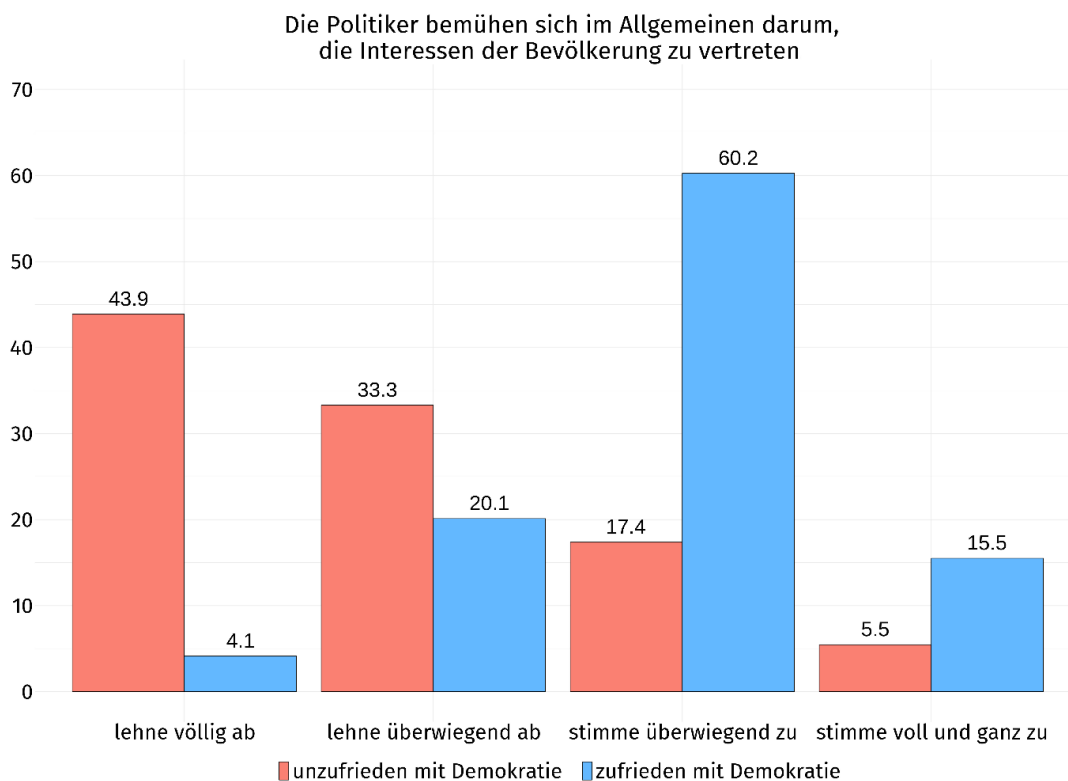
Mit der externen politischen Selbstwirksamkeit eng verwandt, aber mit ihr dennoch nicht vollständig identisch, ist das demokratiethoretisch bedeutsame Konzept der „wahrgenommenen Responsivität“. Hinter diesem verbirgt sich die Frage, inwiefern ein politisches System und dessen Repräsentant:innen gegenüber den Präferenzen der Bürger:innen aufgeschlossen bzw. aufnahmefähig sind. Responsives Handeln heißt aber nicht nur, die Interessen und Wünsche des Elektorates wahrzunehmen, sondern diese auch als Grundlage politischer Entscheidungen zu verwenden (Esaïasson 2015, 434). Ob Bürger:innen tatsächlich den Eindruck haben, dass sich das politische System responsiv verhält, wird im THÜRINGEN-MONITOR seit zwei Jahren mit Hilfe der Zustimmung zur Aussage: „Die Politiker bemühen sich im Allgemeinen darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten“ gemessen.

Abb. 38: Responsivitätswahrnehmung 2022 und 2023 im Vergleich
(Angaben in Prozent)



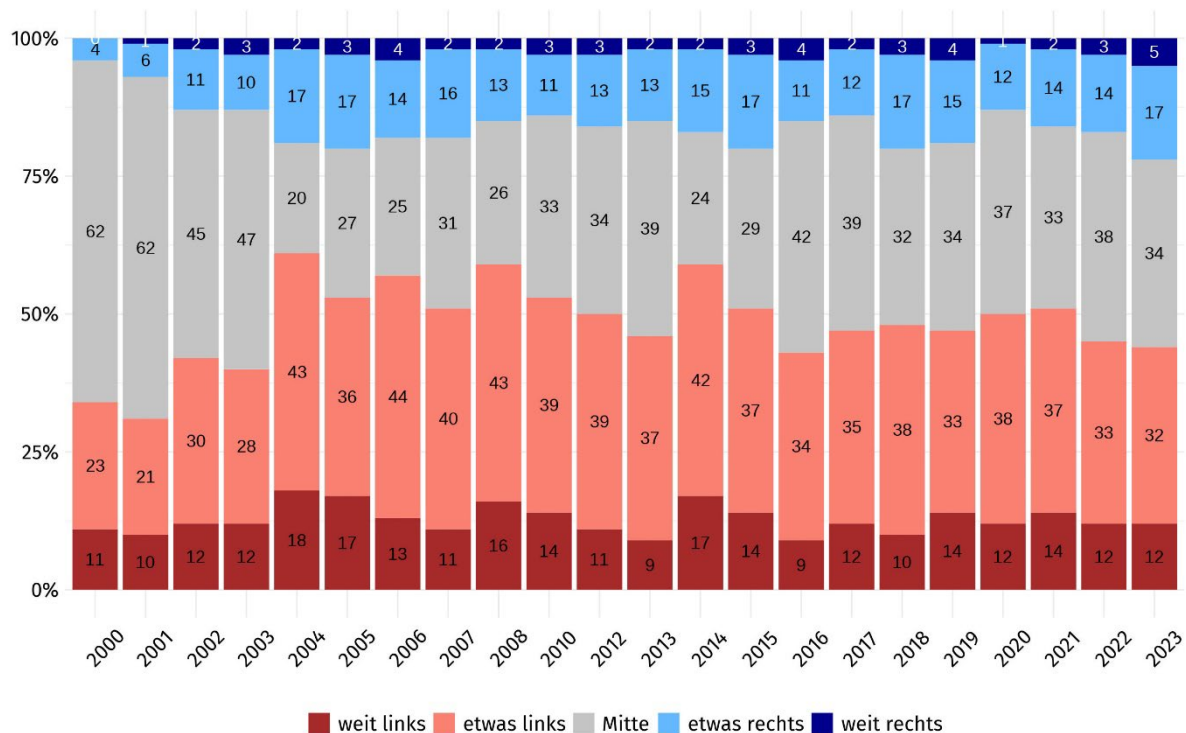
Wie aus Abb. 38 hervorgeht, ist die wahrgenommene Responsivität im Vergleich zur Vorjahreserhebung deutlich gesunken. Waren 2022 noch 57 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass Politiker:innen die Interessen der Bevölkerung vertreten, ist dieser Wert seither um elf Prozentpunkte auf nunmehr 46 Prozent gesunken. Anders ausgedrückt, es hat somit weniger als die Hälfte der Thüringer Bevölkerung den Eindruck, dass das Kernversprechen der repräsentativen Demokratie – nämlich die Umwandlung der öffentlichen Meinung in politische Entscheidungen – eingelöst wird. Diesem Befund entsprechend, ergibt sich erwartungsgemäß auch ein starker Zusammenhang zwischen dem Responsivitätsgefühl sowie der Demokratiezufriedenheit, der in Abb. 39 graphisch dargestellt ist. Es zeigt sich, dass insbesondere diejenigen Befragten, die die Aussage, dass „Politiker die Interessen der Bevölkerung vertreten“ ablehnen, mit deren gegenwärtigem Funktionieren unzufrieden sind. So lehnten kumuliert betrachtet 77 Prozent der unzufriedenen Befragten die untersuchte Aussage „völlig“ bzw. „überwiegend ab“. Steigt hingegen die wahrgenommene Responsivität von gewählten Repräsentant:innen, steigt auch die Zufriedenheit mit der Demokratie.

Abb. 39: Responsivitätswahrnehmung und Demokratiezufriedenheit
(Summen der Gruppen entsprechen 100 Prozent)



Dieser statistische Zusammenhang bleibt auch dann bestehen, wenn man die gleichzeitige Wirkung weiterer Einflussfaktoren kontrolliert. Mit Blick auf soziodemographische Merkmale zeigt sich hierbei zum einen, dass ältere Befragte eine im Durchschnitt geringere Responsivitätswahrnehmung als jüngere Umfrageteilnehmer:innen aufweisen. Zum anderen wirkt sich ein höherer Schulabschluss positiv auf die wahrgenommene Responsivität aus – je höher die Bildung einer Person, desto höher ist im Durchschnitt auch deren Eindruck, dass die gewählten Politiker:innen die Interessen der Bevölkerung vertreten. Neben der Demokratiezufriedenheit kann hinsichtlich einstellungsbezogener Erklärungsfaktoren festgehalten werden, dass die Responsivitätswahrnehmung sinkt, wenn Befragte ein geringes Vertrauen in die Bundesregierung oder eine geringe interne politische Selbstwirksamkeit aufweisen. Die Auffassung, dass Politiker:innen den Interessen und Wünschen der Befragten kein Gehör schenken, wird zudem durch eine vergleichsweise hohe „Ostdeprivation“ verstärkt. Keinerlei Einfluss auf die Responsivitätswahrnehmung hat dahingegen die ideologische Selbstverortung der Befragten – obwohl sie zu den klassischen Indikatoren der politischen Kulturforschung zählt.

Abb. 40: Selbsteinstufung auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2000-2023
(Angaben in Prozent)



Üblicherweise, so auch im THÜRINGEN-MONITOR, wird die individuelle ideologische Selbsteinstufung auf einer eindimensionalen Achse gemessen, deren Pole von „weit links“ bis „weit rechts“ reichen. Die Verteilung der ideologischen Selbstverortung innerhalb der Thüringer Bevölkerung wurde in Abb. 40 graphisch dargestellt. Aus ihr geht zunächst hervor, dass der Anteil

der Personen, der sich im ideologischen Spektrum links der Mitte verortet, im Vergleich zur Vorjahresehebung stabil geblieben ist. Als etwas rückläufig erweist sich hingegen der Personenkreis, der sich der politischen Mitte zuordnet. So ist die Zahl der Thüringer:innen, die sich dem ideologischen Zentrum zuordnen, um vier Prozentpunkte auf aktuell 34 Prozent gesunken. Nichtsdestotrotz stellt eine Mitte-Positionierung auch im Jahr 2023 die so genannte „Modalkategorie“ dar, also diejenige Antwort, die von den Befragten am häufigsten gewählt wurde.

Eine andere Dynamik lässt sich hingegen im Spektrum rechts der Mitte beobachten: Kumuliert man hier die beiden Anteilswerte „weit rechts“ beziehungsweise „etwas rechts“ miteinander, ergibt sich im Vergleich zum letztjährigen THÜRINGEN-MONITOR ein Anstieg um fünf Prozentpunkte auf gegenwärtig 22 Prozent.¹⁸ Dieser Wert stellt den höchsten bislang gemessenen Zeitreihenwert seit der ersten Erhebung im Jahr 2000 dar. Mit anderen Worten haben sich noch nie so viele Thüringer:innen dem rechten ideologischen Spektrum zugeordnet, wie in der aktuellen Befragungswelle. Zudem liegt der aktuell gemessene Wert insgesamt sieben Prozentpunkte über dem langjährigen Durchschnittswert von 15 Prozent. Gleichwohl ist anzumerken, dass der kumulierte Anteil des linken ideologischen Spektrums auch nach wie vor erheblich größer als derjenige rechts der politischen Mitte ist – in Zahlen ausgedrückt ist dieser sogar exakt doppelt so groß (44 zu 22 Prozent).

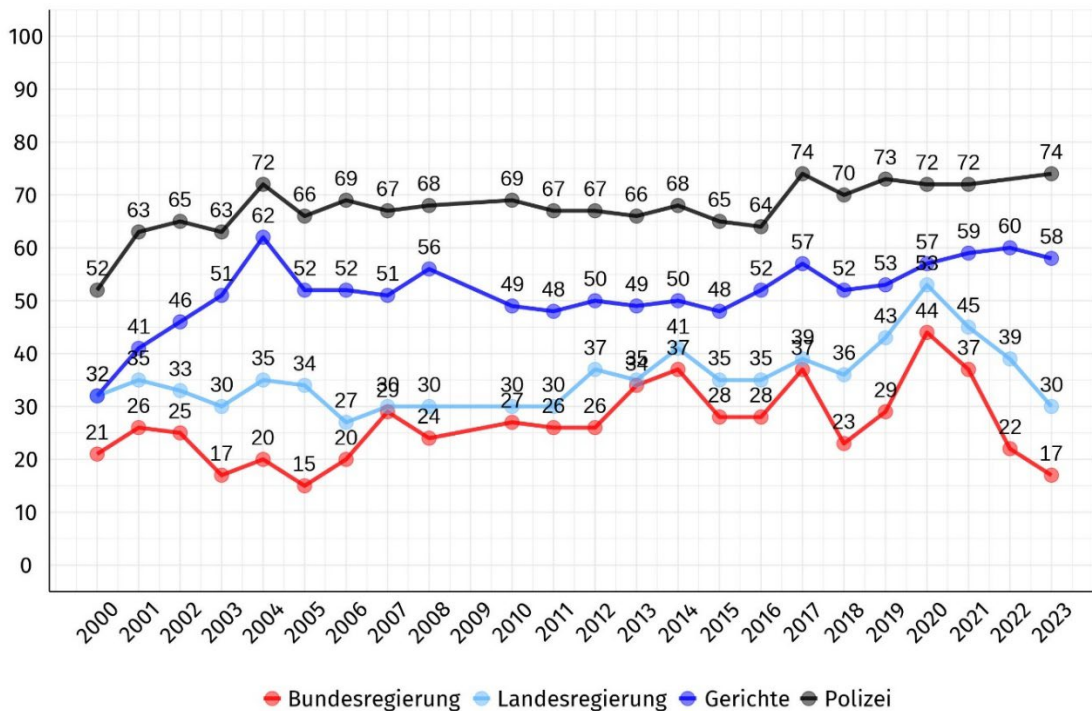
IV.1.2. Institutionenvertrauen

Als weiterer zentraler Indikator der politischen Unterstützung gilt das Vertrauen in die Kerninstitutionen der Demokratie. Wenngleich die Zuordnung dieses Konzepts zu einer der beiden Unterstützungsdimensionen nicht immer einheitlich vorgenommen wird, setzte sich in den letzten Jahren die Sichtweise durch, dass es sich beim Institutionenvertrauen um eine im Wesentlichen spezifische Form der Unterstützung handelt (siehe z. B. Norris 2017). Dafür spricht insbesondere, dass sich in ihm eine kurzfristige sowie performanzorientierte Bewertung des Handelns zentraler politischer Akteure ausdrückt. Um etwas mehr Ordnung in die vielfältige Welt der politischen Institutionen zu bringen, wird in der Forschung häufig zwischen parteienstaatlichen (wie z. B. Bundes- und Landesregierungen) sowie regulativen Institutionen (wie z. B. Gerichten und der Polizei) unterschieden (Zmerli 2020, 251). In Abb. 41 wurde die Entwicklung der Vertrauenswerte in die eben genannten Institutionen seit dem Jahr 2000 im Längsschnitt dargestellt. Um die Zeitreihenentwicklung einfacher interpretieren zu können, wurden die Antwortkategorien „vertraue voll und ganz“ sowie „vertraue weitgehend“ zusammengefasst.

¹⁸ Zukünftige Thüringen-Monitore könnten untersuchen, was die Thüringer:innen unter den Kategorien „links“ und „rechts“ genau verstehen (vgl. für ähnliche Studien im internationalen Kontext etwa Steiner 2023).

Abb. 41: Institutionenvertrauen 2000-2023

(Angaben in Prozent; „vertraue voll und ganz“ & „vertraue weitgehend“ zusammengefasst)



Wie im Falle der Demokratiezufriedenheit, so ist auch das Vertrauen in die Bundesregierung erstmalig ein drittes Jahr in Folge gesunken. Obwohl dieser Zeitraum vergleichsweise kurz ist, ist der Rückgang dennoch erheblich: Ausgehend von einem Vertrauenswert von 44 Prozent im Jahr 2020, lässt sich binnen dreier Jahre ein Rückgang um 27 Prozentpunkte (bzw. 61 Prozent) auf aktuell 17 Prozent beobachten. Das heißt, dass gegenwärtig nicht einmal jede:r Fünfte der aktuellen Bundesregierung vertraut – ein Wert, der im THÜRINGEN-MONITOR zudem nur einmal (2005 mit 15 Prozent) unterboten wurde. Zudem bewegt sich der aktuelle Vertrauenswert zehn Prozentpunkte unter dem langjährigen Zeitreihenmittelwert. Ein Vergleich mit den praktisch identisch erhobenen Daten des Deutschland-Monitors zeigt zudem, dass der Thüringer Wert 20 Prozentpunkte unter dem gesamtdeutschen (37 Prozent), 22 Prozentpunkte unterhalb des westdeutschen (39 Prozent) sowie zehn Prozentpunkte (27 Prozent) unter dem ostdeutschen Durchschnittswert liegt (Hebenstreit et al. 2024). Insofern kann das Vertrauen in die Bundesregierung in Thüringen auch im Vergleich zu anderen Referenzpunkten als besonders niedrig gelten.

Mit welchen Bestimmungsfaktoren diese niedrigen Vertrauenswerte einhergehen, kann mit Hilfe weiterführender statistischer Analysen (vgl. Tabelle 6 im Anhang) näher beleuchtet werden. In diesen wurde, um gruppenspezifische Aussagen treffen zu können, zwischen der Gesamtbevölkerung sowie der Gruppe der Berufstätigen differenziert. Es zeigt sich, dass geringes Vertrauen in die Bundesregierung in beiden Gruppen immer dann vorliegt, wenn Personen über eine niedrige Demokratiezufriedenheit und -unterstützung verfügen. Weiterhin wirken sich

eine niedrige externe politische Selbstwirksamkeit, das Gefühl mangelnder Responsivität sowie eine rechtere ideologische Selbsteinstufung negativ auf das Vertrauen in die Berliner Regierungskoalition aus. Aus soziodemographischer Perspektive wird zudem deutlich, dass mangelndes Vertrauen mit vergleichsweise niedrigeren Bildungsabschlüssen einhergeht. Als stärkster Erklärungsfaktor erweist sich die wahrgenommene Responsivität und damit der Eindruck, dass die Interessen der Bevölkerung nur ungenügend berücksichtigt werden. Vieles spricht also dafür, dass die Folgen der Polykrise auch im Falle des Institutionenvertrauens ihre Wirkung entfalten. Wendet man den Analysefokus ausschließlich auf die Gruppe der Berufstätigen an, ist zunächst erstaunlich, dass das Vertrauen in die Berliner Regierungskoalition im Durchschnitt steigt, wenn die Befragten angeben, dass sie sich infolge der Digitalisierung vor einem Jobverlust fürchten. Ebenfalls hervorzuheben ist der Umstand, dass Befragte, die in Unternehmen mit Betriebsräten arbeiten, über ein niedrigeres Institutionenvertrauen verfügen. Wie beide Zusammenhänge erklärt werden können, stellt ein spannende Forschungsfrage für weiterführende Studien dar. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung erweisen sich die Zustimmung zum Ansatz der Fachkräftezuwanderung als auch die Bewertung der wirtschaftlichen Lage unter den beschäftigten Befragten als einflusslos. Das Gegenteil gilt für die *interne politische Selbstwirksamkeit* sowie die Statusverlustangst: Je höher beide Faktoren ausgeprägt sind, umso geringer ist das Vertrauen in die Bundesregierung – ein Befund, der sich für Berufstätige, nicht aber die Thüringer Gesamtbevölkerung ergibt. Ein zwar nicht vollständig identisches, aber dennoch ähnliches Bild, ergibt sich auch im Falle des Vertrauens in die Landesregierung. Auch hier ist der Vertrauenswert erstmals ein drittes Jahr in Folge rückläufig und in seinem quantitativen Ausmaß erheblich. Vertraute noch im Jahr 2020 eine knappe Mehrheit der Thüringer:innen der Erfurter Landesregierung, ist dieser Wert seither um 23 Prozentpunkte (bzw. 46 Prozent) auf gegenwärtig 30 Prozent gesunken. Insofern schenkt nur etwas weniger als ein Drittel der Thüringer Bevölkerung der Landesregierung ihr Vertrauen. Niedriger war dieser Wert mit 27 Prozent letztmalig im Jahr 2006 – dies war auch das bislang einzige Mal, dass der Wert unterhalb die 30-Prozent-Marke abgefallen ist. Aus der langfristigen Perspektive ergibt sich zudem der Befund, dass das gegenwärtige Vertrauensniveau sechs Prozentpunkte unterhalb des Zeitreihenmittelwertes von 36 Prozent liegt. Zieht man einen erneuten Vergleich mit den Daten des Deutschland-Monitors, in welchem nach dem Vertrauen in die „Landesregierung in ihrem Bundesland“ gefragt wurde, ergeben sich ebenfalls markante Unterschiede: So beträgt die Vertrauensdifferenz zu den westdeutschen Landesregierung 21 Prozentpunkte (51 Prozent) und zu den ostdeutschen zwölf Prozentpunkte (42 Prozent) (Hebenstreit et al. 2024).

Mit Blick auf die Ursachen niedriger Vertrauenswerte (vgl. Tabelle 6 im Anhang) zeigt sich im Falle der Landesregierung zunächst der Einfluss des Faktors Demokratieunterstützung – je mehr die Befragten die Demokratie als beste Staatsform bewerten, desto stärker ist auch ihr Vertrauen in die Landesregierung. Auch eine schlechte Bewertung der wirtschaftlichen Lage

in Thüringen sowie eine als gering wahrgenommene Responsivität wirken sich negativ auf das Vertrauen in die Erfurter Regierungskoalition aus. Hervorzuheben ist zudem der Befund, dass die individuelle Positionierung auf einer Links-Rechts-Achse den stärksten aller untersuchten Erklärungsfaktoren darstellt. Je weiter rechts sich demzufolge eine Person ideologisch verortet, desto weniger schenkt sie der gegenwärtigen Regierung ihr Vertrauen. Als zweitstärkster Erklärungsfaktor folgt die Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen – je schlechter diese ausfällt, desto geringer ist auch das angegebene Vertrauensniveau in die rot-rot-grüne Regierungskoalition.

Hinsichtlich der parteienstaatlichen Institutionen ist zudem auf die hohe Synchronität der Vertrauensentwicklungen hinzuweisen. Obwohl die Regierungen in Berlin und Erfurt unterschiedlich partei- und damit auch koalitionspolitisch zusammengesetzt sind, fällt der praktisch synchrone Verlauf der Vertrauenskurven seit dem Jahr 2018 ins Auge. Dies betrifft allen voran das Vorzeichen und damit die Richtung der zu beobachtenden Entwicklungen. Aus Perspektive der politischen Unterstützung stellen beide Kurvenverläufe eine ernstzunehmende Entwicklung dar. So manifestiert sich neben der Demokratiezufriedenheit auch im Falle des Vertrauens in die Bundes- sowie Landesregierung ein bedenklicher Entzug spezifischer Unterstützung. Es sei jedoch ebenso darauf verwiesen, dass sich die hohen Ausgangswerte im Jahr 2020 infolge eines „Rally around the flag-Effektes“ ergeben, der dazu führte, dass allen voran exekutive Institutionen in der (frühen) Phase der Corona-Pandemie besonders hohen Zuspruch erhielten (Dietz et al. 2021). Insofern sollte das hohe Ausgangsniveau aufgrund des Erhebungszeitpunktes bei der Interpretation berücksichtigt werden.

Gänzlich anders und von den eben geschilderten Befunden losgelöst, stellen sich dahingegen die Entwicklungen im Bereich der regulativen Institutionen dar. Im Falle des Vertrauens in Gerichte ist unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz eine konstante Entwicklung festzuhalten. Der aktuell gemessene Werte von 58 Prozent liegt zudem sieben Prozentpunkte oberhalb des langjährigen Durchschnitts (51 Prozent). Somit geben knapp drei von fünf Thüringer:innen an, dass sie der Arbeit von Gerichten ihr Vertrauen entgegenbringen. Anders als im Falle der Bundes- sowie Landesregierung steigt die Trendkurve des Vertrauensniveaus im Falle der Gerichte seit dem Jahr 2018 darüber hinaus im Durchschnitt an.

Die selbige Beobachtung lässt sich auch im Falle des Vertrauens in die Polizei tätigen. Auch hier ist das Vertrauen im Vergleich zur letztmaligen Erhebung im Jahr 2021 unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz konstant geblieben. Mit einem Vertrauenszuspruch von 74 Prozent geben nicht nur knapp drei Viertel aller Thüringer:innen an, dass sie der Polizei ihr Vertrauen schenken, sondern dieser Wert markiert darüber hinaus unter allen untersuchten Kerninstitutionen das höchste gemessene Vertrauensniveau. Zudem ist das Vertrauen in die Arbeit der Polizei seit seiner ersten Erhebung im Jahr 2000 im Schnitt durchgehend angestiegen. Gaben in der ersten Erhebung des THÜRINGEN-MONITORS nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten (52 Prozent) an, der Arbeit der Polizei zu vertrauen, stimmten dieser Aussage im

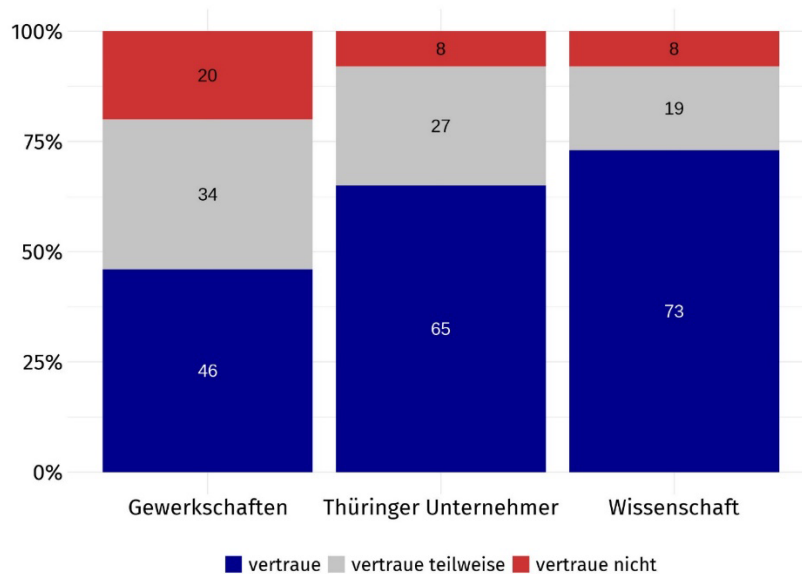
Jahr 2023 knapp drei Viertel (74 Prozent) aller Thüringer:innen zu, was einer Differenz von 22 Prozentpunkten entspricht.

In der Summe lässt sich festhalten, dass das Vertrauen in regulative Institutionen deutlich höher als in parteipolitische Akteure ist. Jener Trend ist zudem seit fast zweieinhalb Jahrzehnten stabil und lässt sich auf Grundlage der unparteiischen sowie politikfernen Natur besagter Institutionen erklären. Ebenso fällt ins Auge, dass die Vertrauenskurven regulativer Akteur:innen deutlich weniger Volatilität als diejenigen der parteienstaatlichen Akteur:innen unterworfen sind (vgl. auch Hebenstreit & Reiser 2024), was vielfältige Erkenntnisse aus anderen Regionen und Länder bestätigt (Zmerli 2020, 257).

Neben den eben besprochenen Kerninstitutionen der Demokratie wurde im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR darüber hinaus das Vertrauen in Gewerkschaften, Thüringer Unternehmer:innen sowie die Wissenschaft erhoben. Das Institutionenvertrauen in Gewerkschaften wurde dabei sogar erstmalig in den Fragenkanon aufgenommen. Aus Abb. 42 geht zunächst hervor, dass knapp die Hälfte der Befragten (46 Prozent) angaben, Gewerkschaften zu vertrauen. Circa ein Drittel (34 Prozent) der Thüringer:innen gab an, Gewerkschaften „teilweise zu vertrauen“ und nur ein Fünftel entzieht den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer:innen vollständig das Vertrauen. Hinsichtlich der beruflichen Stellungen ergeben sich zwar Unterschiede im Vertrauensniveau zwischen Auszubildenden (68 Prozent), Angestellten (49 Prozent) sowie Selbstständigen und Freiberufler:innen (29 Prozent), doch verlieren diese Zusammenhänge unter Kontrolle weiterer Drittvariablen an statistischer Signifikanz. Aus solchen weiterführenden statistischen Analysen geht unter anderem hervor, dass sich eine im Vergleich rechte(re) Positionierung auf der ideologischen Links-Rechts-Achse sowie ein höheres Alter negativ auf das Vertrauen in Gewerkschaften auswirken. Haben Befragte hingegen den Eindruck, dass sie nicht den gerechten Anteil erhalten (Deprivation), die Nachteile der Wiedervereinigung überwiegen und Ostdeutsche von Westdeutschen als Menschen zweiter Klasse behandelt werden („Ostdeprivation“) sowie Angst davor haben, „immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“ (Statusverlustangst), erhöht sich das Vertrauen in Gewerkschaften. Insofern erweist sich das Vertrauensniveau in die Arbeitnehmer:innenvertretungen als stark von den jeweiligen Lebensumständen der Befragten geprägt. Aus einer Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung lässt sich des Weiteren ableiten, dass sich das Gewerkschaftsvertrauen in Thüringen deutlich oberhalb des Bundesdurchschnittes befindet. So gaben in der im November des Jahres 2022 durchgeführten Befragung lediglich 24 Prozent der Befragten an, dass sie den Gewerkschaften Vertrauen entgegenbringen (Hans-Böckler-Stiftung 2023, 6).¹⁹

¹⁹ Allerdings ist anzumerken, dass in die Auswertung auch fehlende Werte („weiß nicht“) einbezogen wurden und diese Antwortkategorie insgesamt von neun Prozent der Befragten gewählt wurde.

Abb. 42: Institutionenvertrauen im Querschnitt
(Angaben in Prozent)



Im Vergleich zu den Gewerkschaften, genießen die Thüringer Unternehmer:innen innerhalb der Bevölkerung ein höheres Vertrauen. Fast zwei Drittel der Befragten gaben an, dass sie den Unternehmer:innen vertrauen. Im Vergleich zur letzten und erstmaligen Erhebung im Jahr 2017 ist das Vertrauen in die Thüringer Unternehmer:innen um acht Prozentpunkte von 57 Prozent auf aktuell 65 Prozent gestiegen. Wie bereits im Falle des Vertrauens in Gewerkschaften, ergeben sich auch hier je nach beruflicher Stellung Unterschiede im Vertrauensniveau zwischen Arbeiter:innen und Selbstständigen, doch unter Berücksichtigung weiterer Drittvariablen verlieren diese erneut ihre statistische Signifikanz. Tiefergehende statistische Analysen ergeben unter anderem, dass das Vertrauen unter älteren Befragten sowie Personen, die sich weiter rechts auf der ideologischen Links-Rechts-Achse verorten, stärker ausgeprägt ist. Dahingegen wirkt sich eine vorhandene Statusverlustangst („Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“) negativ auf das Vertrauen in Thüringer Unternehmer:innen aus.

Unter den drei abgefragten Akteur:innen, die nicht zu den demokratischen Kerninstitutionen zählen, genießt die Wissenschaft das höchste Vertrauen. Insgesamt gaben knapp drei Viertel aller Befragten an, dass sie der Wissenschaft „vertrauen“, lediglich 19 bzw. acht Prozent vertrauen ihr nur „teilweise“ oder „nicht“. Zuvor wurde das Wissenschaftsvertrauen unter anderem im Jahr 2020 und 2021 erhoben. Aus diesen Erhebungen geht hervor, dass sich der Anteil der Befragten, welcher der Wissenschaft vertraut, seither rückläufig entwickelt hat. So hat sich das Vertrauen seit dem Jahr 2020 (79 Prozent) um sechs Prozentpunkte auf gegenwärtig 73 Prozent verringert. Auch 2021 war das Wissenschaftsvertrauen mit 78 Prozent noch vergleichsweise höher. Diese Befunde decken sich mit den Ergebnissen des Wissenschaftsbarometers, das seit der ersten „Corona-Welle“ ebenfalls einen Rückgang des Vertrauens in die

Wissenschaft dokumentiert hat. Allerdings ergibt sich dieser Rückgang – wie auch im Falle des THÜRINGEN-MONITORS – vor dem Hintergrund eines starken Anstieges des Vertrauens in die Wissenschaft zu Beginn der Corona-Pandemie (Wissenschaft im Dialog 2023, 11 f.). Insofern ist der in den letzten drei Erhebungen beobachtbare Rückgang als gewisse Normalisierungsbewegung zu interpretieren. Im Falle des THÜRINGEN MONITORS ist der aktuell gemessene Wert (73 Prozent) unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz sogar identisch mit dem im Jahr 2016 gemessenen Wert (74 Prozent). Insgesamt ist das Vertrauen in die Wissenschaft demnach als nach wie vor hoch sowie langfristig stabil zu bewerten. Positiv auf das Vertrauen in die Wissenschaft, das geht aus weiterführenden statistischen Analysen hervor, wirken sich eine hohe Demokratiezufriedenheit und -unterstützung sowie ein ausgeprägtes Gefühl der *internen politischen Selbstwirksamkeit* aus. Dahingegen wirken sich eine vergleichsweise hohe „Ostdeprivation“ und Statusverlustangst sowie eine rechte(re) ideologische Positionierung auf der klassischen Links-Rechts-Achse negativ auf das Wissenschaftsvertrauen aus.

IV.1.3. Politische Partizipation

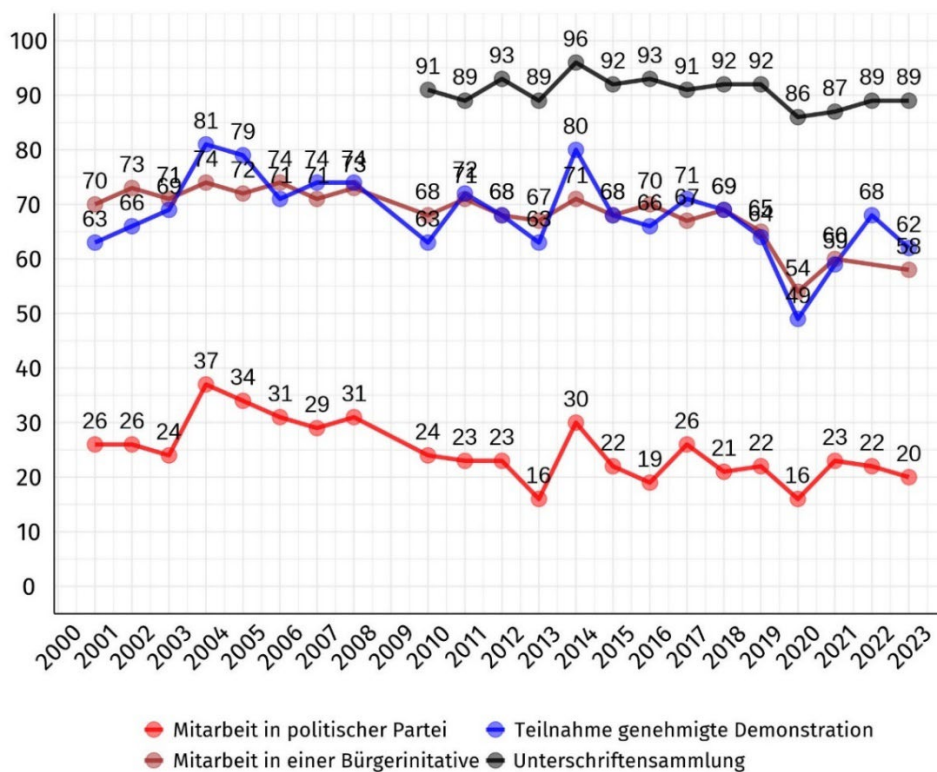
Nachdem in den beiden vorangegangenen Kapiteln einstellungsbezogene und damit latente Formen der politischen Unterstützung untersucht wurden, soll der Blick nun auf die politische Partizipation als manifeste, also direkt beobachtbare, „support“-Leistung gerichtet werden. Im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS werden hierfür seit mehr als 20 Jahren zentrale Formen der politischen Teilhabe sowohl im Quer- als auch Längsschnitt untersucht. Politische Partizipation wird dabei mit Hilfe einer dreistufigen Antwortskala erfasst: Neben der ausbleibenden Beteiligung („würde ich nicht tun“), richtet sich das Interesse allem voran auf das Partizipationspotential („würde ich tun“) bzw. die tatsächliche Partizipationspraxis („habe ich schon getan“). Für die in Abb. 43 dargestellten Zeitreihen legaler politischer Beteiligungsformen wurde die Partizipationspraxis sowie das Partizipationspotential zusammengefasst.

Aus der Zeitreihenentwicklung geht zunächst eine bemerkenswerte Stabilität politischer Partizipation hervor. Zum einen betrifft diese Stabilität die Teilhabe an den diversen untersuchten Beteiligungsformen. Keine von ihnen gewinnt im Erhebungszeitraum markant an Bedeutung oder verliert umgekehrt an Beliebtheit – die Partizipationspraxis bzw. das Partizipationspotential innerhalb der Thüringer Bevölkerung sind offenkundig weitgehend stabil. Dieser Befund wäre sogar noch deutlicher, wenn man die Erhebungswellen der Corona-Pandemie (2020 und 2021) vor dem geistigen Auge ausklammern würde, waren doch von den Kontakteinschränkungen fast alle Partizipationsformen betroffen und daher rückläufig. Stabil sind innerhalb der Thüringer Bevölkerung jedoch auch die Präferenzen für die unterschiedlichen Beteiligungsformen – im Zeitverlauf zeigt sich mit Blick auf diese eine klare Rangfolge der Beliebtheit.

Bereits seit der ersten Erhebung im Jahr 2010 ist die Teilnahme an Unterschriftensammlungen die am meisten bevorzugte Teilhabeform der Thüringer:innen. Wie bereits im Vorjahr können

sich knapp neun von zehn Befragten (89 Prozent) vorstellen, auf diese Art und Weise zu partizipieren. Die eben angesprochene Zeitreihenstabilität wird bei dieser Partizipationsform darüber hinaus besonders deutlich: So beträgt die durchschnittliche Abweichung vom Mittelwert (Standardabweichung) seit dem Jahr 2010 lediglich 2,5 Prozentpunkte.

Abb. 43: Formen legaler politischer Partizipation 2001-2023
(Angaben in Prozent)



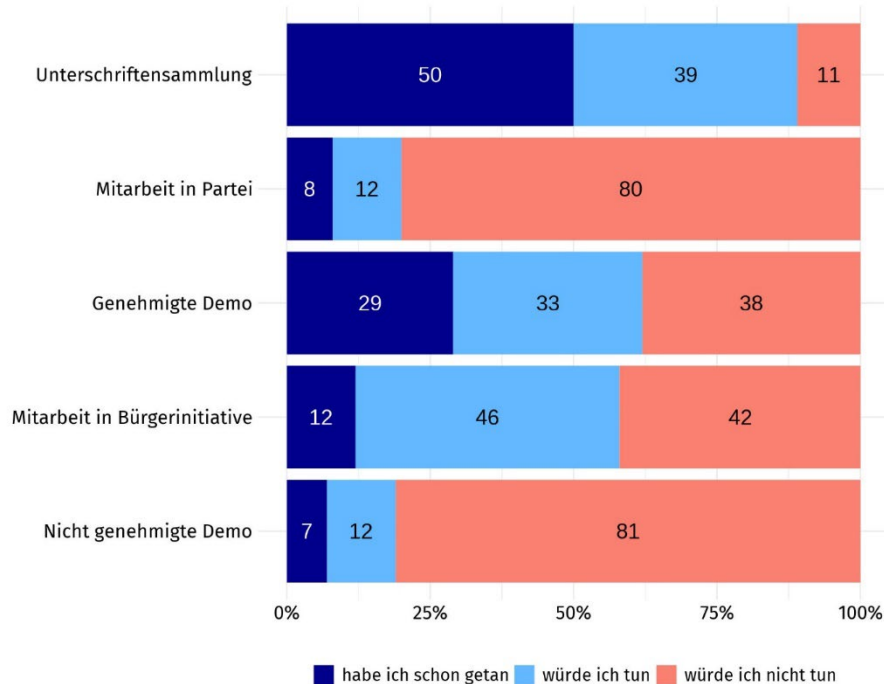
In etwa gleichermaßen beliebt sind traditionell die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative sowie die Teilnahme an genehmigten Demonstrationen. Erstere wurde zuletzt im Jahr 2021 erhoben, ist jedoch unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz seither stabil geblieben. Knapp drei von fünf Befragten (58 Prozent) gaben an, auf diese Weise bereits partizipiert zu haben beziehungsweise konnten sich vorstellen, sich in dieser Form politisch zu beteiligen. Wenngleich seit Ausbruch der Corona-Pandemie im Jahr 2020 erste Anzeichen für einen leichten Abnahmetrend für diese Partizipationsform zu bestehen scheinen, ist noch offen, inwiefern sich dieser langfristig perpetuiert. Die Teilnahme an genehmigten Demonstrationen stellt gegenwärtig die zweitbeliebteste Partizipationsform dar. Wenngleich die Partizipationspraxis sowie das Partizipationspotenzial im Vergleich zum Vorjahr um sechs Prozentpunkte gefallen sind, gaben immer noch 62 Prozent der Thüringer:innen an, bereits auf diese Weise partizipiert zu haben bzw. partizipieren zu wollen. Dieser Wert liegt zudem sechs Prozentpunkte unter dem Zeitreihenmittelwert.

Wie in allen vorherigen Erhebungen, bildet die Mitarbeit in einer politischen Partei auch im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR das Schlusslicht unter allen untersuchten legalen Partizipationsformen. Gegenwärtig können sich nur ein Fünftel der Thüringer Bürger:innen vorstellen in Parteien mitzuarbeiten beziehungsweise haben dies bereits getan. Dieser Wert (20 Prozent) markiert zudem den drittniedrigsten seit Erhebungsbeginn gemessenen Wert – mit 16 Prozent (2013 sowie 2020) und 19 Prozent (2016) lag der Partizipationswert bislang nur drei Mal niedriger. Darüber hinaus liegt der aktuell gemessene Wert fünf Prozentpunkte unterhalb des langjährigen Mittelwertes. Aus weiterführenden statistischen Analysen geht zudem hervor, dass sich ein im Vergleich höheres Alter negativ auf Partizipationspraxis und -potenzial auswirkt. Einen positiven Einfluss haben dahingegen ein vergleichsweise hoher Schulabschluss sowie ein ausgeprägtes Gefühl der *internen politischen Selbstwirksamkeit*.

Aus Abb. 44 gehen neben den Querschnittsinformationen der eben beschriebenen Beteiligungsmöglichkeiten darüber hinaus die Ergebnisse für die illegale Partizipationsform der Teilnahme an nicht angemeldeten Demonstrationen hervor.²⁰ Im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR gaben sieben Prozent der Befragten an, dass sie bereits an dieser Partizipations- bzw.- Protestform teilgenommen hätten. Weitere zwölf Prozent der Thüringer:innen könnten sich zudem vorstellen, auf diese Art und Weise künftig zu partizipieren. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Partizipationspotenzial deutlich von 18 Prozent um sechs Prozentpunkte gesunken. Hinzu kommt, dass ein Großteil (80 Prozent) der Befragungsteilnehmer:innen für sich kategorisch ausschließt, an nicht genehmigten Demonstrationen teilzunehmen. Nichtsdestotrotz ist darauf hinzuweisen, dass die Partizipationspraxis und das Partizipationspotenzial dieser illegalen Beteiligungsform – kumuliert man beide Werte miteinander – genauso groß ist, wie im Falle der legalen Teilhabeform der Mitarbeit in einer Partei. Aus weiterführenden statistischen Analysen geht zudem hervor, dass – wie zu erwarten – Personen eine höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen an nicht genehmigten Demonstrationen teilzunehmen, wenn sie den Eindruck haben, dass sich die Politiker:innen nicht darum bemühen die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. Unwahrscheinlicher wird die Teilhabe an dieser Partizipationsform jedoch mit zunehmendem Alter sowie weiblichem Geschlecht.

²⁰ Die Begriffe „genehmigte“ bzw. „nicht genehmigte“ Demonstration sind insofern irreführend, als Demonstrationen und Kundgebungen in Deutschland nicht genehmigungspflichtig, sondern lediglich anmeldepflichtig sind – ausgenommen Spontanversammlungen (§ 14 VersammlG). In der bundesdeutschen Umfrageforschung ist die Formulierung „genehmigt“ bzw. „nicht genehmigt“ allerdings üblich, sodass diese Begrifflichkeiten zur besseren Vergleichbarkeit auch im THÜRINGEN-MONITOR verwendet werden.

Abb. 44: Politische Partizipation im Querschnitt
(Angaben in Prozent)



Angesichts der eingangs erwähnten Stabilität kann auch im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR festgehalten werden, dass politische Beteiligung immer dann wahrscheinlicher wird, wenn es sich um kollektive, niedrighschwellige (also mit einem geringen zeitlichen wie finanziellen Aufwand verbundene), punktuelle, institutionalisierte sowie legale Formen der Partizipation handelt. Im Umkehrschluss sind es insbesondere die zeit- sowie arbeitsintensiven Teilhabeformen, die von den Befragten – die illegale Partizipation einmal ausgeklammert – gemieden werden.

Zusammenfassend besteht für die politische Unterstützung innerhalb der Thüringer Bevölkerung gleichermaßen Grund zur Warnung als auch Entwarnung. Entwarnung, weil einerseits die *diffuse* und langfristige Unterstützung der „Idee der Demokratie“ im Vergleich zum Vorjahr angestiegen ist, aber auch weil andererseits die Zahl der Demokratieskeptiker:innen und Antidemokrat:innen sowie gleichzeitig der Anteil derjenigen, die eine „Diktatur im nationalen Interesse“ befürworten, zum Teil deutlich unterhalb der langjährigen Mittelwerte liegen. Im Falle der performanzbasierten *spezifischen* Unterstützung entfaltet die andauernde Polykrise indes auch weiterhin ihre Wirkung und der Trend der beiden vorangegangenen Jahre setzt sich – wengleich ein Teil der Entwicklung auch als gewisse Normalisierungsbewegung infolge der hohen Unterstützungswerte zu Beginn der Corona-Pandemie gewertet werden kann – in gleicher Weise fort. So sind mehr als die Hälfte der Thüringer:innen mit dem gegenwärtigen Funk-

tionieren der Demokratie unzufrieden. Ferner vertraut nicht einmal jede:r Fünfte der Bundesregierung sowie nur jede:r Dritte der Landesregierung. Eine Mehrheit widersprach darüber hinaus der Auffassung, dass sich die Politiker:innen im „Allgemeinen darum bemühen, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten“. Ursächlich für diese zum Teil erheblichen Rücksetzer sind neben der eben angedeuteten mangelnden Responsivitätswahrnehmung in den allermeisten Fällen, eine negative Bewertung der wirtschaftlichen Lage, die Sorge „immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“ (Statusverlustangst), der Eindruck, nicht den gerechten gesellschaftlichen Anteil zu erhalten (Relative Deprivation) sowie das Gefühl der „Ostdeprivation“. Diese Faktoren stellen allesamt Stellschrauben dar, an denen die Politik ansetzen kann, um den Abwärtstrend *spezifischer* politischer Unterstützung in seinem Vorzeichen umzukehren. Grund zur Warnung besteht mit Blick auf diesen Abwärtstrend insbesondere, weil davon auszugehen ist, dass die Dimensionen der *diffusen* und *spezifischen* Unterstützung zeitlich nicht unbegrenzt voneinander entkoppelt sind. Je länger und stärker Unzufriedenheit wächst und den Kerninstitutionen der Demokratie gleichzeitig Vertrauen entzogen wird, umso wahrscheinlicher wird es, dass im *diffusen* „reservoir of favorable attitudes or good will“ (Easton 1965, 273) erste Löcher entstehen und hinter der Herrschaftsform Demokratie Fragezeichen gesetzt werden. Vor dem Hintergrund, dass sich die Zeitreihenwerte der *spezifischen* Unterstützung neuen Tiefstwerten annähern und auch die Polykrise alles andere als überwunden scheint, sollte einer solchen Entwicklung sowie insbesondere deren Ursachen verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt werden.

IV.2. Rechtsextreme und populistische Einstellungen in Thüringen

Der THÜRINGEN-MONITOR 2023 setzt die langfristige Beobachtung rechtsextremer und populistischer Einstellungen fort. Dies umfasst einerseits die Messung des Rechtsextremismus auf Basis des im Jahr 2000 etablierten Messinstruments. Andererseits beinhaltet dies auch die jüngeren Erweiterungen des Messinstruments, die seit dem THÜRINGEN-MONITOR 2021 in Reaktion auf inhaltliche und strategische Veränderungen im „Rechtsaußenspektrum“ (Best & Vogel, 2022, Häusler & Küpper 2019, 147) erfolgten. Konkret wird die Verbreitung rechtsextremer, populistischer, autoritär ethnozentrischer und rechtsextrem antidemokratischer Einstellungen sowie ihre Überschneidungen und wechselseitigen Anknüpfungspunkte untersucht. Schließlich werden deren Erklärungs- und Hemmungsfaktoren in den Blick genommen; in diesem Jahr werden dabei auch die Wahrnehmungen und Einstellungen der Thüringer:innen zu ihrer Arbeitswelt berücksichtigt (s. Kapitel III).

IV.2.1. Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen

Die Messung rechtsextremer Einstellungen im THÜRINGEN-MONITOR folgt – wie die meisten bundesweiten und regionalen Erhebungen dazu – der in der wissenschaftlichen Diskussion etablierten Konsensdefinition (vgl. u. a. TM 2001; Kreis 2007, 13; Decker et al. 2022, 33; Zick & Mokros 2023, 71). Danach ist Rechtsextremismus die Überzeugung von der unterschiedlichen Wertigkeit von Menschen in Abhängigkeit von zugeschriebenen Merkmalen, wie Nationalität, Hautfarbe oder ethnischer Herkunft, sowie ein auf diesen Ungleichwertigkeitsvorstellungen aufbauendes Gesellschaftsbild.

Die Konsensdefinition zählt antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen zum Rechtsextremismus. Im Hinblick auf politische Ordnungsvorstellungen ist der Rechtsextremismus gekennzeichnet durch eine Befürwortung diktatorischer Regierungsformen, die Verharmlosung des Nationalsozialismus und chauvinistischen Nationalismus. In den THÜRINGEN-MONITOREN der vergangenen zwei Jahrzehnte hat sich gezeigt, dass die chauvinistisch-nationalistischen und fremdenskeptischen Aussagen auf der einen Seite eng miteinander verbunden sind und auf der anderen Seite die sozialdarwinistischen, den Nationalsozialismus verharmlosenden, antisemitischen und diktaturbefürwortenden Aussagen (s. Best & Vogel 2022; Reiser et al. 2023). Dieser internen Struktur rechtsextremer Einstellungen wird im THÜRINGEN-MONITOR Rechnung getragen, indem neben dem Rechtsextremismus insgesamt die beiden ihn konstituierenden Facetten Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus getrennt ausgewiesen werden.²¹ Ethnozentrismus (vgl. Sumner, 1906) kennzeichnet die Bewertung von

²¹ Die Deutlichkeit dieser zweidimensionalen Struktur variiert allerdings im Zeitverlauf (s. Best & Vogel 2022).

Fremdgruppen unter ausschließlicher Bezugnahme auf die stets als normalen Beurteilungsmaßstab gesetzte Eigengruppe. Damit geht in der Regel einher, dass die Eigengruppe überhöht und die Fremdgruppen abgewertet werden (vgl. Heyder & Decker 2011, 237 f.). Neo-Nationalsozialismus kennzeichnet die affirmative Haltung zur NS-Diktatur in Deutschland zwischen 1933 und 1945 und zu ihren Ideologemen (Box IV.2.1).

Box IV.2.1: Die Methodik der Messung von (rechtsextremen) Einstellungen im Thüringen-Monitor

Im THÜRINGEN-MONITOR werden Einstellungen nie auf Basis einer einzelnen Antwort, sondern stets anhand der Antwortmuster auf eine Reihe von Aussagen gemessen. Diese Antworten werden nach statistisch-methodischen Kriterien zusammengefasst und daraufhin untersucht, ob sie tatsächlich die vermutete Einstellung messen. Für den Rechtsextremismus auf Basis der Konsensdefinition wird den Befragten eine Vielzahl von Aussagen – im THÜRINGEN-MONITOR sind dies zehn Aussagen – vorgelegt, die Ungleichwertigkeits- und Ordnungsvorstellungen zum Ausdruck bringen. Die Befragten können diesen jeweils auf einer vierstufigen Antwortskala zustimmen oder sie ablehnen (Tabelle 3). Je stärker die Befragten rechtsextrem eingestellt sind, desto eher werden sie diesen Aussagen zustimmen. Allerdings wird von der Zustimmung zu einer dieser Aussagen allein nicht bereits auf eine rechtsextreme Einstellung geschlossen. Das hat mehrere Gründe.

So ist die Zustimmung zu einzelnen Aussagen nicht allein durch eine langfristig stabile rechtsextreme Einstellung bedingt. Vielmehr kann sie auch kurzfristig wirkenden Einflüssen unterliegen, weil die Aussagen neben den rechtsextremen Einstellungen oft auch andere Aspekte, sogenannte Fremddimensionen, messen. Z. B. zeigte eine Expertise zum THÜRINGEN-MONITOR (Best & Salomo 2014, 57), dass die Haltung zur Frage nach dem harten Durchsetzen deutscher Interessen auch durch Aversionen gegenüber den Entscheidungsprozessen innerhalb der Europäischen Union beeinflusst wird.

Daneben sind die einzelnen Aussagen mit unterschiedlichen „Schwierigkeiten“ formuliert. Mit „Schwierigkeit“ ist im methodischen Sinne gemeint, dass einige der Aussagen – wie z. B. „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“ – eher hart formuliert sind und daher erst bei einer sehr stark ausgeprägten rechtsextremen Einstellung befürwortet werden. Andere hingegen sind eher weich formuliert und finden breitere Zustimmung, wie z. B. „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“

Unabhängig von der „Schwierigkeit“ im methodischen Sinne messen die zehn Aussagen zudem fünf unterschiedliche Facetten des Rechtsextremismus (Tabelle 3), die variierende Zustimmung in der Thüringer Bevölkerung finden. Das wird daran deutlich, dass die Zustimmung zu den Aussagen, die eine gemeinsame Facette des Rechtsextremismus messen, wie z. B. Fremdenfeindlichkeit, sehr viel deutlicher miteinander einhergehen als mit der Zustimmung zu Aussagen, die andere Facetten messen.

Weil also nicht jede Aussage auf dieselbe Weise Rechtsextremismus misst, variieren die Zustimmungsraten zu den einzelnen Aussagen in jedem THÜRINGEN-MONITOR deutlich (Tabelle 3). Zudem stimmt die übergroße Mehrheit der Thüringer:innen in der Regel maximal zwei der zehn Aussagen zu bzw. lehnt mindestens acht der Aussagen ab (z. B. Reiser et al. 2020, 72). Wäre die Zustimmung zu einzelnen Aussagen allein durch die rechtsextreme Einstellung bedingt, würden die Zustimmungswerte bei allen Aussagen annähernd gleich sein bzw. jeder Aussage würde ein fester Anteil der Befragten zustimmen.

Vor diesem Hintergrund werden die Befragten im THÜRINGEN-MONITOR – wie auch in vergleichbaren Studien zu rechtsextremen Einstellungen – nicht auf Basis einzelner Aussagen als rechtsextrem kategorisiert, sondern auf Basis ihrer Antwortmuster zu allen zehn Aussagen zur Messung des Rechtsextremismus. Denn, während die Wahrscheinlichkeit, dass Befragte ohne rechtsextreme Einstellung einer der insgesamt zehn Aussagen zustimmen hoch ist, ist sie schon niedriger, zwei oder mehr Aussagen zuzustimmen. Wenn keine rechtsextreme Einstellung vorliegt, ist die Wahrscheinlichkeit sehr gering, dass fünf oder sogar allen zehn Aussagen zugestimmt wird.

In früheren THÜRINGEN-MONITOREN und zwei ergänzenden Analysen (vgl. Best & Vogel, 2022 und Best & Salomo 2014, 17) wurde gezeigt, dass die Antwortmuster der Thüringer:innen nicht durch die fünf theoretischen Facetten des Rechtsextremismus gekennzeichnet sind. Die unterschiedlich hohen Zustimmungsraten zu den Aussagen und komplexere statistische Analyseverfahren (Faktorenanalysen) zeigen, dass in den vergangenen zwei Jahrzehnten stets die chauvinistisch-nationalistischen und fremdenfeindlichen Aussagen auf der einen Seite eng miteinander verbunden sind und auf der anderen Seite die sozialdarwinistischen, den Nationalsozialismus verharmlosenden, antisemitischen mit diktaturbefürwortenden Aussagen (ebd.). D. h., die Wahrscheinlichkeit,

dass Befragte, die z. B. einer fremdenfeindlichen Aussage zustimmen, auch einer chauvinistisch-nationalistischen Aussage zustimmen, ist höher als die Wahrscheinlichkeit, dass sie z. B. einer sozialdarwinistischen Aussage zustimmen.

Auch wenn die Deutlichkeit dieser zweidimensionalen Struktur im Zeitverlauf variiert, ist es notwendig, neben dem Rechtsextremismus insgesamt auch die beiden ihn konstituierenden Facetten Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus auszuweisen. Beide Dimensionen hängen aber in einem Ausmaß miteinander zusammen, das ihre Zusammenfassung zu einer Messung des Rechtsextremismus insgesamt rechtfertigt. Daher werden zunächst die ethnozentrischen und neo-nationalsozialistischen Aussagen zu zwei getrennten Mittelwertskalen zusammengefasst und anschließend darauf basierend der Gesamtwert der Befragten auf der Rechtsextremismuskala berechnet. Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus sind somit die zwei gleichgewichtigen Unterdimensionen des Rechtsextremismus. Als rechtsextrem gelten Befragte dann, wenn sie den Aussagen auf jeder der beiden Dimensionen durchschnittlich überwiegend zustimmen bzw. wenn sie im Durchschnitt mehr Aussagen befürworten als ablehnen. Befragte müssen also nicht allen in der Konsensdefinition erfassten Einstellungen zustimmen, um als rechtsextrem zu gelten. Vielmehr kann sich hinter der Zuordnung als rechtsextrem eine Bandbreite an heterogenen Einstellungsmustern verbergen, die jedoch gemeinsam haben, dass ihre Träger:in die zehn genannten Aussagen durchschnittlich befürworten. Seit 2014 werden dabei auch diejenigen einbezogen, die auf höchstens eine ethnozentrische und eine neo-nationalsozialistische Frage die Antwort verweigerten (vgl. Best & Salomo 2014, 25 ff.), weil die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen eng miteinander zusammenhängt.

Betrachtet man die einzelnen Aussagen zur Messung des Rechtsextremismus getrennt (Tabelle 3), zeigt sich mit Ausnahme der Zustimmung zur Überlegenheit Deutschlands eine markant gestiegene Unterstützung fremdenablehnender bis -feindlicher und national-chauvinistischer Aussagen. Die Unterstützung für die übrigen Aussagen ist im Vergleich zu 2022 stabil bzw. liegen die leichten Änderungen innerhalb der statistischen Fehlertoleranz. Nur die Unterstützung ethnisch homogener Heiraten und einer (rechten) Diktatur hat ein wenig an Zustimmung gewonnen.

Auch die Höhe der Zustimmung zu den einzelnen Aussagen folgt dem schon aus den Vorjahren bekannten Muster. So erhält die Aussage zum Durchsetzen deutscher Interessen die größte Unterstützung der Thüringer:innen. Danach folgen die beiden fremdenskeptischen bis -feindlichen Aussagen zur Überfremdung und Sozialstaatsausnutzung, die allerdings im Vergleich zu 2022 so erheblich an Zustimmung gewonnen haben, dass die Überfremdungsangst nun fast gleichauf liegt mit der am stärksten unterstützten Aussage zur Durchsetzung deutscher Interessen. Die Zustimmung zu allen übrigen Aussagen fällt mit deutlichem Abstand weiterhin geringer aus: keine von ihnen wird in 2023 von mehr als einem Fünftel der Befragten unterstützt. Das antisemitische Ressentiment bildet trotz des leichten Zustimmungsgewinns genau wie in den Vorjahren das Schlusslicht.

Damit haben die ethnozentrischen Aussagen zum Durchsetzen deutscher Interessen, zur Überfremdungsangst und Sozialstaatsausnutzung wieder das durchschnittliche Niveau der Jahre 2011 bis 2020 erreicht bzw. zum Teil sogar übertroffen, nachdem es während der Corona-Pandemie zurückgegangen war. Nur eine Überlegenheit deutscher Leistungen wird seltener als

vor der Corona-Pandemie wahrgenommen.²² Die Wahrnehmung einer gefährlichen Überfremdung Deutschlands erreicht im Jahr 2023 die bisherigen Höchstwerte der Jahre 2018 und 2005 von 58 bzw. 60 Prozent und auch beim Durchsetzen deutscher Interessen werden sie fast erreicht (2005 und 2017 mit je 64 Prozent). Die Mutmaßung einer Sozialstaatsausnutzung durch Ausländer:innen war hingegen bereits 2018 in ähnlichem Umfang verbreitet und fand 2004 und 2005 mit jeweils 57 Prozent sogar noch mehr Zustimmung. Die Zustimmung zu den neo-nationalsozialistischen Aussagen liegt hingegen weiterhin unter dem Niveau der Jahre 2011-2020. Dennoch setzt sich der im langfristigen Vergleich erkennbare Rückgang seit der Corona-Pandemie nicht weiter fort bzw. sind vereinzelt Anzeichen für einen sehr leichten Zustimmungsgewinn zu erkennen (Diktaturbefürwortung und Heiratsverhalten).

Die für die Einzelaussagen erkennbaren Entwicklungen im Vergleich zu 2023 zeigen sich auch für die rechtsextremen Einstellungen insgesamt. Mit 19 Prozent ist der Anteil an einstellungsmäßigem Rechtsextremismus in Thüringen im Vergleich zum Jahr 2022 gestiegen (vgl. Abb. 45). Der Anteil an rechtsextremen Einstellungen schließt damit im Jahr 2023 wieder an den langjährigen Durchschnittswert an, um den er seit Ende der 2000er Jahre schwankt, aber keinen langfristigen Anstieg oder Rückgang mehr erkennen lässt. Damit ist der während der Corona-Pandemie erkennbare Rückgang nunmehr endgültig als zeitlich begrenzt zu beurteilen.

Der Zuwachs seit 2021 ist ausschließlich auf den gestiegenen Ethnozentrismus zurückzuführen und setzt sich auch im Jahr 2023 fort; ethnozentrische Einstellungsmuster sind im Vergleich zu 2022 noch einmal deutlich um sechs Prozentpunkte auf 41 Prozent angestiegen. Neo-nationalsozialistische Einstellungsmuster sind hingegen nur noch bei drei Prozent der Thüringer:innen verbreitet, allerdings stagniert der langjährige Rückgang nun das dritte Jahr in Folge.

²² Hieran zeigt sich die Notwendigkeit und zugleich die Herausforderung langfristig stabiler Messinstrumente. Während das Durchsetzen deutscher Interessen in früheren Befragungen oft vor dem Hintergrund europäischer Entscheidungsprozesse beurteilt wurde (s. Box IV.2.1), dürfte seit 2022 zunehmend die Frage der deutschen Politik im russischen Angriffskrieg auf die Ukraine im Hintergrund stehen. Auch der im Vergleich zu den übrigen ethnozentrischen Aussagen ausbleibende Wiederanstieg der Zustimmung zur Überlegenheit deutscher Leistungen kann durchaus so verstanden werden, dass rechtsextreme Verschwörungserzählungen zum Bevölkerungsaustausch oder zur Ruinierung der deutschen Wirtschaft durch die Eliten (s. auch Box IV.2.3) dafür sorgen, dass gerade eine negative Beurteilung deutscher Leistungen zum Bestandteil rechtsextremer Einstellungen wird. Eine genaue Bestimmung dieser Assoziationsverschiebungen erforderte jedoch vertiefende Begleitforschung („Probing“) im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS, wie sie letztmalig 2014 durchgeführt wurde (Best & Salomo 2014).

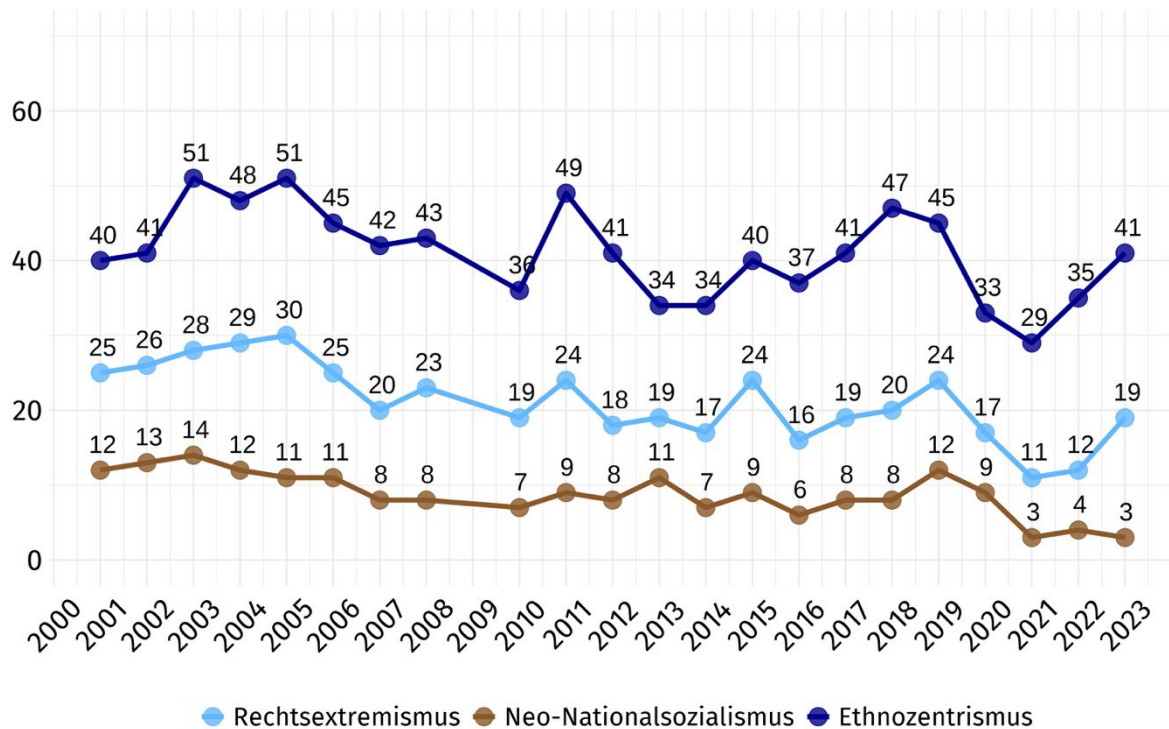
Diese Entwicklung in Thüringen entspricht auch jener in Deutschland insgesamt. In der jüngsten bundesweiten Erhebung zum Themengebiet Rechtsextremismus (Zick & Mokros 2023, 71) ist ein „manifest rechtsextremes Weltbild“²³ in den Jahren 2022/23 ebenso deutlich weiter verbreitet als in den Vorjahren, nachdem es zwischen 2014 und 2020/21 auf niedrigem Niveau stabil war.

Tabelle 3: Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen
(Zustimmung in Prozent)

		2023	2022	2021	2011-20	2001-10
Ethnozentrismus	Nationalismus und Chauvinismus					
	„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	61	56	48	59	59
	„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	18	20	18	31	33
	Fremdenablehnung bis -feindlichkeit					
	„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	59	47	42	51	53
	„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	50	41	37	43	50
Neo-Nationalsozialismus	„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“ (Rassismus)	13	10	9	20	22
	Sozialdarwinismus					
	„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	20	17	22	26	30
	„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	15	16	17	20	23
	Verharmlosung des Nationalsozialismus					
	„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	13	11	11	19	19
	Antisemitismus					
	„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	5	6	4	11	12
	Unterstützung einer rechten Diktatur					
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	13	10	13	16	17	

²³ Diese Messung von Rechtsextremismus schließt ebenso an die Konsensdefinition an, verwendet aber für jede der sechs auch im THÜRINGEN-MONITOR untersuchten Dimensionen jeweils drei Items mit jeweils einer fünfstufigen Antwortskala. Als manifest rechtsextrem gelten dann Personen, die diesen achtzehn Aussagen im Durchschnitt zustimmen (Zick et al. 2023, 61 f.).

Abb. 45: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001–2023
(Angaben in Prozent)



IV.2.2. Populismus, autoritärer Ethnozentrimismus und rechtsextreme Demokratieablehnung

Der THÜRINGEN-MONITOR steht, wie jede Langzeitmessung, vor der Herausforderung, dass zeitliche Vergleiche konstante Messinstrumente erfordern, aber gleichzeitig Veränderungen in den untersuchten Einstellungsmustern auftreten können, die eine Anpassung der Messinstrumente notwendig machen. Daher wird im THÜRINGEN-MONITOR regelmäßig geprüft, ob das Messinstrument für Rechtsextremismus auch jüngere Entwicklungen des „Rechtsaußenspektrums“ (Häusler & Küpper 2019, 147) erfasst. Damit kann zugleich der Frage nachgegangen werden, inwiefern es sich bei rechtsextremen, (rechts-)populistischen und neurechten Einstellungen um getrennte oder sich überschneidende Einstellungsmuster handelt.

Populismus umfasst die antipluralistische Vorstellung eines einheitlichen Volkswillens (Anti-Pluralismus), der gegen die korrupten Eliten (Anti-Elitismus und Manichäismus) und gegen liberale Gewaltenbeschränkungen, wie z. B. Minderheitenrechte, durchgesetzt werden muss (Anti-Institutionalismus und direkte Demokratie). *Rechtspopulismus* wird in Deutschland oft als strategisch gemäßigte Form des Rechtsextremismus verstanden, der zusätzlich durch Autoritarismus und eine ambivalente Haltung zu Gewalt und Demokratie gekennzeichnet ist (Box IV.2.2).

Box IV.2.2: Populismus oder Rechtspopulismus?

Populismus gilt als ein Einstellungsmuster, das nach manchen Auffassungen eigenständig und nur in bestimmten Kontexten mit rechtsextremer Ideologie verbunden ist. Andere verorten es konzeptionell auf dem Rechtsaußenspektrum. Nach der ersten Auffassung gilt Populismus als Kritik und Gegenentwurf zur liberalen Demokratie (z. B. Akkerman et al. 2014; Inglehart & Norris 2019; Manow 2018; Vehrkamp & Merkel 2020). Populismus kennzeichnet die Vorstellung eines Konflikts zwischen einer homogenen Elite und einer homogenen Bevölkerung (vgl. Mudde & Kaltwasser 2012; Taggart 2002). Der Populismus betont die Volkssouveränität und sieht die Bevölkerung als homogen mit einem einheitlichen Interesse, das mittels des „gesunden Menschenverstands“ erkennbar und daher durch direkte Demokratie am besten umzusetzen sei. Die Eliten seien gleichfalls homogen, denn sie teilten das Interesse des Machterhalts und der Aufrechterhaltung der liberalen Institutionen, denen sie ihre Position verdanken. Diese korrupte Elite handele deshalb gegen das homogene Volksinteresse. Populist:innen sehen sich folglich dadurch legitimiert, den homogenen Volkswillen (Anti-Pluralismus) gegen die etablierten Eliten (Anti-Elitismus) und gegen die Institutionen der liberalen Demokratie (Anti-Institutionalismus) zu realisieren.

Weil die Eliten als prinzipiell korrupt wahrgenommen werden, tendiert der Populismus zu einem Schwarz-Weiß-Weltbild (Manichäismus), demzufolge eine politische Lösung des Konflikts zwischen Eliten und Volk nicht möglich ist. Folge dessen ist eine Moralisierung von Politik, die Kompromisse erschwert. Populist:innen weisen in der Regel eine Kategorisierung als rechtsextrem zurück, weil gerade sie die Abschaffung der Demokratie durch eine Diktatur der Eliten verhindern möchten, die direkte Demokratie befürworten und die (eigene) Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele ablehnen. Die grundsätzliche Haltung zur Demokratie und zur Gewaltbereitschaft bzw. -billigung bilden daher – zumindest in der Selbstwahrnehmung der Populist:innen – Unterscheidungskriterien von Rechtsextremismus und Populismus.

Im Kontrast dazu wird Rechtspopulismus als der strategische Versuch verstanden, rechtsextreme Ideologieelemente in gemäßiger Form zu artikulieren. Ziel ist es, damit an in der Bevölkerung verbreitete Kritik und Skepsis gegenüber Gruppen (wie z. B. Geflüchtete) und gegenüber der Demokratie und ihren Eliten anzuknüpfen, um damit politische Unterstützung zu gewinnen (z. B. Decker 2018; Küpper et al. 2021 51 ff.; tlw. Brettschneider 2023). Rechtspopulismus ist danach eine Ausprägung des Rechtsextremismus, weil die dem Anti-Pluralismus zugrundeliegende Vorstellung einer homogenen Bevölkerung die Abwertung und Ausgrenzung von Minderheiten und Fremden fördere. Weiterhin wird Rechtspopulismus in dieser Lesart durch ausgeprägten Autoritarismus definiert, der sich in einer Bereitschaft und Forderung zu Gehorsam, zu Konformismus und zur Bestrafung von Abweichler:innen äußert. Auch ist er durch ein ambivalentes Verhältnis zur Gewalt gekennzeichnet: Zwar wird Gewaltbereitschaft ausdrücklich abgelehnt, aber Gewalt zur Herstellung von Konformität durchaus gebilligt. (Rechts-)Populismus wird auch nicht als radikaldemokratische Kritik an der bestehenden Form der Demokratie verstanden, sondern als antidemokratische Überzeugung (ebd.).

Analog zur Rechtsextremismusskala (s. Box IV.2.1) wurden den Befragten im THÜRINGEN-MONITOR aus den ideologischen Bestandteilen des Populismus abgeleitete Aussagen zur Beurteilung vorgelegt, die auch in deutschlandweiten und international vergleichenden Studien verwendet werden (s. Box IV.2.2). Der populistische Anti-Elitismus kommt in den ersten beiden Aussagen in Tabelle 4 zum Ausdruck. Der drastischsten Aussage, dass die Eliten *gegen* die Interessen der Bevölkerung handeln, stimmen wie auch 2022 fast zwei Drittel der Thüringer:innen zu. Auch die Annahme, dass Politiker:innen ihre parteiübergreifend geteilten Interessen verfolgten, findet mit 85 Prozent die Zustimmung einer deutlichen Mehrheit, die zudem seit 2022 etwas größer geworden ist.

Der Anti-Institutionalismus wurde im THÜRINGEN-MONITOR 2023 erstmals mit der Ablehnung der Aussage gemessen, dass das Parlament am besten zur Gesetzgebung geeignet ist. Die Ablehnung dieser Aussage ist mit 23 Prozent jedoch im Vergleich zu den übrigen populistischen Aussagen am geringsten ausgeprägt.

Im Vergleich dazu findet die anti-pluralistische Aussage, dass es im Grunde ein einheitliches Kollektivinteresse der Bevölkerung gäbe, mit 40 Prozent der Thüringer:innen deutlich mehr Zustimmung. Sie liegt damit jedoch unter dem Niveau der anti-elitären Aussagen und fällt nach Abzug der statistischen Fehlertoleranz ähnlich hoch aus wie im Jahr 2022.

Die Befürwortung der direkten Demokratie als (alleinigem) Ausdruck der Volkssouveränität fällt mit etwa drei Viertel der Thüringer:innen weiterhin sehr hoch aus, verbleibt aber nach Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz auf dem Niveau des Jahres 2022.

An Zustimmung gewonnen hat aber die manichäische Weltsicht des Populismus, nach der aufgrund des homogenen Volksinteresses und der unaufhebbaren Feindschaft zwischen den Eliten und Volk Kompromisse nur Ausdruck unmoralischen Verrats statt politischer Vernunft sind. 2023 sind die Thüringer:innen erstmals unentschieden in ihrer kollektiven Haltung zu politischen Kompromissen, die eine Hälfte lehnt sie ab, die andere befürwortet sie.

Schließlich ist, nach einem leichten Rückgang im Jahr 2022, die Unterstützung für die Demokratie als beste Staatsform wieder auf dem hohen Niveau von 2021 (vgl. dazu ausführlich Kapitel IV.1).²⁴

²⁴ Die Einstellung zur Gewalt wurde im THÜRINGEN-MONITOR 2023 im Gegensatz zu den Vorjahren nicht erhoben.

Tabelle 4: Messung populistischer, neurechter und rechtsextremer Einstellungen
(Zustimmung in Prozent und gruppierte Ladungen einer Faktorenanalyse)

	Theoretische Konzepte	2023	2022	2021	2020	2019	Empirische Faktoren 2023		
							I	II	III
(Rechts-)Populismus									
Die Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung.	Anti-Elitismus	65	64	52	55		+++		
Die Politiker sind sich immer einig, wenn es darum geht, ihre Privilegien zu schützen.		85	81	78			+++		
Das Parlament ist die am besten geeignete Institution zur Gesetzgebung (-)	Anti-Institutionalismus	77					--		--
Die Bürger in Deutschland sind sich im Prinzip einig darüber, was politisch passieren muss.	Anti-Pluralismus	40	37					+++	
Das Volk, und nicht die Politiker, sollte die wichtigsten Entscheidungen treffen.	Direkte Demokratie	78	76	65			+++		
Was in der Politik Kompromiss genannt wird, ist in Wirklichkeit nur ein Verrat von Prinzipien.	Manichäismus	49	44	38			+++		
Demokratie ist die beste aller Staatsideen (-)	Idee Demokr.	88	84	89	87	90			---
Neurechte Einstellungen									
Heutzutage kann man seine Meinung nicht frei äußern, weil man sonst Nachteile haben könnte.	Meinungsdiktatur	54	45	45	46	49	+++		+
Die herrschenden Eliten verfolgen das Ziel, das deutsche Volk durch Einwanderer auszutauschen.	Neurechte Positionen	20	18	14			+	+	++
Es ist Zeit, Widerstand gg. die aktuelle Politik zu leisten.		65	61	37	36		+++		
In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.	Autoritarismus	60	64	60	64	64	+	+++	
Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.		45	46	45	52	61		+++	
Rechtsextremismus (Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus)									
Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	Ethnozentrismus	s.o.					+++	+++	
Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.								+++	
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.							+++	++	
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.							++	+	+
Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.	Neo-Nationalsozialismus	s.o.						+++	
Es gibt wertvolles und unwertes Leben.								+	++
Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.								+++	
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.									+++
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.								+	++
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.				+++					

Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation, KMO 0.92, Extraktion der Faktorenanzahl mittels Screeplot und auf Basis des Kaiser-Kriteriums. Die Faktorladungen werden der Übersicht halber kategorisiert berichtet. Faktorladungen mit einem Betrag kleiner als 0.3 werden nicht berichtet, sonst wie folgt: +/- >0.3, +/- >0.4, +++/--- >0.5.

Neurechte Einstellungen bilden einen eigenständigen Bestandteil des „Rechtsaußenspektrums“ (Häusler & Küpper 2019, 147). Dazu zählen gegenwärtig vor allem die Vorstellung eines „Meinungsdiktats“, Verschwörungserzählungen (wie die vom „Bevölkerungsaustausch“), Aufruf zum Widerstand gegen „die Politik“ und schließlich ein autoritäres Einstellungsmuster.²⁵

Box IV.2.3: Neurechte Einstellungen

Neurechte Einstellungen sind ebenfalls ein Bestandteil des „Rechtsaußenspektrums“. Dieses Einstellungsmuster ist insbesondere durch Verschwörungserzählungen wie die vom Bevölkerungsaustausch, die Vorstellung einer Beschränkung des Meinungsdiktats sowie den Aufruf zum Widerstand gegen „die Politik“ und ein autoritäres Einstellungsmuster gekennzeichnet. Ideologische Überschneidungen zu Rechtsextremismus und -populismus bestehen, da auch hier die Vorstellung eines homogenen Volkes die Grundlage bildet (für detaillierte Ausführungen zu neurechten Ideologien s. Häusler & Küpper 2021). Nach völkischen Konzepten ist es eine natürliche Ordnung, dass das Kollektivinteresse einer Gemeinschaft aus der geteilten Herkunft erwächst. Der Schutz dieser Gemeinschaft gegenüber inneren und äußeren Bedrohungen stellt eine moralische Verpflichtung der Mitglieder dieser Gemeinschaft dar. Auf dieser Grundlage erwächst, wie im Populismus, ein Misstrauen gegenüber den etablierten Eliten und ihren Institutionen, denen als Ziel die Zerstörung der natürlichen Gemeinschaften und ihre Umbildung zu multikulturellen Gesellschaften unterstellt wird (ebd.). Der Begriff der Eliten dient dabei der Homogenisierung pluraler und konkurrierender Entscheidungsträger:innen und Meinungsbildner:innen in Politik, Wissenschaft und Medien.

Diese Vermutungen drücken sich oft in Verschwörungsnarrativen aus. Die Eliten beschränkten die Meinungsfreiheit und strebten danach, die Demokratie abzuschaffen. Unter Demokratie wird dabei ausschließlich die Umsetzung des vermeintlich einheitlichen Volkswillens verstanden. Elemente wie universale Grundrechte, Kompromissbildung und institutionalisierte Gewaltenteilung spielen keine Rolle. Immigration sei durch die Eliten gesteuert, um die Bevölkerung in Deutschland auszutauschen. „Der“ Feminismus diene dazu, die natürliche Ordnung der Familie als Reproduktionsgrundlage der Gemeinschaft zu zerstören. Die Thematisierung des Nationalsozialismus und des Holocaust sei vorrangig ein Mittel, um die völkische Gemeinschaft der Deutschen durch die Betonung kollektiver Schuld verächtlich zu machen. Aus der derart wahrgenommenen Bedrohung der Gemeinschaft und der moralischen Verpflichtung zu ihrem Schutz entsteht Wut gegenüber etablierten Eliten und Institutionen, die sich in der Aufforderung zum dagegen gerichteten Widerstand zeigt. In ambivalenter Weise gehen mit dieser Forderung nach Widerstand zwei autoritäre Wünsche einher: nach Unterordnung unter den die völkische Gemeinschaft wahrhaft vertretenden Personen und nach Konformität mit ihrer vermeintlich natürlichen Ordnung, wie z. B. einer traditionellen Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern.

Mit einer Ausnahme ist die Zustimmung zu den neurechten Einstellungen seit 2022 weitgehend unverändert. Diese markante Ausnahme ist die wahrgenommene *de facto* Einschränkung der Meinungsfreiheit, die sich in den Augen der Thüringer:innen daraus ergibt, dass bestimmte Meinungsäußerungen mit Nachteilen verbunden sind. Diese Einschränkung nimmt nunmehr eine Mehrheit von 54 Prozent der Thüringer Bevölkerung wahr, was einen Anstieg von neun Prozentpunkten im Vergleich zu 2022 bedeutet. Auf deutlich geringerem Niveau ist die Vermutung eines beabsichtigten Austauschs des Volkes durch die Eliten mit 18 Prozent ähnlich weit verbreitet wie noch im Jahr 2022. Nach Abzug der statistischen Fehlertoleranz wird die Aussage, dass es „Zeit für Widerstand gegen die aktuelle Politik“ ebenso wie im Vorjahr von rund zwei Drittel der Thüringer:innen unterstützt, die Zustimmung dazu hatte allerdings bereits seit 2021 massiv zugenommen (vgl. Reiser et al. 2023). Beim Autoritarismus findet die Komponente der Unterwerfung („starke Hand“) mit 60 Prozent etwas weniger Zustimmung als noch

²⁵ Der 2021 und 2022 untersuchte Antifeminismus wurde im THÜRINGEN-MONITOR 2023 nicht erhoben.

2022 und erreicht damit unter Berücksichtigung der Fehlertoleranz das Niveau von 2021. Der autoritäre Gehorsam findet hingegen mit 45 Prozent ebenso viel Zustimmung wie 2022, womit sein stetiger Rückgang seit 2019 zum zweiten Mal in Folge unterbrochen ist.

Analog zur Rechtsextremismusskala (s. Box IV.2.1) wird die Zustimmung zu den genannten rechtsextremen und als neurechts oder populistisch bezeichneten Aussagen nun daraufhin geprüft, in welchem Maße sie miteinander zusammenhängen. Sind die drei Einstellungsmuster klar voneinander zu trennen, müssten die jeweils dazugehörigen Aussagen untereinander eng zusammenhängen und gleichzeitig weniger stark mit den übrigen Aussagen. Aussagen, die eng miteinander zusammenhängen, bilden statistisch einen Faktor, der als Messung einer latenten Einstellung verstanden werden kann und dessen inhaltliche Bedeutung an den Aussagen deutlich wird, die mit ihm am stärksten in Zusammenhang stehen (Tabelle 4).²⁶

Wie bereits in den beiden Vorjahren und früheren Analysen (Best & Vogel 2022) lassen sich drei Faktoren (I-III) erkennen (Tabelle 4), die allerdings keine Einteilung in Populismus oder Rechtspopulismus, neurechte Einstellungen und Rechtsextremismus zulassen. Vielmehr finden wir populistische, vor allem anti-elitäre Einstellungen mit ethnozentrischen Einfärbungen, einen autoritären Ethnozentrismus und eine rechtsextreme Demokratieablehnung.

Dem „Populismusfaktor“ (Faktor I) lassen sich eindeutig fast alle populistischen Aussagen zuordnen, mit Ausnahme des einheitlichen Volksinteresses und des Anti-Institutionalismus. Zusätzlich zählen dazu die Wahrnehmung eines Meinungsdictats und die Aufforderung zum Widerstand gegen die Politik. Im Unterschied zum THÜRINGEN-MONITOR 2022 lassen sich auch die ethnozentrischen Aussagen zur Überfremdung und Sozialstaatsausnutzung eindeutig dem Populismusfaktor zuordnen.

Davon zu unterscheiden sind die Aussagen, die eindeutig zu Faktor II, dem autoritären Ethnozentrismus, verbunden werden können. Dazu zählen die Vorstellung eines einheitlichen Volksinteresses, der Autoritarismus und drei der zehn Aussagen zur Messung von Rechtsextremismus im THÜRINGEN-MONITOR (Überlegenheit deutscher Leistungen, ethnisch homogenes Heiraten und die sozialdarwinistische Affirmation des Rechts des Stärkeren).

Die übrigen, neo-nationalsozialistischen Aussagen zum historischen Nationalsozialismus, die Befürwortung einer nationalen Diktatur, der Antisemitismus und die sozialdarwinistische Vorstellung unwerten Lebens können hingegen zu Faktor III zusammengefasst werden, der zusätz-

²⁶ Die Stärke des Zusammenhangs zwischen einer Aussage und einem Faktor wird durch die sogenannten Faktorladungen in den letzten drei Spalten von Abb. Tabelle 4 angegeben. Eine Faktorladung von 0 bedeutet keinen Zusammenhang mit dem jeweiligen Faktor, eine Faktorladung von +/- 1 bedeutet, dass die Zustimmung zu der jeweiligen Aussage exakt im selben Ausmaß ansteigt (sinkt), je mehr die Zustimmung zu den übrigen Aussagen ansteigt (sinkt). In der Praxis werden nur Faktorladungen mit einem Betrag größer als 0.3 berücksichtigt. Für die Identifikation der Faktoren ist es wichtig, dass jede Aussage möglichst nur auf einem Faktor zugeordnet werden kann, d. h., dass sie nur eine sehr hohe Faktorladung besitzt. Nebenladungen auf andere Faktoren treten immer wieder auf. Sind sie ähnlich hoch wie Hauptladungen, können Aussagen mehreren Faktoren zugeordnet werden.

lich die Vorstellung eines durch die Eliten angestrebten Bevölkerungsaustauschs sowie die Ablehnung der Demokratie als bester Staatsidee umfasst. Faktor III, die rechtsextreme Demokratieablehnung, verbindet also die rechtsextrem motivierte Ablehnung der liberalen Demokratie mit einer neurechten Aussage. Im Unterschied zu 2022 zählen dazu aber auch antisemitische und sozialdarwinistische Vorstellungen, sodass auch die Gleichwertigkeit und Gleichheit der Bürger:innen als normative Grundlage der Demokratie abgelehnt wird. Damit entspricht Faktor III in diesem Jahr weitgehend der neo-nationalsozialistischen Einstellung, wie sie im klassischen Messinstrument für den Rechtsextremismus identifiziert wird (s. Kapitel IV.2.1).

Die übrigen Aussagen lassen sich nicht allein einem Faktor zuordnen und geben daher Auskunft über inhaltliche Querverbindungen und Überschneidungen zwischen den durch die Faktoren gemessenen Einstellungen.

So ist zwar der Populismus (Faktor I) vom autoritären Ethnozentrismus (Faktor II) zu trennen, jedoch bestehen Überschneidungen im Hinblick auf das energische Durchsetzen deutscher Interessen, die Wahrnehmung einer Überfremdung und Sozialstaatsausnutzung durch Ausländer:innen und, in geringerem Maße, bei der Vorstellung eines Volksaustausches und der autoritären Sehnsucht nach einer starken Hand.

Der einstellungsmäßige Populismus in Thüringen besitzt also Querbezüge zu ethnozentrischen und neurechten Positionen. Allerdings sind die fremdenablehnenden bis -feindlichen Aussagen zur Überfremdung und Ausnutzung Deutschlands im Jahr 2023 deutlicher als 2022 Bestandteil des einstellungsmäßigen Populismus statt des autoritären Ethnozentrismus. Schließlich basiert der einstellungsmäßige Populismus in Thüringen entgegen den theoretischen Annahmen nicht auf Homogenitätsvorstellungen über die Bevölkerung oder einem klarem Anti-Institutionalismus.

Der autoritäre Ethnozentrismus (II) besitzt Querverbindungen zur rechtsextremen Demokratieablehnung (III) im Hinblick auf die Vorstellung eines beabsichtigten Volksaustausches sowie zu dessen antisemitischen und sozialdarwinistischen Aussagen, nicht aber zu dessen politischen Ordnungsvorstellungen.

Schließlich bestehen Überschneidungen zwischen Faktor III, der rechtsextremen Demokratieablehnung, und dem Populismus (Faktor I) über den Anti-Institutionalismus, die Vorstellung eingeschränkter Meinungsfreiheit und eines durch die Eliten angestrebten Bevölkerungsaustauschs sowie der Annahme einer Sozialstaatsausnutzung durch Ausländer:innen.

(Autoritärer) Ethnozentrismus und rechtsextreme Demokratieablehnung sind damit im Vergleich zu 2022 wieder stärker unterschieden, weil die sozialdarwinistischen und antisemitischen Ideologeme wieder schwächer mit dem autoritären Ethnozentrismus verbunden sind.²⁷ Dieser Befund ist darauf zurückzuführen, dass die Zustimmung zu ethnozentrischen Aussagen

²⁷ Damit entsprechend diese beiden Faktoren im Grunde den bereits mit dem klassischen Messinstrument des Rechtsextremismus unterschiedenen Dimensionen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus.

im Jahr 2023 deutlich gestiegen ist, nicht aber die Zustimmung zu den neo-nationalsozialistischen Aussagen. Der Ethnozentrismus der Thüringer:innen muss also unterschieden werden in einen durch neo-nationalsozialistische Ideologeme geprägten Teil und einen Teil, der nicht davon geprägt ist. Je kleiner der Anteil an Ethnozentrist:innen im THÜRINGEN-MONITOR ausfällt, umso größer ist der Anteil derer, die durch neo-nationalsozialistische Ideologeme motiviert oder bestärkt sind und umso unschärfer die Unterscheidung zwischen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus (s. auch Best & Vogel 2022).²⁸

Ein im engeren Sinne neurechtes Einstellungsmuster kann erneut nicht identifiziert werden, denn eingeschränkte Meinungsfreiheit und die Notwendigkeit zum Widerstand sind Bestandteile des einstellungsmäßigen Populismus, während autoritäre Ansichten dem Ethnozentrismus und die Unterstellung eines Volksaustauschs der rechtsextremen Demokratieablehnung zugeordnet werden können.

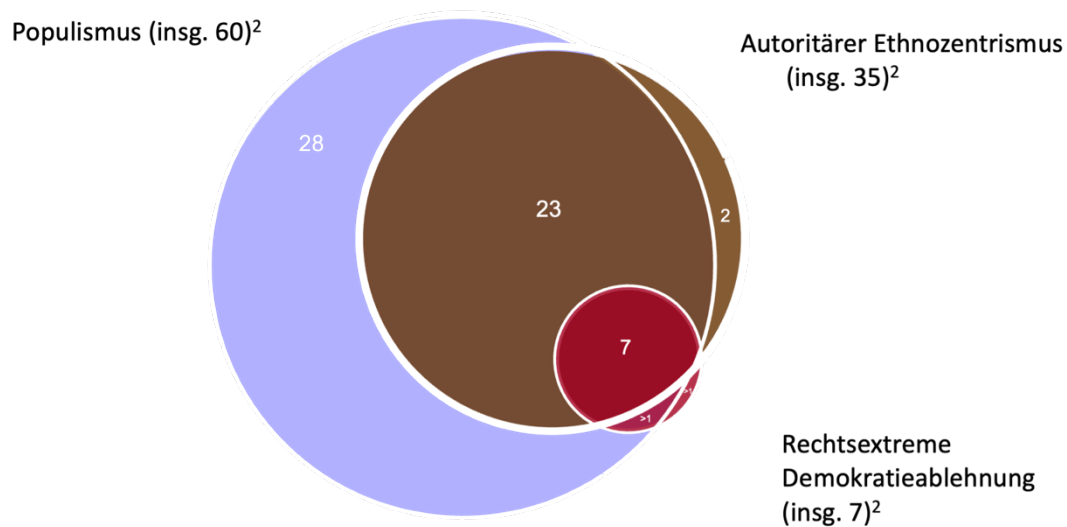
Im Gegensatz zu 2022, aber im Einklang mit den Ergebnissen aus dem Jahr 2021, steht die Bewertung der Demokratie als bester Staatsidee erneut nur in einem negativen Zusammenhang mit der rechtsextremen Demokratieablehnung von Faktor III. Damit können der einstellungsmäßige Populismus und der autoritäre Ethnozentrismus mit ablehnenden und befürwortenden Bewertungen der Demokratie einhergehen und sind nicht zwingend mit deren negativer Bewertung verbunden.

Wie stellt sich nun die Verteilung dieser drei Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung dar? Um diese Frage zu beantworten, werden die Aussagen, die am stärksten miteinander verbunden sind und daher zu je einem Faktor gehören, zu drei Skalen zusammengefasst. In Anlehnung an die methodischen Kriterien für die Erstellung der Rechtsextremismusskala (s. Box IV.2.1) werden Befragte, die den zu einem Faktor gehörenden Aussagen im Durchschnitt zustimmen, in die drei Gruppen Populist:innen, autoritäre Ethnozentrist:innen und rechtsextreme Antidemokraten:innen eingeordnet.²⁹

²⁸ In Jahren der stärkeren Unterscheidung (=größere Anteile Ethnozentrist:innen) sind die ethnozentrischen Vorstellungen stärker von den neo-nationalsozialistischen Ideologemen getrennt, daher sprechen wir dann von (autoritärem) Ethnozentrismus. In Jahren der schwächeren Differenzierung (=geringere Anteile) sprechen wir vom rechtsextrem-autoritärem Ethnozentrismus.

²⁹ Die zwischen den Faktoren bestehenden Querverbindungen werden bei der Erstellung der Skalen berücksichtigt und zeigen sich anschließend in der Überschneidung zwischen den drei Gruppen. Konkret wurden die Aussagen zu einer Mittelwertskala zusammengefasst, die auf einen gemeinsamen Faktor mit mindestens der Faktorladung (Betrag) 0.4 laden. Laden Aussagen auf mehrere Faktoren mit mindestens diesem Betrag, werden sie für alle diese Skalen berücksichtigt. Auch wurden Befragte berücksichtigt, die bei einer Aussage pro Skala eine fehlende Antwort aufweisen.

Abb. 46: Populistische und rechtsextreme Einstellungen in Thüringen
(2023, in Prozent aller Befragten)¹



¹Lesehilfe: 60 Prozent aller Thüringer:innen teilen populistische Einstellungen. 28 Prozent aller Thüringer:innen teilen nur populistische Einstellungen, 23 Prozent teilen populistische und autoritär ethnozentristische Einstellungen etc.

²Rundungsbedingt addieren sich die Anteilswerte für die Untergruppen nicht exakt auf die Gruppenanteile insgesamt.

60 Prozent der Thüringer:innen sind als populistisch in dem oben beschriebenen Sinne zu bezeichnen (Tabelle 4). Rund 47 Prozent dieser Populist:innen – das entspricht 28 Prozent aller Thüringer:innen – teilen weder einen autoritären Ethnozentrismus noch die rechtsextrem motivierte Demokratieablehnung. Bei 40 Prozent der Populist:innen – das entspricht 23 Prozent der Thüringer:innen – sind populistische Einstellungen mit autoritärem Ethnozentrismus verknüpft. Weitere zwölf Prozent der Populist:innen – das entspricht sieben Prozent aller Thüringer:innen – lehnen zusätzlich die Demokratie aus rechtsextremen Motiven heraus ab. Damit teilt eine knappe Mehrheit der populistischen Thüringer:innen zugleich mindestens eines der beiden rechtsextremen Einstellungsmuster, sodass der einstellungsmäßige Populismus in Thüringen 2023 als (Rechts-)Populismus zu beschreiben ist.

Ein Vergleich dieser Verteilung zum THÜRINGEN-MONITOR 2022 ist aufgrund des veränderten Fragenkatalogs und der geänderten Zusammensetzung der Faktoren nur sehr eingeschränkt möglich. Trotz dieser Vorbehalte ist die Tendenz erkennbar, dass der Anteil an Populist:innen in Thüringen sich kaum verändert hat. Die Populist:innen sind dabei jedoch stärker als im Jahr 2022 durch autoritären Ethnozentrismus gekennzeichnet. Diese fremdenablehnenden bzw. fremdenfeindlichen Einstellungen sind allerdings im Unterschied zum Jahr 2022 weniger durch die neo-nationalsozialistische Ideologie geprägt.

IV.2.3. Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus und (Rechts-)Populismus

Eine zentrale Aufgabe des THÜRINGEN-MONITORS ist es, die Erklärungsfaktoren für rechtsextreme und (rechts-)populistische Einstellungen zu untersuchen. Neben den im THÜRINGEN-MONITOR regelmäßig untersuchten Erklärungsfaktoren werden in diesem Jahr auch die im Schwerpunktthema behandelten Aspekte Digitalisierung, Fachkräftezuwanderung und betriebliche Mitbestimmung (s. Kap. III) in die Analyse einbezogen. So können sich die Wahrnehmungen und Einschätzungen der Transformation der Arbeitswelt auf populistische und rechtsextreme Einstellungen auswirken.

Zur Erklärung rechtsextremer und populistischer Einstellungen wird oft auf die **Modernisierungsverlierer:innenthese** zurückgegriffen (Rydgren 2007; Ivarsflaten 2005). Danach verschärfen die Transformationen der Arbeitswelt, wie Digitalisierung und Globalisierung, insbesondere für Personen mit geringen sozioökonomischen Ressourcen³⁰ den Konkurrenzdruck und wirtschaftliche Ungewissheit, weil sie deren üblicherweise im nationalstaatlichen Rahmen erworbenen Kompetenzen entwerten. Die Globalisierung kann in Gestalt verstärkter **Fachkräftezuwanderung** als Konkurrenz um Arbeitsplätze wahrgenommen werden. Rechtsextreme und rechtspopulistische Einstellungen können dann Reaktionen darauf sein, um diese Bedrohung durch Migrationsbeschränkungen oder durch die Etablierung einer Vorzugsstellung von Etablierten gegenüber Zugewanderten abzumildern.

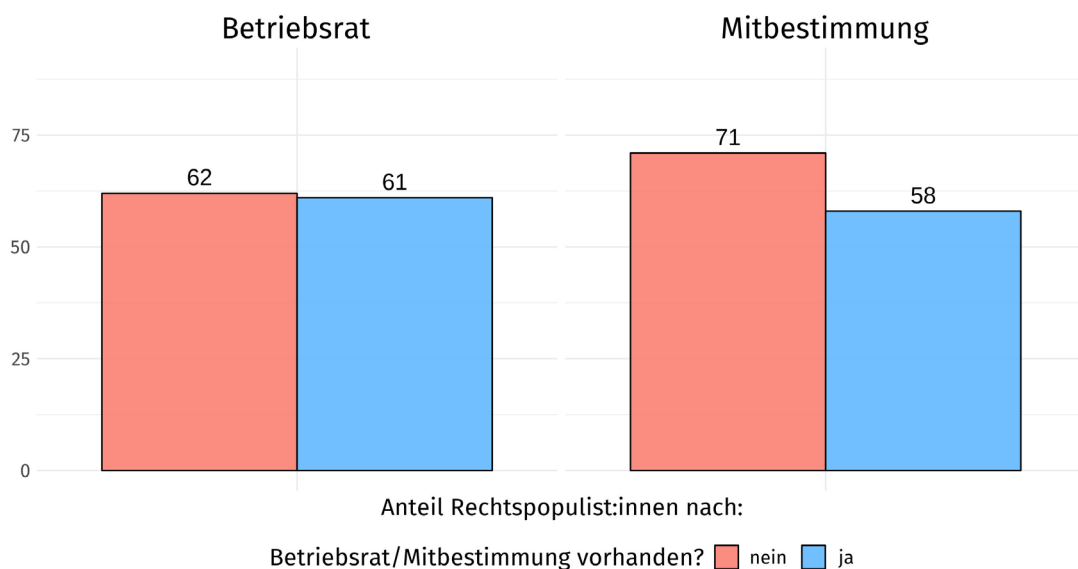
Digitalisierung kann ebenso als eine bedrohliche Entwertung eigener Kompetenzen wahrgenommen werden, die allerdings nicht nur Personen mit geringem Qualifikationsniveau betrifft, sondern auch Tätigkeiten verändert bzw. obsolet machen kann, die anspruchsvolle Qualifikationen voraussetzen. Damit kann **Digitalisierung** einen tatsächlichen oder mutmaßlichen Statusverlust bewirken. Die Wahrnehmung eines bedrohten Status oder eines negativ ausfallenden Vergleichs gegenüber anderen Gruppen, z. B. Personen, die von Digitalisierung oder Globalisierung profitieren, wird im THÜRINGEN-MONITOR und verwandter Forschung als **Deprivationserfahrung** angesehen (Walker & Pettigrew 1984). Deprivationserfahrungen, z. B. durch Angst vor Entwertung der eigenen Arbeit durch Digitalisierung, können rechtsextreme und populistische Einstellungen aus zwei Gründen verstärken: sie rufen Feindseligkeit gegenüber den als privilegiert empfundenen Gruppen hervor oder sie begünstigen die Abwertung dritter Gruppen, weil diese Abwertung das eigene Selbstwertgefühl aufrechterhält (Klein et al. 2008). Der den Deprivationserfahrungen zu Grunde liegende Vergleich bezieht sich auf unterschiedliche Referenzpunkte. Individuelle Deprivation erfasst die Frage, ob man im Vergleich zu anderen das Gefühl hat, den gerechten Anteil (bzw. mehr) an der Gesellschaft zu erhalten oder ob man weniger erhält. Die Statusverlustangst basiert hingegen auf einem negativ ausfallenden

³⁰ Die sozioökonomische Ressourcenausstattung wird mittels des Bildungsgrads, des Erwerbs- und Berufsstatus (arbeitslos oder prekär beschäftigt bzw. (Fach-)Arbeiter:in)) sowie des Haushaltseinkommens gemessen. Zusätzlich werden sozialstrukturelle Einflussfaktoren, wie Geschlecht und Alter, berücksichtigt.

Vergleich zwischen der gegenwärtigen individuellen Situation und der erwarteten Zukunft (Reidersdorff & Guimond 2006).³¹ Kollektive Deprivation wird durch die Wahrnehmung der Benachteiligung einer für die eigene Identität zentralen Gruppe ausgelöst. Der THÜRINGEN-MONITOR nimmt dabei vor allem die Wahrnehmung einer Benachteiligung der Ostdeutschen als Gruppe in den Blick (kollektive „Ostdeprivation“)³² und die individuelle Erfahrung, als Ostdeutsche(r) benachteiligt worden zu sein (Ost-Diskriminierungserfahrung).

Ein Bestandteil von Transformationen der Arbeitswelt ist die Ausgestaltung **betrieblicher Mitbestimmung**. Manche Studien legen nahe, dass betriebliche Mitbestimmung über Betriebsräte sowie die Erfahrung und das Gefühl, die eigene Arbeitswelt mitgestalten zu können, rechtsextreme Einstellungen verringern können (z. B. Kiess et al. 2023; Sauer et al. 2018). Auch die diesjährigen Befunde für berufstätige Thüringer:innen legen nahe, dass das Gefühl, die eigenen Arbeitsbedingungen mitbestimmen zu können, (rechts-)populistische Einstellungen reduziert (Abb. 47). Die alleinige Existenz eines Betriebsrates ist dafür jedoch nicht hinreichend. Zwischen betrieblicher Mitbestimmung und rechtsextremen Einstellungen bestehen auf den ersten Blick auch Verbindungen. Diese werden allerdings durch die „Ostdeprivation“ und die im Folgenden skizzierte Demokratieunterstützung hervorgerufen und daher unten in der Gesamtschau aller Erklärungsfaktoren beschrieben.

Abb. 47: Anteil an (Rechts-)Populisten nach betrieblicher Mitbestimmung unter berufstätigen Thüringer:innen
(Angaben in Prozent)



³¹ Sie wird durch die Zustimmung zur Aussage „Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“ gemessen.

³² Sie wird gemessen über die Wahrnehmung einer negativen Einheitsbilanz („Einheit hat für mich persönlich mehr Nach- als Vorteile gebracht“) und der empfundenen Abwertung des ostdeutschen Bevölkerungsteils durch den westdeutschen („Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse“).

Betriebliche Mitbestimmung schließt an die im THÜRINGEN-MONITOR als Erklärungsfaktoren untersuchten **Haltungen zur Demokratie** an.³³ Deprivations- und Bedrohungsgefühle können auf ein fehlendes Zutrauen in die demokratischen Institutionen und Akteur:innen treffen, diese Problemlagen zu verringern oder zu bewältigen. In diesem Fall verbleibt Ausgrenzung und Abwertung anderer Gruppen als Mittel zur Aufrechterhaltung des eigenen Selbstwertgefühls. Zugleich gewinnt der Wunsch nach der Etablierung einer alternativen politischen Ordnung, die auf dieser Ungleichwertigkeitsvorstellung aufbaut, größere Unterstützung. Eine mögliche Reaktion ist aber auch **politische Partizipation**, die – ähnlich wie betriebliche Mitbestimmung – ein Gefühl politischer Selbstwirksamkeit und Teilhabe erzeugen kann, das zu einer positiveren Beurteilung eigener Gestaltungsmöglichkeiten führt und deshalb den Rückgriff auf kollektive Abwertungsstrategien unwahrscheinlicher macht.³⁴

Als weitere Erklärungsfaktoren werden im THÜRINGEN-MONITOR die Präferenz für traditionelle Lebensführungsmodelle einbezogen,³⁵ eine autoritäre Persönlichkeitsstruktur und die soziale Dominanzorientierung³⁶ (für eine genaue Beschreibung vgl. z. B. Reiser et al. 2019, 57). Um die Erklärungsfaktoren für einstellungsmäßigen Rechtsextremismus und (Rechts-)Populismus zu analysieren, werden jeweils zwei Regressionsmodelle gerechnet. Ein Modell umfasst alle Thüringer:innen. Zur Erfassung der Wirkung der Arbeitswelt untersucht ein weiteres Modell nur die berufstätigen Thüringer:innen, d. h. ohne Schüler:innen, Auszubildende, Student:innen, Rentner:innen und Arbeitssuchende oder anderweitig nicht Berufstätige (Tabelle 9 im Anhang).

Wie ausgeführt (vgl. Kapitel III; vgl. auch Reiser et al. 2023) spüren die Thüringer:innen – unabhängig von ihren politischen Einstellungen – einen starken Fachkräftemangel in ihrem Alltag. Dies noch einmal bestätigend zeigt sich auch hier kein Zusammenhang zwischen Wahrnehmung des Fachkräftemangels und rechtsextremen bzw. (rechts-)populistischen Einstellungen. Aber hinsichtlich der Frage, ob Zuwanderung ein Mittel gegen den Fachkräftemangel sein sollte, zeigen sich deutliche Zusammenhänge mit (rechts-)populistischen Einstellungen, un-

³³ Fehlende Demokratieunterstützung, d. h. die distanzierte bis ablehnende Haltung zur bestehenden repräsentativen Demokratie, misst der THÜRINGEN-MONITOR durch das Gefühl fehlenden Einfluss der Bevölkerung auf die Politik, fehlendem Vertrauen in Bundes- und Landesregierung, die Demokratieunzufriedenheit und die Ablehnung der Vorstellung, dass die Demokratie die beste aller Staatsideen ist.

³⁴ Politische Partizipation wird gemessen über die Bereitschaft, sich an Politiker:innen zu wenden, an Unterschriftensammlungen oder genehmigten Demonstrationen teilzunehmen, in Parteien oder Bürgerinitiativen mitzuarbeiten.

³⁵ Seit dem THÜRINGEN-MONITOR 2019 wird der Wunsch nach der Aufrechterhaltung traditionell fundierter kollektiver Identität über die Zustimmung zur Aussage „Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen“ erfasst.

³⁶ Die soziale Dominanzorientierung wird anhand der Zustimmung zu den beiden Aussagen „Manche Gruppen von Menschen sind anderen einfach überlegen“ und „Um im Leben voranzukommen, muss man sich über andere hinwegsetzen“ erhoben.

zwar bei berufstätigen wie auch bei nicht-berufstätigen Thüringer:innen. Dieselben Zusammenhänge gelten auch für den Rechtsextremismus, wobei diese deutlich schwächer ausgeprägt sind.³⁷

Abb. 48: Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen 2023
(Ergebnisse einer Multivariate lineare Regressionen)

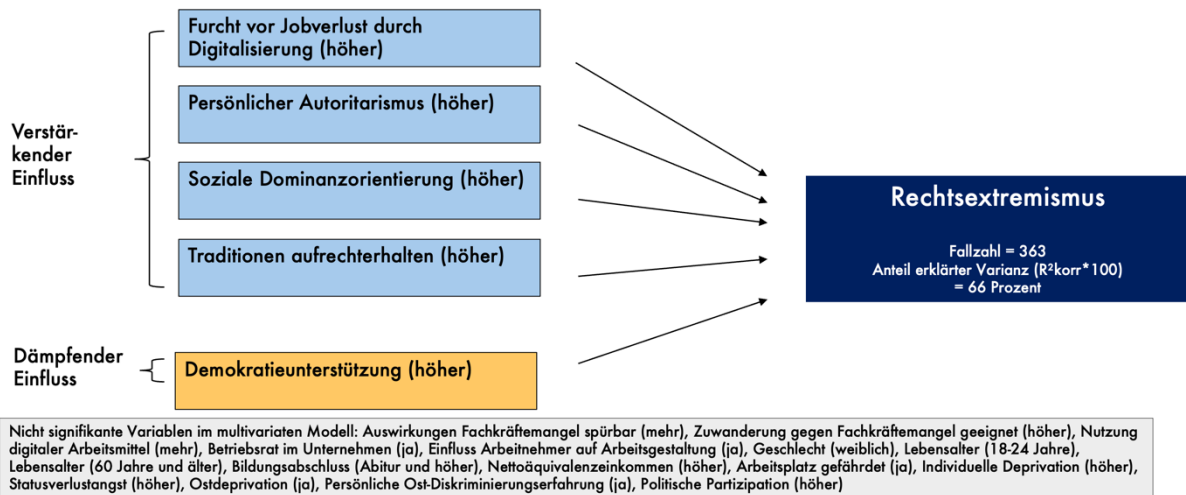
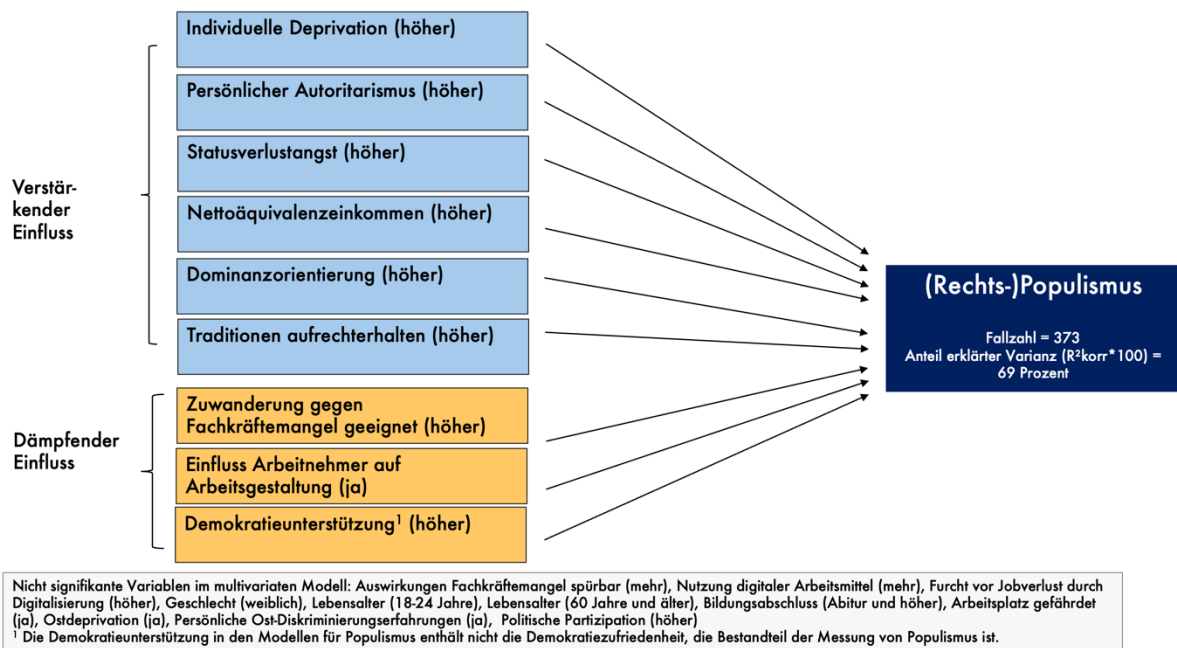


Abb. 49: Einflussfaktoren (rechts-)populistischer Einstellungen 2023
(Ergebnisse einer Multivariate lineare Regressionen)



³⁷ Der fehlende Zusammenhang für die berufstätigen Thüringer:innen liegt nur knapp innerhalb der statistischen Fehlertoleranz.

Die tatsächliche Digitalisierung der Arbeit der Thüringer:innen, also das Ausmaß der Nutzung digitaler Arbeitsmittel im eigenen Berufsleben, steht in keinem Zusammenhang mit einer der beiden hier untersuchten Einstellungen. Allerdings sind rechtsextreme Einstellungen unter jenen berufstätigen Thüringer:innen leicht erhöht, die eine Bedrohung ihres Arbeitsplatzes durch die Digitalisierung befürchten.

Schließlich mindert die betriebliche Mitbestimmung am Arbeitsplatz auch nach Berücksichtigung aller Erklärungsfaktoren die Ausbildung (rechts-)populistische Einstellungen unter den berufstätigen Thüringer:innen, allerdings gilt das nicht für rechtsextreme Einstellungen. Dabei ist nicht relevant, ob es einen Betriebsrat gibt oder nicht, sondern (rechts-)populistische Einstellungen nehmen ab, je mehr Berufstätige das Gefühl haben, Einfluss auf Arbeitsalltag und Arbeitsorganisation nehmen zu können (s. auch Kiess et al. 2023; Sauer et al. 2018). Zwar sind auch rechtsextreme Einstellungen geringer, wenn die betriebliche Mitbestimmung als substantiell wahrgenommen wird. Allerdings ist dieser Zusammenhang nur dadurch verursacht, dass berufstätige Thüringer:innen, die sich selbst oder die Ostdeutschen insgesamt benachteiligt sehen oder mit der Demokratie unzufrieden sind, auch häufiger das Gefühl äußern, keinen Einfluss auf ihre Arbeitsbedingungen zu besitzen. Hier scheint das Gefühl mangelnder betrieblicher Mitbestimmung Ausdrucksform einer allgemeinen Distanz zu Gesellschaft und Politik zu sein.

Insgesamt stehen die untersuchten Wahrnehmungen und Bewertungen der aktuellen Arbeitswelt und ihrer Transformation nur teilweise in Zusammenhang mit rechtsextremen und (rechts-)populistischen Einstellungen. Zwar können Furcht vor Arbeitsplatzverlust durch Digitalisierung und fehlende betriebliche Mitbestimmung auf Basis dieser Untersuchung als Verstärker rechtsextremer bzw. (rechts-)populistischer Einstellungen unter den Berufstätigen in Thüringen gelten. Allerdings ist dieser Einfluss verglichen mit den weiteren im THÜRINGEN-MONITOR untersuchten individuellen Eigenschaften und Wahrnehmungen der Thüringer:innen nachrangig (vgl. Tabelle 9 im Anhang).

Die wichtigsten verstärkenden Faktoren für Rechtsextremismus und (Rechts-)Populismus sind, wie in den meisten Vorjahren auch, der Autoritarismus, der Wunsch nach traditioneller Lebensführung und die soziale Dominanzorientierung, während sich die Demokratieunterstützung hemmend auswirkt. Deutlich schwächer, aber ebenso hemmend, wirkt sich die politische Partizipation aus, allerdings nicht unter Berufstätigen.

Überhaupt zeigen sich bei der getrennten Betrachtung aller Thüringer:innen und der Teilgruppe der Berufstätigen relevante Unterschiede in den Erklärungsfaktoren. So erhöht die Wahrnehmung einer kollektiven „Ostdeprivation“ nur unter Nicht-Berufstätigen rechtsextreme und (rechts-)populistische Einstellungen. Die Statusverlustangst erhöht unter allen Thüringer:innen (rechts-)populistische, nicht aber rechtsextreme Einstellungen. Das Gefühl, selbst aktuell nicht den gerechten Anteil zu erhalten, erhöht nur unter den Berufstätigen den einstellungsmäßigen

(Rechts-)Populismus, unter allen Thüringer:innen auch den Rechtsextremismus. Individuell er-fahrene Benachteiligung aufgrund einer ostdeutschen Herkunft ist relevant für die Ausbildung (rechts-)populistischer, nicht aber rechtsextremer Einstellungen. In der Tendenz sind daher Be-nachteiligungsgefühle für (rechts-)populistische Einstellungen etwas relevanter als für rechts-extreme, die im Vergleich stärker durch autoritäre Persönlichkeitsmerkmale und ein Weltbild sozialer Dominanz geprägt werden, die eine Nähe zu den neo-nationalsozialistischen Ideologe-men besitzen. Das unterstreicht noch einmal, dass es sich bei (Rechts-)Populismus und Rechts-extremismus weiterhin um voneinander zu unterscheidende Einstellungsmuster der Thürin-ger:innen handelt, auch wenn sie inhaltliche und zunehmend personelle Überschneidungen be-sitzen.

IV.3. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

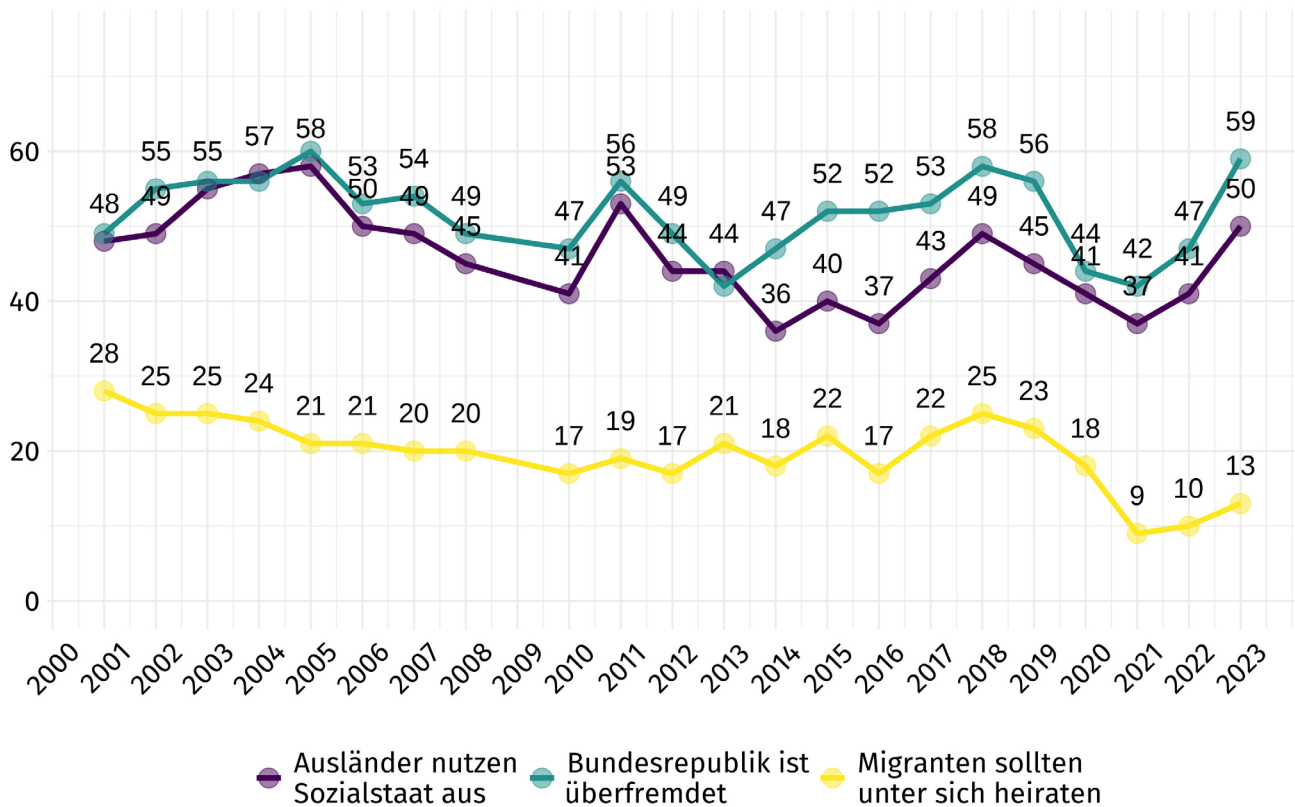
Wie in den Vorjahren untersucht der THÜRINGEN-MONITOR 2023 die „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) (Heitmeyer 2002). Unter diesem Konzept werden feindselige und abwertende Einstellungen gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen verstanden. Dabei wird analysiert, inwiefern Personen etwa aufgrund ihrer Herkunft, ihres Aussehens, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres sozialen Status ausgegrenzt, abgewertet und benachteiligt werden. Dem sozialwissenschaftlichen Konzept des „othering“ folgend, fußt diese Diskriminierung auf einer Abgrenzung der eigenen Identität von als anders oder fremd wahrgenommenen Personen. Dabei wird die eigene Identität aufgewertet und von Menschen bzw. Menschengruppen, die sich aufgrund oben genannter Kriterien hiervon unterscheiden, distanziert (Brons 2015). Besonders deutlich wird das in der im THÜRINGEN-MONITOR jährlich abgefragten Aussage „Die Bundesrepublik Deutschland ist durch die vielen Ausländer:innen überfremdet“. Durch sie werden „die Ausländer“ als homogene Gruppe dargestellt, die von der Mehrheitsgesellschaft in der Bundesrepublik abzugrenzen ist und durch ihr Fremd-Sein einen grundsätzlich negativen Einfluss ausübt. Damit widerspricht GMF als „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ (Groß et al. 2012) nicht nur grundlegenden Prinzipien liberaler Demokratien, wie Menschenwürde und Gleichheit; sie kann für Regionen auch einen wirtschaftlichen Standortnachteil im Werben um Fachkräfte aus dem In- und Ausland darstellen, etwa wenn diese eine Region als für sie weniger lebenswert oder sicher wahrnehmen (vgl. etwa Krieger & Brox 2024).

Neben der genannten Aussage wurde im THÜRINGEN-MONITOR 2023 die Zustimmung zu sechs weiteren Aussagen abgefragt, um die Einstellungen der Thüringer:innen gegenüber Migrant:innen, Muslim:innen sowie Jüdinnen und Juden zu untersuchen. Da diese Aussagen bereits Teil vergangener THÜRINGEN-MONITORE waren, ermöglicht dies zum einen die Entwicklung der Einstellungen im zeitlichen Verlauf in Thüringen zu erfassen. Zum anderen finden sich einige der Aussagen auch in vergleichbaren Studien auf Bundes- oder Landesebene wieder, sodass sich die Thüringer Ergebnisse in den bundesdeutschen Kontext einordnen lassen.

In den Corona-Jahren 2020 und 2021 lag die Zustimmung zu menschenfeindlichen Aussagen in Thüringen auf vergleichsweise niedrigem Niveau (vgl. Reiser et al. 2021, 2022). Zur Erklärung wurde sowohl die veränderte Aufmerksamkeitsökonomie während dieser Ausnahmesituation als auch der sogenannte „rally-around-the-flag“-Effekt herangezogen, nach dem Menschen in Krisenzeiten eher zu sozialem Zusammenhalt neigen (Brandy et al. 2023). Nach einem leichten Anstieg 2022 (vgl. Reiser et al. 2023) ist für das Jahr 2023 endgültig eine Umkehr des positiven Trends der Vorjahre festzustellen. Insbesondere migrant:innen- und muslim:innenfeindliche Aussagen haben 2023 deutlich mehr Zustimmung erfahren als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre (siehe Abb. 50). So empfinden 59 Prozent der befragten Thüringer:innen,

dass die Bundesrepublik „in gefährlichem Maße überfremdet ist“. Dieser hohe Grad an Zustimmung stellt den Rekordwert in der Zeitreihe des THÜRINGEN-MONITORS dar. Auch der Anstieg von zwölf Prozentpunkten zum Vorjahr ist für die im THÜRINGEN-MONITOR untersuchten Jahrgänge einzigartig.

Abb. 50: Migrant:innenfeindliche Einstellungen in Thüringen im Zeitverlauf
(Zustimmung in Prozent)



An dieser Darstellung des zeitlichen Verlaufs migrant:innenfeindlicher Einstellungen werden zwei Punkte deutlich, die in der Analyse berücksichtigt werden sollten. Zum einen deutet die Parallelität der zeitlichen Verläufe der Aussagen auf Zusammenhänge zwischen den Aussagen hin. Wer also einer migrant:innenfeindlichen Aussage zustimmt, stimmt häufiger auch weiteren Aussagen zu. Dieser Effekt ist gemeinhin auch gruppenübergreifend zu beobachten und macht deutlich, dass die „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ als zusammenhängendes Konzept verstanden werden muss, welches auf der Befürwortung klarer sozialer Hierarchien basiert und sich meist nicht gegen eine, sondern mehrere als fremd wahrgenommene Gruppen richtet (Küpper 2016; Mokros & Zick 2023). Zum anderen zeigt sich, dass die Zustimmung zu menschenfeindlichen Aussagen nicht nur auf tief verankerte Einstellungen zurückzuführen ist, sondern je nach Konjunktur, der in der öffentlichen Debatte präsenten Thematiken, variieren kann. So folgten auf den Anstieg der migrant:innenfeindlichen Einstellungen nach 2015 und den damit verbundenen Debatten um Flucht und Migration die angesprochenen Corona-Jahre,

in denen vergleichsweise niedrige Zustimmungswerte zu verzeichnen waren (Reiser et al. 2021a).

Gestiegene Zustimmung zu menschenfeindlichen Aussagen ist dabei kein rein thüringisches Phänomen. Bundesweit hat die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2022/23 einen deutlichen Anstieg ebensolcher Einstellungen gegenüber 2020/21 festgestellt. So stimmen etwa 31 Prozent der Befragten rassistischen Aussagen mehrheitlich zu, in den Corona-Jahren 2020/21 waren es noch 18 Prozent gewesen. Die Autor:innen führen den Anstieg neben dem Effekt der Pandemie, der sich mindernd auf die Werte von 2020/21 ausgewirkt hat, unter anderem auf die andauernden Krisen der letzten Jahre zurück. Durch sie werden gesellschaftliche Verteilungskämpfe intensiver und ein Großteil der Menschen versucht im Streben nach Normalität und Orientierung den eigenen Status zu bewahren – im Zweifelsfall auf Kosten von marginalisierten Gruppen (Mokros & Zick 2023, 181 f.). Auch in anderen Bundesländern ist ein Wachstum gruppenbezogener Ressentiments festzustellen. So haben diese im aktuellen Sachsen-Monitor gegenüber dem vorherigen Durchgang deutlich zugenommen (Schlinkert et al. 2023). Auch im Berlin-Monitor 2023 (Celik & Pickel 2024) wurde ein Wachstum gruppenbezogener Ressentiments gegen Jüdinnen und Juden, Muslim:innen und Migrant:innen festgestellt.

Im Folgenden soll deshalb detailliert auf die verschiedenen Elemente dieser Einstellungen in Thüringen eingegangen und ihre Ursachen untersucht werden.

IV.3.1. Migrant:innenfeindlichkeit

Die Migrant:innenfeindlichkeit wird im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR auf Basis von drei Aussagen ermittelt. Neben der bereits genannten Aussage „Die Bundesrepublik Deutschland ist durch die vielen Ausländer überfremdet“ wurde auch die Position zu den Statements „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ sowie „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen“ erfragt (vgl. Kapitel IV.2). Neun Prozent der befragten Thüringer:innen stimmen allen Aussagen *voll und ganz* oder *überwiegend* zu, 31 Prozent lehnen hingegen alle Aussagen ab. Im THÜRINGEN-MONITOR 2022 lehnten noch 42 Prozent der Befragten alle Aussagen ab, wobei in letztem Jahr noch eine migrant:innenfeindliche Aussage mehr abgefragt wurde als im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR (Reiser et al. 2023, 103). Wie auch in den Vorjahren erfährt die Einschätzung, dass die Bundesrepublik überfremdet sei, mit 59 Prozent die meiste Zustimmung; die Hälfte der Befragten ist der Ansicht, dass „die Ausländer“ nur nach Deutschland kämen, um den Sozialstaat auszunutzen. Mit 13 Prozent Zustimmung wird deutlich seltener die Ansicht vertreten, dass Ausländer:innen grundsätzlich unter sich heiraten sollten. Wird die Zustimmung zu den drei Aussagen – analog zur Feststellung der rechtsextremen Einstellung – als Index zusammengefasst³⁸, wird

³⁸ Die Zustimmungswerte zwischen 1 und 4 für jede Aussage wurden addiert und der Durchschnitt berechnet. Bei einem Wert über 2,5 wurde den Aussagen im Durchschnitt mehrheitlich zugestimmt, die befragte Person

ebenfalls eine Steigerung im Vergleich zu den Vorjahren deutlich. 36 Prozent der Thüringer:innen weisen migrant:innenfeindliche Einstellungen auf. Dies ist der höchste Wert seit 2018 und deutlich höher als in den Vorjahren, in denen diese Quote für die identischen Aussagen bei 27 Prozent (2022) und 23 Prozent (2021) lag.

Wo liegen die Ursachen für die gestiegene Migrant:innenfeindlichkeit? Sozioökonomische Faktoren spielen nur zum Teil eine Rolle, wenn es darum geht, Ressentiments gegenüber Migrant:innen zu erklären. Menschen mit einem geringeren Grad an formaler Bildung neigen häufiger zu migrant:innenfeindlichen Einstellungen. So weisen 21 Prozent der Personen mit Abiturdementsprechende Einstellungen auf, während dies bei Personen mit Bildungsabschlüssen unterhalb des Abiturs zu über 40 Prozent der Fall ist. Bei Kontrolle weiterer Variablen erweist sich dieser Effekt jedoch als nicht signifikant.

Große Unterschiede im Antwortverhalten treten auf, wenn weitere Einstellungen zurate gezogen werden. Insbesondere die politische Selbstverortung der Befragten ist ein starker Indikator für migrant:innenfeindliche Ressentiments. Personen, die sich etwas links (15 Prozent) oder ganz links (17 Prozent) der Mitte verorten, stimmen den migrant:innenfeindlichen Aussagen signifikant seltener zu als Personen, die sich in der politischen Mitte (43 Prozent), etwas rechts der Mitte (56 Prozent) oder ganz rechts der Mitte (60 Prozent) verorten. Wie auch in früheren Untersuchungen festgestellt werden konnte (Reiser et al. 2023, 103), korrelieren darüber hinaus rechtsextreme und autoritäre Einstellungen signifikant mit Migrant:innenfeindlichkeit. Dies überrascht erst einmal wenig, da die Aussagen zur Migrant:innenfeindlichkeit Teil der Messung rechtsextremer Einstellungen sind (vgl. Kapitel IV.2). Die Zustimmungquote von 98 Prozent in der Gruppe der Rechtsextremist:innen macht somit in Anlehnung an Rommelspacher (2009, 29) deutlich, dass es zwar Migrant:innenfeindlichkeit ohne Rechtsextremismus gibt, nicht aber Rechtsextremismus ohne Migrant:innenfeindlichkeit. Es gibt unter den Thüringer Befragten nahezu keine Personen mit rechtsextremen Einstellungen, die nicht mehrheitlich auch migrant:innenfeindlich sind. Auch mit autoritären Einstellungen zeigt sich eine starke Beziehung. So haben unter den Befragten mit mehrheitlich autoritären Einstellungen 60 Prozent auch migrant:innenfeindliche Einstellungen, während es in der Vergleichsgruppe der nicht-autoritären Personen 19 Prozent sind.

Weitere erklärende Faktoren stellen Statusverlustängste und subjektive Deprivation dar, also die Wahrnehmung, wirtschaftlich oder sozial benachteiligt zu sein (siehe hierzu auch Rippl & Seipel 2023). Befragte, die der Ansicht sind, dass sie weniger zur Verfügung haben als ihnen eigentlich zusteht, weisen häufiger (44 Prozent) migrant:innenfeindliche Einstellungen auf, als diejenigen, die mit ihrem Anteil zufrieden sind (24 Prozent). Ein ebenso moderater Zusammenhang wird sichtbar, wenn Befragte der Ansicht sind, dass Ostdeutsche von Westdeutschen

zeigt also mehrheitlich migrant:innenfeindliche Einstellungen. Cronbachs Alpha für den Index beträgt 0,7, so dass dieser folglich über eine akzeptable Validität verfügt. Es wurden nur Personen einbezogen, die zu allen Items eine Antwort abgegeben haben.

als Menschen zweiter Klasse gesehen werden. In dieser Gruppe haben 71 Prozent der Befragten migrant:innenfeindliche Einstellungen, während es in der Vergleichsgruppe 30 Prozent sind. Eine starke Beziehung zeigt sich zwischen migrant:innenfeindlichen Einstellungen und geringem Vertrauen gegenüber politischen Akteur:innen. So weisen 49 Prozent der Personen mit geringem Vertrauen in die Bundesregierung entsprechende migrant:innenfeindliche Einstellungsmuster auf, während es unter denen, die Vertrauen in die Bundesregierung äußern, 15 Prozent sind. Gefühle des Abgehängt-Seins – ob in kultureller, wirtschaftlicher oder politischer Hinsicht – bieten folglich Nährboden für Fremdenhass, der häufig mit autoritären und antidemokratischen Einstellungen einhergeht.

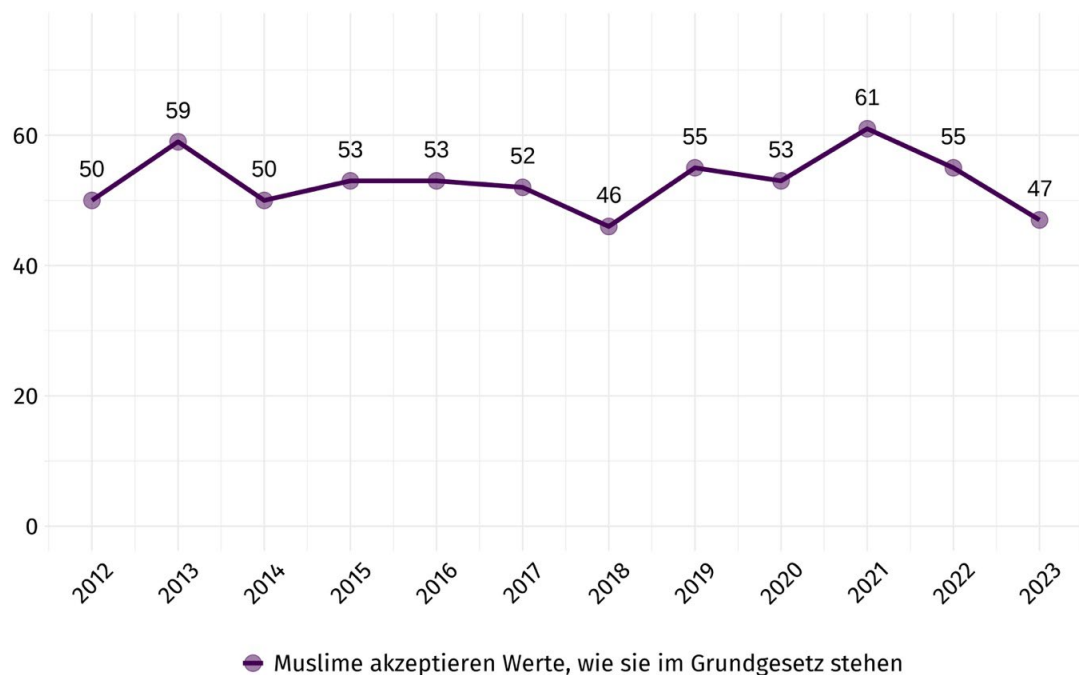
IV.3.2. Muslim:innenfeindlichkeit

Mit 8,5 Prozent der Bevölkerung stellen Muslim:innen die größte religiöse Minderheit in Deutschland dar (Müke et al. 2023). Gleichzeitig sind negative Einstellungen und Vorurteile gegenüber Muslim:innen in Deutschland weit verbreitet. Langzeitstudien zeigen, dass ein signifikanter Anteil der Menschen in Deutschland Vorbehalte gegenüber Muslim:innen hat. So erzielte etwa die Aussage „Durch die vielen Muslime fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ bundesweit über einen Zeitraum von über 20 Jahren und in unterschiedlichen Studien Zustimmungswerte von konstant 30 Prozent (Decker et al. 2022, 71; Müke et al. 2023; Zick et al. 2019, 70). Aus dieser Aussage wird deutlich, dass Muslim:innenfeindlichkeit konzeptionelle Schnittstellen mit Migrant:innenfeindlichkeit aufweist, weshalb häufig auch von antimuslimischen Rassismus gesprochen wird. Denn antimuslimische Ressentiments werden seltener in Bezug auf die tatsächliche Religiosität geäußert, sondern häufiger als Zuschreibung einer auf Grundlage äußerer Merkmale definierten und als fremd wahrgenommenen Gruppe (Pickel 2024, 61). Der *Unabhängige Expertenkreis Muslimfeindlichkeit* definiert das Konzept deshalb als „die Zuschreibung pauschaler, weitestgehend unveränderbarer, rückständiger und bedrohlicher Eigenschaften gegenüber Muslim*innen und als muslimisch wahrgenommenen Menschen“ (Unabhängiger Expertenkreis Muslimfeindlichkeit 2023, 24).

Im THÜRINGEN-MONITOR wird Muslim:innenfeindlichkeit seit 2012 über die Zustimmung zur Aussage „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“ erfragt. Da die Aussage in sich positiv ist, bedeutet ein höherer Zustimmungswert – anders etwa als bei den migrant:innenfeindlichen Aussagen – weniger negative Einstellungen. Dabei zeigt der zeitliche Verlauf eine relative Konstanz über die letzten elf Jahre. Im Durchschnitt stimmen knapp über die Hälfte der Befragten der Aussage *überwiegend* oder *voll und ganz* zu (vgl. Abb. 51). Im THÜRINGEN-MONITOR 2023 ist die Zustimmung zu diesem Statement mit 47 Prozent so gering ausgeprägt wie zuletzt 2018. Das

heißt, dass über die Hälfte der in diesem Jahr befragten Thüringer:innen den meisten Muslim:innen mit dem Grundgesetz inkompatible Wertvorstellungen unterstellen³⁹. Gegenüber 2021 ist die Zustimmung zur abgefragten Aussage um 14 Prozentpunkte gesunken, antimuslimische Einstellungen haben in den letzten zwei Jahren also stark zugenommen.

Abb. 51: Zustimmung zur Aussage „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“ im Zeitverlauf
(Angaben in Prozent)



Damit fügen sich die Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITOR 2023 in vergleichbare Studien ein, die eine Zunahme antimuslimischer Einstellungen in den letzten Jahren feststellen. So befürworten laut Mitte-Studie 2023 18 Prozent der Befragten bundesweit ein Einwanderungsverbot für Muslime, 2019 sowie 2021 lag die Zustimmung bei elf bzw. zwölf Prozent (Mokros & Zick 2023, 162). Ähnliches findet sich im Berlin-Monitor 2023. Hier empfinden 42 Prozent der Befragten die Anzahl der Muslime in Deutschland als zu hoch, dieser Wert liegt 13 Prozentpunkte über dem Stand von 2019 (Pickel 2024, 64). Wie bei den migrant:innenfeindlichen Aussagen, kann der als negativ zu beurteilende Trend in Thüringen folglich als Teil einer bundesweiten Entwicklung gesehen werden.

³⁹ Zusätzlich hat sich – wie auch in vorigen Jahrgängen – mit 18 Prozent ein vergleichsweise hoher Anteil der Befragten der Antwort verweigert. Es ist also von einem hohen Graubereich und einer potenziell noch höheren Zustimmung auszugehen.

Das Antwortverhalten von muslim:innenfeindlichen und migrant:innenfeindlichen Aussagen korreliert derart stark miteinander, dass die hier untersuchte Aussage dem Migrant:innenfeindlichkeitsindex hinzugefügt werden kann und sich weiterhin ein statistisch valider Index ergibt. Dies bestärkt die bereits beschriebene Konzeptualisierung von Muslim:innenfeindlichkeit als antimuslimischen Rassismus, der inhaltlich eng mit Vorurteilen gegenüber Migrant:innen aus mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern verknüpft ist, und zeigt, dass religiöse Begründungen von Ungleichwertigkeit häufig mit rassistischen Hand in Hand gehen (Pickel 2024; Zick 2012).

Dies zeigt sich auch darin, dass antimuslimische Vorurteile zum Teil durch ähnliche Einflussfaktoren erklärt werden können wie migrant:innenfeindliche Einstellungsmerkmale. So hat etwa die politische Selbsteinschätzung links der Mitte einen dämpfenden Einfluss auf antimuslimische Einstellungen. Befragte, die sich selbst als „ziemlich“ oder „sehr weit“ links einordnen, weisen zu 76 Prozent keine antimuslimischen Einstellungen auf, während bei den Personen, die sich in gleicher Weise rechts der politischen Mitte verorten, 68 Prozent antimuslimische Einstellungen äußern.

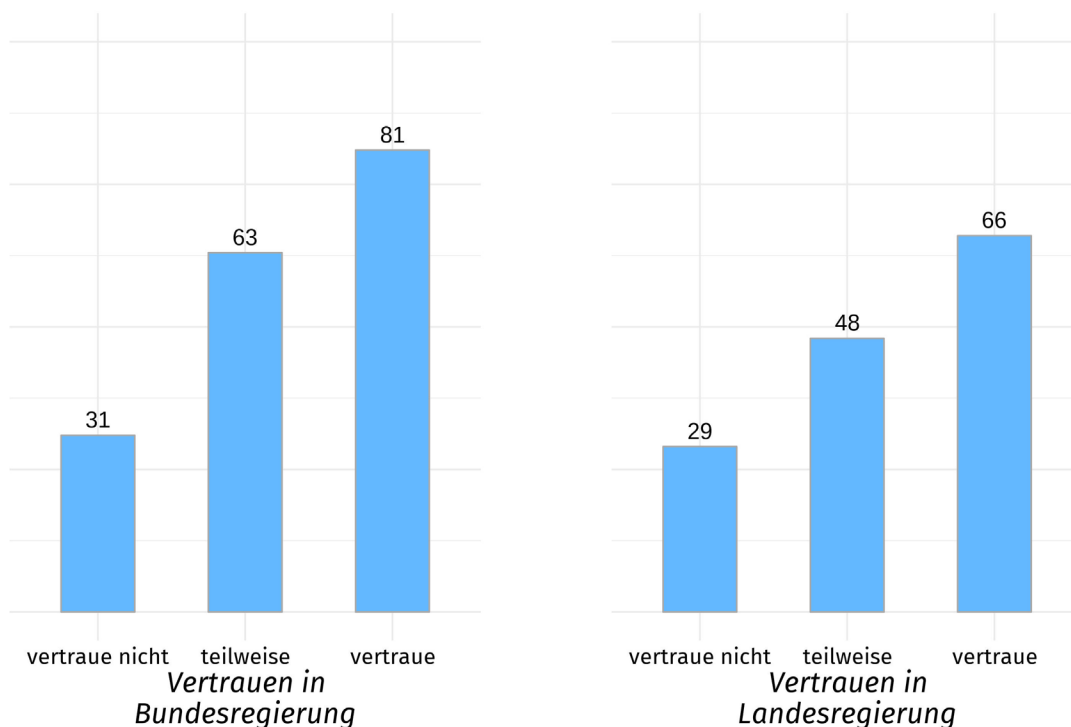
Keinen sichtbaren Einfluss haben hingegen autoritäre Einstellungen oder das Gefühl der „Ostdeprivation“; rechtsextreme Einstellungen korrelieren hingegen stark positiv mit antimuslimischen Ressentiments. Zu den einstellungsspezifischen Merkmalen, die Muslim:innenfeindlichkeit ebenfalls verstärken, zählt auch die Wahrnehmung sozioökonomisch weniger zu erhalten als einem eigentlich zustehen würde. Von den Personen, die dies empfinden, weisen 61 Prozent antimuslimische Einstellungen auf, wohingegen es bei denen, die das Gefühl haben, ihren gerechten Anteil oder mehr zu erhalten, 39 Prozent sind. Ein im Vergleich zu anderen Faktoren besonders starker Einfluss ist beim Vertrauen in die politisch Verantwortlichen in Bund und Land zu erkennen (Abb. 52). Dies bestätigt Erkenntnisse aus Untersuchungen, die zeigen, dass Muslim:innenfeindlichkeit bei Personen mit geringen Vertrauen in die Demokratie sowie ihre Institutionen und Prozesse höher ausgeprägt ist (Pickel 2024). Gleichzeitig sollte die gegenteilige Wirkrichtung mitgedacht werden. Im Zuge ausgeprägter Debatten über Flucht und Migration ist anzunehmen, dass Personen mit muslim:innen- oder migrant:innenfeindlichen Einstellungen die Politik auf Bundes- und Landesebene kritischer bewerten und geringere Vertrauenswerte aufweisen. Während 81 Prozent der Befragten mit Vertrauen in die Bundesregierung als nicht antimuslimisch eingestellt gelten können, sind es in der Gruppe, die wenig oder kein Vertrauen in die Bundesregierung äußert, nur 31 Prozent. In abgeschwächter Form trifft dies auch für das Vertrauen in die Landesregierung zu (66 Prozent zu 29 Prozent).

Im Erhebungszeitraum des THÜRINGEN-MONITORS 2023 ereignete sich am 7. Oktober 2023 der Angriff der islamistischen Terrororganisation Hamas auf Israel. Eine Änderung im Antwortverhalten bezüglich der Einstellungen gegenüber Muslim:innen nach den Terroranschlägen konnte in den vorliegenden Daten nicht festgestellt werden.

Festzuhalten bleibt, dass antimuslimische Einstellungen auch in der gesellschaftlichen Mitte in Thüringen weit verbreitet sind. Selbst in Gruppen mit einem vergleichsweise geringen Anteil

an antimuslimischen Einstellungen – etwa Menschen mit höherer formeller Bildung oder einer Selbstverortung links der politischen Mitte – werden deutliche Vorbehalte sichtbar. Einschränkend sollte angemerkt werden, dass diese Einschätzungen auf der Zustimmung zu *einer* Aussage basieren. Zukünftige Analysen können von einer umfangreicheren Fragebatterie profitieren (vgl. etwa Pickel et al. 2024).

Abb. 52: „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“ nach Vertrauen in Bundes- oder Landesregierung
(Zustimmung in Prozent)



IV.3.3. Antisemitismus

Die Abwertung von Jüdinnen und Juden aus rassistischen, politischen oder religiösen Motiven ist ein kontinuierliches Problem der deutschen und Thüringischen Gesellschaft. Neben repräsentativen Studien wie dem THÜRINGEN-MONITOR (Reiser et al. 2023), zeigt dies auch die gestiegene Präsenz von antisemitischen Handlungen und Äußerungen in der deutschen Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren. So haben antisemitische Verschwörungserzählungen und Symbole während der Corona-Pandemie einen deutlichen Anstieg erlebt (Reiser et al. 2021b; Salzborn 2021), gleichzeitig hat die Anzahl antisemitischer Straftaten in den vergangenen Jahren drastisch zugenommen (Pfahl-Traughber 2022). Zudem hat seit dem Angriff der islamistischen Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der darauf folgenden mi-

litärischen Offensive Israels im Gazastreifen die Polarisierung in der öffentlichen Auseinandersetzung zum Nahostkonflikt ein neues Ausmaß angenommen. Mit der Häufung antisemitischer Äußerungen und Straftaten seit Oktober 2023 (Tagesschau 2024), geht eine gestiegene Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft einher.

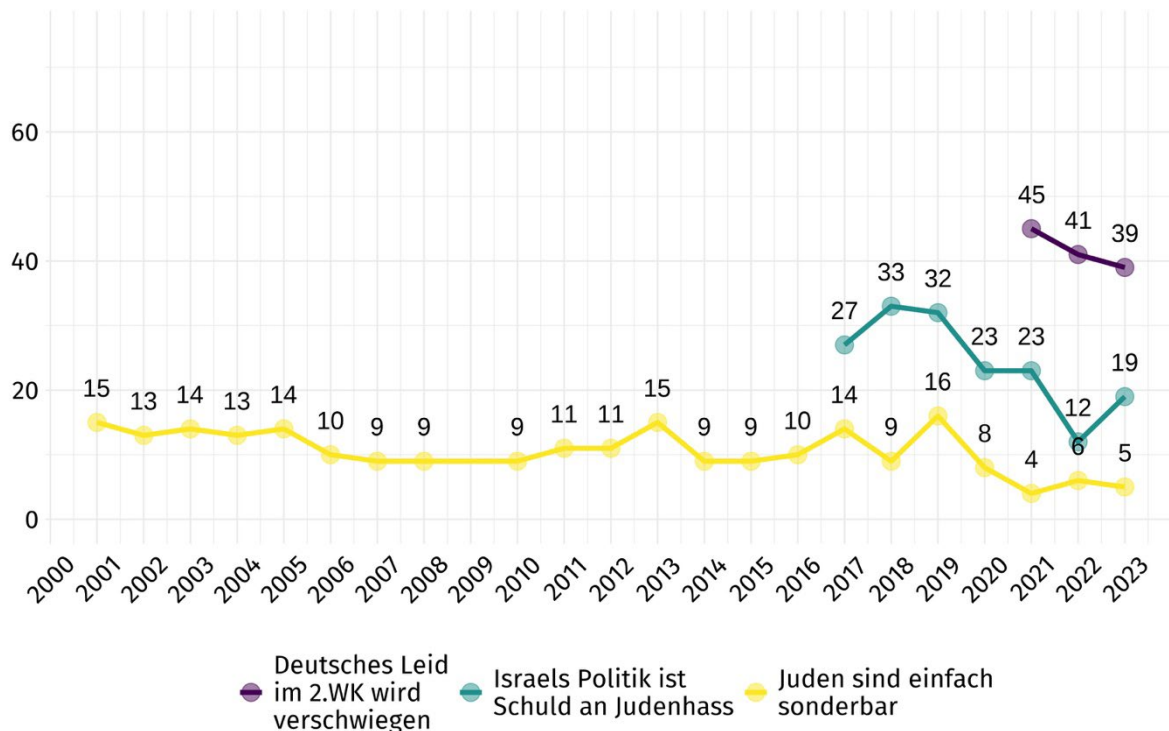
Unter diesen Vorzeichen ist die kontinuierliche Beschäftigung mit Antisemitismus, u.a. im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS von besonderer Bedeutung. Definiert werden kann Antisemitismus als

„Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Handlungen, die den als Juden geltenden Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund dieser Zugehörigkeit negative Eigenschaften unterstellen, um damit eine Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder Vernichtung ideologisch zu rechtfertigen“ (Pfahl-Traugher 2002, S. 9).

Als elementare Dimension menschenfeindlicher Einstellungen existiert Antisemitismus in modernen Gesellschaften in unterschiedlichen Erscheinungsformen und geht weit über religiös oder rassistisch motivierte Feindschaft gegenüber Personen jüdischen Glaubens hinaus. Vielmehr muss Antisemitismus als mehrdimensionales Konzept verstanden werden (Beyer 2015). Deutlich wird das etwa an der engen Verbindung von antisemitischen Weltbildern mit Verschwörungserzählungen, denen häufig – mehr oder weniger subtil – antisemitische Chiffren zugrunde liegen (Frindte 2021; Salzborn 2021).

Um dieser Ausdifferenzierung gerecht zu werden, werden im THÜRINGEN-MONITOR 2023 – wie in den Vorjahren – drei Dimensionen des modernen Antisemitismus untersucht: Der völkisch-rassistische Antisemitismus, wie er sich etwa in der nationalsozialistischen Rassenideologie zeigt, erachtet Jüdinnen und Juden als von Natur aus minderwertig. Der sekundäre Antisemitismus zeichnet sich durch eine Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus aus. Etwa wird Jüdinnen und Juden in Form einer Täter-Opfer-Umkehr vorgeworfen, heutzutage aus der Erinnerung an den Holocaust Profit schlagen zu wollen. Der antizionistische Antisemitismus drückt sich in Form von negativen Urteilen über Jüdinnen und Juden aus, welche mit der Politik des Staates Israels gerechtfertigt werden (Pfahl-Traugher 2007). Diese Dimensionen werden durch die Zustimmung zu den Aussagen „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ (primärer Antisemitismus), „Es wird immer nur von der Judenverfolgung geredet. Wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand“ (Schuldabwehr/sekundärer Antisemitismus) sowie „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ (israelbezogener Antisemitismus) (Abb. 53).

Abb. 53: Zustimmung zu antisemitischen Aussagen seit 2000
(Angaben in Prozent)



Dass die Unterteilung in unterschiedliche Erscheinungsformen des Phänomens Antisemitismus auch aus empirischer Sicht notwendig ist, wird darin deutlich, dass die Verteilung von Zustimmung und Ablehnung bei den abgefragten Aussagen so stark variiert, dass sich kein statistisch valider Index bilden lässt. Folglich werden die einzelnen Aussagen getrennt voneinander untersucht.

Der primäre Antisemitismus ist in der zeitlichen Betrachtung auf einem vergleichsweise niedrigen Zustimmungsniveau von fünf Prozent. Damit liegt der Wert auf dem Niveau der letzten drei Jahre und signifikant niedriger als in den Jahren zwischen 2000 und 2019. Die durchschnittliche Zustimmung lag in diesem Zeitraum bei knapp zwölf Prozent. Von allen untersuchten Dimensionen des Antisemitismus stößt der primäre Antisemitismus mit seiner offen rassistischen Implikation auf die geringste Zustimmung. In dieser Hinsicht bestätigt der Befund die Ergebnisse vergleichbarer Studien: Auch in der Mitte-Studie (Mokros & Zick 2023, 160) und im Berlin-Monitor (Decker et al. 2024, 147) erzielen die Aussagen zum primären Antisemitismus die niedrigsten Zustimmungswerte, allerdings stellen besagte Studien eine Zunahme des primären Antisemitismus gegenüber den Vorjahren fest, die sich in den Daten des THÜRINGEN-MONITORS nicht wiederfindet. Möglich ist, dass die Auswahl der Aussageitems hier eine Rolle spielt. Im Rheinland-Pfalz-Monitor 2023 erzielt die im THÜRINGEN-MONITOR genutzte Aussage einen Zustimmungswert von vier Prozent und liegt damit auf einem ähnlichen Level wie in Thüringen (Jun et al. 2023). Bei Betrachtung möglicher Einflussfaktoren ist eine schwache Korrelation mit ethnozentrischen Einstellungen zu erkennen.

Die Zustimmung zum sekundären Antisemitismus ist seit der erstmaligen Befragung im THÜRINGEN-MONITOR 2021 im zweiten Jahr in Folge gesunken. Allerdings ist festzustellen, dass noch immer 39 Prozent der Befragten eine semantische Unterteilung in „die Deutschen“ und „die Juden“ vornehmen und einer Aussage zustimmen, welche das in der Shoa verursachte Leid relativiert. Die Zustimmung zum sekundären Antisemitismus liegt damit deutlich höher als in den beiden anderen untersuchten Dimensionen. Dies ist zumindest teilweise durch die Wahl eines verhältnismäßig weichen Aussageitems zu begründen, in dem der Antisemitismus subtiler vorkommt als in den anderen abgefragten Dimensionen. Dies zeigt auch ein Vergleich mit der Mitte-Studie, in der sekundärer Antisemitismus durch die Aussage „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen“ gemessen wird, in der Jüdinnen und Juden deutlich stärker als vermeintlich aktive Gruppe im Mittelpunkt stehen. Die bundesweite Zustimmung zu der dort genutzten Aussage beträgt 16,5 Prozent (Mokros & Zick 2023, 161). Besonders viel Zustimmung erfährt die Relativierung jüdischen Leids bei Menschen mit ethnozentrischen Einstellungen, die also migrant:innenfeindliche und national-chauvinistische Positionen vertreten (vgl. Kapitel IV.2). Von diesen stimmen 67 Prozent der Aussage zu, während es in der Vergleichsgruppe 19 Prozent sind. Hier zeigt sich also eine starke Beziehung. Eine moderat positive Korrelation ergibt sich auch zu Deprivationsgefühlen als Ostdeutsche.

Die Zustimmung zum israelbezogenen Antisemitismus hat im Vergleich zum Vorjahr um sieben Prozentpunkte zugenommen. 19 Prozent der Thüringer:innen sind der Ansicht, dass Hass auf Jüdinnen und Juden durch die Politik des Staates Israel gerechtfertigt werden könne. Dies ist die erste Zunahme seit 2018 und die größte, die je im THÜRINGEN-MONITOR gemessen wurde. Diese Erhöhung sollte nicht auf die jüngeren Entwicklungen im Nahostkonflikt zurückgeführt werden, zumindest zeigt sich im Untersuchungszeitraum keine Änderung im Zustimmungsverhalten zwischen den Befragten, die vor dem 7. Oktober 2023 befragt wurden, und jenen, die danach befragt wurden. In jedem Fall zeigt sich, dass der deutliche Rückgang aus dem Vorjahr keinesfalls der Beginn eines Trends war, sondern möglicherweise dem Einfluss des russischen Angriffes auf die Ukraine geschuldet war, in dessen Licht die Politik Israels potenziell weniger negativ bewertet wurde (Reiser et al. 2023, 110f.). Auch wenn immer noch knapp jede:r fünfte Thüringer:in israelbezogenen Antisemitismus vertritt, liegt die Zustimmung in diesem Jahr unter den Werten der Jahre 2017 bis 2021. Die Interpretation eines möglichen Trends ist somit schwierig und bleibt auch bei Einbezug vergleichbarer Studien diffus. So stellen weder Berlin-Monitor noch Mitte-Studie eine Zunahme israelbezogenen Antisemitismus zum Jahr 2023 fest (Decker et al. 2024, 147). Für eine umfassende Interpretation des deutlichen Anstieges aus diesem Jahr sind folglich weitere Datenpunkte in den nächsten Jahren notwendig. Wie es bei dieser Aussage häufig der Fall ist, mochten 18 Prozent der Befragten – und damit ungefähr so viele wie im Vorjahr – keine Auskunft über ihre Haltung in dieser Frage geben.

Wie auch bei den übrigen Dimensionen von Antisemitismus lässt sich ein moderater Zusammenhang mit ethnozentrischen Einstellungen feststellen, während keine eindeutigen Einflüsse soziodemographischer Faktoren sichtbar sind. So wird erneut deutlich, dass Antisemitismus – wenngleich er bei ethnozentrischen und rechtsextremen Personen auf besonders viel Zustimmung stößt – als gesamtgesellschaftliches Problem betrachtet werden sollte.

V. Fazit

Der THÜRINGEN-MONITOR 2023 setzt mit dem 23. Gutachten die Untersuchung der politischen Kultur im Freistaat Thüringen fort. Die von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebene Untersuchung basiert auf einer repräsentativen telefonischen Befragung von 1.063 wahlberechtigten Thüringer:innen, die vom 11. September bis 25. November 2023 durchgeführt wurde.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Vielfachkrise, Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte, der deutlichen Zunahme an antisemitischen Vorfällen seitdem von der Hamas initiierten Angriffe auf Israel am 7. Oktober 2023, aber auch Demonstrationen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus untersucht der THÜRINGEN-MONITOR, wie sich die politischen Einstellungen zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus in Thüringen entwickeln. Im Titel „Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel“ spiegelt sich zudem das diesjährige Schwerpunktthema zur Transformation der Arbeitswelt wider: Wie ist die Sicht der Thüringer:innen auf die zentralen Herausforderungen der Digitalisierung, des Fachkräftemangels und eines klimafreundlichen Umbaus der Wirtschaft? Wie stark betroffen sind davon die Entwicklungen in ihrem Arbeitsalltag und welche Strategien zur Bewältigung befürworten sie? Darüber hinaus untersuchen wir, wie sich die Betroffenheit von Digitalisierung und Fachkräftemangel auf die Einstellungen zu Demokratie, Populismus und Rechtsextremismus auswirkt.

Gerechte Entlohnung, Work-Life-Balance, Fachkräftemangel und Digitalisierung als zentrale Herausforderungen der Arbeitswelt

Auf die offene Frage nach den Problemlagen und Herausforderungen für die Arbeitswelt in Thüringen in den nächsten Jahren äußern die Befragten des THÜRINGEN-MONITORS am häufigsten ihre konkreten Arbeitsbedingungen (22 Prozent). Gewünscht wird eine gerechtere Entlohnung – zwischen Ost und West, zwischen unterschiedlichen Berufen und zwischen Mann und Frau. Auch die Work-Life-Balance sowie soziale Aspekte wie Anerkennung, Arbeitsklima und Leistungsdruck werden häufig genannt. Die Thüringer:innen betonen mit dem Fachkräftemangel (18 Prozent), der Digitalisierung (14 Prozent), Sorgen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung (zehn Prozent) und dem Themenfeld „Klima und Energie“ (sieben Prozent) aber insbesondere auch die strukturellen Herausforderungen und Zukunftsfragen bei der Transformation der Arbeitswelt.

Eine stark digitalisierte Arbeitswelt wird differenziert bewertet

Die Digitalisierung verändert nicht nur den Alltag vieler Thüringer:innen, sondern durchdringt auch zunehmend ihre Arbeitswelt: Über drei Viertel der Beschäftigten nutzen täglich (mehrmals) digitale Arbeitsmittel, während nur eine Minderheit von elf Prozent der Berufstätigen für ihre Tätigkeiten keine digitalen Arbeitsmittel verwenden. Dies sind überdurchschnittlich Arbeiter:innen (29 Prozent) mit einfacheren Tätigkeiten sowie Beschäftigte in Kleinstbetrieben mit weniger als zehn Beschäftigten (24 Prozent).

Die Folgen der Digitalisierung am Arbeitsplatz werden differenziert bewertet: Positive Effekte wie körperliche Entlastung und eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Care-Arbeit (u. a. durch Home-Office) werden ebenso wahrgenommen wie negative Auswirkungen. Dazu gehören eine wahrgenommene erhöhte Arbeitsbelastung und eine zunehmende Verschmelzung von Arbeit und Freizeit. Ein Viertel der Thüringer Arbeitnehmer:innen fühlt sich durch den Einsatz digitaler Technologien zudem stärker von ihren Arbeitgeber:innen kontrolliert. Für die Zukunft geht eine deutliche Mehrheit von zwei Drittel der befragten Berufstätigen davon aus, dass sich ihre Arbeitsaufgaben im Zuge der Digitalisierung etwas oder sogar stark verändern werden. Nur eine Minderheit von 19 bzw. 14 Prozent der Erwerbstätigen erwartet lediglich minimale bis keine Veränderungen. Sieben Prozent befürchten jedoch, durch die Digitalisierung ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Diese Furcht vor einem Arbeitsplatzverlust aufgrund der Digitalisierung geht mit erhöhten rechtsextremen bzw. (rechts-)populistischen Einstellungen einher.

(Soziale) Digitale Spaltung in der Gesellschaft weiterhin erkennbar – Kompetenzen stärken

Trotz der verstärkten Digitalisierung gerade im Zuge der Corona-Pandemie ist weiterhin eine „digitale Spaltung“ in der Thüringer Bevölkerung erkennbar: So nutzen die Thüringer:innen digitale Formate nicht nur unterschiedlich häufig, sondern ein relevanter Anteil der Bevölkerung fühlt sich nicht kompetent genug im Umgang: So äußert mehr als die Hälfte der – berufstätigen wie nicht berufstätigen – Thüringer:innen die Angst, von der Entwicklung digitaler Technologien abgehängt zu werden. Vier von fünf Thüringer:innen sind sich oft unsicher, ob es sich bei Informationen aus den sozialen Medien um Falschinformationen handelt. Das Gefühl fehlender digitaler Kompetenzen hängt dabei stark mit sozialer Ungleichheit zusammen, da es signifikant stärker bei älteren, formal niedriger gebildeten und einkommensschwächeren Thüringer:innen in ländlichen Regionen ausgeprägt ist. Damit diese Personengruppen von der fortschreitenden Digitalisierung in der Arbeitswelt, aber auch von öffentlichen (wie Verwaltungsangebote) und privatwirtschaftlichen Leistungen (wie Online-Banking) nicht abgehängt werden, ist – neben einer niederschweligen und nutzer:innenfreundlichen Ausgestaltung dieser Leistungen – insbesondere die Förderung der digitalen Kompetenzen wichtig. In der Thüringer Arbeitswelt werden solche Formate bereits angeboten und genutzt: So gaben 16 Prozent

der Arbeitnehmer:innen an, im vergangenen Jahr an einer Weiterbildung im Kontext der Digitalisierung teilgenommen zu haben.

Allgegenwärtiger Fachkräftemangel – Hohe Unterstützung für Gegenmaßnahmen

Der Fachkräftemangel ist, das bestätigt der aktuelle THÜRINGEN-MONITOR erneut eindrucksvoll, in Thüringen allgegenwärtig: 80 Prozent der Thüringer:innen spüren den Fachkräftemangel in ihrem Alltag, etwa bei der Suche nach Handwerker:innen, Fachärzt:innen oder Pflegekräften. Dies wird in den kleinen ländlichen Gemeinden noch einmal häufiger als in den größeren Städten beklagt. Auch an ihrem Arbeitsplatz sind drei Viertel der Berufstätigen vom Fachkräftemangel direkt betroffen; zudem gibt rund die Hälfte an, dass es in ihrem Betrieb Schwierigkeiten gibt, offene Ausbildungsstellen zu besetzen. Dies hat Konsequenzen für Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen, da es meist zu einer höheren Arbeitsbelastung für die verbliebenen Arbeitskräfte (86 Prozent) führt und dazu, dass Aufträge bzw. bestimmte Aufgaben nicht angenommen bzw. ausgeführt werden können (69 Prozent).

Dass daher Handlungsbedarf besteht, ist in der Thüringer Gesellschaft unstrittig. Insbesondere drei Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels werden fast einhellig von jeweils mehr als 90 Prozent befürwortet: die Region für Beschäftigte zum Leben und Arbeiten attraktiver machen, Arbeitslose und Geringqualifizierte verstärkt weiterbilden und eine bessere Bezahlung in Branchen mit Fachkräftemangel. Diese monetäre Aufwertung bestimmter Berufe wird in den offenen Fragen zudem systematisch mit dem Wunsch nach einer höheren gesellschaftlichen Anerkennung von nicht-akademischen Berufen verknüpft. Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters wird hingegen vehement abgelehnt. Der Möglichkeit zur freiwilligen Fortsetzung der Beschäftigung über das Renteneintrittsalter hinaus stehen die Menschen in Thüringen hingegen mehrheitlich positiv gegenüber.

Kontroverse Positionen zur Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland

Die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte wird im Gegensatz zu den anderen Maßnahmen kontroverser bewertet: Einerseits sprechen sich jeweils ca. zwei Drittel der Thüringer:innen für eine verstärkte Zuwanderung ausländischer Fachkräfte sowie eine Attraktivitätssteigerung der Regionen für ausländische Arbeitskräfte durch mehr Weltoffenheit und Willkommenskultur aus. Damit liegt die Unterstützung für die Anwerbung ausländischer Fachkräfte in Thüringen im Bundesschnitt (infratest dimap 2023a). Ein Drittel der Befragten hingegen befürwortet diese Maßnahmen nicht. Diese Position ist signifikant häufiger bei Beschäftigten von Kleinstunternehmen im ländlichen Raum sowie bei Befragten mit (rechts-)populistischen Einstellungen verbreitet. Allerdings befürwortet selbst unter diesen Befragten die Hälfte beide Maßnahmen. Diese Befunde sprechen zum einen für die sogenannte Kontakthypothese, da durch häufigere und intensivere Kontakte mit Zuwander:innen in großen Unternehmen und größeren Städten

eher fremdenfeindliche Einstellungen abgebaut werden können. Zum anderen deuten die Ergebnisse darauf hin, dass Vorbehalte zumindest teilweise abgebaut werden können, wenn die ökonomischen Vorteile für die Region und den Wirtschaftsstandort Thüringen deutlicher aufgezeigt werden. Dies erscheint gerade vor dem Hintergrund der Herausforderungen durch Migrations- und Fremdenfeindlichkeit bei den Thüringer Bemühungen um eine verstärkte Anwerbung von Auszubildenden und Fachkräften aus dem Ausland als ein wichtiger Ansatz.

Klimafreundlicher Umbau der Wirtschaft – Begrenzte Unterstützung von weiteren Klimaschutzmaßnahmen

Der klimafreundliche Umbau der Wirtschaft betrifft die Thüringer Wirtschaft in besonderem Maße, da vergleichsweise viele Menschen im Automobilssektor und in der Herstellung von Grundstoffen (u. a. Chemie-, Stahl-, Metall- und Glasindustrie) beschäftigt sind. Beide Bereiche werden von einem klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft stark betroffen sein, was mit großen Herausforderungen und hohen Investitionskosten verbunden ist. Zwar wünscht sich eine große Mehrheit der Befragten (87 Prozent), dass Unternehmen in Thüringen ihre Beschäftigten bei einem klimafreundlichen Lebensstil unterstützen. Gleichzeitig äußern jedoch zwei Drittel der befragten Thüringer:innen, dass die Politik die Unternehmen nicht durch weitere Klimaschutzmaßnahmen belasten sollte. Höhere Unterstützung für staatliche Regulierungen findet sich jedoch bei jüngeren und formal höher gebildeten Menschen sowie bei solchen, die sich auf der Links-Rechts-Achse (eher) links einordnen.

Herausforderungen der Arbeitswelt wirken sich auf politische Einstellungen aus

Die Wahrnehmungen dieser Herausforderungen der Arbeitswelt wirken sich auf die politischen Einstellungen der Thüringer:innen aus: Die Wahrnehmung eines Fachkräftemangels im Alltag führt zu einer höheren Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Funktionieren der Demokratie. Dies deutet daraufhin, dass die Thüringer:innen die Politik für die wirtschaftliche Entwicklung (mit)verantwortlich machen. Die Furcht vor einem Arbeitsplatzverlust durch Digitalisierung wirkt sich verstärkend auf rechtsextreme und rechtspopulistische Einstellungen aus. Hingegen hemmt betriebliche Mitbestimmung – durch einen wirksamen Betriebsrat, aber auch durch andere Formen – (rechts-)populistische Einstellungen.

Langzeitreihen des THÜRINGEN-MONITORS bestätigen nachhaltigen Einfluss der Polylkrise

Eine wichtige Aufgabe des THÜRINGEN-MONITORS ist es, die Langzeitentwicklung der politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus empirisch zu untersuchen. Nach den außergewöhnlich hohen Zustimmungswerten für die Demokratie und das Vertrauen in staatliche Institutionen und den

außergewöhnlich niedrigen Werten in den Einstellungen zu Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit während der Corona-Pandemie, wurden im THÜRINGEN-MONITOR 2022 deutliche Verschiebungen in den politischen Einstellungen festgestellt. Unsere dort formulierte Annahme, dass diese sowohl auf eine Angleichung an das Vor-Corona-Niveau nach den Pandemie Jahren als auch auf die Auswirkungen der Polykrise zurückgeführt werden können, bestätigt sich durch die Fortschreibung der Langzeitreihen im THÜRINGEN-MONITOR 2023 eindrucksvoll.

Hohe Zustimmung zur Idee der Demokratie, aber geringe Demokratiezufriedenheit

Die Demokratieunterstützung ist im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR mit 88 Prozent auf einem weiterhin sehr hohen Niveau. Fast neun von zehn Thüringer:innen stimmen der Aussage zu, dass die Demokratie die beste Staatsidee ist.

Hingegen sinkt die Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie das dritte Jahr in Folge und setzt den nach der Corona-Pandemie einsetzenden Trend fort: Das Ausmaß der Demokratiezufriedenheit ist im Zeitraum zwischen 2020 und 2023 um 23 Prozentpunkte von 68 auf 45 Prozent stark zurückgegangen. Damit zusammenhängend und in ähnlicher Weise sind auch das Vertrauen in die Bundes- und Landesregierung gesunken. Gegenwärtig geben weniger als ein Fünftel (17 Prozent) der Befragten an, dass sie der Bundesregierung ihr Vertrauen schenken. Auch im Falle der Landesregierung äußert nur noch ein knappes Drittel (30 Prozent) der Thüringer:innen, dass sie ihr vertrauen. Diese Entwicklungen entsprechen dabei den in anderen Studien wie dem Deutschland-Monitor (vgl. Hebenstreit et al., 2024) gemessenen Werten. Insgesamt zeigt sich, dass die Thüringer Bürger:innen zwar mit dem gegenwärtigen Funktionieren der demokratischen Praxis unzufrieden sind, die generelle Staatsform „Demokratie“ aber weiterhin in einem erheblichen Maße unterstützen.

Die Analysen zeigen, dass ein Mangel an wahrgenommener Responsivität, das Gefühl der Benachteiligung als Ostdeutsche:r sowie der Eindruck, keinen Einfluss auf das politische System nehmen zu können, die niedrige Demokratiezufriedenheit und das geringe Vertrauen in die Politik erklären. Ein „offenes Ohr“ für die Sorgen und Interessen der Bürger:innen, verstärkte Einflussmöglichkeiten und das Abbauen von Ungleichheiten sind daher wichtige Ansatzpunkte gegen die gestiegene Unzufriedenheit mit der Praxis der Demokratie.

Rechtsextremismus auf das Vor-Corona-Niveau angestiegen

Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen ist in Thüringen im Vergleich zu den Vorjahren deutlich angestiegen. So zeigt das auf der Konsensdefinition aufbauende und im THÜRINGEN-MONITOR bewährte Messinstrument einen Anteil von 19 Prozent an einstellungsmäßigem Rechtsextremismus. Damit ist der deutliche Rückgang während der Corona-Pandemie aus heutiger Perspektive als kurzzeitiges Phänomen zu bewerten, zumal der aktuelle Wert dem Durchschnittswert der Jahre 2007-2019 entspricht. Der Anstieg des Rechtsextremismus ist dabei aus-

schließlich auf den gestiegenen Ethnozentrismus zurückzuführen, den nun 41 Prozent der Thüringer:innen teilen. So erfahren Aussagen **zu einem starken Nationalgefühl** („Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“) sowie fremdenfeindliche Aussagen in diesem Jahr höhere Zustimmungswerte. Neonationalsozialistische Einstellungsmuster, d.h., den Nationalsozialismus verharmlosende, antisemitische und diktaturbefürwortende Einstellungen, sind hingegen weiterhin nur unter drei Prozent der Thüringer:innen verbreitet.

Erhöhte Überlappung rechtsextremer, populistischer und neurechter Einstellungen

Wie in den Vorjahren, zeigt auch der THÜRINGEN-MONITOR 2023 Überschneidungen und Anknüpfungspunkte zwischen populistischen, neurechten sowie rechtsextremen Einstellungen. Neben der großen Gruppe an Thüringer:innen, die keine dieser Einstellungen teilen, lassen sich drei Einstellungsmuster unterscheiden: populistische Einstellungen, autoritärer Ethnozentrismus und rechtsextreme Demokratieablehnung.

Insgesamt sind – wie im Vorjahr – 60 Prozent der Thüringer:innen populistisch eingestellt. Dieses Einstellungsmuster ist insbesondere durch den Anti-Elitismus geprägt. So stimmen u. a. mit 65 Prozent erneut fast zwei Drittel der Befragten der Aussage zu, dass die „Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft [...] *gegen* die Interessen der einfachen Bevölkerung“ handeln. 85 Prozent glauben, dass sich die Politiker:innen immer dann einig sind, „wenn es darum geht, ihre Privilegien zu schützen“. Im Vergleich zum Vorjahr ist jedoch die Verbindung des einstellungsmäßigen Populismus mit ethnozentrischen Einstellungen deutlich angestiegen. Statt einem Anteil von 30 Prozent im vergangenen Jahr sind in diesem Jahr daher ca. die Hälfte dieser populistisch eingestellten Personen als *rechtspopulistisch* einzuordnen.

Für die Erklärung des Rechtsextremismus und des (Rechts-)Populismus sind vor allem die bereits mehrfach im THÜRINGEN-MONITOR untersuchten Faktoren relevant: Autoritarismus, der Wunsch nach traditioneller Lebensführung und die soziale Dominanzorientierung. Auch Gefühle der Benachteiligung und die Furcht vor Statusverlust fördern diese Einstellungsmuster, während sich die Unterstützung der Demokratie und politische Partizipation hemmend auswirken.

Vorbehalte gegen Migrant:innen und Muslim:innen auch in der gesellschaftlichen Mitte angestiegen

Analog zu den rechtsextremen Einstellungen sind auch die migrant:innenfeindlichen und antimuslimischen Einstellungen nach einem Rückgang in den Corona-Jahren im Jahr 2022 und nun erneut im Jahr 2023 angestiegen. So äußern im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR mit 59 Prozent deutlich mehr als die Hälfte der Befragten, dass „die Bundesrepublik (...) durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“ ist (im Vergleich zu 42 Prozent im Jahr 2021); 50 Prozent stimmen der Aussage zu, dass „die Ausländer (...) nur hierher kommen,

um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ (im Vergleich zu 37 Prozent im Jahr 2021). Eine Mehrheit der Thüringer:innen (53 Prozent) bezweifelt zudem, dass die meisten der in Deutschland lebenden Muslim:innen die Werte des Grundgesetzes akzeptieren. Dies entspricht einer Zunahme um 14 Prozentpunkte innerhalb der letzten zwei Jahre. Diese Vorbehalte spiegeln sich ebenso in Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte auch in Thüringen wider (vgl. u. a. MDR 2024a). Der deutliche Anstieg entspricht zudem den Ergebnissen bundesweiter Untersuchungen wie der Mitte-Studie 2023 (vgl. dazu Mokros & Zick 2023). Auch wenn diese menschenfeindlichen Einstellungen bei Menschen mit höherer formeller Bildung, Vertrauen in die staatlichen Institutionen oder einer Selbstverortung links der politischen Mitte weniger häufig verbreitet sind, sind diese Vorbehalte in der gesellschaftlichen Mitte in Thüringen weit verbreitet.

Antisemitische Einstellungen weiterhin in der Gesellschaft verbreitet

Die Abwertung von Jüdinnen und Juden aus rassistischen, politischen oder religiösen Motiven ist ein kontinuierliches Problem unserer Gesellschaft, was sich u. a. im Anstieg an antisemitischer Hasskriminalität und Verschwörungserzählungen in den vergangenen Jahren besonders deutlich zeigt. Durch den Angriff der islamistischen Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der darauffolgenden militärischen Offensive Israels im Gazastreifen, geht nicht nur ein hoher Anstieg an antisemitischen Straftaten (Tagesschau 2023a), sondern auch eine gestiegene Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Gesellschaft einher. Auf der Einstellungsebene zeigt sich bei den Thüringer:innen – im Gegensatz zu den rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen – kein einheitliches Bild. Der primäre, völkisch-rassistische Antisemitismus verbleibt auf einem sehr niedrigen Niveau: So stimmt weiterhin nur eine kleine Minderheit von fünf Prozent der Aussage „die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ zu. Bei der Zustimmung zum sekundären Antisemitismus, der sich in einer Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus zeigt, ist trotz eines Rückgangs im Vergleich zum Vorjahr, eine weiterhin hohe Zustimmung von knapp 40 Prozent der Thüringer:innen festzustellen. Der israelbezogene Antisemitismus verzeichnet nach dem Rekordrückgang im vergangenen Jahr im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR 2023 einen starken Anstieg von zwölf auf 19 Prozent Zustimmung. Dies stellt dennoch den zweitniedrigsten Wert in der Zeitreihe des THÜRINGEN-MONITORS dar. Sowohl in Bezug auf antisemitische als auch auf antimuslimische Einstellungen zeigen sich in unseren Daten keine Veränderungen im Antwortverhalten nach dem Angriff der islamistischen Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, der im Erhebungszeitraum des THÜRINGEN-MONITORS 2023 stattfand. Weiterhin gilt, dass verstärkte Anstrengungen in der politischen Bildung und Prävention unternommen werden sollten, um die Resilienz gegenüber antidemokratischen Tendenzen in der Gesellschaft zu erhöhen.

Literaturverzeichnis

- Akkerman, A., Mudde, C., & Zaslove, A. (2014). How populist are the people? Measuring populist attitudes in voters. *Comparative Political Studies*, 47(9), 1324-1353.
- Alipour, J.-V., Falck, O., & Schüller, S. (2020). Homeoffice während der Pandemie und die Implikationen für eine Zeit nach der Krise, ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, 30-36.
- Anger, S., Trahms, A., & Westermeier, C. (2018). Erwerbstätigkeit nach dem Übergang in Altersrente: Soziale Motive überwiegen, aber auch Geld ist wichtig (IAB-Kurzbericht, No. 24/2018). Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
- Bartz, T. (2023, Dezember 4). Jenoptik-Chef Traeger über AfD-Erfolg: »Ich will hier ja leben, in einem offenen Land«. *Der Spiegel*. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/jenoptik-chef-stefan-traeger-ueber-afd-erfolg-ich-will-hier-ja-leben-in-einem-offenen-land-a-4c3de939-3d9f-42b6-953a-120b7d2c90a1>.
- Beierlein, C., Kemper, Ch. J., Kovaleva, A., & Rammstedt, B. (2012). Ein Messinstrument zur Erfassung politischer Kompetenz- und Einflussüberzeugungen. *Political Efficacy Kurzsкала (PEKS)*, GESIS Working Papers, 2012/18.
- Bernardt, F., Wolter, M., Glöckner, E., Knoll, S., & Ragnitz, J. (2023). Herausforderungen und Chancen im demografischen Wandel. *Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung in Thüringen - Projektion bis 2035*. Osnabrück, GWS mbH, ifo Institut.
- Bernhard, L., Schulz, L., Berger, C., & Unzicker, K. (2024). Verunsicherte Öffentlichkeit. Superwahljahr 2024: Sorgen in Deutschland und den USA wegen Desinformationen. Bertelsmann-Stiftung.
- Best, H. & Salomo, K. (2014). Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im thüringen-monitor 2000 bis 2014. *Expertise für die Thüringer Staatskanzlei*, Erfurt.
- Best, H. & Vogel, L. (2022). Was messen und wie messen wir, wenn wir ‚Rechtsextremismus‘ messen? Eine Validierung auf der Grundlage des Thüringen-Monitors. In: Beelmann, A. & Michelsen, D. (Hrsg.) *Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration*. Springer VS, Wiesbaden, 27-58. https://doi.org/10.1007/978-3-658-35564-7_3.
- Best, V.; Decker, F.; Fischer, S. & Küppers, A. (2023) *Vertrauen in Demokratie in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?*, Bonn: Friedrich Ebert Foundation.
- Beyer, H. (2015). Theorien des Antisemitismus: Eine Systematisierung. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 67(3), 573–589. <https://doi.org/10.1007/s11577-015-0332-7>.
- Bonin, H., Krause-Pilatus, A., & Rinne, U. (2021). *Arbeitssituation und Belastungsempfinden im Kontext der Corona-Pandemie im März 2021: Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von abhängig Beschäftigten; Expertise.(Forschungsbericht/ Bundesministerium für Arbeit und Soziales, FB570/2)*. Berlin, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, IZA Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-73330-3>

- Brand, M.-T. (2022). Viele Ausbildungsplätze in Thüringen unbesetzt. mdr.de. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ausbildung-fachkraefte-azubi-krise-102.html>.
- Brandy, V., Hebenstreit, J., Küppers, A., & Reiser, M. (2023). Demokratie in der Corona-Pandemie Ergebnisse der Thüringen-Monitore 2020 und 2021. In Demokratie in der Corona-Pandemie Ergebnisse der Thüringen-Monitore 2020 und 2021, transcript Verlag, 27–42. <https://doi.org/10.1515/9783839465486-002>.
- Brettschneider, F. (2023). Rechtspopulismus, Verschwörungs-Erzählungen, Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen in Deutschland, Präsentation, https://www.uni-hohenheim.de/fileadmin/uni_hohenheim/Aktuelles/Uni-News/Pressemitteilungen/2023-08_Populismus_und_Demokratie.pdf, [zuletzt zugegriffen 14.3.2024]
- Brons, L. (2015). Othering, an Analysis. *Transcience, a Journal of Global Studies*, 6(1), 69–90.
- Celik, K., & Pickel, G. (2024). Die Politische Kultur Berlins im Zeitverlauf – Ergebnisse der repräsentativen Erhebungen des Berlin-Monitors von 2019 bis 2023. In: Pickel, G., Decker, O. & Reimer-Gordinskaya, K. (Hrsg.), *Berlin in Zeiten multipler Krisen*, zu Klampen Verlag, 19-36.
- Christley, O. R. (2022). Traditional Gender Attitudes, Nativism, and Support for the Radical Right. *Politics & Gender*, 18(4), 1141–1167. <https://doi.org/10.1017/S1743923X21000374>.
- Christopher, A. N., & Wojda, M. R. (2008). Social Dominance Orientation, Right-Wing Authoritarianism, Sexism, and Prejudice Toward Women in the Workforce. *Psychology of Women Quarterly*, 32(1), 65–73. <https://doi.org/10.1111/j.1471-6402.2007.00407.x>.
- Decker, O. (2018). Flucht ins Autoritäre, in: ders. / Brähler, E. (Hrsg.). *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Psychosozial-Verlag, 15-64.
- Decker, O., Kalkstein, F., Celik, K., & Pickel, G. (2024). Die Bedrohung der demokratischen Gesellschaft. In: Pickel, G., Decker, O. & Reimer-Gordinskaya, K. (Hrsg.), *Berlin in Zeiten multipler Krisen*, zu Klampen Verlag, 129 – 155.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A., Schuler, J., & Brähler, E. (2022). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker, O., Kiess, J., Heller, A., Brähler, E. & Aderholz, D. (Hrsg.). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: neue Herausforderungen - alte Reaktionen?: Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Originalausgabe. *Forschung Psychosozial Gießen*, Psychosozial-Verlag, 31-90.
- Dengler, K., & Matthes, B. (2021). Folgen des technologischen Wandels für den Arbeitsmarkt. Auch komplexere Tätigkeiten könnten zunehmend automatisiert werden (IAB Kurzbericht). Nürnberg, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
- Destatis. (2022). 0,5 Millionen Weniger Niedriglohnjobs Im April 2022 Gegenüber April 2018. Pressemitteilung Nr. 496. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/11/PD22_496_623.html.
- DGB-Index Gute Arbeit. (2022). *Digitale Transformation – Veränderungen der Arbeit aus Sicht der Beschäftigten. Ergebnisse des DGB-Index Gute Arbeit 2022*.

- Diekmann, F. (2023, September 11). Klimaneutralität: Ist Ihre Region durch den Klima-Umbau in Gefahr? Der Spiegel. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/klimaneutralitaet-ist-ihre-region-durch-die-transformation-in-gefahr-a-ce935e66-3457-4625-b151-fccef374fae8>
- Easton, D. (1965). A system analysis of political life. New York, Wiley.
- Engstler, H. (2015). Erwerbstätigkeit im Ruhestand. Informationsdienst Altersfragen, 42, 12–20.
- Engstler, H., & Romeu Gordo, L. (2014). Arbeiten im Ruhestand—Entwicklung, Faktoren und Motive der Erwerbstätigkeit von Altersrentenbeziehern. In: Kistler, E. & Trischler, F. (Eds.), Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in der Alterssicherung—Folgen für Einkunftslagen im Alter. Hans-Böckler-Stiftung, Band 196, 115–147.
- Esaiasson, P., Kölln, A.-K., & Turper, S. (2015). External Efficacy and Perceived Responsiveness – Similar but Distinct Concepts. International Journal of Public Opinion Research 27 (3), 432-445.
- España-Nájera, A., & Vera, D. (2020). Attitudes Toward Immigration: Ethnicity Trumps Skills But Not Legality?. Social Science Quarterly, 101(2), 545–557. <https://doi.org/10.1111/ssqu.12758>.
- Felden, F., Zelt, T., Bauer, P., Siegert, S., & Untch, N. (2023). Digital Government Citizen Survey. Schneller, einfacher, nutzerorientierter – drei zentrale Forderungen an die Digitalisierung der deutschen Behördendienste. Boston Consulting Group.
- Ford, R., & Mellon, J. (2020). The skills premium and the ethnic premium: A cross-national experiment on European attitudes to immigrants. Journal of Ethnic and Migration Studies, 46(3), 512–532. <https://doi.org/10.1080/1369183X.2018.1550148>.
- Frei, M., Kriwoluzky, S., Putzing, M., Wittbrodt, L., & Prick, S. (2023). IAB-Betriebspanel. Länderbericht Thüringen. Ergebnisse der 27. Welle 2022. Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.
- Frindte, W. (2021). „Aber sonst aber sonst. Alles Lüge!“ – Fake News und Verschwörungserzählungen in Corona-Zeiten. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, Bd. 9, 14–27.
- Glöckner, E. (2023). Mit regionalen Potenzialen gegen den Fachkräftemangel? Dresden, ifo Institut, Nr. 3, 3-9.
- Groß, E., Zick, A., & Krause, D. (2012). Von der Ungleichwertigkeit zur Ungleichheit: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Aus Politik und Zeitgeschichte, 62, 11–18.
- Hainmueller, J., & Hiscox, M. J. (2010). Attitudes toward Highly Skilled and Low-skilled Immigration: Evidence from a Survey Experiment. American Political Science Review, 104(1), 61–84. <https://doi.org/10.1017/S0003055409990372>.
- Hans-Böckler-Stiftung (2023): Die Entwicklung des Vertrauens in Gewerkschaften, Policy Brief WSI, Nr. 76, 03/2023. https://www.boeckler.de/de/faust-de-tail.htm?sync_id=HBS-008601.

- Häussler, A. & Küpper, B. (2019). Neue rechte Mentalitäten in der Mitte der Gesellschaft, In: Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (Hrsg.) (2019): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Dietz-Verlag, 147-172.
- Hebenstreit, J. & Reiser, M. (2023): Politische Unterstützung im Dauerstresstest – Einstellungen zur Demokratie in Thüringen seit der Jahrtausendwende, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 33 (4), 737-762.
- Hebenstreit, J., Holtmann, E., Jaeck, T., Lutz, L.-M., Pollak, R., Reiser, M., Sand, M., & Zissel, P. (2024). Deutschland-Monitor '23. Gesellschaftliche und politische Einstellungen – Themenschwerpunkt: Stadt und Land, Berlin/ Halle/ Jena.
- Heitmeyer, W. (2002). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit - die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: W. Heitmeyer (Ed.) Deutsche Zustände, Folge 1, Vol. 2290, Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Helbling, M., & Kriesi, H. (2014). Why Citizens Prefer High- Over Low-Skilled Immigrants. Labor Market Competition, Welfare State, and Deservingness. European Sociological Review, 30(5), 595–614. <https://doi.org/10.1093/esr/jcu061>.
- Henn, S., & Hannemann, M. (2023). Populist resentments and identities and their repercussions on firms and regions. The example of East Thuringia. Journal of Economic Geography. <https://doi.org/10.1093/jeg/lbad017>.
- Heyder, A. & Decker, O. (2011). Rechtsextremismus – Überzeugung, Einstellung, Ideologie oder Syndrom? Eine theoriegeleitete empirische Überprüfung mit repräsentativen Daten. In: Langenohl, A. & Schraton, J. (Hrsg.): (Un)Gleichzeitigkeiten. Die demokratische Frage im 21. Jahrhundert. Marburg, Metropolis-Verl, 189–222.
- Hildebrandt, A. & Trüdinger, E.-M. (2021). Belonging and Exclusion: The Dark Side of Regional Identity in Germany. Comparative European Politics 19 (2), 146–63. <https://doi.org/10.1057/s41295-020-00230-5>.
- Hirndorf, D., & Roose, J. (2023). Welchen Nachrichten kann man noch trauen? [MONITOR Wahl- und Sozialforschung]. Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Holler, M., & Kistler, E. (2019). Arbeiten in Thüringen. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung von Beschäftigten in Thüringen 2018 (2). Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.
- IDZ. (2021). Proteste in der Corona-Pandemie: Gefahr für unsere Demokratie? Fact Sheet, https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Factsheets/Factsheet_Proteste_Corona_Gefahr_Demokratie_Institut_f%C3%BCr_Demokratie_und_Zivilgesellschaft_Forschungsinstitut_Gesellschaftlicher_Zusammenhalt.pdf.
- ifo Institut. (2024b). Economic Experts Survey: Substanzielles Risiko für Rezession bis Ende 2024 laut Wirtschaftsexperten (4. Quartal 2023). <https://www.ifo.de/fakten/2024-02-08/economic-experts-survey-substanzielles-risiko-fuer-rezession-bis-ende-2024>.
- ifo Institut. (2024a). Ifo-Konjunkturprognose Frühjahr 2024: Deutsche Wirtschaft wie gelähmt. <https://www.ifo.de/fakten/2024-03-06/ifo-konjunkturprognose-fruehjahr-2024-deutsche-wirtschaft-wie-gelaehmt>

- infratest dimap (2023b): ARD-DeutschlandTREND Oktober 2023. <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/oktober/>
- infratest dimap. (2023a). ARD-DeutschlandTREND Januar 2023. <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/januar/>.
- Initiative D21 e.V. (2023). D21-Digital-Index 2022-2023.
- Initiative Weltoffenes Thüringen. (2024). Weltoffenes Thüringen – #thueringenweltoffen. <https://thueringen-weltoffen.de>.
- Ivarsflaten, E. (2005). Threatened by diversity. Why restrictive asylum and immigration policies appeal to western Europeans. In: Journal of Elections, Public Opinion & Parties, 15 (1), 21–45.
- Janson, M. (2023, September 14). Infografik: Digitale Verwaltung: Bayern führt mit 235 Dienstleistungen. Statista Daily Data. <https://de.statista.com/infografik/30819/verfuegbare-onlinedienste-fuer-verwaltungsleistungen-im-rahmen-des-online-zugangsgesetzes>.
- Jun, U., Drewes, O., Minas, M., & Lermen, J. (2023). Rheinland-Pfalz-Monitor 2023.
- Kiess, J., Wesser-Saalfrank, A., Bose, S., Schmidt, A., Brähler, E., & Decker, O. (2023). Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland, OBS-Arbeitspapier 64, <https://www.otto-brenner-stiftung.de/arbeitswelt-und-demokratie-in-ostdeutschland/>
- Kirchner, S. (2019). Zeit für ein Update. Was die Menschen in Deutschland über Digitalisierung denken. Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Klein, A., Küpper, B., & Zick, A. (2008). Rechtspopulismus und Demokratiekritik: Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 7. Frankfurt a.M., Suhrkamp, 77–101.
- Kreis, J. (2007). Zur Messung von rechtsextremer Einstellung. Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien. Berlin, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr 12.
- Krieger, T., & Brox, E. (2024). Far-right protests and their effect on internal migration [dataset]. <https://doi.org/10.1257/rct.12661-1.0>.
- Küpper, B. (2016). Ideologien der Ungleichwertigkeit und das Syndrom «Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit». In: Heinrich-Böll-Stiftung & Bildungswerk Weiterdenken (Hrsg.), Ideologien der Ungleichwertigkeit, Heinrich-Böll-Stiftung, 21–36.
- Küpper, B., Zick, A., & Rump, M. (2021). Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21, In: Zick, A. & Küpper, B. (Hrsg.). Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn, Dietz 75-111.
- Manow, P. (2018). Die politische Ökonomie des Populismus. Suhrkamp Verlag.
- MDR. (2024a, Februar 01). Kundgebung mit Rechtsextremisten vor Geraer Flüchtlingsunterkunft eskaliert - auch AfD-Politikerin dabei. mdr.de. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/gera/demo-fluechtlinge-rechtsextreme-afd-100.html>.

- MDR. (2024b, Januar 20). Rund 9.000 Teilnehmer bei Demonstration gegen Rechtsextremismus in Erfurt. mdr.de. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/demonstration-afd-erfurt-demokratie-rechts-100.html>.
- Mokros, N., & Zick, A. (2023). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zwischen Krisen- und Konfliktbewältigung. In: Zick, A., Küpper, B. & Mokros, N. (Hrsg.), Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn, Dietz, 2. korr. Auflage, 149-184.
- Möller, J., Hameleers, M., & Ferreau, F. (2020). Typen von Desinformation und Misinformation. Verschiedene Formen von Desinformation und ihre Verbreitung aus kommunikationswissenschaftlicher und rechtswissenschaftlicher Perspektive. Berlin, die medienanstalten.
- Mudde, C. & Kaltwasser, C. R. (Eds.). (2012). Populism in Europe and the Americas: Threat or corrective for democracy? Cambridge/New York, Cambridge University Press.
- Müke, M., Tranow, U., Schnabel, A., & El-Menouar, Y. (2023). Zusammenleben in religiöser Vielfalt: Warum Pluralität gestaltet werden muss. Bertelsmann Stiftung. <https://doi.org/10.11586/2023026>.
- Norris, P. (2017). The conceptual framework of political support, In: Zmerli, S. & van der Meer, T. W. G. (Hrsg.), Handbook on political trust. Cheltenham, Edward Elgar Publishing, 19-32.
- Norris, P. & Inglehart, R. (2019). Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism. Cambridge, Cambridge University Press.
- Nübling, M., Lincke, H. J., Schröder, H., Knerr, P., Gerlach, I., & Laß, I. (2015). Gewünschte und erlebte Arbeitsqualität. Abschlussbericht der repräsentativen Befragung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS). Freiburg, Bonn, Münster (BMAS-Forschungsbericht 456).
- Pettigrew, Thomas & Tropp, Linda (2006). A meta-analytic test of intergroup contact theory, in: Journal of Personality and Social Psychology 90(5), 751-783.
- Pfahl-Traughber, A. (2002). Antisemitismus in der deutschen Geschichte. Leske und Budrich.
- Pfahl-Traughber, A. (2007). Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus. Aus Politik und Zeitgeschichte, 57, 4–11.
- Pfahl-Traughber, A. (2022). Antisemitismus im Deutschland der Gegenwart – Einstellungen, Extremismus, Straftaten. In: Hilgendorf, E. & Tiz, E. (Hrsg.), Vom richtigen Umgang mit den „Anderen“. Ergon – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, 161–178. <https://doi.org/10.5771/9783956509346-161>
- Pickel, G. (2024). Antimuslimische Einstellungen und antimuslimischer Rassismus. In: Pickel, G., Decker, O., & Reimer-Gordinskaya, K. (Hrsg.), Berlin in Zeiten multipler Krisen. zu Klampen Verlag, 61–89.
- Pickel, G., Decker, O., & Reimer-Gordinskaya, K. (Hrsg.). (2024). Berlin in Zeiten multipler Krisen. zu Klampen Verlag. (Berlin-Monitor 2023)

- Raab, J. (2021, December 14). „Dort wird zu Gewalt aufgerufen!“ Ampel-Parteien wollen Telegram-Verbot—Grüne hadern. Merkur.de. <https://www.merkur.de/politik/telegram-verbot-messenger-deutschland-corona-leugner-rechtsextremismus-sperre-spd-fdp-cdu-gruene-91179400.html>.
- Redersdorff, S. & Guimond, S. (2006). Comparing oneself over time: The temporal dimension in social comparison. In: Guimond, S. (Hrsg.): Social comparison and social psychology: Understanding cognition, intergroup relations, and culture. New York, US, Cambridge University Press, 76–96.
- Reiser, M., Küppers, A., Brandy, V., Hebenstreit, J., & Vogel, L. (2023). Politische Kultur in Stadt und Land. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2022. KOMREX, Friedrich-Schiller-Universität.
- Reiser, M., Küppers, A., Hebenstreit, J., Salheiser, A., & Vogel, L. (2021a). Demokratie in der Corona-Pandemie. Ergebnisse des Thüringen Monitors 2021. KOMREX, Friedrich-Schiller-Universität Jena, 254.
- Reiser, M., Küppers, A., Hebenstreit, J., Salheiser, A., & Vogel, L. (2021b). Die Corona-Pandemie in Thüringen. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2020. KOMREX, Friedrich-Schiller-Universität Jena, 220.
- Rippl, S., & Seipel, C. (2023). Rassismus und migrationsfeindliche Einstellungen in Deutschland. In: Röder, A. & Zifonun, D. (Hrsg.), Handbuch Migrationssoziologie, Springer Fachmedien Wiesbaden, 1-29. https://doi.org/10.1007/978-3-658-20773-1_29-1.
- Rommelspacher, B. (2009). Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, C. & Mecheril, P. (Hrsg.), Rassismuskritik. 1. Rassismustheorie und -forschung. Wochenschau Verl, 25-38.
- Rydgren, J. (2007). The Sociology of the Radical Right. In: Annual Review of Sociology, 33 (1), 241–262.
- Salzborn, S. (2021). Verschwörungsmymen und Antisemitismus. Aus Politik und Zeitgeschichte, 71(35/36), 41-47.
- Schatz, R.; Petersen, T. & Schmidt, R. (2023): Bricht die Mauer des Schweigens? Freiheitsindex 2023 – das Forschungsprojekt des Instituts für Demoskopie Allensbach und Media Tenor International, Zürich: InnoVatio Verlags AG.
- Schlinkert, S., Krüger, S., Klaus, S., Mühle, R., Voss, M., Mertes, M., & Schlinkert, R. (2023). Sachsen-Monitor 2023.
- Singe, I. (2020). Demografie, Arbeitsmarkt und „neue Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ in Ostdeutschland – Werden die Grenzen des Kompetenzmanagements verschoben? In: Grenzüberschreitungen im Kompetenzmanagement: Trends und Entwicklungsperspektiven, edited by Knackstedt, R., Kutzner, K., Sitter, M. & Truschkat, I. Kompetenzmanagement in Organisationen. Berlin/Heidelberg, Springer, 129–44. https://doi.org/10.1007/978-3-662-59543-5_9.
- Statista. (2023a). Arbeitslosenquote Nach Bundesländern Im Jahr 2022. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2192/umfrage/durchschnittliche-arbeitslosenquote-nach-bundeslaendern/>.

- Statista. (2023b). Verteilung Der Erwerbstätigen in Deutschland Nach Wirtschaftsbereichen Im Jahr 2022. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/150764/umfrage/erwerbstaetige-nach-wirtschaftsbereichen-in-deutschland-2008/>.
- Statista. (2024). Anteil der Deutschen, die noch nie das Internet genutzt haben in den Jahren 2005 bis 2023. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/158813/umfrage/anteil-der-nicht-nutzer-des-internets-in-deutschland/>
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder. (2023a). Erwerbstätigenquote (20 Bis 64 Jahre). <https://www.statistikportal.de/en/node/143094>.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder. (2023b). Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne Und -Gehälter in Den Ländern Der Bundesrepublik Deutschland 1991 Bis 2022 Reihe 1, Länderergebnisse Band 2. https://www.statistikportal.de/sites/default/files/2023-03/vgrdl_r1b2_bs2022.xlsx.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder. (2023c). Erwerbstätige (Am Arbeitsort) in Deutschland Nach Ländern. <https://www.statistikportal.de/de/etr/ergebnisse/erwerbstaetige-personen/erwerbstaetige-jahresdurchschnitt>.
- Steiner, N. (2023). The shifting issue content of left–right identification: cohort differences in Western Europe. In: West European Politics, online first, <https://doi.org/10.1080/01402382.2023.2214875>.
- Sumner, W. G. (1906). Folkways, a study of the sociological importance of usages, manners, customs, mores and morals. New York, Ginn and Ts.
- Tagesschau (2023a, Dezember 12) Massiver Anstieg bei antisemitischen Straftaten, <https://www.tagesschau.de/inland/antisemitismus-anstieg-straftaten-100.html>.
- Tagesschau. (2023b, Dezember 28). Digitalisierung von Behördendienstleistungen stockt. tagesschau.de. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/digitales/digitalisierung-behoerden-verivox-100.html>.
- Tagesschau. (2023c, Juli 3). Wirtschaftsweise fordert 1,5 Millionen Zuwanderer im Jahr. tagesschau.de. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/wirtschaftsweise-schnitzer-zuwanderung-fachkraefte-100.html>.
- Tagesschau (2024, Januar 25). Nach Terrorüberfall auf Israel. Antisemitismus in Deutschland nimmt zu. tagesschau.de. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/antisemitismus-straftaten-102.html>.
- Taggart, P. (2002). „Populism and the Pathology of Representative Politics“. In: Mény, Y. & Surel, Y. Basingstoke (Hrsg.), Democracies and the Populist Challenge. Hampshire, Palgrave Macmillan UK, 62–80.
- Thüringer Landesamt für Statistik. (2019). Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2018 Bis 2040 Nach Kreisen (Am 31.12. Des Jeweiligen Jahres) in Thüringen. <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kz200121%7C%7C>.
- Thüringer Landesamt für Statistik. (2023a). Arbeitslose Und Arbeitslosenquote Im Jahresdurchschnitt Nach Kreisen Ab 2021 in Thüringen. <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=KR000311>.

- Thüringer Landesamt für Statistik. (2023b). Bruttoinlandsprodukt Thüringens 2022 Verhal-
 tenes Wirtschaftswachstum Im Vergleich Zum Vorjahr. Pressemitteilung 057/2023.
https://statistik.thueringen.de/presse/2023/pr_057_23.pdf.
- Thüringer Landesamt für Statistik. (2023c). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen - Er-
 werbstätige (Inlandskonzept) in Thüringen. [https://www.statistik.thueringen.de/daten-
 bank/Portrait-Zeitreihe.asp?tabelle=vr002007%7C%7C](https://www.statistik.thueringen.de/daten-bank/Portrait-Zeitreihe.asp?tabelle=vr002007%7C%7C).
- Thüringer Landesamt für Statistik. (2023d). Rückgang Des Bruttoinlandsprodukts in Thürin-
 gen Im 1. Halbjahr 2023. Pressemitteilung 205/2023. [https://statistik.thuerin-
 gen.de/presse/2023/pr_205_23.pdf](https://statistik.thuerin-gen.de/presse/2023/pr_205_23.pdf).
- Thüringer Landesamt für Statistik. (2024). Ausgewählte Merkmale der Bevölkerung nach
 Kreisen – Vierteljahresdaten in Thüringen. [https://statistik.thueringen.de/daten-
 bank/TabAnzeige.asp?tabelle=kv000101%7C%7C](https://statistik.thueringen.de/daten-bank/TabAnzeige.asp?tabelle=kv000101%7C%7C)
- Tooze, A. (2022, Oktober 28). Welcome to the world of the polycrisis. Financial Times.
<https://www.ft.com/content/498398e7-11b1-494b-9cd3-6d669dc3de33>.
- Unabhängiger Expertenkreises Muslimfeindlichkeit. (2023). Muslimfeindlichkeit - Eine deut-
 sche Bilanz: Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit.
<https://doi.org/10.15496/PUBLIKATION-89325>.
- Vehrkamp, R. & Merkel, W. (2020). Populismusbarometer 2020. Populistische Einstellungen
 bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020, Bertelsmann-Stiftung.
[https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublika-
 tionen/ZD_Studie_Populismusbarometer_2020.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublika-tionen/ZD_Studie_Populismusbarometer_2020.pdf)
- Walker, I., & Pettigrew, T. F. (1984). Relative deprivation theory: An overview and concep-
 tual critique. *British Journal of Social Psychology*, 23(4), 301–310.
<https://doi.org/10.1111/j.2044-8309.1984.tb00645.x>.
- Wissenschaft im Dialog (2023): Wissenschaftsbarometer 2023. [https://www.wissenschaft-im-
 dialog.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Wissenschaftsbarometer/2023/WiD-Wis-
 senschaftsbarometer2023_Broschuere_web.pdf](https://www.wissenschaft-im-dialog.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Wissenschaftsbarometer/2023/WiD-Wis-senschaftsbarometer2023_Broschuere_web.pdf).
- Zick, A. (2012). Islam- und muslimfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung. Ein Bericht
 über Umfrageergebnisse. In: Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.), Muslimfeindlich-
 keit—Phänomen und Gegenstrategien, 35–46.
- Zick, A. & Mokros, N. (2023). Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In: Zick, A., Küp-
 per, B. & Mokros, N. (Hrsg.) Die distanzierte Mitte: rechtsextreme und demokratiege-
 fährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Edited by Schröter, F., 2. korr. Auf-
 lage. Bonn, Dietz, 53-90.
- Zick, A., Küpper, B., & Berghan, W. (Hrsg.). (2019). Verlorene Mitte - feindselige Zustände:
 Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn, Dietz.
- Zillmann, M., & Kindt, A.-M. (2022). Sind die Berufe der Frauen und Männer potenziell
 gleich stark vom digitalen Wandel betroffen? Aktuelle Analyse der Substituierbar-
 keitspotenziale für Sachsen (IAB-Regional). Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsfor-
 schung.

Zmerli, S. (2020). Politisches Vertrauen, in: Faas, T., Gabriel, O. W. & Maier, J. (Hrsg.), Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung, Baden-Baden, Nomos, 248-272.

Bisherige THÜRINGEN-MONITORE

- THÜRINGEN-MONITOR 2000: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106.
- THÜRINGEN-MONITOR 2001: Jugend und Politik. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1970.
- THÜRINGEN-MONITOR 2002: Familie und Politik. Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882.
- THÜRINGEN-MONITOR 2003: Einstellungen zur Demokratie. Drucksache des Thüringer Landtags 3/3765.
- THÜRINGEN-MONITOR 2004: Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Einstellungen zur Reform des Sozialstaats. Drucksache des Thüringer Landtags 4/551.
- THÜRINGEN-MONITOR 2005: 1990–2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer. Drucksache des Thüringer Landtags 4/1347.
- THÜRINGEN-MONITOR 2006: Thüringens Zukunft aus Bürgersicht: Erwartungen, Herausforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten. Drucksache des Thüringer Landtags 4/2485.
- THÜRINGEN-MONITOR 2007: Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft. Drucksache des Thüringer Landtags 4/3860.
- THÜRINGEN-MONITOR 2008: Soziale Marktwirtschaft in Thüringen: Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Drucksache des Thüringer Landtags 4/4734.
- THÜRINGEN-MONITOR 2010: Beziehungen und Verhältnis der Generationen in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 5/1120.
- THÜRINGEN-MONITOR 2011: Staatsaufgaben und Staatsausgaben. Drucksache des Thüringer Landtags 5/3396.
- THÜRINGEN-MONITOR 2012: Thüringen International: Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz. Drucksache des Thüringer Landtags 5/5244.
- THÜRINGEN-MONITOR 2013: „Wie leben wir? Wie wollen wir leben?“ – Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierungen der Thüringer Bevölkerung. Drucksache des Thüringer Landtags 5/7051.
- THÜRINGEN-MONITOR 2014: Die Thüringer als Europäer. Drucksache des Thüringer Landtags 6/287.
- THÜRINGEN-MONITOR 2015: Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit. Drucksache des Thüringer Landtags 6/1347.
- THÜRINGEN-MONITOR 2016: Gemischte Gefühle: Thüringen nach der „Flüchtlingskrise“. Drucksache des Thüringer Landtags 6/2989.
- THÜRINGEN-MONITOR 2017: Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen. Drucksache des Thüringer Landtags 6/4700.
- THÜRINGEN-MONITOR 2018: Heimat Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 6/6383.
- THÜRINGEN-MONITOR 2019: Gesundheit und Pflege in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 7/46.
- THÜRINGEN-MONITOR 2020: Die Corona-Pandemie in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 7/3054.
- THÜRINGEN-MONITOR 2021: Demokratie in der Corona-Pandemie: Drucksache des Thüringer Landtags 7/4518.

THÜRINGEN-MONITOR 2022: Politische Kultur in Stadt und Land: Drucksache des Thüringer Landtags 7/8028.

Alle bisherigen THÜRINGEN-MONITORE sind auf der Homepage der Thüringer Staatskanzlei unter <https://thueringen.de/regierung/th-monitor> abrufbar.

Anhang 1: Methodik des THÜRINGEN-MONITORS

Der THÜRINGEN-MONITOR basiert auf einer repräsentativen telefonischen Befragung der wahlberechtigten Thüringer Bürger:innen ab 18 Jahren. Für den THÜRINGEN-MONITOR werden ausschließlich Festnetzanschlüsse angerufen, da Mobilfunknummern keine auf Thüringen begrenzte Flächenstichprobe zulassen. Im Gegensatz zu den Handy-Vorwahlnummern der nationalen Mobilfunkanbieter geht aus den Festnetz-Vorwahlnummern nämlich die Zugehörigkeit zu Thüringen hervor. Zur Sicherheit wird bei Vorwahlnummern von Ortsnetzen, die an der Landesgrenze liegen, noch einmal bei den interviewten Personen nachgefragt, ob sie Thüringer:innen sind. Bei regionalen Befragungen (wie dem THÜRINGEN-MONITOR) ist es bis in die jüngste Vergangenheit nicht möglich, auch Mobilfunkanschlüsse zu kontaktieren, weil dafür der Aufenthaltsort der Mobilfunkteilnehmer:innen bestimmt werden muss. Dies ist vor dem Hintergrund der Bestimmungen der geltenden Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zum Erhebungszeitpunkt nicht möglich. Alternativ müsste zu Beginn jedes Interviews zunächst eine entsprechende Abfrage erfolgen, was entsprechend aufwändig und kostenintensiv wäre. Allerdings ist eine Kombination von Festnetzanschlüssen und Mobilfunknummern bei Repräsentativbefragungen in Bundesländern mit hohen Einwohner:innenzahlen (z. B. Nordrhein-Westfalen, Bayern) mittlerweile möglich. Da Thüringen ein sehr kleines Bundesland ist, basiert der THÜRINGEN-MONITOR weiterhin ausschließlich auf Festnetz-Telefoninterviews, wie beispielsweise auch der Berlin-Monitor 2019.

Andere repräsentative Bevölkerungsbefragungen finden gar nicht per Telefon statt, sondern die Befragten werden in ihren Haushalten aufgesucht und dort persönlich befragt. Die Antworten werden dabei von den Interviewer:innen in mitgebrachte Notebooks oder Tablets eingegeben. Solche persönlichen Befragungen sind jedoch sehr viel teurer als telefonische Befragungen, selbst wenn dabei solche Personen befragt werden können, die nur über Handy telefonieren oder gar kein Telefon nutzen. Befragungen im Internet (Websurveys) stellen hingegen derzeit keine gute Alternative dar, da sich mit ihnen nur ein sehr spezieller Teil der Bevölkerung erreichen lässt und die Repräsentativität der gewonnenen Stichprobe dadurch nicht zweifelsfrei gewährleistet werden kann.

Eine oftmals gestellte Frage bezieht sich auf den bereits erwähnten Umstand, dass viele Thüringer:innen gar kein Festnetztelefon mehr besitzen bzw. nutzen. Wenn man sie nicht über Mobiltelefon befragen könne, wäre es demnach doch sinnvoller, sie persönlich aufzusuchen. In einem begleitenden Methodenprojekt zum THÜRINGEN-MONITOR 2018 und dem dazugehörigen Gutachten (vgl. Reiser et al. 2018) konnte allerdings gezeigt werden, dass die telefonische Befragung und eine persönliche Befragung von jungen Thüringer:innen im Alter von 18 bis 24 Jahren keine signifikant unterschiedlichen Ergebnisse lieferten. Dazu wurden junge Thüringer:innen in ihren Haushalten befragt, der Fragebogen war derselbe wie in der telefonischen Befragung. Doch weder das Antwortverhalten an sich noch die Bereitschaft, die Fragen überhaupt zu beantworten, variierte so stark zwischen den beiden Befragungssituationen, als dass in der Konsequenz eine grundlegende Veränderung des Befragungsdesigns notwendig wäre. Des Weiteren wiesen die beiden Vergleichsgruppen eine fast gleiche Zusammensetzung nach Bildungsabschlüssen auf; bei den persönlich Befragten war der Anteil der Berufstätigen geringfügig höher als bei den telefonisch Befragten, außerdem hatten sie ein etwas niedrigeres

durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen. In der Gesamtschau kam das Methoden-Gutachten zu dem Ergebnis, für den THÜRINGEN-MONITOR an der telefonischen Befragung festhalten zu können. Die Konstanz der Untersuchungsmethode seit dem Jahr 2000 dient vorrangig der Qualitätssicherung, hinzu kommt aber die Kostenersparnis gegenüber einer persönlichen Befragung.

Die automatische Zufallsauswahl der Telefonnummern für die Interviews erfolgt aus einer Telefonnummernliste mit Thüringer Festnetzanschlüssen, die dem Befragungsinstitut von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln, zur Verfügung gestellt wird. Diese Telefonnummernliste wird nach dem sogenannten Gabler-Häder-Design erstellt, zweimal jährlich aktualisiert und enthält sowohl im Telefonbuch eingetragene als auch nicht eingetragene Anschlüsse, die über ein Ortsnetz erreichbar sind. Diese Telefonnummernliste (Auswahlgrundlage) ist i. d. R. so zusammengesetzt, dass die Anzahl der Telefonnummern mit unterschiedlichen Ortsvorwahlen ungefähr den jeweiligen Einwohner:innenzahlen entspricht (z. B.: Da in Erfurt ungefähr ein Zehntel der Thüringer Bevölkerung lebt, hat auch ein Zehntel der Telefonnummern in der Auswahlgrundlage eine Erfurter Ortsvorwahl). Im Endergebnis stammen dann normalerweise drei Viertel der Befragten aus den Thüringer Landkreisen und ein Viertel aus den kreisfreien Städten, was näherungsweise auch mit den Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik übereinstimmt.

Die telefonischen Interviews finden v. a. werktags in den Nachmittags- und Abendstunden statt, um auch berufstätige und mobile Thüringer:innen erreichen zu können. Die Interviews werden von Interviewer:innen durchgeführt, die speziell für sozialwissenschaftliche Befragungen geschult worden sind und i. d. R. selbst ein sozialwissenschaftliches Fach studieren. Die Einwahl wird vom Computer automatisch vorgenommen. Das Befragungsinstitut hat keine Telefonbücher mit Namen oder Adressen der Befragten, die Befragung erfolgt völlig anonym. Befragt wird immer die Haushaltsperson, die zuletzt Geburtstag hatte („Last Birthday Method“). Bei der Gesprächsanbahnung wird auch nach der Wahlberechtigung und dem Alter gefragt und anhand der Stimme der Befragten ihr Geschlecht bestimmt, um die Quotierungsvorgaben (entsprechend der demographischen Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik) zu erreichen.⁴⁰ Genau genommen handelt es sich also um keine reine Zufallsauswahl der Befragten. Nur mit Hilfe dieser Quotierung kann eine repräsentative Stichprobe gebildet werden, auf deren Grundlage Aussagen über die gesamte Wahlbevölkerung Thüringens zulässig sind. Die Fragen werden vom Bildschirm abgelesen, die Antworten durch die Interviewer:innen in eine Datenmaske eingegeben (spezielle Interview-Software).

Im Anschluss an die Datenerhebung wird die Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße gewichtet (IPF-Gewichtung), um Repräsentativität zu erzielen. D. h., die proportionale Zusammensetzung der Stichprobe nach diesen Merkmalen wird entsprechend den genauen Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik mathematisch korrigiert. Beginnend

⁴⁰ Die Geschlechtsoption „divers“ kann aufgrund ihrer Seltenheit derzeit leider keine Berücksichtigung finden. Befragte, auf die diese Geschlechtsoption zutrifft, müssten aus vielen statistischen Auswertungen ausgeschlossen werden, u. a. weil fehlende Fälle und unbesetzte Antwortkategorien („leere Zellen“) bei vielen Prozeduren ein mathematisches Problem darstellen. Da sich der THÜRINGEN-MONITOR nicht explizit mit Fragen nicht-heteronormativer bzw. nicht-binärer Geschlechtsidentitäten befasst, verzichten wir außerdem in den Interviews auf die explizite Nachfrage nach dem Geschlecht, auch wenn dies bedauerlicherweise bedeutet, diverse Befragte unsichtbar zu machen. Das Risiko einer Falschzuschreibung bei Stimmenerkennung durch die Interviewer:innen muss aus technischen und forschungspragmatischen Gründen in Kauf genommen werden.

mit dem THÜRINGEN-MONITOR 2021 wurde die GewichtungsvARIABLE auf Basis einer veränderten Abfrage der Bildungsabschlüsse der Befragten errechnet. Die Abfrage der Bildung im THÜRINGEN-MONITOR entspricht nun der Aufgliederung der BildungsvARIABLE im Mikrozensus in höchsten Schulabschluss und höchsten berufsbildenden Abschluss. Schwankungen in den Gesamtergebnissen des THÜRINGEN-MONITORS, die auf die veränderte Berechnung der Gewichtung zurückzuführen sind, sind dabei marginal (im Bereich von null bis zwei Prozentpunkten)

In Thüringen leben zwar insgesamt ca. 1,8 Millionen Wahlberechtigte, aber tatsächlich ist es ausreichend, nur knapp über 1.000 Personen zu befragen. Wichtig ist, dass die Stichprobe die Zusammensetzung der Wahlbevölkerung nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße maßstabsgetreu widerspiegelt. Dann kann von Repräsentativität ausgegangen werden. Repräsentativität bedeutet, dass die Stichprobe ein verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit (im THÜRINGEN-MONITOR: bei Bundestagswahlen wahlberechtigte Thüringer Wohnbevölkerung) darstellt. Dies erlaubt es, aufgrund der Befragungsergebnisse von der Stichprobe (also den gemeinhin ca. 1.000 zufällig ausgewählten befragten Personen; 2022: ca. 1.900 Befragte) auf die Grundgesamtheit zu verallgemeinern. Bei dieser Verallgemeinerung (dem sogenannten „inferenzstatistischen Schluss“) handelt es sich immer um eine Schätzung. Für eine möglichst genaue Schätzung sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen Stichproben mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich. Eine wesentlich größere Stichprobe wäre teurer, würde aber in statistischer Hinsicht kaum genauere Aussagen ermöglichen.

Alle in der Befragung gemessenen Werte (z. B. Anteil einer Antwort auf eine Frage in Prozent) unterliegen Schwankungen (Fehlertoleranzen bzw. sogenannte Irrtumswahrscheinlichkeiten). Es lässt sich ein sogenannter „Stichprobenfehler“ berechnen, aus dem der Schwankungsbereich (sogenanntes Konfidenzintervall) abgeleitet wird. Es ist anzunehmen, dass der Wert in der Grundgesamtheit (hier: das „tatsächliche“ Antwortverhalten der gesamten Thüringer Wahlbevölkerung) mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit in diesem Bereich liegt. Weil der Schwankungsbereich bei Stichprobendaten immer besteht, werden im THÜRINGEN-MONITOR alle Prozentangaben ohne Kommata berichtet, also ganzzahlig gerundet. Unterschiede zwischen Anteilswerten werden nur diskutiert und interpretiert, wenn sich die Schwankungsbereiche der Anteilswerte nicht überschneiden. In diesem Fall wird von einem „statistisch signifikanten“ Unterschied ausgegangen.

Die indikatorengestützte Einstellungsmessung, wie sie im THÜRINGEN-MONITOR zum Einsatz kommt, basiert auf dem theoretischen Grundgedanken, dass das *Antwortverhalten* der Befragten gewisse Rückschlüsse auf deren jeweilige *Einstellungen* zulässt: Wer nicht der jeweiligen Meinung gewesen wäre, hätte anders antworten können; bei Unentschlossenheit, Beurteilungsschwierigkeit oder Verständnisproblemen bliebe immer noch die Möglichkeit der Antwortverweigerung. Allerdings kann die Zustimmung- oder Ablehnungstendenz sehr unterschiedlich ausgeprägt sein, da es z. B. „harte“ und „weiche“ Formulierungen gibt. Darüber hinaus gibt es eine große Bandbreite an Möglichkeiten, wie ein bestimmter Sachverhalt thematisiert und ausgedrückt werden kann. Daher ist immer diskutabel, ob wirklich das erfasst wird, was auch erfasst werden soll, also eine valide Messung stattfindet. Das Antwortverhalten verweist auf Einstellungen und lässt *Deutungen* über sie zu; es kann jedoch nicht mit ihnen *gleichgesetzt* werden. Umgekehrt gilt: Wer beispielsweise bestimmte Aussagen ablehnt, kann dennoch Einstellungen haben, die sich gegebenenfalls anders äußern und dementsprechend anders gemessen werden müssten. Erst recht muss ein bestimmtes Antwortverhalten nicht kongruent mit

tatsächlichem Handeln sein. In der anonymen Befragungssituation, wie sie beim THÜRINGEN-MONITOR vorliegt, bleibt die Zustimmung zu den Aussagen ohne soziale Folgen für die Befragten. Daher wird davon ausgegangen, dass sie weitestgehend gemäß ihrer tatsächlichen Meinung antworten und weniger entsprechend der von ihnen wahrgenommenen oder vermuteten sozialen Erwünschtheit. Ob dies wirklich so ist, lässt sich schwerlich überprüfen. Um bei einer wissenschaftlichen Messung der Komplexität von Einstellungen zu komplexen gesellschaftlichen Phänomenen näherungsweise gerecht werden zu können, werden den Befragten zu einem Thema vorzugsweise immer mehrere Fragen zur Beantwortung vorgelegt. Nur wenn sich daraus Muster ableiten lassen (z. B. die gleichzeitige Zustimmung zu mehreren Fragen, das Überschreiten eines bestimmten Schwellenwertes usw.), kann mit einiger *Plausibilität* auf zugrundeliegende Einstellungen geschlossen werden.

Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsbefragungen sind nie in Stein gemeißelt – sie erheben keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit und lassen dementsprechend nur näherungsweise Aussagen über Sachverhalte und Zusammenhänge zu. Allerdings wird durch die Methoden der sozialwissenschaftlichen Statistik eine systematische Durchführung und Auswertung gewährleistet. Die Befragungsergebnisse dienen in erster Linie einer faktenbasierten Diskussion über den jeweiligen Gegenstandsbereich; die Interpretationen der Wissenschaftler:innen sollten also vor allem als Gesprächsangebote verstanden werden. Wenn Sie Fragen zur Methodik haben, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen wurde, können Sie sich gern schriftlich an das Team der Autor:innen wenden oder uns auch am Rande öffentlicher Veranstaltungen zum THÜRINGEN-MONITOR ansprechen.

Anhang 2: Methoden-Glossar

Befragung, telefonische: Für den THÜRINGEN-MONITOR werden ausschließlich Festnetzanschlüsse angerufen, da Mobilfunknummern keine auf Thüringen begrenzte Flächenstichprobe zulassen. Die automatische Zufallsauswahl der Telefonnummern erfolgt aus einer Telefonnummernliste mit Thüringer Festnetzanschlüssen, die dem Befragungsinstitut von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln, zur Verfügung gestellt wurde. Diese Telefonnummernliste wird nach dem sogenannten Gabler-Häder-Design erstellt, zweimal jährlich aktualisiert und enthält sowohl im Telefonbuch eingetragene als auch nicht eingetragene Anschlüsse, die über ein Ortsnetz erreichbar sind. Befragt wird die Haushaltsperson, die zuletzt Geburtstag hatte („Last Birthday Method“). Außerdem werden bei der Gesprächsanbahnung auch Alter und Geschlecht erfragt, um die Quotierungsvorgaben (entsprechend den demographischen Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik) zu erreichen. Im Anschluss an die Datenerhebung wird die Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße gewichtet (IPF-Gewichtung), um *Repräsentativität* zu erzielen. Eine besondere Herausforderung für die Befragungsforschung besteht im veränderten Telefonnutzungsverhalten und der schwierigen Erreichbarkeit bestimmter Befragtengruppen (u. a. jüngere und niedrig qualifizierte Befragte). Allerdings ist es bei *regionalen* Befragungen (wie dem THÜRINGEN-MONITOR) technisch derzeit noch nicht möglich, Mobilfunkanschlüsse zu kontaktieren, weil dafür z. B. der Aufenthaltsort der Mobilfunkteilnehmer:innen bestimmt werden müsste. Außerdem bietet eine Kombination von Festnetzanschlüssen und *Mobilfunknummern* bei (deutschlandweiten) politischen Befragungen nach derzeitigem Kenntnisstand keine wesentlichen Vorteile, die in einem angemessenen Verhältnis zum entstehenden Mehraufwand gegenüber der ausschließlichen Verwendung von Festnetzanschlüssen stehen (vgl. Hunsicker & Schroth 2014). Durch ein *Oversampling* d. h. eine absichtliche Überrepräsentation der jüngsten Alterskohorte (18-24 Jahre) in der Stichprobe, kann dem Problem der Unterrepräsentation von Personen mit niedrigeren und mittleren Bildungsabschlüssen in dieser Altersgruppe in der Stichprobe entgegengewirkt werden.

Faktorenanalyse: Multivariates statistisches Verfahren, bei dem die Multidimensionalität einer Liste von Variablen überprüft werden kann (vgl. Bortz & Schuster 2016). So können z. B. verschiedene Einstellungen einen gemeinsamen „Raum“ aufspannen und dabei auf unterschiedlichen Dimensionen verortet sein. Ein komplexes Phänomen, z. B. ein Einstellungssyndrom wie *Rechtsextremismus* oder „*Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*“, kann demnach verschiedene Hauptdimensionen, Unterdimensionen etc. aufweisen.

Fehlertoleranz: beachtet den Stichprobenfehler für jeden Messwert, siehe *Konfidenzintervall*.

Grundgesamtheit: im THÜRINGEN-MONITOR die Gesamtheit der bei Bundestagswahlen wahlberechtigten Thüringer Wohnbevölkerung, über die sich – von den Befragungsergebnissen verallgemeinernd – Aussagen treffen lassen (vgl. *Repräsentativität*).

Irrtumswahrscheinlichkeit: auch α -Fehler, siehe *Konfidenzintervall*.

Konfidenzintervall: Jeder in einer repräsentativen Befragung ermittelte Messwert (z. B. ein Anteilswert der Zustimmung zu einer Aussage) kann lediglich als *Schätzwert* für den jeweiligen Wert in der *Grundgesamtheit* behandelt werden, da immer ein *Stichprobenfehler* auftritt. Es lässt sich jedoch berechnen (schätzen), in welchen Unter- und Obergrenzen der Wert in der Grundgesamtheit liegt, wenn von einer Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler) von maximal fünf Prozent ausgegangen wird (vgl. Gehring & Weins 2009). Es wird angenommen, dass sich in 95 Prozent aller theoretisch möglichen Stichproben Messwerte ergeben würden, deren Konfidenzintervalle den Wert in der Grundgesamtheit einschließen (vgl. Bortz & Schuster 2016). Im Fall überlappender 95%-Konfidenzintervalle für zwei Stichprobenwerte bezeichnet man den Unterschied zwischen zwei Messwerten als „*nicht signifikant*“; d. h. der in der Stichprobe gemessene Unterschied kann nicht für die Grundgesamtheit angenommen werden. Für eine Schätzung mit möglichst engen Konfidenzintervallen sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen *Stichproben* mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich. 95-Prozent-Konfidenzintervalle für arithmetische Mittelwerte werden in diesem Gutachten durch die Angaben „95%-KI-Untergrenze“ und „95%-KI-Obergrenze“ ausgewiesen.

Korrelation: Der statistische Zusammenhang zwischen (mindestens) zwei Variablen, der im THÜRINGEN-MONITOR meist in Kreuztabellen oder Grafiken abgebildet wird, lässt sich auch in sogen. Assoziationsmaßen oder Korrelationskoeffizienten quantifizieren (vgl. Benninghaus 2007; Gehring & Weins 2009). Im THÜRINGEN-MONITOR dargestellte und diskutierte Variablenzusammenhänge und Merkmalsunterschiede zwischen Untersuchungsgruppen werden dabei auf ihre *Signifikanz* überprüft. Eine statistische Korrelation kann ein *Hinweis* auf einen Kausalzusammenhang sein, die tatsächliche Ursache-Wirkungs-Beziehung muss aber theoretisch gut begründbar und plausibel sein; beispielsweise sollte die Ursache der Wirkung nachweisbar zeitlich vorausgehen usw. Außerdem sind Drittvariableneinflüsse zu kontrollieren, um Scheinkorrelationen und Verzerrungen auszuschließen (z. B. in multivariaten Verfahren wie der *Regression*).

Median: „Zentralwert“, der in der Mitte einer nach Größe geordneten Wertereihe steht.

OLS: Ordinary Least Squares (dt.: Methode der kleinsten Quadrate) statistisches Schätzverfahren, das in der *linearen Regression* zur Schätzung der Regressionskonstante und der Regressionskoeffizienten dient.

Regression, binomiale logistische: Statistisches Verfahren, bei dem die Einflüsse mehrerer erklärender Merkmale (unabhängige Variablen bzw. Prädiktoren) auf ein zu erklärendes Merkmal (abhängige Variable) gleichzeitig berechnet und die gegenseitige Beeinflussung von Variablen kontrolliert werden können. Anders als bei der *multiplen linearen Regression* hat das zu erklärende Merkmal (die abhängige Variable) kein metrisches Skalenniveau, sondern ist dichotom, d. h. binär (0/1) codiert. Der Effektkoeffizient Exp. (B) eines erklärenden Merkmals (unabhängige Variable) kann als Faktor interpretiert werden, um den das Vorliegen dieses Merkmals die „Wahrscheinlichkeit“ des Eintretens (odd) der Ausprägung „1“ der abhängigen Variable erhöht oder senkt (vgl. Bortz & Schuster 2016; Diaz-Bone 2019).

Regression, multiple lineare: Statistisches Verfahren, bei dem die Einflüsse mehrerer erklärender Merkmale (unabhängige Variablen) auf ein zu erklärendes Merkmal (abhängige Variable

mit metrischem bzw. pseudometrischem Skalenniveau) gleichzeitig berechnet und die gegenseitige Beeinflussung von Variablen kontrolliert werden können. Der multiplen linearen Regression liegt ein „Kausalmodell“ zugrunde, indem *Annahmen* über einen linearen Ursachen-Wirkungs-Zusammenhang zwischen den unabhängigen Variablen und der abhängigen Variable formuliert werden. Die berechneten Regressionskoeffizienten geben die jeweiligen „Nettoeffektstärken“ der erklärenden Variablen (Prädiktoren) an. Ein positiver Regressionskoeffizient signalisiert die verstärkende Wirkung einer unabhängigen Variable auf die Ausprägung der abhängigen Variable, ein negativer Regressionskoeffizient eine abschwächende Wirkung (vgl. Bortz & Schuster 2016; Diaz-Bone 2019).

Repräsentativität: bedeutet, dass die Stichprobe ein möglichst maßstabsgerechtes, verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit (im THÜRINGEN-MONITOR: bei Bundestagswahlen wahlberechtigte Thüringer Wohnbevölkerung) darstellt, das es erlaubt, aufgrund der Befragungsergebnisse von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu verallgemeinern (vgl. Schnell et al. 2018). Dieser sogenannte „inferenzstatistische Schluss“ bedarf der Schätzung des sogenannten „Stichprobenfehlers“ für alle erhobenen Stichprobendaten und der Berechnung von *Signifikanzen* und *Konfidenzintervallen*. Für eine Schätzung mit möglichst engen Konfidenzintervallen sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen *Stichproben* mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich.

Signifikanz: geringe *Irrtumswahrscheinlichkeit* (α -Fehler bei höchstens fünf Prozent), siehe *Konfidenzintervall*, *Repräsentativität*. Wenn die jeweilige statistische Berechnung ein *signifikantes* Ergebnis (Unterschied zwischen Messwerten, Effektstärke in statistischen Modellen usw.) ausweist, heißt das, dass die Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler) so gering ist, dass das aufgrund der Befragungsdaten errechnete Ergebnis nicht „zufällig“ ist, sondern auf die *Grundgesamtheit* verallgemeinert werden kann.

Stichprobe: vgl. Befragung

Zusammenhang, bivariater: vgl. Korrelation

Literaturempfehlungen zu Quantitative Methoden/Statistik:

Benninghaus, Hans (2007): Deskriptive Statistik. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler. 11. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bortz, Jürgen / Schuster, Christof (2016): Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler. 7., vollst. überarb. und erw. Auflage. Berlin: Springer.

Diaz-Bone, Rainer (2019): Statistik für Soziologen. 5. Auflage. Konstanz: UVK.

Gehring, Uwe W. / Cornelia Weins (2009): Grundkurs Statistik für Politologen und Soziologen. 5., überarb. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hunsicker, Stefan / Yvonne Schroth (2014): Dual-Frame-Ansatz in politischen Umfragen. Arbeitspapiere der Forschungsgruppe Wahlen. Nr. 2 – April 2014. Mannheim.

Kuckartz, Udo/ Rädiker, Stefan/ Ebert, Thomas/ Schehl, Julia (2013): Statistik. Eine verständliche Einführung. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.

Schnell, Rainer / Hill, Paul B. / Esser, Elke (2018): Methoden der empirischen Sozialforschung. 11., überarb. Auflage. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg.

- Tausendpfund, Markus (2018): Quantitative Methoden in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Tausendpfund, Markus (Hrsg.) (2020): Fortgeschrittene Analyseverfahren in den Sozialwissenschaften. Ein Überblick. Wiesbaden: Springer VS.
- Völkl, Kerstin/ Korb, Christoph (2018): Deskriptive Statistik. Eine Einführung für Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler, Wiesbaden: Springer VS.
- Wolf, Christof/ Best, Henning (Hrsg.) (2010): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Anhang 3: Stichprobeninformationen

	abs.	%
Gesamt	1063	
Geschlecht		
männlich	522	49
weiblich	541	51
Alter		
18-24 Jahre	76	7
25-34 Jahre	111	10
35-44 Jahre	163	15
45-59 Jahre	249	23
60 Jahre und älter	464	44
Schulabschluss		
unter 10. Klasse (inkl. ohne Schulabschluss)	241	23
10. Klasse / POS / Mittlere Reife	515	49
12. Klasse / EOS / Abitur	125	12
(Fach-)Hochschulabschluss	180	17
Erwerbstätigkeit		
erwerbstätig	550	52
in Ausbildung	55	5
arbeitslos	30	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	428	40
Berufsgruppe		
(Fach-)Arbeiter	80	13
Angestellte	451	71
Auszubildende	21	3
Beamte	24	4
Landw./Selbst./Freib.	51	8
Sonstige	6	1
Religionsgemeinschaft		
keine, andere	789	74
evangelisch	189	18
katholisch	81	8
Ortsgröße		
bis 5.000 Einwohner	448	43
bis 20.000 Einwohner	211	20
bis 50.000 Einwohner	123	12
über 50.000 Einwohner	254	25
Planungsregion		
Nordthüringen	173	16
Mittelthüringen	278	26
Ostthüringen	402	38
Südwestthüringen	206	19
Landkreise	800	76
Kreisfreie Städte	259	24

Anhang 4: Regressionsmodelle

Tabelle 5: Einflussfaktoren auf die Demokratiezufriedenheit 2023
(Multivariate lineare Regression)

Einflussfaktoren	Demokratiezufriedenheit	
	Insgesamt	Berufstätige
Auswirkungen Fachkräftemangel spürbar (mehr)	-,114*** (,020)	-,108** (,030)
Zuwanderung gegen Fachkräftemangel geeignet (höher)	,091** (,022)	,121** (,032)
Nutzung digitaler Arbeitsmittel (mehr)		,019 (,022)
Furcht vor Jobverlust durch Digitalisierung (höher)		,057 (,040)
Betriebsrat im Unternehmen (ja)		,002 (,057)
Einfluss Arbeitnehmer:innen auf Arbeitsgestaltung (ja)		,024 (,063)
Demokratieunterstützung (höher)	,028 (,033)	,046 (,048)
Vertrauen in Bundesregierung (höher)	,289*** (,027)	,238*** (,039)
Vertrauen in Landesregierung (höher)	,031 (,024)	-,022 (,032)
Wirtschaftliche Lage in Thüringen (besser)	,046 (,042)	,047 (,058)
Alter (höher)	-,005 (,016)	-,003 (,023)
Bildungsabschluss (höher)	-,015 (,025)	,042 (,037)
Geschlecht (weiblich)	-,045 (,041)	-,073 (,057)
Nettoäquivalenzeinkommen (höher)	-,015 (,016)	,032 (,022)
Interne politische Selbstwirksamkeit (höher)	,001 (,029)	-,029 (,038)
Externe politische Selbstwirksamkeit (niedrig)	-,092** (,020)	-,081* (,027)
Responsivitätswahrnehmung (höher)	,239*** (,027)	,291*** (,038)
Relative Deprivation (höher)	,055 (,031)	,011 (,046)
Ostdeprivation (höher)	-,146*** (,071)	-,083* (,113)
Statusverlustangst (höher)	-,015 (,020)	-,036 (,030)
Links-Rechts-Selbsteinstufung (rechts)	-,079** (,022)	-,133** (,028)
R ² _{kor} *100 (Anteil erklärter Varianz)	51,0	52,6
Fallzahl (N)	697	401

Hinweis: Standardisierte Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern;
Signifikanzniveaus: *p< 0,05; **p< 0,01; ***p< 0,001

Tabelle 6: Einflussfaktoren auf das Vertrauen in die Bundes- und Landesregierung 2023
(Multivariate lineare Regression)

Einflussfaktoren	BReg		LReg	
	Insgesamt	Berufstätige	Insgesamt	Berufstätige
Auswirkungen Fachkräftemangel spürbar (mehr)	-,004 (,030)	,006 (,042)	,037 (,036)	,047 (,052)
Zuwanderung gegen Fachkräftemangel geeignet (höher)	,059* (,032)	,034 (,043)	,063 (,038)	,092* (,054)
Nutzung digitaler Arbeitsmittel (mehr)		,012 (,030)		-,091 (,037)
Furcht vor Jobverlust durch Digitalisierung (höher)		,137*** (,053)		,024 (,066)
Betriebsrat im Unternehmen (ja)		-,068* (,078)		-,009 (,096)
Einfluss Arbeitnehmer:innen auf Arbeitsgestaltung (ja)		,047 (,086)		,068 (,107)
Demokratieunterstützung (höher)	,101** (,047)	,114** (,064)	,122** (,056)	,118** (,080)
Demokratiezufriedenheit (höher)	,287*** (,053)	,197*** (,069)	,158*** (,063)	,072 (,085)
Wirtschaftliche Lage in Thüringen (besser)	0,73** (,060)	,054 (,078)	,151*** (,072)	,133** (,097)
Alter (höher)	-,027 (,023)	,004 (,031)	,066** (,027)	,053 (,039)
Geschlecht (weiblich)	,004 (,060)	-,027 (,078)	-,024 (,072)	-,056 (,097)
Nettoäquivalenzeinkommen (höher)	-,028 (,023)	,011 (,030)	-,040 (,028)	-,004 (,037)
Bildungsabschluss (höher)	,107*** (,035)	,128** (,050)	-,030 (,042)	,035 (,060)
Interne politische Selbstwirksamkeit (höher)	-,040 (,041)	-,072* (,052)	-,052 (,049)	-,090* (,064)
Externe politische Selbstwirksamkeit (niedrig)	-,090** (,029)	-,183*** (,036)	-,055 (,034)	-,099* (,045)
Responsivitätswahrnehmung (höher)	,295*** (,038)	,309*** (,050)	,148*** (,045)	,173** (,061)
Relative Deprivation (höher)	,048 (,045)	,065 (,062)	,070 (,054)	,058 (,077)
Ostdeprivation (höher)	,008 (,105)	,077* (,154)	,005 (,125)	-,047 (,192)
Statusverlustangst (höher)	-,051 (,029)	-,142*** (,041)	-,019 (,035)	-,046 (,051)
Links-Rechts-Selbsteinstufung (rechts)	-,124*** (,)	-,082* (,038)	-,251*** (,036)	-,224*** (,048)
R ² _{kor} *100 (Anteil erklärter Varianz)	53,9	59,7	31,9	33,3
Fallzahl (N)	706	404	700	404

Hinweis: Standardisierte Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern;
Signifikanzniveaus: *p< 0,05; **p< 0,01; ***p< 0,001

Tabelle 7: Einflussfaktoren Fachkräftezuwanderung
(Multivariate lineare Regression)

Erklärungsfaktoren	Std. Re-gressionskoeff. (Beta)	Standardfehler
Alter (höher)	-0,05	0,059
Geschlecht (weiblich)	0,010	0,125
Bildung (Abitur und höher)	0,012	0,123
Nettoäquivalenzeinkommen (höher)	0,084	0,058
Ortsgröße (bis 5.000)	-0,029	0,164
Ortsgröße (bis 20.000)	-0,108	0,174
Ortsgröße (bis 50.000)	0,104	0,197
Anforderungsniveau Tätigkeit (hochqualifiziert)	-0,178	0,146
Anforderungsniveau Tätigkeit (qualifiziert)	0,022	0,155
Unternehmensgröße (11-100 Mitarbeiter:innen)	0,041	0,120
Unternehmensgröße (<10 Mitarbeiter:innen)	-0,275 ⁺	0,156
Links-Rechts-Selbsteinstufung (rechts)	-0,004	0,057
(Rechts-) Populismus	-0,347***	0,074
Betroffenheit Fachkr.-Mangel (Alltag)	-0,017	0,155
Betroffenheit Fachkr.-Mangel (Arbeitsplatz)	0,115	0,117
$R^2_{\text{korr}} * 100$ (Anteil erklärter Varianz)		17,1
F-Test		F(15,454) = 7,434***
Fallzahlen		470

Anmerkung: Es wurden robuste Standardfehler und standardisierte Regressionskoeffizienten berechnet. Signifikanzniveaus: ⁺ $p < 0,1$; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Tabelle 8: Einflussfaktoren Willkommenskultur
(Multivariate lineare Regression)

Erklärungsfaktoren	Std. Re-gressi- onskoeff. (Beta)	Standardfehler
Alter (höher)	-0,024	0,061
Geschlecht (weiblich)	0,096	0,125
Bildung (Abitur und höher)	-0,120	0,117
Nettoäquivalenzeinkommen (höher)	0,001	0,067
Ortsgröße (bis 5.000)	-0,234	0,146
Ortsgröße (bis 20.000)	-0,268	0,164
Ortsgröße (bis 50.000)	-0,156	0,175
Anforderungsniveau Tätigkeit (hochqualifiziert)	-0,205	0,168
Anforderungsniveau Tätigkeit (qualifiziert)	0,051	0,160
Unternehmensgröße (11-100 Mitarbeiter:innen)	-0,118	0,118
Unternehmensgröße (<10 Mitarbeiter:innen)	-0,679**	0,249
Links-Rechts-Selbsteinstufung (rechts)	-0,172**	0,055
(Rechts-) Populismus	-0,353***	0,069
Betroffenheit Fachkr.-Mangel (Alltag)	0,085	0,151
Betroffenheit Fachkr.-Mangel (Arbeitsplatz)	0,042	0,130
$R^2_{\text{korr}} * 100$ (Anteil erklärter Varianz)		27,6
F-Test		F(15,452) = 12,852***
Fallzahlen		468

Anmerkung: Es wurden robuste Standardfehler und standardisierte Regressionskoeffizienten berechnet. Signifikanzniveaus: ⁺p<0,1; * p<0,05; ** p<0,01; *** p<0,001.

Tabelle 9: Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen 2023
(Multivariate lineare Regression)

Einflussfaktoren	Rechtsextremismus		(Rechts-)Populismus	
	Insg.	Berufstätige	Insg.	Berufstätige
Auswirkungen Fachkräftemangel spürbar (mehr)	-.02	0	.03	.03
Zuwanderung gg. FaKr-Mangel geeignet (höher)	-.06*	-.06	-.17***	-.16***
Nutzung digitaler Arbeitsmittel (mehr)		0		0
Furcht vor Jobverlust durch Digitalisierung (höher)		.09*		.05
Betriebsrat im Unternehmen (ja)		.03		0
Einfluss Arbeitnehmer auf Arbeitsgestaltung (ja)		-.06		-.08**
Geschlecht (weiblich)	-.04	-.05	-.01	.01
Lebensalter (18-24 Jahre)	0	.02	.01	.01
Lebensalter (60 Jahre und älter)	.01	.01	-.05	-.05
Bildungsabschluss (Abitur und höher)	-.01	-.04	0	0
Nettoäquivalenzeinkommen (höher)	-.02	.03	.05	.08*
Berufstätig (noch nicht/nicht mehr)	-.03		-.03	
Art der Berufstätigkeit ((Fach-)Arbeiter)	-.02		-.01	
Arbeitslos (ja)	-.05*		0	
Arbeitsplatz gefährdet (ja)	.03	0	.01	-.03
Individuelle Deprivation (höher)	.06*	.06	.05	.12***
Statusverlustangst (höher)	-.02	-.03	.08**	.11**
Ostdeprivation (ja)	.09***	.05	.07**	.04
Persönl. Ost-Diskriminierungserfahrung (ja)	.02	.02	.05*	0
Demokratieunterstützung (höher) ²	-.15***	-.14***	-.3***	-.3***
Politische Partizipation (höher)	-.08**	-.03	-.09***	-.02
Persönlicher Autoritarismus (höher)	.34***	.36***	.21***	.23***
Soziale Dominanzorientierung (höher)	.27***	.26***	.17***	.16***
Traditionen aufrechterhalten (höher)	.19***	.19***	.2***	.17***
<i>R²*100 (Anteil erklärter Varianz)</i>	61	66	63	69
Fallzahl N	637	363	653	373

¹ Es werden nur Effekte mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit <.05 als statistisch signifikant markiert.

² Die Demokratieunterstützung in den Modellen für Populismus enthält nicht die Demokratiezufriedenheit, die Bestandteil der Messung von Populismus ist.